Heft 2 Februar 1990 6,80 DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Deutsche Zeitnahme: Stunde null
- Deutsch demokratisch feministisch
- Die UdSSR: eine regionale Supermacht?
- Der Krieg mit Drogen
- 24 Seiten Extra-Beilage: UNI-KONKRET
- Pohrt
- Amendt
- Agnoli
- Henscheid

in konkret Februar 1990

Von Konkret

An Konkret

United Krauts von Hermann L. Gremliza

»Stunde Null« von Wolfgang Schneider

»Die Stunde Null, sie ist da«, lautete die Parole, mit der der Herausgeber des bekannten Hamburger Deutschland-Magazins »Der Spiegel« Anfang Januar Stimmung für eine »Neu-Vereinigung« der beiden deutschen Staaten machte Bereits seit Monaten müht sich Rudolf Augstein, die 45 Nachkriegsjahre als Jahre der nationalen Schmach aus der deutschen Geschichte zu streichen Seine chauvinistischen Kolumnen allerdings, in denen er propagiert, was zu Unrecht noch immer für Gemeingut allein rechtsradikaler Splittergruppen gehalten wird, setzen lediglich fort, womit er seine Karriere begann

Es kommt ganz anders von Wolfgang Pohrt

Welche politischen und ökonomischen Fakten werden die Stimmungs- und Gesinnungslage der Westdeutschen in den nächsten Jahren beherrschen?

Was hab ich hier verloren von Sanda Weigl

»Die Revolution war eine rote Schnur, die dem König um den Hals gelegt wurde«, sagt die Mutter. »Und jetzt?«, fragt die Tochter, auf dem Weg zum Treffen mit einem alten Schulfreund, der Gregor Gysi heißt.

Verkürzte Mutti von Erika Fischer

Frauen West auf den Spuren von Frauen 0st. Reportage über einen Bildungsurlaub in Leipzig

Anti- Anti- Faschismus von Oliver Tolmein

Gestern noch vor dem Abgrund - heute schon einen Schritt weiter von Rainer Bohn

An Schadenfreude über den Mißerfolg der realsozialistischen Ökonomie ist kein Mangel. Marx gleich Murks, lautet die beliebteste Parole. Wer bei Marx nachschlägt, könnte sich wundern (Zitate aus den Werken von Marx, Engels und Lenin sind im folgenden kursiv gesetzt)

727.165.791.041 DM für die DDR von Arno Peters

Das Deutsche Reich hat in dem von ihm geführten Zweiten Weltkrieg Europa in Schutt und Asche gelegt. Zur Reparation der Schäden haben die deutschen Nachfolgestaaten 101 Milliarden DM (zum Wert von 1953) an die Siegermächte bezahlt – davon die BRD zwei Milliarden, die DDR 99 Milliarden. Der Bremer Historiker Arno Peters hat errechnet, was die BRD demnach der DDR schuldet – in Preisen von 1909. In einer Stellungnahme dazu hat auch der frühere CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf diese Schuld im Prinzip anerkannt. Würde sie von der BRD beglichen, erübrigten sich alle »Hilfs-« und Investitionsprogramme

Regionale Supermacht von Jochen Hippler

»Nicht nur im Westen, auch bei uns erheben sich die Stimmen immer lauter, daß sich die UdSSR in eine zweitklassige Macht verwandelt, in ein 'Entwicklungsland mit Atombombe'.« Dieser Notlage, beschrieben von den sowjetischen Wissenschaftlern A. Izmujov und A. Kortunov, will Gorbatschow dadurch entkommen, daß er die Ökonomie der UdSSR auf Kosten ihrer Weltmachtstellung saniert

Unerträglich normal von Autonome Lupus Gruppe

Der Startbahn-Prozeß geht ins zweite Jahr. Sein angeblicher Anlaß, die tödlichen Schüsse am 2. November 1907, war bisher an keinem Tag Thema der Verhandlungen. Stattdessen wurden bemerkenswerte Methoden der Aussagenerpressung bekannt, milde Urteile gegen reuige Strommastknacker gesprochen und äußerst dürftige Haftgründe für entschiedene Startbahngegner konstruiert

Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit von Johannes Agnoli

Kein Durchblick hat System von Christina Thürmer-Rohr; Ursel Sieber

Der Feminismus-Begriff der Frauenbewegung hat sich an die Ideologie der patriarchalischen, kapitalistischen Gesellschaft angepaßt Christina Thürmer-Rohr, Professorin am Institut für Sozialpädagogik der TU Berlin, kritisiert den oft gerühmten Nahblick der Frau als hinderlich für die notwendige übergreifende feministische Theoriearbeit

Mythos »Wir« von Ursel Sieber

Ideologiekritik ist ein wesentlicher Bestandteil feministischer Wissenschaft geworden. Nahezu das gesamte heutige »Wissen« ist aus einer männlichen Weltsicht gebildet worden – und muß deswegen radikal in Frage gestellt werden

»Vermarktung gewährleistet« von Claudia Vollmer

Um am Fachbereich Medizin der Universität Hamburg das bundesweit 5. Zentrum für Gentechnologie und Reproduktionsmedizin einrichten zu können, bemühen sich ehrgeizige Planer, das privatwirtschaftliche »Institut für Hormon- und Fortpflanzungsforschung« (IHF) des Professors Freimut Leidenbergers der Universität anzugliedern Damit wäre nicht nur die industrielle Verwertung universitärer Forschung, sondern auch Leidenbergers bevölkerungspolitischer Rassismus in Hamburg institutionell festgeschrieben

Papiertiger von Miriam Lang

Eine locker-locker geschriebene Textsammlung, die, bunt verpackt, Un-Mut über die Linke formuliert, und ein Packen handgehefteter Kopien, die die Grübeleien linker Studentinnen und Studenten über »befreiungsorientierte Wissenschaft« präsentieren Die Nachbetrachtungen zu den Unistreiks 1900/89 sind so unterschiedlich wie der Verlauf der Streiks selbst

Abschied vom Intellektuellen? von Detlef zum Winkel

Uni-Politik beschränkt sich für die Linke Liste in Frankfurt nicht auf Hochschulthemen. Die Gruppe, die sich von ihren Sponti-Übervätern gelöst hat, ist zum Kristallisationspunkt der Reste linksradikaler Opposition in der Stadt geworden

Liebes Fräulein Studentin, lieber Herr Kommilitone! von Horst Tomayer

Sinn ohn´ Form: »Kill a Multi«

The war goes on von Günter Amendt

Der »Krieg«, der »den Drogen« erklärt wurde, ist keine Metapher mehr. Militär und Polizei greifen zu immer mehr Gewalt gegen Produzenten, Dealer, Konsumenten. Dennoch ist jedenfalls das erklärte »Kriegsziel« nicht zu erreichen. Das Hinterland bereitet schon jetzt die Freigabe aller Drogen vor

Die präventive Revolution von Miguel

Die Bekämpfung des Drogenhandels legitimiert heute die Übergriffe der USA, für die früher die Bekämpfung des Kommunismus herhalten mußte. In Kolumbien haben die USA dieses neue Konzept entwickelt. Die westeuropäischen Staaten begründen ihre Intervention in dem lateinamerikanischen Staat dagegen mit Demokratisierungsprojekten. Miguel, der seit Jahren in einer kolumbianischen Massenorganisation aktiv ist, erklärt, wie die radikale Linke seines Landes versucht,

auf die Situation zu reagieren, und welche Rolle Gramscis Marxismus dabei spieltKonkret-Gespräch mit Miguel

Die Hamburger Schule von Ernst Köhler

Mit ihrer These, die nationalsozialistische Massenvernichtung sei Ergebnis eines bevölkerungspolitischen, ökonomisch rationalen Kalküls gewesen, haben Susanne Heim und Götz Aly (KONKRET 10/89) eine heftige wissenschaftliche und politische Diskussion ausgelöst. Nach den Beiträgen von Ulrich Herbert (KONKRET 11/89), Christopher R. Browning (KONKRET 12/89) und Dan Diner (KONKRET 1/90) drucken wir diesmal Ernst Köhlers »Notizen zur Tagung des Hamburger Instituts für Sozialforschung« – einen mitunter polemischen Angriff auf eine Forschung, die »das Morden theoretisch eingeebnet« habe

Buch des Monats - Beschwichtiger der großen Differenz von Gunter Schmidt

Günter Amendt (Hg.): Natürlich anders. Zur Homosexualitätsdiskussion in der DDR, Pahl-Rugenstein, Köln 1989. 240 Seiten, 19,8O Mark

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Menschenkinder und Körperkolonien von Gisela Wuttke

Auf dem freien Markt der BRD ist bei entsprechender Zahlungsfähigkeit alles käuflich, Babys allerdings sind Mangelware. Kinderhändler stoßen in die Marktlücke: Sie lassen Frauen in den Ländern der Dritten Welt als Gebär-Mütter für sich arbeiten und verkaufen das Produkt an unfreiwillig kinderlose Deutsche. Bis zu 70.000 Mark werden für einen gesunden Säugling mit heller Haut gezahlt

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Video Nam von Georg Seeßlen

Vietnamkriegsfilme haben ein neues, mächtiges Genre geschaffen. Sie erzählen nichts über den Vietnamkrieg, aber alles über den Zustand des Kapitalismus, von unten und von rechts gesehen. Die Helden des Genres kämpfen nicht gegen einen Feind oder für die eigene Gesellschaft, sie kämpfen immer nur für sich

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 02/90, S. 4

Von Konkret

Zwar wählt KONKRET, anders als das US-Magazin »Time«, das jetzt den Gorbatschow sogar zum »Mann des Jahrzehnts« kürte, keinen Mann des Jahres, aber als die Redaktion sich die Titelbilder der letzten fünf Ausgaben ansah, merkte sie, daß sie dennoch den richtigen gefunden hat: auf den Umschlägen von KONKRET 10/89, 12/89, 1/90 und 2/90 schon wieder: Helmut Kohl. Was bei Amtsantritt als Witzfigur »Birne« belächelt worden war, hat sich als mächtigste politische Erfolgsnummer der BRD erwiesen: die Unwiderstehlichkeit des deutschen Kleinbürgers und seine speckgewordene Unfähigkeit zur Scham. Er wollte die Welt als pfälzische »Famillje« einrichten und was tut die Welt? Sie nennt ihn ihren »Babba«.

In der Kinder-»FAZ« (Für die Kleinchen aller Jahrgänge), die sich »Tageszeitung« nennt, erschien am 14. Dezember diese Meldung:

>Schnipsel, Titel »Konkret macht Schluß«<

Die »Nachricht« verbreitete sich in Stunden. Autoren, Drucker, Grossisten, Anzeigenkunden fragten entsetzt nach, forderten Manuskripte zurück, stornierten Zahlungen und Bestellungen. Auch ein Anzeigenacquisiteur der »taz« war auf die Finte seiner Redakteure hereingefallen. Keiner hatte gewußt (und wir übrigens auch nicht), daß sich ein Mitgliederblättchen der DDR-»Gesellschaft für Sport und Technik«, das nun eingestellt wurde, den Namen »Konkret« gegeben hatte. KONKRET-Anwalt Helmuth Jipp verlangte eine Unterlassungserklärung und eine Berichtigung; der Anwalt der Falschmelder machte den Abdruck einer sofortigen Berichtigung davon abhängig, daß KONKRET auf alle weiteren juristischen Schritte in dieser Sache (Klage auf Schadensersatz) verzichte – andernfalls werde nicht berichtigt. Um den Schaden so klein wie möglich zu halten, mußten wir dieser Nötigung nachgeben, und so meldete die »taz« am 16. Dezember:

>Schnipsel, Titel »Erklärung zu 'Konkret'«<

Eine feine Bagage. Sie macht ihren Eltern viel Freude. Und alle Ehre.

Andere wiederum sorgen dafür, daß uns das Lachen nicht vergeht. Beispielsweise der »Stern«, der am 7. Dezember 1989 mit einem Titel erschien, der uns irgendwie bekannt vorkam. Auf die Anfrage, »mit welchem Betrag Ihr Verlag die übernommene Idee honorieren will«, wurde uns diese Antwort zuteil:

Vielen Dank für Ihre Anmerkungen zum »Stern«-Titel »Scheidung«. Es wird nicht der einzige Spiegel in der Geschichte des Grafik-Designs sein, der im Laufe der Jahrzehnte zertreten wurde. Daß unsere Titelbild-Gestalter ihre Ideen von einem KONKRET-Titel des Jahres 1975 übernommen haben, halte ich für absurd. Damals waren meine Kollegen zwischen zehn und fünfzehn Jahre alt und haben, soweit ich erfahren konnte, noch nicht KONKRET gesammelt.

Michael Jürgs

Chefredakteur »Stern«

Abgesehen davon, daß weder auf dem KONKRET-Original noch auf dem »Stern«-Remake ein Spiegel zertreten wird (es ist, in beiden Fällen, das Glas über einer gerahmten alten Fotografie), sind sowohl der »Chefredakteur Stern« wie sein verantwortlicher Titelbild-Redakteur 1975 schon ziemlich volljährig gewesen. Und für den um Anregung verlegenen Nachwuchs, der damals zu jung war, hält das Archiv von Gruner + Jahr eine vollständige KONKRET-Sammlung bereit. Kiek mol wedder rin.

Die politische Gefangene Ingrid Strobl hat in KONKRET 1/90 die Zensur-Dokumentation »Schwarze Texte« des ID-Archivs vorgestellt. In den letzten zwanzig Jahren wurden aber nicht nur Bücher und Zeitungen verboten: In der Aula der Hamburger Hochschule für bildende Künste kann vom 29. Januar bis 11. Februar eine das Buch ergänzende, tausend Exponate umfassende Ausstellung »Plakatieren verboten« besichtigt werden.

konkret 02/90, S. 6

An Konkret

So schlimm

KONKRET: 1/90: »Alles über Deutschland«

Es hat mich doch interessiert, was KONKRET der in Deutschland-West wieder einmal kräftig geschürten deutschnationalen Besoffenheit entgegenzusetzen hat. Und was ich dann zu lesen bekam, das hatte ich zwar irgendwie befürchtet, doch daß es so schlimm kommen würde, damit hatte ich beim besten Willen nicht gerechnet.

Daß von Reemtsma aufgezeigte Denken in der falschen Alternative Mauer und Stacheldraht oder Großdeutsches Reich ist jedenfalls unheimlich eng und utopielos. Ich erspare mir in diesem Zusammenhang ein näheres Eingehen auf die Enge und Utopielosigkeit der Reaktion des Hermann L. Gremliza auf die Ereignisse in der DDR und ihre Rückwirkung auf die Bundesrepublik.

Würde es KONKRET gelingen, sich von dem Ausgangspunkt des unabänderlich schlechten und bösen Deutschen zu lösen, dann ergäbe sich die Möglichkeit, die Gefahren und Möglichkeiten, die von den Vorgängen in der DDR ausgehen, ernsthaft zu diskutieren. Die Tatsache, daß KONKRET zu dieser ernsthaften Diskussion scheinbar nicht fähig ist, ändert nichts an der Notwendigkeit dieser Diskussion.

Den folgenden Satz aus der trotzkistischen »Neuen Arbeiterpresse« v. 1.12.89: »Die einzige Alternative zu einem vereinigten imperialistischen Deutschland ist ein vereinigtes sozialistisches Deutschland im Rahmen Vereinigter Sozialistischer Staaten von Europa«, möchte ich KONKRET entgegensetzen, nicht weil ich es für den letzten Schluß der Weisheit halte, sondern weil KONKRET in eine nicht mehr zu ertragende Endzeitstimmung abdriftet, die zwar in Ansätzen verständlich, aber dennoch weder nützlich noch unmittelbar begründet ist.

Arne Maier

Esslingen

Dank der jetzt so brutal relaxierten marxistischen Maxime hat man auch gleich mitvergessen, daß alle Menschen und alle Völker gleich sind, daß Aggression nicht ein angeborenes Rassenmerkmal ist, sondern eine Funktion der sozialen Umwelt. Und wer das einsieht und die Einigung Deutschlands trotzdem bekämpft, nur weil die Nazis dafür sind, ist wie jemand, der gern raucht, nur weil der tausendjährige Adolf Nichtraucher gewesen ist. Und so bestimmt dieser auch heute noch die Richtlinien linker Politik.

Ein geteiltes Deutschland ist sicher eine größere Gefahr für den Frieden als ein geeintes, das trifft wohl auch für die Sowjetunion zu. Die Alliierten werden es sich deshalb dreimal überlegen, ob sie aus Profitneid voll in die Bremse treten oder ob sie aus Kriegsangst nicht doch lieber voll durchstarten.

Dr. med. Egon Kehler

Lüneburg

Das war mir nun ein bißchen wenig, was Ihr anläßlich der Veränderungen in Osteuropa gebracht habt: die Rechten freuen sich (zu Recht!), dem Kapital läuft das Wasser im Mund zusammen (natürlich!), die »taz« paßt sich an (nun denn). Journalistisch gesprochen ist das doch alles: »Hund beißt Mann.« Oder ist denn von denen was anderes zu erwarten, wenn die Linke eine solche vernichtende Niederlage erleidet? Reicht es dann wirklich, angesichts einer Massenbewegung in mehreren Ländern gegen das »Was in diesem Jahrhundert an Sozialismus möglich war«, sich damit zu »trösten«, das sei nur »die Bevölkerung« oder eben das deutsche Volk, über dessen unzuverlässigen Charakter in Sachen Bestätigung marxistischer Prognosen ja nun die zwei Weltkriege schon genug bewiesen hätten?

Wenn »links« auch bedeutet, historische Prozesse zur Kenntnis zu nehmen und die Theorie an ihnen zu erproben, dann dürften wir doch jetzt wohl eine Menge Hausaufgaben haben.

Heiner Lempp

Cammertingen

Für KONKRET 1/90 vielen Dank. Wenigstens ein Blatt, das Beiträge gegen nationale Besoffenheit und vernebelte Köpfe bringt. Mir hat die Mischung aus den Texten Scharang/Fülberth und Reemtsma/Schilling/Lenger sehr gut gefallen: wenn ein Teil der Linken nicht rechtzeitig mitkriegt, was tatsächlich läuft (Veränderungen von Geschäftsgrundlagen z.B.) und welche Bedeutung einzelne Phänomene haben (der psychotische Gehalt des deutschen Nationalismus und die Gefährlichkeit losgelassener Spießer), dann könnte es in der Tat sehr schnell zu spät sein.

Jochen Hanisch

Hamburg

»Wider Vereinigung«: Die »klassische« Linke war ein Jahrhundert lang für Einhit (s. J.R. Becher »Deutschland ...«). Die »moderne« Linke hat das Erbe der separatistischen Metternich-Duodezfürsten angetreten.

Glückwunsch!

Wolfgang Kurth

Magstadt

Ausbeutung

KONKRET 1/90: »Im Angebot heute: die DDR« von Kurt Hübner

In seiner Analyse des Zustands der DDR-Wirtschaft sucht Kurt Hübner unter anderem nach Ursachen für das Unterliegen der DDR im Wettkampf mit der BRD. Dabei stolpert er zunächst tatsächlich über die dritt- und viertwichtigste Ursache – die ungleiche Belastung von DDR vs. BRD mit Reparationszahlungen nach 1945 (nach neuesten Berechnungen rund 700 Mrd. DM heutigen Werts zu Lasten der DDR) und die Aneignung durch Abwerbung von »Humankapital« im Wert von (nach Hübner) 30 Mrd. DM (1961, d.h. gut 100 Mrd. DM heutigen Werts) – , um sich dann freilich ganz und gar in einer ebenso ausladenden wie akademisch verengten und letztlich irreführenden Erörterung diverser mit Sicherheit nur marginal bedeutsamer Fehlentscheidungen und Mißerfolge in der Planung und Organisation der DDR-Wirtschaft zu verlieren.

Konsequenterweise fallen dabei die beiden wichtigsten Faktoren unter den Tisch: der jahrzehntelange Wirtschafts- und Propagandakrieg einer Meute reicher und immer reicher werdender kapitalistischer Länder gegen (unter anderen) die DDR und vor allem dies:

Die BRD verkauft jährlich für 50 Mrd. DM Waren und Dienste an die Dritte Welt. Das entspricht grob gerechnet 2 Mrd. Arbeitsstunden bzw. I Mio. Arbeitsjahre. M.a.W.: Etwa I Mio. Bundesrepublikaner arbeiten für den Export in die Dritte Welt.

Zugleich kauft die BRD Waren und Dienste aus der Dritten Welt für – nominell – ebenfalls jährlich rund 50 Mrd. DM. Diesen 50 Mrd. aber entsprechen unter dem neokolonialistischen Gesetz des ungleichen Tauschs bzw. der systematischen Unterbezahlung der Exportprodukte der Dritten Welt bzw. der systematischen Überbewertung der OECD- und Unterbewertung der Dritte-Welt-Arbeitskraft 25-50 Mrd. Arbeitsstunden bzw. 12-25 Mio. Arbeitsjahre. D.h.: Netto mehr als 10 Mio. Menschen – vorsichtig gerechnet – der Dritten Welt arbeiten unentgeltlich, als wartungsfreie Sklaven sozusagen, für die BRD und tributieren ihr Jahr für Jahr Waren und Dienste im Wert von größenordnungsmäßig 500 Mrd. DM (rund 1/4 des BSP; wozu noch Gewinne aus dem Geldgeschäft kommen, die, obwohl enorm, im Vergleich dazu kaum ins Gewicht fallen).

Der Handelsaustausch der DDR mit der Dritten Welt dagegen ist vernachlässigbar gering und läuft – lief bisher... – nach entschieden anderen, weniger ausbeuterischen Spielregeln ab. D.h.: Die DDR hält sich, im Unterschied zur BRD und den übrigen OECD-Ländern, keine Sklaven in der Dritten Welt – so daß denn auch, sehr passend, der chronische Bananenmangel in der DDR zum Symbol ihres »ökonomischen Versagens« erkoren werden konnte.

Keine Wirtschaftspolitik dieser Welt hätte und würde je diesen Vorteil der imperialistischen BRD ausgleichen können, und hier und nirgendwo sonst liegt der Schlüssel zum Verständnis ihres totalen Triumphs über den Nachbarstaat wie überhaupt des Triumphs des Kapitalismus über die von Marx und Lenin inspirierten Revolutionsversuche. (Freilich und nebenbei: Die DDR geradezu selbst als Opfer – in einem auch nur

entfernt vergleichbaren Maß wie die Länder der Dritten Welt – des ungleichen Tauschs hinzustellen, wie's Hübner macht, läuft auf eine Inflationierung des Begriffs hinaus und erscheint, bis auf weiteres jedenfalls, als eurozentrische Frivolität).

Wer übersieht, daß die Ausbeutung der Dritten Welt in der Ersten tatsächlich zu Buche schlägt, und nicht kapiert, welch eine alles überschattende Rolle der ungleiche Tausch in der imperialistisch gesteuerten Weltwirtschaft spielt, legt sich zwangsläufig in die Linie der bürgerlich-nationalökonomischen Variante der alten Tellerwäscherlegende, derzufolge

wirtschaftlicher Erfolg, Entwicklung, Wohlstand usw. vor allem von Entscheidungen und Maßnahmen innerhalb der nationalen Ökonomie – z.B. von der mehr oder weniger gelungenen Nutzbarmachung deutscher Tüchtigkeit – abhingen, und vergibt sich jede Chance, einigermaßen korrekte Diagnosen zu stellen, Prognosen zu machen und Rezepte zu entwerfen.

Ernst Fürntrapp-Kloep

Hackâs/Schweden

Nichts zu verlieren

KONKRET 1/90: »Kamele für den Frieden« von Martin Fischer

...und so rufe ich denn allen linken Kritikern der Informatik zu: Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Disketten!

Herbert Jaisle

Remshalden

konkret 02/90, S. 8

Hermann L. Gremliza

United Krauts

Genosse Schliefke (Teltow): ... Auch der Genosse David handelte korrekt, wenn er der Einladung des Kronprinzen folgte. Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei – sie muß deshalb auch, wenn es die veränderten Verhältnisse erfordern, mit alten Traditionen brechen –
Ein Zwischenrufer: Bei Hof ?
Schliefke: – ich meine mit ihren eigenen Traditionen! Sie muß in ihren eigenen Reihen revolutionieren. Sie ist eben eine durch und durch revolutionäre Partei.
Karl Kraus: Die letzten Tage der Menschheit

Die letzten Tage der Menschheit ziehen sich. Feindselig wie 1914, da ihr Kaiser nur noch Deutsche kannte, stehen sich die Parteien gegenüber, aber auch reifer: Sie brauchen keinen, der es ihnen sagt – sie kennen sich von selbst nicht mehr. Zur äußersten Rechten ruft der Nazi Franz SS. die fast sofortige Wiedervereinigung des Deutschen Reiches aus, von der äußersten Linken schleudert die christliche Revolutionärin Antje Vollmer-Luxemburg die Bitte zurück, nichts zu überstürzen. Im weiten Raum zwischen den beiden Extremen stoßen sich die Unversöhnlichkeiten, über die nur eine gewisse Unübersichtlichkeit hinwegtröstet, indem der Alfred Dregger, der die Ausladung des Ministerpräsidenten der DDR verlangt, Horst Ehmke heißt, und der Steinkühler, der ein gutes Wort für ein volkseigenes Kombinat einlegt, sich als Wolff im Schafspelz bzw. v. Amerongen entpuppt, wenn er von Gerhard Aust oder Lea Löwenthal herausgefordert wird.

»Wir bekennen uns zu Deutschland«: Ist das schon das letzte, international-sozialistische Wort des Willy Brandt oder der erste Satz, den ein anderer Autor seines Memoiren-Verlegers in das neue Programm der nationalsozialistischen Partei hineingeschrieben hat? Mit Gewißheit läßt sich sagen, daß eine »positive Haltung zum eigenen Volk« auf dem grünen Mist des »Netzwerk«-Gründers Joseph Huber gewachsen ist, während man der Klage, »mit dem Nationalgefühl als einem Bindemittel moderner Gesellschaften« könnten »viele Sozialdemokraten und die meisten Grünen so wenig anfangen wie Puritaner mit Sex«, den spießigen »Republikaner«-Muff geradezu anriecht. (Wie sich die Sinne doch täuschen lassen.) Und auch zwischen den publizistischen Antipoden der Republik, der »TAZ«, die ihrem Freund Willy Brandt ein »fast schon provozierendes Selbstbewußtsein« attestiert und täglich »die erste deutsche Revolution« besingt, und der »FAZ«, die täglich die »friedliche deutsche Revolution« besingt und ihren Feind als einen »zu erstaunlicher Form auflaufenden Ehrenvorsitzenden Brandt« beschimpft, klaffen Welten von Grammatik- und Satzzeichenfehlern.

Die 17 Millionen Brüder und Schwestern an westdeutschen Fernsehgeräten, die noch vor Wochen scharf auf die »Tagesschau« gewesen waren, am 12. Januar aber schon den ersten Kanal voll hatten und, unter Zurücklassung einer lächerlichen Einschaltquote für das Neueste von der Revolution, zu den »Drombuschs« in den zweiten flüchteten, könnten sich fragen, wo denn all die schönen Kontroversen sind, mit denen die schwarzen, gelben, braunen, roten und grünen Männchen und Frauchen das Publikum zur Alf-losen Sendezeit einst unterhalten haben, wo sind sie geblieben?

Ihnen ließe sich, wenn sie hören wollten oder lesen könnten, sagen, daß die vormals festgestellte Uneinigkeit der Parteien ja vor allem darin bestanden hatte, daß jeder eine andere Rolle bei der Befreiung der Welt vom Kommunismus zugewiesen war: Die einen sollten am liebsten einmarschieren wollen und beschränkten sich widerwillig aufs Totrüsten, auf Boykott und Subversion; die andern sollten mit einem demokratischen Sozialismus oder mit einer ökologischen Basisdemokratie oder irgendeiner anderen Banane locken – Hauptsache: die Kommunisten kommen weg. Nun sind sie weg, jeder sieht, daß ihnen nichts anderes folgt als das, was sie verfolgt hat, und mit ihnen verschwindet die bunte Vielfalt der Verfolger.

(Es ist wie nach dem gewonnenen Krieg: dem abgemusterten Soldaten sieht keiner mehr an, ob er bei der Marine, bei der Kavallerie oder an der Gulaschkanone gekämpft hat. Nur manchmal, wenn sie, endlich in Zivil, zum Kameradschaftsabend in der Talkshow zusammentreffen, erkennt man noch an den Gesten der Subordination, daß Otto Wolff der General der Luftlandetruppen gewesen sein muß und Egon Bahr der hilfswillige PK-Leutnant. Die MarketenderInnen werden nicht mehr eingeladen.)

Einigkeitundrechtundfreiheiheit. Alle singen mit, erstens, weil sie es so gewollt haben, und zweitens, weil auch die wenigen, die es ungern tun, wissen, daß sie sonst vielleicht bald wimmern oder sogar brummen, mindestens aber nix mehr werden. Denn es gibt keine Freiheit für die Feinde der Freiheit! Voraussetzung der Freiheit ist, sagt Kohl, sagt Lambsdorff, sagt Vogel, sagen alle, der einige, freie Markt. Voraussetzung für den einigen, freien Markt ist, sagt Schiller der andere, das freie Unternehmertum. Das Recht des freien Unternehmertums ist, sagen Marx *und* Haussmann, die Akkumulation von Kapital. Keine Freiheit, sagt die Logik, für die Feinde des Kapitals!

Jeder hat das Recht, mit allen andern über diese Freiheit einig zu sein. Freiheit ist, wenn die Kommunisten im Knast sitzen oder wenigstens keinen Job kriegen. Polen und Ungarn sind schon kommunistenfrei, Rumänien wird es per Volksabstimmung (über ein Verbot der Kommunisten und, weils irgendwie dazugehört: über die Wiedereinführung der Todesstrafe) werden, demnächst die Tschechoslowakei, Bulgarien und, so um den 7. Mai, die DDR, deren einst führende Partei in dem Bemühen, das Schlimmste, das Vierte Reich der Deutschen, zu verhindern, lieber in opportunistischen Windungen sich stranguliert, bis auch sie, nach dem bekannten Vorbild, *eben eine durch und durch revolutionäre Partei* geworden ist, als jene außerparlamentarische Opposition zu bilden, aus der allein eine Politik gegen Einigkeitunrechtunfreiheit noch sinnvoll wird agieren können, und die Last der Verantwortung für die Existenz des zweiten deutschen Staats jenen Damen und Herren (Gorbatschow, Thatcher, Bush, Mitterand) zurückzureichen, deren Politik daran mitgewirkt hat, den United Krauts eine neue Chance zu geben, und die sich jetzt, ganz entspannt im Dort und Gestern, darauf beschränken, in Gesprächen unter vier Augen den Vorsitzenden der SED heimlich zum Durchhalten zu animieren. (Ein bißchen billig, nicht wahr, François?).

Ein solcher Rückzug gäbe den gescheiterten Revolutionären auch Zeit, über das einzige große Verbrechen nachzudenken, das sie – neben den vielen kleinen und größeren Fehlern, vermeidbaren dummen und unvermeidlichen – begangen haben: eine Bevölkerung, ja man muß schon sagen: ein Volk zu hinterlassen, das in einigen seiner öffentlichen Manifestationen täglich und besonders montags beweist, daß es die Brüder und Schwestern hüben an Dummheit, Feigheit, Raffgier, Fremdenhaß und Chauvinismus noch übertrifft. Vieles davon stammt aus großer deutscher Zeit – Psyche verändert sich noch träger als Bewußtsein – , zu vieles aber auch nicht. Wer nicht weiß, vielleicht nicht einmal wissen will, warum dem Kommunismus dies geschah und von wem, soll in Zukunft anderes vertiefen und ausbauen als Beziehungen zur Partei, zum Beispiel seine Liebe zur volkstümlichen Musik und seine Datsche, oder einfach, wie wir Westler sagen: sich verpissen. Freundschaft!

konkret 02/90, S. 10

Wolfgang Schneider

»Stunde Null«

»Die Stunde Null, sie ist da«, lautete die Parole, mit der der Herausgeber des bekannten Hamburger Deutschland-Magazins »Der Spiegel« Anfang Januar Stimmung für eine »Neu-Vereinigung« der beiden deutschen Staaten machte Bereits seit Monaten müht sich Rudolf Augstein, die 45 Nachkriegsjahre als Jahre der nationalen Schmach aus der deutschen Geschichte zu streichen Seine chauvinistischen Kolumnen allerdings, in denen er propagiert, was zu Unrecht noch immer für Gemeingut allein rechtsradikaler Splittergruppen gehalten wird, setzen lediglich fort, womit er seine Karriere begann

»Hinter der Fassade. – Daß die Demokratie or whatever you may call it in Deutschland keine Tradition hat als verlorene Kriege und re-education, erzählen die Deutschen selber. Hinter dieser Beschönigung ihrer Rancune gegen die droits de l'homme aber steht die Bereitschaft, in jenen fanatischen Patriotismus auszubrechen, der sich vor dem anderer Völker dadurch auszeichnet, daß er keine Idee hat, daß er in bloßer kollektiver Barbarei besteht. Nichts von Liebe ist darin, das beweist allein schon der offenkundig zum schamlosen Kitsch herabgesunkene Heimatrummel von landsmannschaftlichen pressure groups und Edelweißromanen. Nichts ist wahr als Machtgier und Aggression. Wie sollte denn ein Volk Selbstbewußtsein aufbringen, das in der jetzt lebendigen Generation auf Befehl eines zugleich schlauen und wahnsinnigen Demagogen zwölf Jahre lang den Mord als Handwerk übte, das die Nachbarn überfiel und die Welt unterjochen wollte, ein Volk das nach der Niederlage sogleich die Feinde, weil sie jetzt die Herren waren, als Befreier begrüßte, nach dem ersten Schrecken jedoch den Haß gegen die Befreier entdeckte und mit jedem Tag, an dem es ihm auf Grund der fremden Hilfe besser geht, sich zu neuen Taten rüstet. Nirgendwo in zivilisierten x Ländern ist so wenig Grund zum Patriotismus wie in Deutschland, und nirgendwo wird von den Bürgern weniger Kritik am Patriotismus geübt als hier, wo er das Schlimmste vollbracht hat. Berlin, die Wiedervereinigung, die Gebiete jenseits der Oder des zu Recht besiegten Deutschlands werden zu Stimulantien der neuen patriotischen Gesinnung, die von einem unheimlichen Willen gegen inneren, ja gegen äußeren Widerspruch sich ausbreitet. Unansprechbar, weil unreflektiert und von keinem vernünftigen Grund gestützt, vom Westen schlau die Reputation erborgend, man sei ein liberales Volk man teile die politische Geschichte mit der freien Welt, schickt man sich an, der Freiheit den nächsten Strich zu spielen. Die Kotaus vor den Widerstandskämpfern, die offiziellen Absagen an den Antisemitismus, von den Synagogenbesuchen der Bürgermeister bis zum Schweigen bei Anne Frank, all dieses bereits kleinlaut und formell gewordene Schuldgetue hat bloß die Funktion, sich zum rechten Patriotismus wieder das gute Gewissen zu machen, sofern es nicht bloße Reklame für amerikanische Foundations ist. Der Patriotismus in Deutschland ist so furchtbar, weil er so grundlos ist.«

Max Horkheimer, Notizen, 1959

I

»Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.«
Potsdamer Abkommen, 2.8.1945

»Soll das heißen: Von deutschem Boden darf nie wieder Freiheit ausgehen?«
Enno von Loewenstern, »Welt«, 15.12.1989

»Sie tun immer alle so, als wollten wir etwas Unsittliches.«
Rudolf Augstein, »Spiegel«, 18.12.1989

Mitte Oktober 1989 – anderthalb Jahre, nachdem er davon geträumt hatte, »die beiden deutschen Bismarck-Reste mit Berlin als Hauptstadt zu einem militärisch neutralen Staat zu machen«, und, voller Hoffnung, »daß die verbliebenen Reste Deutschlands sich wieder zusammentun würden, wenn man sie ließe«, sowohl Heiner Geißlers Erwägung, »eine Wiedervereinigung bedürfe quasi der Zustimmung aller Nachbarn«, »offensichtlich dubios« genannt als auch den Einwand des konservativen Historikers Michael Stürmer, »solche Gedanken könnten sämtliche Nachbarn der Bundesrepublik ... zutiefst verstören«, à la Wilhelm Zwo abgefertigt hatte: »Richtig, sie werden dadurch verstört, weil sie sich daran gewöhnt haben, mit den Deutschen nicht mehr rechnen zu müssen ... Es ist nicht für immer auszuschließen, daß die USA, Frankreich und England nicht nur mit der Sowjet-Union, sondern auch mit den in den beiden deutschen Staaten

verbliebenen Deutschen werden rechnen müssen, eines sehr fernen Tages« – im Oktober 89 also machte der »Spiegel«-Herausgeber Rudolf Augstein 'dem Ausland', das längst mit dem Rechnen begonnen hatte, einen Vorschlag, der seine Drohung vom Frühjahr 88 zurückzunehmen

schien: »Wie wäre es, wenn die Ausländer sich einmal für vier Wochen keine Gedanken über die Vereinigung der verbliebenen Deutschen machten? Wir selbst machen uns diese Sorgen nämlich auch nicht, wir haben andere.« Welche, mochte Augstein nicht verraten und formulierte statt dessen eine Kolumne die sich um nichts sorgte als um »die Vereinigung der verbliebenen Deutschen«: »Laßt uns doch aufhören, die preußisch-deutsche Geschichte als Schreckgespenst ins Feld zu führen, mit ihr ist es zu Ende. Der neue Staat würde, wie andere auch, nur noch wirtschaftlich expandieren wollen. Er wäre, zugegeben, wirtschaftlich stärker als Frankreich. Aber Frankreich nimmt unsere Wirtschaftskraft doch sonst gern in Anspruch.« – »Das Kriegsende würde eben darin bestehen, daß es wieder einen deutschen Staat gäbe, einen mit 'Souveränität'. Warum denn nicht?«

Warum denn nicht? – Indem er behauptet, es gebe für die Deutschen gar keine und für »die Ausländer« allenfalls unlautere Gründe, die gegen »die Vereinigung der verbliebenen Deutschen« sprächen, zeigt der Herausgeber des »Spiegel«, daß der Historikerstreit *praktisch* entschieden wird, und er, Augstein, ungeachtet seiner öffentlich ausgetragenen Kontroverse mit Ernst Nolte, nicht nur die politischen Ziele teilt, denen die reaktionären Historiker vorarbeiten, sondern die Umstände, die jene mit der »Normalisierung« der deutschen Geschichte machen, überhaupt für überflüssig hält. Warum sich noch länger um die Revision einer Vergangenheit bemühen, mit der es »zu Ende« ist? Wozu noch länger an der Geschichte eines Staates herummanipulieren, von dem bereits jetzt feststeht, daß er, wenn man ihn ließe, sowieso nur »wie andere auch« wäre – bzw., wie wir noch sehen werden, anständiger, bescheidener und keineswegs so imperialistisch wie die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition?

Ja, warum eigentlich nicht? Was spräche schließlich auch dagegen, einen Staat, der zwar einerseits »neu« sein, den es andererseits aber »wieder« geben würde, »nur noch wirtschaftlich expandieren« zu lassen, so, wie die Wirtschaftsführer seines Vorgängers dies 1914 und 1933 ja bereits ebenfalls im Sinn hatten? Was ließe sich noch vorbringen gegen ein »Deutschland«, dessen Bevölkerung die Erinnerung an Auschwitz nicht nur zum »Schreckgespenst« verniedlicht hat, sondern sie selbst in dieser Gestalt im eigenen Gedächtnis nicht länger dulden will, so daß das Millionenheer der Opfer deutscher Massenmorde von jenseits des Horizonts, innerhalb dessen Deutsche sich für das, was Deutsche taten, verantwortlich fühlen, »ins Feld« der Auseinandersetzung um die deutsche Vergangenheit geführt werden muß? Welcher Einwand könnte den Eifer derjenigen noch bremsen, die die deutsche Nachkriegsgeschichte als Geschichte erst gar nicht zu akzeptieren bereit sind und also nun, da deren steingewordene Folgen geschliffen werden, den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs ein »Kriegsende« diktieren möchten, mit dem nicht nur Niederlage und Zerschlagung des Deutschen Reiches annulliert und die Verbrechen des Nationalsozialismus als für die Deutschen endgültig folgenlos abgeschrieben werden sollen, sondern das die »deutsche Geschichte«, die in den letzten 45 Jahren gezwungenermaßen bloß stillgestanden habe, überhaupt erst wieder in Gang bringen würde? Denn erst seit »die Vereinigung der verbliebenen Deutschen« in greifbare Nähe gerückt scheint, leben sie, wie der ehemalige BRD/DDR-Schriftsteller Joachim Seyppel am 11. November 89 sich in der »Welt« begeisterte, in einem »Gemisch von Wirklichkeit, Bewußtsein und Zukunft, das nach Jahrzehnten von Vergeblichkeit wieder die Bezeichnung verdient: 'deutsche Geschichte'.«

Ihren neuerlichen Ausbruch hat der Herausgeber des »Spiegel« mit einer Kolumnen-Serie begleitet und befördert, die prägnant zum Ausdruck brachte, was zu Unrecht immer noch für Gemeingut lediglich rechtsradikaler Splittergruppen gehalten wird: »Deutschland zuerst!«'; Ressentiments gegen die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs; Leugnung des Kausal-Zusammenhangs von deutscher Vergangenheit und deutscher Gegenwart; Pflege eines völkischen Voluntarismus unter den Etiketten »Selbstbestimmung« und »Demokratie«; Drohung mit der Entfesselung einer nationalistischen Volksbewegung, gegen die das, was bereits in der bundesdeutschen Presse sich ankündigt, nur ein freundlicher Vorbote sein würde. Dabei wurde der chauvinistische Gestus der Augsteinschen Artikel in dem Maße, in dem die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und die USA jenseits aller diplomatischen Floskeln deutlich machten, daß sie keineswegs gewillt sind, auf ihre Vorbehaltsrechte zu verzichten und »Deutschland als Ganzes« in die Souveränität zu entlassen, von Mal zu Mal aggressiver, bis sie schließlich, unter der Überschrift »Vereinigung der Sieger?«, Mitte Dezember einen vorläufigen Höhepunkt erreichten – in einem Moment, als auch die Kommentatoren der rechtsradikalen Kampfblätter schier überschnappten: »Die Siegermächte aus dem Jahre 1945 können heute nicht viel mehr tun, als einander Trost zu spenden. Die Zeit, in der sie über die Deutschen nach Gutdünken befinden konnten ... ist vorbei« (Herbert Kremp, »Welt«, 12.12.89).

Augstein weiß natürlich, daß es so weit noch nicht ist. Er hat die Auftritte der alliierten Botschafter in Berlin, den Besuch des amerikanischen Außenministers in der DDR und die hinhaltenden bis warnenden Äußerungen führender Politiker der Siegermächte sehr wohl verstanden. Dementsprechend richten sich seine Angriffe in erster Linie gegen das, was er, Ressentiments schürend, die »ostentative Underdog-Behandlung (der Deutschen) 45 Jahre nach dem Ende des Krieges« nennt, die er als Ausgeburt »der naturgemäß unvernünftigen Linie der 'Sieger'« begreift (und tatsächlich verfährt er, indem er sie in Anführungszeichen setzt, mit den Siegern über das nationalsozialistische Deutschland wie früher die Springer-

Presse mit der DDR; die wiederum hat er, im »Spiegel« Nr. 49/89, gleich ganz aus der Geschichte gestrichen: Das »war kein Staat«).

Die Unvernunft der Internationale der Gegner einer »Neu-Vereinigung« der Deutschen (»oder Wiedervereinigung, machen wir doch aus einer Frage dieser Bedeutung keine semantischen Turnübungen«, Klaus von Dohnanyi), zeige sich, erklärt uns Augstein, in dreierlei: Erstens lasse sich die Politik der Alliierten mit den Gesetzen der Natur nicht in Einklang bringen. Ein Weiterbestehen zweier deutscher Staaten »wäre widernatürlich«. Folglich »wird sich (die Bundesrepublik) auf jeden Fall (!) mit den 'Schwestern und Brüdern' vereinigen, wenn die das wollen«. Zweitens widerspreche die Beibehaltung zweier deutscher Staaten dem wohlverstandenen Eigeninteresse der »Nachbarn der Deutschen«: »Sie fürchten den deutschen Wirtschaftsdrive, von dem sie doch gleichzeitig profitieren wollen« und – wie Augstein, der anstelle moralischer allein ökonomische Argumente überhaupt in Betracht zieht, nicht müde wird zu betonen – selbstverständlich auch würden: Wenn das vereinigte »Deutschland«, das heute noch »zerstückelt und verkürzt« sei, »seine Wirtschaftsmacht, tatsächlich dann die drittstärkste der Welt«, frei entfalten und zum Einsatz bringen könnte, käme das beispielsweise besonders den Polen zugute, »denen übler mitgespielt worden ist als allen anderen zusammen! *sie* wissen die deutsche Wirtschaftsmacht zu schätzen, sie wünschen sie sich geradezu herbei.« Wer also, soll das wohl heißen, die Errichtung eines deutschen Einheitsstaates behindert, macht sich mitschuldig an der wachsenden Not der polnischen Bevölkerung, die doch in Wahrheit zu einem Gutteil auf das Konto derjenigen geht, die jetzt »eine gesamtdeutsche Wirtschaftsgemeinschaft« (Augstein) planen.

Nicht nur deshalb aber ist Augsteins wiederholter Hinweis auf das vorbildliche Verhalten eines Volkes, das die deutsche Lektion eben gelernt hat, so zynisch. »Die Polen . . ., die klassischen Unvernünftler, wissen um ihre und unsere Rolle«, schreibt er, und: »Polen ist am meisten Unrecht getan worden, aber schließlich sitzt es unbedroht in ehemals deutschen Gebieten.« Aber schließlich! Diese Gegenüberstellung ist nicht nur der schamlose Versuch einer Aufrechnung, sie operiert auch mit einer falschen Unterstellung, denn längst fürchten die Polen um den Bestand ihres Staatsgebietes. Das »zeigt der Grundstücksmarkt besser als jede Meinungsumfrage: In den ehemals deutschen Westgebieten Polens sind die Preise deutlich gefallen, wie bei auslaufenden Modellen, denen der Markt keine Zukunft mehr gibt« (Lothar Baier, »WoZ«, 22.12.89).

Drittens mache ihr imperialistisches Treiben die Alliierten habituell unfähig einzusehen, daß »man (uns) den Chauvinismus gründlich ausgetrieben« habe und es daher keinen Grund gebe, »den jetzigen Deutschen etwas vorzuenthalten, was alle anderen, namentlich die vier Alliierten, als selbstverständlich in Anspruch nehmen«. Im Gegenteil: Eine »Vereinigung der verbliebenen Deutschen« könnte der politischen Welt weltpolitische Manieren beibringen, denn »so nationalistisch wie die vier Alliierten und Japan und sogar Italien sind wir noch immer nicht und werden es auch als Euro-Wirtschaftsmacht nicht sein«. »Ganz ohne Falklands, Mururoa und Grenada«, kündigt Augstein an, werden die Deutschen »ihre Interessen wahrnehmen«.

Die Deutschen: ein friedliebendes Volk, bescheidene und fleißige Menschen, denen »die Mittel und die Absichten und auch die Ideologien fehlen, um (wieder) größenwahnsinnig zu werden«, umgeben von beutehungrigen Staaten, die voll Neid und Konkurrenzangst auf die Errungenschaften seiner blühenden Wirtschaft blicken und sich verabredet haben, es an der Aufteilung der Welt nicht partizipieren zu lassen. – »Zukunft aber hat das nicht.« Zwar sei es ein »Irrtum, daß man uns Ambitionen unterstellt«, dennoch: »Die Rechnung, daß alle, außer den Deutschen, ihre Interessen wahrnehmen dürfen, wird nicht aufgehen.«

Die Selbstverständlichkeit, mit der Augstein die Vorstellungen übernimmt, die das kaiserliche Deutschland vor 1914 und die revanchelüsternen Gruppen der Weimarer Republik von der Diskrepanz zwischen Deutschlands tatsächlicher 'Stellung in der Welt' und der, die ihm eigentlich zustünde, entworfen hatten, ist bemerkenswert. Es scheint ihm nicht einmal aufgefallen zu sein, daß er damit auch jene Widersprüche reproduziert hat, die mit dafür verantwortlich waren, daß die Deutschen ihre beiden Kriege um die Weltherrschaft mit gutem Gewissen führten: Indem er bestreitet, daß ihnen Mittel, Absichten und Ideologien zur Verfügung stehen, »um (wieder) größenwahnsinnig zu werden«, produziert er sie (bzw. demonstriert ihre Funktionstüchtigkeit); kaum hat er deutsche »Ambitionen« geleugnet, beharrt er auf deutschen »Interessen« – daß die Interessen der Deutschen stets ihre Ambitionen waren, davon will er ebensowenig wissen wie von den Gründen, die es jedem (nicht nur jedem Deutschen) unmöglich machen sollten, folgendes niederzuschreiben: »Warum ein geteiltes Berlin, wo doch für Jerusalem trotz aller ethnischen und Annexionsprobleme gelten soll und gelten wird: Zweigeteilt? Niemals. Dies falsche Gewicht wird die junge Generation, weil das nämlich nichts mit Auschwitz zu tun hat, nicht mehr mittragen.«

Berlin, Auschwitz, Jerusalem – die ehemalige Zentrale des NS-Staates, das Lager, in dem mehr als eine Million Juden ermordet wurden, und die Hauptstadt des jüdischen Staates – drei Orte, die nichts miteinander zu tun haben? Oder doch nur soviel, als daß, was die Juden für sich beanspruchen, der alten und, geht's nach Augstein, auch neuen deutschen Reichshauptstadt, weil die nämlich ethnische und Annexionsprobleme nicht kenne, erst recht zusteht? Was hat Augstein sich gedacht, als er diese Passage notierte? Gar nichts? Das, was da steht? Aber wie soll man die Behauptung, die

Aufteilung des Deutschen Reiches in zwei selbständige Staaten habe mit dem Griff der Deutschen nach der Weltmacht und die Vernichtung der europäischen Juden mit diesem »nichts« zu tun, noch qualifizieren – wenn man nicht annehmen will, ihr Verfasser sei entweder ein Nazi oder einfach meschugge? Es mag ja sein, daß »die junge Generation«, wie ihre Eltern, nicht bereit ist, das, was der »Spiegel«-Chef ein »falsches Gewicht« nennt, die Verantwortung für die Folgen deutscher Untaten nämlich, zu tragen. Zunächst aber besagt Augsteins Satz lediglich, daß er selber von Auschwitz und ähnlichen »Schreckgespenstern« nichts mehr hören will.

Zunächst – denn im »Spiegel« Nr. 2/90, acht Wochen, nachdem er der jungen Generation den Abwurf des falschen Gewichts empfohlen hatte, und in Erwiderung auf ein Interview mit dem jüdischen Schriftsteller Elie Wiesel, das im »Spiegel« der Vorwoche erschienen war, hat Augstein erkennen lassen, wohin er mit nur mehr leichtem Gepäck und von Gespenstern nicht länger belästigt zu marschieren bereit ist: abermals bis zur »Stunde Null«.2

Immerhin sieht er es gerne, wenn andere Lehren aus der Geschichte ziehen. Der SED beispielsweise, schreibt Augstein, müßte ein Blick in die Vergangenheit klarmachen, daß sie in geheimen Wahlen ihr Machtmonopol unmöglich würde behaupten können: »Schließlich herrscht sie in einem Land, wo ... ein parlamentarisches System, das durch freie und geheime Wahlen gestützt wurde, schon einmal funktioniert hat.« Bis die Roten kamen? Immerhin konnte Hitler, wie Heiner Müller am 14.12.89 im »Neuen Deutschland« zu bedenken gab, »im Gegensatz zu Lenin ... seinen Staatsstreich auf einen Wahlsieg gründen, insofern ist auch Auschwitz ein Resultat von freien Wahlen.«

Daß die Deutschen in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts ihre Nachbarländer überfallen und die Juden in die Gaskammern getrieben haben, hindert sie heute keineswegs daran, dieses 'Selbstbestimmungsrecht' als ein Prinzip, das absolut gelte, als Superlativ demokratischer Entscheidungsfindung, jedenfalls als ein Recht, das ihnen unbedingt wieder zustehe, zu propagieren. Auch Augstein fordert die »Selbstbestimmung« der Deutschen, da sie für »eine friedliche und vernünftige Politik« stehe. Dabei hat, wie die Geschichte seiner Anwendung zeigt, das 'Selbstbestimmungsrecht', insofern es anderes meint als das persönliche Recht eines Individuums, mit Demokratie, Frieden und Vernunft gar nichts, mit Minderheitenunterdrückung und völkischer Raserei dagegen sehr viel zu tun (das gilt auch, modifiziert, für den Sonderfall des antikolonialistischen Kampfes). Selbst seine momentanen Verehrer schätzen es ja vor allem als völkisches Prinzip, das, komme heraus, was da wolle, allein gilt, weil es 'im Volke wurzelt'. Thomas Schmid beispielsweise, der in der Dezember-Nummer der Zeitschrift »Kommune« den Umbruch in der DDR wie folgt kommentierte: »Die DDR hat sich ganz real in etwas hineingezaubert ... in eine Ursprungssituation. Solche Situationen sind

Sternstunden, nicht (zumindest nicht nur) weil in ihnen das Unten über das Oben, die Menschen über den Staat obsiegen, sondern weil in ihnen das Wollen triumphiert und das gesellschaftliche Feld neu eröffnet wird.«

Anders als Schmid, dem der Triumph des Willens genügt, weil er schon früher dem Volke hat dienen wollen, besteht Günter Wetzel aus einsichtigen Gründen auf der völkischen Grundlage des 'Selbstbestimmungsrechts'. Weil, erklärte der ehemalige Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung in der »FAZ« vom 28.12.89, nach den 1976 in Kraft getretenen Menschenrechtspakten das 'Selbstbestimmungsrecht' das Recht aller *Völker* bezeichne, über ihren politischen Status zu entscheiden, stelle der Vorsatz der DDR-Führung und -Bevölkerung, dieses Recht hinsichtlich der Entscheidung über einen Zusammenschluß mit der Bundesrepublik für sich zu beanspruchen, einen neuerlichen Versuch dar, »die Existenz des deutschen Volkes zu leugnen«. Da es nämlich »in beiden Teilen der alten Hauptstadt Berlin, in Thüringen und Hessen . . . keine verschiedenen Völker« gebe, könne unter Umständen die Bevölkerung der Bundesrepublik »die Vereinigung der verbliebenen Deutschen« auch gegen den Willen der DDR-Bevölkerung beschließen und vollziehen. Es käme bloß auf die gesamtdeutsche Mehrheit an.

Auch ansonsten meint keiner von denen, die zur Zeit mit dem 'Selbstbestimmungsrecht' herumfuchteln, was dieses Wort zu besagen scheint – nicht mal das Grundgesetz, dessen vielzitierte Präambel den Deutschen ebenfalls keine Wahl läßt: »Das Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.« Gerhard Löwenthal hat also völlig recht, wenn er im »Deutschland-Magazin« zufrieden feststellt: »Selbstbestimmung und Wiedervereinigung sind lediglich zwei Worte für ein und dieselbe Sache.«

Wer jetzt immer noch nicht klein bei gibt, dem müssen die Instrumente gezeigt werden. »Taktisch unklug«, teilt Rudolf Augstein den Alliierten mit, sei es, »eine Neu-Vereinigung« der Deutschen verhindern zu wollen. Denn »die letzten Wochen haben gezeigt, wie spontan Volkes Wille sein kann. Da wird man wenig Vorsorge treffen können. « Was er damit meint, hat in wünschenswerter Klarheit der Sozialdemokrat Klaus von Dohnanyi Anfang Dezember in einer Rede zum zehnjährigen Jubiläum der Zeitschrift »Militär, Rüstung, Sicherheit« ausgeführt: »Wenn die Einheit aber entgegen dem Wunsch der Selbstbestimmung dem deutschen Volk verweigert werden sollte, ... wird in Deutschland der Nationalismus erwachen, den wir in der Bundesrepublik über 40 Jahre in bewundernswerter Weise im Zaume gehalten haben. Ich möchte nicht wissen, was ein eiserner Vorhang durch London, Paris, Rom oder Madrid an politischer Unruhe während vier Jahrzehnten erzeugt hätte!«

Abgesehen von der Frage, warum Thatcher, Mitterand, Andreotti oder Gonzales sich Gedanken über eine Grenze quer durch die Hauptstädte ihrer Staaten machen sollten (Berlin ist auch nicht anders, will Dohnanyi uns sagen) – der besorgte Ton, in dem derartige Äußerungen hierzulande gewöhnlich vorgetragen werden, ist falsch, da sie, was sie verhindern zu wollen vorgeben, in Wahrheit schüren. Und zwar gezielt: Mitte Dezember, acht Wochen, nachdem er seine War-was?-Version des »Kriegsendes« formuliert hatte, die in der Zwischenzeit durch die internationalen Warnungen vor der Herausbildung eines »Vierten Reiches« mit Ja! beantwortet worden war, veröffentlicht Augstein eine Kolumne, in deren Motto von »Verrat« die Rede ist, nennt die britische Premierministerin »eine reaktionäre Konservative«, »dreist«, »anmaßend« und »out of her mind«, weil sie »frühestens in 10 oder 15 Jahren .. . über eine deutsche Einheit mit sich reden lassen (will)«, beschimpft den französischen Staatspräsidenten als »altbacken und chauvinistisch« und droht unter Hinweis auf das Versprechen der alliierten Westmächte aus den 50er Jahren, »die deutsche Einheit in Freiheit herbeizuführen«: »Mutet man den braven Deutschen die Gewißheit zu, daß sie zu Adenauers Zeiten in jeder Hinsicht betrogen wurden, . .. werden (sie) sich darauf ihren Reim machen.«

Damit hatte sich der Herausgeber eines Magazins, das »im Zweifelsfall links« sei (Augstein), an die Spitze der Bewegung gesetzt und die Meinungsführerschaft der bundesdeutschen Boulevard- und Rechtspresse übernommen. Zwei Tage, nachdem er verkündet hatte: »Margaret Thatcher und Mitterand haben uns wissen lassen, was sie von uns halten«, zog – unter der Schlagzeile »Jetzt wissen wir, wer unsere Freunde sind« – der Chefredakteur der »Bildzeitung«, Hans-Hermann Tiedje, mit einem Beitrag nach, der sich angemessen nur mit ausgestrecktem rechten Arm vortragen läßt: »Ist Deutschland eine Bananenrepublik? Oder etwa gar noch weniger – die Bananenrepubliken haben inzwischen alle das Selbstbestimmungsrecht. Waren wir nur solange gut, wie wir zahlten und schwiegen? ... Die ganze Dritte Welt hat ihr Selbstbestimmungsrecht – sollen wir schlechter behandelt werden als jedes andere Volk? Wer sind unsere Freunde? Maggie Thatcher – wie wir immer dachten? George Bush? Andreotti, der Italiener? Was ist von Francois Mitterand und Gorbatschow zu halten? ... Hat (M. Thatcher) etwa Angst vor deutscher Wirtschaftsmacht? Dann wäre die Frage: Bei wieviel Wirtschaftsmacht hört die Selbstbestimmung, das Grundrecht aller Völker auf? ... Mitterand macht die Wiedervereinigung abhängig vom Einverständnis der vier Siegermächte«, empörte sich der »Bild«-Chef und kommentierte die Erinnerung konservativer französischer Zeitungen »daran, 'daß es ein besonderes Statut von Berlin gibt, daß es immer noch in Kraft ist und daß die vier Mächte die Verantwortung haben, es anzuwenden'«: »Anwenden – wogegen? Gegen den erklärten Willen des deutschen Volkes, zum Beispiel? . . . Eine Frechheit (wenn nicht mehr !) ist, was aus Italien zu Deutschland zu hören ist. Der christlich-demokratische Ministerpräsident Guilio Andreotti, der die deutschen EG-Subventionen für sein Land immer gern annahm, macht aus der deutschen Frage Kabarett ... Was würde Andreotti sagen, wenn Italien geteilt wäre, von La Spezia quer rüber nach Rimini? . . . Stehen wir Deutschen unter Strafbewährung? Fehlt nur noch der Hinweis auf Hitlers Nazi-Verbrecherregime. Und die Antwort: Italien ist ja auch nicht ein Land wie jedes andere – dort wurde der Faschismus schließlich erfunden.«

Nicht nur das: Rudolf Augstein, der Andreotti, den Italiener, zunächst links hatte liegen lassen, kam in der folgenden Woche noch drauf, daß »dessen Land seit 1911 fünf Eroberungs- und Beutekriege angefangen hat« (die Deutschen dagegen, das mußte der »Spiegel«-Chef nun eigens nicht mehr erwähnen, lediglich zwei).

II

»Nun ist das Ende des 'Spiegel' nahe herbeigekommen: Der Herausgeber hält es nach 40 Jahren schlußendlich für seine Aufgabe, uns Lesern wieder nationale Ressentiments wider das falsche Albion, das hinterhältige Frankreich und die alte west-östliche Einkreisung des armen Deutschland einzuimpfen – und das alles im Zeichen von 'Verrat an Deutschland'. Nicht zu fassen!«
Leserbrief, »Spiegel«, 25.12.89

»Wir sind politische Geschäftsleute, die den Coup ihres Lebens vor sich haben: 18 Millionen Landsleute müssen aus unwürdigster und drückendster Knechtung der Körper und Seelen befreit werden. Berlin, das Herz Deutschlands, soll wieder zum Pulsschlag erweckt werden. Deutschland muß wieder eine lebendige Funktion unter den Völkern gewinnen, die es, blutend entzweigerissen, nicht erringen kann.«
Rudolf Augstein, »Spiegel«, 24.6.1953

Der Leserbriefschreiber und mit ihm alle, die sich in den letzten Monaten über die politischen Kommentare des »Spiegel«-Herausgebers gewundert haben, irren: Es ist Rudolf Augstein keineswegs »nach 40 Jahren« anständiger journalistischer Arbeit plötzlich eingefallen, seiner Leserschaft deutschnationale Flötentöne beizubringen. Er ist nicht am Ende seiner publizistischen Karriere angekommen, sondern in einem Moment, da sich sein politisches Credo endlich zu erfüllen scheint, an ihren Anfang zurückgekehrt. Die Tendenz seiner deutschlandpolitischen Kolumnen der letzten Monate war die

Basis des »Spiegel«-Erfolgs in der Nachkriegs-BRD, von dem heute auch diejenigen zehren, die sich während einer Redaktionskonferenz Mitte Dezember vergeblich 3 – gegen die Texte ihres Chefs empörten.

Der hatte – unter dem Pseudonym Jens Daniel – mit Gründung der Bundesrepublik begonnen, im »Spiegel« deutschlandpolitische Kommentare zu veröffentlichen, die sich in erster Linie gegen die Politik der Siegermächte, besonders gegen die Errichtung zweier deutscher Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches, gegen die Einbindung der bundesdeutschen Schwerindustrie in ein westeuropäisches Wirtschaftssystem (Schumann-Plan, Montan-Industrie), gegen die politisch-militärische Integration der BRD in das »atlantische Bündnis« (später: Nato), gegen den amerikanischen »'Internationalismus', der sich in Europa auf Kosten des potentiell stärksten und formell schwächsten Landes breitgemacht hat«, und vor allem gegen »die Russen und ihre Satelliten« richteten. »Solange die Sowjets deutsche Jungens unter ihrer Fuchtel haben«, erklärte er »im Namen der deutschen Einheit« und im Ton eines Obersturmbannführers, sei »die Befreiung unserer Landsleute«, die »Rückgewinnung des deutschen Ostens« »vordringlicher als der Anschluß Westdeutschlands an Westeuropa«. »Für ein starkes Deutschland« gelte es einzutreten. Statt »unter Kriegsverlierer-Pressionen« »nicht deutsche, sondern amerikanische Politik« zu machen, müsse man »die Amerikaner davon überzeugen, daß Europa dem Bolschewismus keinen Widerstand leisten kann, solange Deutschlands Einheit nicht in Freiheit wiederhergestellt ist«. Gebe es erst wieder einen deutschen Einheitsstaat, politisch neutral, aber bewaffnet – »an der nötigen Frontbewährung im Kampf gegen den Sowjetkommunismus in Deutschland soll es dann nicht fehlen«.

Weil dieses Programm immer auch die strikte Ablehnung der Politik Adenauers beinhaltete, dem Augstein vorwarf, er verkaufe für die Westintegration der BRD »das Erstgeburtsrecht nationaler Selbsterhaltung gegen eine Scheinsouveränität samt ein paar Regimentern«, ist es als linke Kritik an einer konservativen Regierung mißverstanden worden – mit Konsequenzen, die über die Deutschtümelei der Friedensbewegung bis in's erbärmliche Gestotter reichen, das heutige Linke befällt, wenn sie sich daranmachen, »die deutsche Frage« zu beantworten. Wer daher heute die Texte liest, die 'Jens Daniel' Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre geschrieben und 1953 in einem Sammelband mit dem Titel »Deutschland – ein Rheinbund?« nochmals herausgebracht hat, wird feststellen müssen, daß der »Spiegel«-Chef damals, wenn diese politische Gesäß-Geographie irgend noch Sinn macht, ebensoweit rechts von Adenauer stand, wie sich zur Zeit die »reaktionäre Konservative«, Margaret Thatcher, links von ihm befindet.

Denn wer sollte, außer hartgesottenen Ex-PGs und der Wand, auf der politischen Rechten in der Bundesrepublik noch Platz gefunden haben neben einem Leutnant a.D., der noch vor wenigen Jahren die Wacht »am westlichen Ufer des Don bei Woronesch« gehalten hatte und sich nun, im März 1950, schon wieder in die Brust warf: »Wird die westliche Welt kräftig genug, den deutschen Export zu verdauen und Deutschland die nötigen Waffen zu liefern, dann werden sich die Deutschen im eigenen Interesse dazu verstehen, für den Westen auf Wache zu ziehen. In dieser Branche sind sie fit«; der im Jahr drauf die Entwaffnung Deutschlands »in der Tat« für einen »Fehler« hielt: »Die Amerikaner dürfen sich nicht wundern, daß Europa sich nicht verteidigen kann. England ist eine Insel, und Europas Rückgrat wurde zerschlagen, als Roosevelt Deutschland zerschlug« – und also das falsche Schwein schlachtete; der sich im April 51 beklagte: »Keiner von Adenauers Leuten hat uns erzählt, daß wir bislang die einzigen sind, die Opfer bringen« – und damit dem Schaden der von den Deutschen verwüsteten Länder noch den Spott hinterherschickte; der fünf Monate später bekanntgab: »Wir sind in der Lage, ohne Marshall-Plan zu leben, wenn man uns läßt ... Wir sind darüber hinaus in

der Lage, die von uns gewünschte Zahl von 250.000 Mann samt Ausrüstung und Material zu *unterhalten.* Obwohl unser Kriegspotential willkürlich zerschlagen worden ist, könnten wir sie sogar *aufstellen,* wenn unsere Wirtschaft frei arbeiten dürfte und wenn uns die Besatzungskosten restlos gestrichen würden«; der das Wort »Integration« ablehnte, weil es »volksfremd« sei; der im Januar 52 nicht nur »den Sowjets« mitteilte, »daß sie sich mit ihrer Spekulation, uns kalt zu frühstücken, verrechnet haben«, sondern überhaupt an die Niederlage so recht noch nicht glauben wollte: »Erst wenn wir den Schumann-Plan, diesen ersten Akt einer Politik gegen die nationale Existenz, unterzeichnen, sind wir im Begriff, den Krieg vollständig zu verlieren«; der im Mai 52 feststellte: »Die Kluft zwischen Ost und West hat uns aus der schlimmen Isolierung der Gaskammern herausgeholfen«, und gleichzeitig »in der Tschechei und in Polen« »Ressentiments gegen die 'deutsche Gefahr'« ausmachte; der den Alliierten vorhielt: »Wenn es möglich ist, ein gewaltsam entmündigtes Volk derart gegen seinen Willen und gegen seinen Vorteil fremden, wenn auch noch so lobenswerten Interessen zu unterwerfen, dann ruiniert das den Glauben an die westlichen Demokratien tödlich ...«; der schließlich, im Vorwort zu seiner »Rheinbund«-Sammlung, »hinter solchen Formulierungen« wie: man »sei gegen eine deutsche Nationalarmee, damit es zwischen den europäischen Völkern nie wieder Krieg geben könne . . . das Schreckgespenst (!) des 'preußischen Militarismus' unschwer hervorgeistern« sah, und sich den Widerstand des Auslands gegen ein neues Groß-Deutschland wie folgt erklärte: »Es gäbe wieder ein freies Spiel der Kräfte im politischen Raum, und Gott behüte, wozu wäre dann der 2. Weltkrieg gut gewesen, der dem deutschen Volk das Recht auf demokratische Selbstbestimmung für immer nehmen sollte ...?«?

Mitte der 50er Jahre ist Augstein dann in die FDP eingetreten, die damals als »Wiedervereinigungspartei« galt. »Ein beträchtlicher Teil« ihrer Politiker, informiert uns in seiner Geschichte des »Liberalismus in Deutschland« (Frankfurt 1988) Dieter Langewiesche, habe »ein nationalistisches Vokabular« gesprochen, »das dazu beitrug, die Partei weit nach rechts zu

öffnen«. Langewiesche bemüht sich, das positiv zu sehen: »Indem sie nationalistische Kräfte politisch an sich band, trug sie dazu bei, das Aufkommen rechtsextremer Parteien zu verhindern.« Was eine vornehme Umschreibung der Tatsache ist, daß die FDP damals selbst *auch* eine rechtsextreme Partei war.4 So mancher sei ihr beigetreten, zitiert Langewiesche eine ehemalige Parteisekretärin, der »vor lauter noch nicht abgekühlter Begeisterung für den Nationalsozialismus buchstäblich vibrierte«. Das ist auch kein Wunder, heißt es doch in den »Programmatischen Richtlinien der Freien Demokratischen Partei« vom 4. Februar 1946 unter Punkt 1: »In der festen Zuversicht, daß der demokratische Gedanke, wie überall auf Erden so auch im Herzen Europas, die Zukunft der Nationen bestimmen wird, wirkt die Freie Demokratische Partei für die Wiedererstehung eines deutschen Reiches.... Das Reich allein führt und bestimmt die Politik.«

1957 kandidierte Rudolf Augstein ohne Erfolg für die FDP zu den Bundestagswahlen. Im selben Jahr und im Hinblick auf ebendiese Wahl verteilte der ehemalige NSDAP-Reichstagsabgeordnete und spätere Reichsamtsleiter der 'Deutschen Arbeitsfront', Otto Wetzel, beim Bundestreffen der »Hilfsgemeinschaft der Waffen-SS« in Karlburg am Main eine Broschüre der »Aktion 'Die Ehemaligen'«, mit der er seine politischen Freunde zur Wahl der FDP aufrief: »Ist die FDP in ihren Verlautbarungen FÜR oder GEGEN uns? Und hier, meine Freunde, steht eines ganz objektiv und unwiderleglich fest: Im Bundestag, in den Länderparlamenten und überall sonst war es die FDP, die sich immer am eindeutigsten für uns eingesetzt hat. Sie wurde nicht müde, zu fordern, man solle unter das traurige Kapitel der Nazi-Riecherei, der Verleumdungen, Denunziationen und 'Sühnemaßnahmen' einen Schlußstrich machen.«

Anmerkungen

1) In der Diktion politischer Kommentatoren: »Der neue deutsche Staat kann solide gebaut werden, das 'europäische Haus' noch lange nicht«, Rudolf Augstein; »Die Entscheidung über die deutsche Einheit kommt als erstes. Dann folgt der Entschluß, in welche internationalen Zusammenhänge, die jetzt nicht absehbar sind, sich ein solches Deutschland einordnet, wenn es denn von der Nation beschlossen wird«, Friedrich Karl Fromme, »FAZ«; »Die Einheit Deutschlands . . . ist nicht nur eine Sache der europäischen Einigung.... Hier Prioritäten zu setzen, schwächt unseren Anspruch«, Kurt Ziesel, »Deutschland-Magazin«.

2) So lautet der Titel der Kolumne, mit der Augstein zur chauvinistischen Parole die antisemitische Schmiererei gefügt hat. »Mit welchem Recht«, fragt er den ehemaligen KZ-Häftling Wiesel, spreche er »über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten« das Verdikt: »Noch nicht«? Wie komme er, der Überlebende aus Auschwitz und Buchenwald dazu, den Deutschen zu raten: »wartet ab!«? Warum wolle er Deutschland immer »noch keinen 'Blankoscheck' ausstellen«? »wenn aber jetzt nicht, wann dann? Immateriell können wir nicht bezahlen, aber materiell haben wir bezahlt.« Was selbstverständlich der pure Nonsense ist – und ich verweise für's erste, pars pro toto, auf die Erfahrungen der Initiative »Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme« (s~ KONKRET 10/89) und für's zweite darauf, daß die publizistische Tätigkeit des »Spiegel«-Herausgebers gerade von der *Weigerung* bestimmt ist, wenigstens »immateriell« für Auschwitz einzustehen: »Ob die Deutschen die Vergangenheit vergessen dürfen oder sollen oder müssen, kann nicht verordnet werden«, da, »solange die Welt besteht«, die Erinnerung »beschädigt« werde, schreibt er, die Erinnerung beschädigend, gegen Wiesels Befürchtung, im National-Rausch könnten die Deutschen die NS-Verbrechen vergessen. Dann fährt er fort: »Der Ansatz Ernst Noltes ... war ja philosophisch richtig«, nur seine Beispiele seien halt »kaum glaublich« gewesen.

Wie das, was nun aus Augstein herausbricht: »Wieso dürfen wir den Holocaust nicht als *das* Jahrhundertverbrechen ansehen und gleichwohl die Knochenbrecher in Israel nicht eben schätzen? Wenn Wiesel aggressive Leute nicht liebt, so können ihm Rabin, Schamir und Scharon nicht lieb sein.« Überflüssig zu erwähnen, daß das Wiesel-Interview nicht von Israel, sondern von der Verantwortung der Deutschen für die Ausrottung der europäischen Juden handelte, daß weder Rabin, Schamir oder Scharon auch nur erwähnt wurden, daß kein Wort fiel, das den Schluß zuließe, Wiesel finde »die Knochenbrecher in Israel« sympathisch oder fordere, daß man sie schätze (er hat lediglich auf die Tatsache hingewiesen, daß eine auch unter Linken verbreitete Form des politischen Antizionismus sich aus antisemitischen Quellen speist) – Augstein, der sich von einem Juden Deutschland nicht madig machen lassen will, läßt seinem Ressentiment freien Lauf: »Präpotent« sei Edgar Bronfman, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses; »vom 'internationalen Judentum' ... solle man (zwar) wirklich nicht reden. Wie aber, wenn man den Begriff nur denkt, wäre das nicht schon schlimm genug?« Und Augstein begründet, warum es an der Zeit wäre, ihn zu denken, indem er auf die Abhängigkeit amerikanischer Präsidenten von ihrer »jüdischen Wählerschaft« hinweist, die »eine Politik des Ausgleichs und der Vernunft« im Vorderen Orient hintertreibe. »Wiesel, der Erinnerer« aber – der »uns dann doch erklären (mag), warum in Jerusalem geschossen wird und in Berlin nicht. Das liegt nun nicht mehr an Adolf Hitler« – ist für Augstein, der wähnt, nun endlich den Juden Auschwitz heimzahlen zu können, »zu Wiesel, dem Verdränger« geworden. »Die Stunde Null«, freut er sich, »sie ist da.«

3) »Vergeblich« ist nicht ganz korrekt. Schon mehren sich die Zeichen dafür, daß die Position des Herausgebers auch in der Redaktion durchschlägt: Da wird in einem Beitrag über die Befürchtungen der Juden »angesichts der deutsch-deutschen

Dynamik« süffisant angemerkt, durch den »Zusammenbruch der Mauer« sähen sie die »Erfolgsstory« ihres »neugeborenen Judenstaates« gefährdet; da steht in einem Bericht über den Besuch Mitterands in der DDR der Satz: »Tags darauf trichterte Frankreichs Staatspräsident auch der DDR-Jugend seine These (!) von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ein«; und da treten in jenem bereits erwähnten »Spiegel«-Gespräch zwei Redakteure dem jüdischen Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel in einer Haltung gegenüber, die mit 'schamlos' noch zurückhaltend gekennzeichnet ist: »WIESEL: . . . Die Deutschen sollen in die Zukunft blicken, aber sie dürfen die Vergangenheit nicht vergessen. Die Folge dieser Befreiung darf nicht die Beschädigung der Erinnerung sein. SPIEGEL: Was Sie erwarten, ist ein schwieriger und manchmal sicher auch frustrierender Balanceakt. Das könnte sehr leicht zu Überdruß und einem Ausbruch nationalistischer Gefühle führen. WIESEL: ... Da ich mich nicht nur mit Politik befasse, sondern mit moralischen Kategorien, möchte ich sagen: Wartet ab! Deutschland ist noch nicht bereit für einen solchen Wechsel. Und wir sind auch noch nicht bereit. SPIEGEL: Fürchten Sie nicht, daß Zorn und Nationalstolz noch heftiger ausbrechen könnten, wenn die Deutschen das Gefühl hätten, ihre Zukunft solle allerlei Beschränkungen unterworfen werden? WIESEL: Ich würde gern abwarten ... SPIEGEL: Immerhin hat sich die Bundesrepublik der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit gestellt....« uswusw. Es ist diese Selbstgerechtigkeit, dieser Versuch, 'die Anderen' (das Ausland/die Juden) verantwortlich zu machen für das, was die Deutschen sowieso und von sich aus bereits wieder tun, diese verlogene Fürsorglichkeit, die das Übel ist, vor dem sie zu schützen behauptet, einfach widerlich – so widerlich wie die Tatsache, daß der »Spiegel« bei der Vorstellung Elie Wiesels zu erwähnen 'vergaß', daß dieser in deutschen KZs interniert war, zunächst in Auschwitz und dann, bis zu seiner Befreiung im April 45, in Buchenwald.

4) Aber was heißt schon »war«? Nach einer Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts, deren Ergebnisse der »Spiegel« Nr. 1/90 veröffentlichte, wünschen sich von 100 FDP-Wählern 31 im nächsten Bundestag eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und »Republikanern«.

konkret 02/90, S. 16

Wolfgang Pohrt

Es kommt ganz anders

Welche politischen und ökonomischen Fakten werden die Stimmungs- und Gesinnungslage der Westdeutschen in den nächsten Jahren beherrschen?

Die Hausse an allen Börsen, der besonders hohe Kursgewinn deutscher Aktien und die Stärke der D-Mark zeigen, daß der Westen glaubt:

1. der politische Zusammenbruch des Ostblocks werde das Territorium samt Bewohnern ökonomisch in ein herrenloses Gut verwandeln, welches auf seinen künftigen Besitzer wartet wie im Märchen die Braut auf den Bräutigam. Zur Verteilung stünden demnach bereit: ein riesiger Absatzmarkt ohne Sättigungsprobleme; phantastische Anlagemöglichkeiten; ein unerschöpfliches Reservoir an billigen, willigen Arbeitskräften; ein gigantisches Rohstofflager.

2. der Hauptabsahner werde die Bundesrepublik sein, weil a) die Bundesrepublik wegen ihrer geographischen Lage besonders kräftig zugreifen kann – sie grenzt unmittelbar an den Ostblock an; weil b) die Bundesrepublik als führende Industriemacht Westeuropas beim gemeinsamen Beutemachen den Löwenanteil kriegen wird; weil c) in der einverleibten DDR das bundesrepublikanische Kapital paradiesische Bedingungen für seine Entwicklung findet: Leute, die noch keinen Rasenmäher haben, und von diesen Leuten weder durch Zollschranken noch durch Sprachbarrieren getrennt; weil d) aus den genannten Gründen das wiedervereinigte Deutschland ein Kraftprotz werden muß, der weit mehr ist als nur die Summe seiner Teile. Der jüngst in Mode gekommene Begriff »Mitte Europas« wird dann neben seiner geographischen auch die ihm zustehende politische Bedeutung erhalten – Deutschland als Ort, an welchem sich die Macht konzentriert. Unter der Schlagzeile »Wiedervereinigung: Wie stark wäre Deutschland« hat »Bild« das alles schon durchgerechnet, und der »Spiegel«-Titel vom letzten Heft 1989 hieß: »BERLIN – Metropole von Morgen«.

Diese Erwartungen sind falsch. Weder würde ein wiedervereinigtes Deutschland die ökonomisch stabile und politisch führende Supermacht sein, von der die Befürworter wie die Gegner der Wiedervereinigung träumen, noch werden sich aus dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft im Ostblock naturwüchsig ideale Verwertungsbedingungen für das Kapital ergeben, einmal ganz abgesehen davon, daß der Zusammenbruch des Kommunismus im Ostblock noch keineswegs die beschlossene Sache ist, für welche sie von Leuten gehalten wird, die ausschließlich nach dem Schema der linearen Extrapolation denken, derzufolge jede Prognose mit einem 'immer' (schlimmer, besser, größer, kleiner etc.) beginnt.

Gerade in der DDR zeigt es sich, daß die neuerdings unausweichlich gewordene Konfrontation mit der gesellschaftlichen Realität im eigenen Machtbereich für die kommunistischen Parteien keineswegs gleichbedeutend mit Zusammenbruch, Selbstauflösung und Machtverzicht sein muß, sondern daß die kommunistischen Parteien sich in der Konfrontation auch behaupten und sogar gestärkt aus ihr hervorgehen können. Es wäre denkbar, daß eine nicht mehr unter dem Schutz ihres eigenen staatlichen Sicherheitsapparates herrschende SED in der neuen Arena Fähigkeiten entwickelt, die bislang verkümmert waren, obgleich Kommunisten sie besitzen müssen. Gysi, der im Unterschied zu seinen Vorgängern und im Unterschied zu seinen Konkurrenten von der Opposition in der öffentlichen Diskussion argumentieren, agitieren, überzeugen kann, spricht dafür, und dafür spricht auch die gehässige Nervosität von Medien und Parteien in der BRD.

Sie ahnen es, daß der GAU oder der Riesenspaß nicht mehr auszuschließen ist, der dann eintreten würde, wenn die SED freie Wahlen einfach gewinnt. Sie ahnen vielleicht, daß es voreilig war, an die niederen Instinkte des Mobs zu appellieren und der abgehalfterten SED-Prominenz ihre neun Farbfernseher oder ihr Neckermann-Fertighaus vorzuwerfen, weil damit Vergleichsmaßstäbe gesetzt sind, denen die Oppositionskandidaten und ihre Gönner in der BRD am wenigsten genügen. Sie fürchten offenbar schon, am Ende als betrogene Betrüger dazustehen, mit zehntausend kommunistischen Spionen im Land und nichts in den Händen als den Sozialfällen aus der DDR, die ziemlich unangenehm werden könnten, wenn sie auf die Dauer keinen Arbeitsplatz und keine Wohnung bekommen.

Noch falscher aber sind die Erwartungen dann, wenn die kommunistische Herrschaft tatsächlich restlos zusammenbrechen sollte, und wenn sich daraus die Angliederung der DDR an die BRD ergibt, das sogenannte wiedervereinigte Deutschland.

Übersehen wird dabei, daß a) das wiedervereinigte Deutschland keineswegs eine größere BRD, sondern ein weder politisch noch ökonomisch berechenbares Gebilde wäre, und daß b) die vom Kapital benötigten politischen Verwertungsbedingungen sich keineswegs gleichsam naturwüchsig aus dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft ergeben werden. Wo das Kapital heute für die Zukunft mächtige Verwertungschancen sieht, bilden sich in Wahrheit zwei Krisenherde, die es selbst und mit ihm die Menschheit ernsthaft bedrohen könnten, insofern das alte kapitalistische Entwicklungsprinzip Sanierung durch Konkurs, d.h. *Rettung durch Untergang* oder das Akkumulationsmodell Überproduktionskrise – Hochrüstung – Krieg – Wiederaufbauboom seit der Existenz von Kernwaffen unkalkulierbare Risiken enthält.

Was den Ostblock betrifft, so sollte man sich an die Bilder aus Rumänien gewöhnen, mit dem Unterschied vielleicht, daß künftige Leichenberge kein propagandistisches Spielgeld, sondern bare Münze sein werden. Die Gründe:

1. Massive wirtschaftliche Hilfe wird der Ostblock aus dem Westen nicht bekommen. Die Marshall-Plan-Gelder – heute oft als Vorbild genannt – wurden seinerzeit gezahlt, um ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu errichten. Wenn es keinen Kommunismus mehr gibt, entfällt das Motiv für Marshall-Plan-Hilfe. Die Ostkredite an Jugoslawien oder Polen in der Folgezeit wurden gewährt, um im Ostblock Abtrünnige zu ermuntern. Seit es keinen Ostblock mehr gibt, entfällt das Motiv, ihn durch finanzielle Belohnung von Abtrünnigkeit aufbrechen zu wollen. Als braves Kind bekam Polen seinen Zucker nur, solange es die UdSSR in der Rolle des bösen Buben gab.

2. Auch Marshall-Plan-Gelder in astronomischer Höhe wären kein Ersatz für die Bedingungen, unter denen das deutsche Wirtschaftswunder geschehen konnte. Der Wiederaufbau, welcher die Industrieproduktion explodieren läßt, setzt einen längeren und umfangreichen Krieg voraus, in welchem vorhandene Sachwerte gründlich zerstört werden. Kurzfristig ist der Weltmarkt dann ein Anbietermarkt, auf dem Außenseiter Karriere machen. Heute hingegen bietet der Weltmarkt Newcomern keine Chance, und der Ostblock dürfte bald das ökonomische Schicksal afrikanischer oder lateinamerikanischer Elendsregionen teilen, die für das Kapital nur von minderem Interesse sind, weil man dort nichts verkaufen und deshalb auch nichts produzieren kann.

3. Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft im Ostblock bedeutet demnach das Heranrücken der Dritten Welt an die Metropolen, bedeutet auch, daß die nahen Metropolen hineingezogen werden können in Konflikte, von deren Schärfe und bestialischer Verlaufsform man sich angesichts von nacktem Elend und vehementen Nationalismen kaum übertriebene Vorstellungen machen kann. Wo immer in seiner bisherigen Geschichte das Kapital sich nicht innerhalb einer bürgerlichen Gesellschaft entwickelt hat, die stark genug war, seiner Entfaltung die Grenzen zu setzen, ohne die es seine eigenen Existenzbedingungen verschlingt, indem es beispielsweise die Arbeiter in Fabriken und Bergwerken dezimiert, statt sie nur auszubeuten; wo immer also das Kapital die freie Bahn hatte, die es sich im Osten erhofft, hat es nach dem Prinzip der verbrannten Erde gewütet. Ein von kommunistischer Herrschaft erfolgreich befreites Ungarn wird Uganda ähnlicher sein als der BRD in ihren besten Zeiten.

Was das wiedervereinigte Deutschland betrifft, so sollte man sich an die beiden deutschen Reiche erinnern, die beide weder ökonomisch noch politisch ein Erfolg gewesen sind. Für eine Wiederholung spricht:

1. Irrational ist in der BRD bereits das Ziel »Wiedervereinigung« selber. Nie wären die USA bereit, Mexico als ihren 54. Bundesstaat zu akzeptieren, und die EC weigert sich klugerweise, der Türkei den Status eines Vollmitglieds zu geben. In der BRD hingegen brandet nur Jubel bei der Vorstellung auf, den eigenen Reichtum, den eigenen Komfort, den eigenen Lebensstandard mit den Brüdern und Schwestern aus der Zone endlich teilen zu dürfen. Wiedervereinigung kann für die BRD zunächst nur Verarmung heißen, und äußerstes Mißtrauen ist gegen Massen geboten, die ohne äußerst triftigen moralischen Grund ihre eigene Verarmung bejubeln .

2. Der Verzicht des Kanzlers darauf, die Westgrenzen Polens offiziell anzuerkennen, die öffentlich geäußerte Meinung von Waigel, Czaja und Herzog, Deutschland bestehe noch immer in den Grenzen von 1937 - das alles sind keine Marginalien zum deutschen Nationalismus, sondern sein Wesen. Sein Wesen – von Hitler exemplarisch verkörpert – ist es, jeden möglichen Gewinn unmittelbar wieder aufs Spiel zu setzen, weil die Deutschen die vermeintlich von ihnen ersehnte Nation eigentlich nicht wollen und unfähig wären, den erworbenen Besitz in Frieden zu genießen. Was als politische Dummheit erscheint – ausgerechnet jetzt, wie zur Warnung des Auslands vor der Wiedervereinigung mit der DDR, Ansprüche auf polnisches Territorium geltend zu machen – ist in Wahrheit jene Selbstdestruktivität, die den deutschen Nationalismus von anderen und Augstein von einem chauvinistischen Agitator französischer oder englischer Provenienz unterscheidet. D.h. die Deutschen werden, wenn sie ihre Wiedervereinigung bekommen, und wenn man ihnen auch noch Polen und die Tschechoslowakei offeriert, zur Not die Ukraine oder die Südstaaten der USA annektieren wollen, weil sie nicht ruhen können, »bis alles in Scherben fällt«.

3. Das wiedervereinigte Deutschland wäre ein Gebilde, welches im Unterschied zur BRD und zur DDR gleichsam die kritische Masse besitzt, die notwendig ist, damit die skizzierten irrationalen Prozesse ihre Eigendynamik entwickeln können, unkontrolliert durch Rücksichten auf die Weltmeinung oder das Ausland. Unterstützung erhielte die Irrationalität ferner dadurch, daß sie sich auf Tatsachen berufen könnte. Vereint werden die Deutschen sich erst recht als diejenigen fühlen, die man wieder um den Platz an der Sonne betrogen hat, und die sich ihren Lebensraum deshalb erkämpfen müssen. Den Bundesdeutschen nämlich wird es in einem wiedervereinigten Deutschland schlechter gehen, als sie das jemals gewohnt waren; den DDR-Deutschen längst nicht so gut, wie sie das erwartet und gesehen hatten.

4. Das wiedervereinigte Deutschland wäre demnach eine Gesellschaft von ressentimentgeladenen Enttäuschten, hadernd mit ihrem Schicksal, mit Gott und der Welt. Die Nation, die sie haben wollten, hat ihnen nichts gebracht, zumal sie einander partout nicht mögen. Sie brauchen nun einen gemeinsamen Feind, und es macht ihnen wenig aus, die ungeliebte Nation, die ungeliebte Bevölkerung dieser Nation und das ungeliebte Selbst in einem Krieg aufs Spiel zu setzen.

konkret 02/90, S. 18

Sanda Weigl

Was hab ich hier verloren

»Die Revolution war eine rote Schnur, die dem König um den Hals gelegt wurde«, sagt die Mutter. »Und jetzt?«, fragt die Tochter, auf dem Weg zum Treffen mit einem alten Schulfreund, der Gregor Gysi heißt.

Towarischtsch Gorbatschow an Genossen Wolf in Berlin-Hauptstadt: »Was ist los bei euch? Stop. Blocken die Tapetenmuffel immer noch? Stop. Ich hab mit Ungarn-Horn gesprochen. Stop. Die hauen euch alle ab. Stop.«

Kaltes Abendbrot bei Wolf. Neben anderen Gästen Keßler Heinz. Verteidigungsminister, Honeckerfreund. Während er Brot ißt (Margarinestulle, sozialistischer Leckerbissen, nur für Privilegierte) Wolf am Ohr des Kauenden: »Perestrojka in der DDR.« Keßler Heinz verläßt kaltes Buffet und Abendgesellschaft. Blaß.

Morgenappell bei Honecker. Muckefuck. Keßler Heinz zu Honecker: »Obacht. Gebt Obacht. Wolf bereitet was vor. Fängt an mit P. «

Wolf an Towarischtsch Gorbatschow: »Im Sinne von Aktion Weihnachtsstern gestern zurückgetreten worden. Stop. Arbeit am Buch aufgenommen. Stop. Verbindung zur Opposition hergestellt. Stop.«

Im Oktober 1988 darf ich zum ersten Mal nach 12 Jahren in die DDR-Hauptstadt einreisen. Thomas Brasch liest im Berliner Ensemble aus seinen Texten. Das Publikum wirkt ausgesucht. Anschließend herrscht ein Schweigekrampf unter den Anwesenden. Jemand schneuzt sich. Dann gehen alle. Sehr ordentlich. Ich will auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof das Grab meines Vaters suchen, zu dessen Beerdigung 1979 ich nicht einreisen durfte.

Es wird dunkel. Meine Besuchszeit läuft ab. Ich finde das Grab nicht. Im Schaufenster der Brecht-Buchhandlung lacht mich der tote Dichter an: »Alle Künste tragen bei zur größten aller Künste: der Lebenskunst.«

Auf dem Weg zum Tränenpalast holpern vierzehn Jahre meines Lebens an mir vorbei, die ich in dieser Stadt, in diesem Land, mit diesen Menschen zugebracht habe. Es kommt mir vor wie eine Moränenlandschaft, wo gefrorenes Wasser Steine gegen Steine schmeißt. Was mag ihnen nur bei der Lebenskunst dazwischengekommen sein...

Die Rose in meiner Hand erregt das Interesse des Grenzbeamten: »Wo haben Sie denn die her?« »Die war für meinen Vater.« Der Grenzer schmatzt ein bißchen und nimmt meinen Paß. Er glaubt es mir wohl nicht.

Mein Vater: 1901 in Hamburg geboren. In München aufgewachsen. Doktor der Psychologie. 20er Jahre in Berlin. Arbeitslos. Beitritt zur KPD und Arbeiter-Rote Hilfe. April 33 Flucht vor der Gestapo über Tschechoslowakei und Ungarn nach Rumänien. Arbeit als Psychiater und mit der illegalen rumänischen KP. 1942 Verhaftung, Urteil zu lebenslänglich, KZ. Nach der Befreiung 1944 Professor an der Fakultät für Psychologie in Bukarest, rumänische Staatsbürgerschaft, Mitglied der Partei. 48 Heirat, zwei Kinder. 53 Ausschluß aus der Partei wegen »Verbindung zu bürgerlich-antikommunistischen Kreisen, zu Verrätern des Sozialismus und Anhänger reaktionärer Ideologien (Freudianertum)«.Verbot jeglicher beruflicher Tätigkeit, keine Auslandsreisen. Totale Isolation. 1961 Übersiedlung in die I)DR mit Hilfe seiner einflußreichen Cousine Helene Weigel. 1965 Rehabilitierung durch den neuen rumänischen Parteichef Ceausescu. Gegen seinen Willen nach nur 5 Jahren Arbeit Pensionierung und Rückführung in die »private«, isolierte Forschungstätigkeit. 79 Tod durch Herzversagen.

40ster Jahrestag der DDR. Towarischtsch Gorbatschow reicht Erich Honecker die Hand und zieht ihn in den Abgrund.

Das Wolfsche Marionettentheater: Die Straße ist die Bühne des Volkes. Wenn der Marionettenspieler es will. Die Fäden bleiben die alten. Es ziehen jetzt nur neue Hände daran. Nach der Vorstellung werden die Puppen in West bezahlt.

Ja. Oder? Nein?

Die Mauer ist offen. Meine Tochter kommt aus dem Bett. »Was ist denn los?« Sie sieht die Bilder im Fernsehen. Der Bürgermeister gibt die Antwort: »Heute sind die Deutschen das glücklichste Volk der Welt.«

Am nächsten Morgen fahre ich mit meiner Tochter nach Berlin. »Warum fahren wir dahin, Mama? Was haben wir da verloren?« Wie soll ich ihr das erklären? »Ein Loch ist in der Mauer, das ganze Deutschland ist in dem Loch.« Sie sagt: »Willst du in dem Loch nach glücklichen Deutschen suchen?«

Ich erzähle ihr von meiner Kindheit in Bukarest. Wo ich mit sechs Jahren um Fisch anstand, um Zucker und Öl, morgens um fünf. Es war ein Spiel für mich, ein spannendes Spiel ums Gewinnen. Ob es dann auch noch Fisch gibt, wenn ich drankomme. Ich erzähle ihr von den Zigeunerfamilien, die vor der Polizeistation auf der Straße kampierten und manchmal

tagelang auf ihre verhafteten Männer warteten. Sie machten Musik, und ich spielte und tanzte mit den Zigeunerkindern. Die Frauen verkauften Kürbiskerne für fünfzig Bani.

Ich erzähle ihr, wie ich mit neun Jahren das rote Pioniertuch bekommen habe. Es war aus Seide, und es sah sehr schön aus zu meiner schwarzweißpepita Schuluniform, es machte meine Wangen rot, und ich war glücklich und stolz, ich war ja nun kein Kind mehr, ich war Kommunist, ich wollte und durfte jetzt auch gegen die Kapitalisten und gegen die Faschisten kämpfen.

Die Faschisten – das waren die Deutschen. Das Wort Deutsche (nemti) hatte ich als ein Schimpfwort gelernt. Mein Vater war auch Deutscher. Aber er war Kommunist. Aber er war auch Jude. Das habe ich erst erfahren, als ich 10 Jahre alt war. Daß ich Jüdin bin. Ich habe nächtelang geweint, wollte nicht mehr aus dem Haus: Plötzlich war ich nicht mehr Rumänin, ich war etwas anderes als die anderen. Und ich wußte nicht, warum, wir hatten doch keine Religion, ich bin immer heimlich, ohne daß meine Eltern es wußten, mit meiner Schulfreundin in die griechisch-orthodoxe Kirche gegangen. Da war alles so bunt, voller Ikonen, Gold, es wurde dort so schön gesungen. Eine Synagoge hatte ich noch nie gesehen.

Meine Tochter Marie ist eingeschlafen. Es ist dunkel geworden. Wir fahren durchs Havelland. Herr Ribbeck auf Ribbeck im Havelland. Ein Birnbaum in seinem Garten stand... Und da ist kein Ribbeck mehr und auch sonst weit und breit kein glücklicher Deutscher. Wir sind ganz allein. In dem leeren schwarzen Land.

Mit dreizehn Jahren kam ich aus Bukarest nach Berlin, in die Hauptstadt. Mit Vater Mutter Bruder. Die Zigeuner sind nicht mitgekommen, und auch nicht das Schwarze Meer. Nur die rumänische Sprache. Jetzt war ich Ausländerin. Aus dem warmen rumänischen Sommer in den kalten, verregneten deutschen 5. August 1961. Es sah aus, als ob der Krieg fünf Minuten Luft holte, überall Soldaten, Militärgerät, Ruinen – so hatten sie mir in der Bukarester Schule Deutschland immer beschrieben. Ne-am dus la razboi – wir sind in den Krieg gefahren.

Was habe ich hier verloren?

Mein erstes Zuhause in Deutschland guckt auf den Friedhof. Auch wenn Brecht dort liegt, und Hegel und Fichte, es ist ein Friedhof. Mein Zimmer ist die ehemalige Bibliothek Brechts. Lauter Krimis. Die nächsten Tage saß ich nur am Fenster, schaute hinaus aufs Schwarze Meer, das eine tropfnasse Pappel war.

»Eine Pappel steht am Karlsplatz / Mitten in der Trümmerstadt Berlin.«

Dann wurde die Mauer gebaut.

Jetzt soll sie wieder abgerissen werden. Die Mauer. Mit Hammer und Meißel. Ich bin wieder in Berlin. Diesmal komme ich aus Hamburg. Das Stück Mauer ist für fünf Mark aufwärts zu haben. Das glücklichste Volk schiebt sich durch Kaufhäuser, Kassettenrecorder, Schokolade, Schokoladeweihnachtsmänner sind ausverkauft, hilft der Freude mit Bier und Schaumwein auf, grüßt Landsleute und haut den Nichtlandsleuten auf die Finger – »det is Jeschichte live«. Nu aber rin ins Vergnügen. Sanda Weigl, du sollst dia noch umkieken.

Ich hole mein altes Telefonbuch heraus und rufe an in Ost-Berlin: Peter, Monika, Randow, Gaby. Sie schlafen alle. Nur Gaby, die inzwischen in Moabit wohnt, ist noch wach und liest Marx.

Mit Gaby verabrede ich mich für den nächsten Tag. Ich frage sie nach ihrem Bruder Gregor Gysi, mit dem ich zusammen zur Schule gegangen bin. Sie erzählt, daß sie ihn sehr selten sieht. »Der arbeitet jetzt 20 Stunden.« Und dann erzählt sie mir, daß er eine Morddrohung bekommen hat. Die Hinrichtung sollte am 19. Dezember sein. »Und er hat ja keinen persönlichen Schutz, keine Leibwache. Da habe ich gesagt, weißt du, wenn gestorben werden soll, dann gemeinsam.« Sie hat sich in seiner Wohnung ans Fenster gestellt und gewacht. »Es ist ein harter Job, Leibwächter zu sein. Da nickt man ja dauernd ein.«

Marie schläft nicht. Plötzlich fragt sie mich: »Was ist eine Revolution?« »Die Revolution war eine rote Schnur, die dem König um den Hals gelegt wurde.« »Und jetzt?« »Jetzt ist sie ein Loch.« Sie lacht: »In das die glücklichen Menschen rennen...« Bis sie sich die Köpfe einstürzen. »Morgen wollen wir die glücklichen Menschen suchen.«

ACH, WIE GUT, DASS NIEMAND WEISS, WIE MEINE SCHWEIZER KONTONUMMER HEISST: Am Fuße des Fernsehturms am Alexanderplatz sind die Transparente der Novemberdemonstranten ausgestellt. »Na siehst du, Marie, die Revolution ist schon ins Museum gewandert.« Da haben die Menschen sie am liebsten. Sie wird wohl nur fürs Museum gemacht.

Zwischen den Museumsstücken Infostände der verschiedensten Oppositionsgruppen. Da stehen in einer Ecke vier Menschen und diskutieren: Über die Wiedervereinigung, über die A(ch)so-soziale Marktwirtschaft, über die Freiheit. »Ich liebe meinen Franz Josef«, sagt einer, wischt sich den Bart, »und ich liebe meinen Jesus. Und ich liebe euch alle.« »Der Kapitalismus behauptet, er sei in der Lage, alle Menschen... alle Menschen.. das siehst du in Südamerika.« »Was?«, sagt eine Frau, »guck mich an. Mit die Haare und die Zähne. Meinst, ick würd so uf die Straße jehn, wenns hier Frisöre gäb und anständigen Dentisten.« »Seid doch vernünftig, Kinder, begreift doch, ihr habt keine Chance, laßt euren Sozialismus

sausen, Faxen sind das, Faxen, tut euch mit uns zusammen, ich bin doch ein alter Westberliner Müllmann, ich weiß, was ich rede, bis 58 war ich bei der Vopo, als ich keine Meinung mehr hatte, bin ich rüber...«

Ich bin mit Marie schon auf dem Alexanderplatz. Sie fragt mich: »Hast du gern hier gelebt?« Auf dem Weg nach Prenzlauer Berg zu Peter erzähle ich ihr, wie ich mit Nina einmal das »ND« vertont habe. Eine Zeile, die ich mir gemerkt habe, singe ich ihr vor: »Der LPG-Vorsitzende Ihlenfeld sagt auf dem Parteitag: Die weitere Rekonstruktion und Modernisierung insbesondere unserer Schweineställe sehe ich als wichtig an, damit auch hier leichteres Arbeiten mit größerem Ergebnis möglich wird.« Marie klatscht im Takt dazu. Ein alter Mann dreht sich um. Dann erzähle ich ihr von der Gartenfete bei Rosita. Wir waren 15 oder 16 Jahre alt und haben im Keller herumgestöbert. Dabei fanden wir, hinter einem Schrank versteckt, verstaubt und vergilbt, ein altes Stalinbild. Es war zweieinhalb Meter hoch und eineinhalb Meter breit. Wir haben das Monster in den Garten geschleppt, auf einen Stuhl gestellt, ein Feuer angemacht. Und dann haben wir drumrum getanzt, wie die Indianer. Bis plötzlich die Vopo kam. Wir haben uns alle in die Hosen gemacht. Einer der Polizisten sagte dann auf sächsisch: »Ihr wißt doch, daß es streng verboten ist, ohne Genehmigung der Feuerwehr im Garten Feuer zu machen. Das Feuer wird sofort gelöscht. Was steht ihr hier herum. Oder wollt ihr lieber eine saftige Strafe?« Wir haben Wasser geholt und dann zog die Vopo mit dicken Köpfen davon.

Wir klingeln bei Peter. Er ist Filmregisseur. Wohnt seit 16 Jahren im gleichen Haus. Muß jeden Morgen um sechs Uhr aufstehen, hat einen langen Weg bis nach Babelsberg. »Ich führe sozusagen ein ganz proletarisches Leben.« Wir werden freundlich empfangen, die Wohnung ist picobello aufgeräumt. Er erzählt von der DEFA, wo jetzt alles im Fluß ist. »Eigentlich«, sagt er, »kann man jetzt alles machen«, und er lächelt. Er hat ganz graue Haare bekommen, seit ich ihn vor 13 Jahren das letzte Mal gesehen habe. »Noch,« sagt er, »geht es bei uns hier um Stoffe, um Inhalte und nicht um Geld, um Verkäuflichkeit.« Und schon sitze ich wieder da und mache »Politik im privatem Kreis«. Dann ist die Hühnersuppe fertig. Der frei umherfliegende Wellensittich muß leider wieder in den Käfig. »Damit er nicht in den Suppentopf fliegt«, erklärt Peter Marie. Sie fragt: »Warum ist hier alles so dunkel? Es gibt gar keine Sexshops und keine Werbung.« »Weißt du«, sagt Peter und sieht mich dabei an, als müßte er es mir erklären, »hier in der DDR ist die Geschichte noch pur, unverbaut und ohne Tünche. Auch wenn sie dir als Balkon auf die Nase fällt.«

»Das war doch keine Revolution«, sagt die alte Brechtschauspielerin, mit der wir später einen Saft trinken, »das war höchstens eine Palastrevolution. Sie haben das Tor in Ungarn aufgemacht und die Leute sind einfach abgehauen. Tschüss, haben sie gesagt. Tschüss. Und das wars dann.« Nach der großen Demonstration auf dem Alex am 4. November, sagt sie, habe sich alles schrecklich verkehrt. Sie hat Angst und möchte am liebsten ganz weit weg sein.

Friedrichstraße. Es wird langsam dunkel. Die Straßenbahn schrapt vorbei, ich suche was, und weiß doch immer weniger, was.

Auf dem Dach eines Wartburg stakst ein Rabe herum. Jemand hat ihm einige Brocken Weißbrot hingestreut. Mit schräggelegtem Kopf beäugt er das Brot. Als könnte er sich zwischen den Brocken nicht entscheiden. Ein paar Schaulustige stehen herum. »Der weeß nich...«, sagt einer und schiebt dem Raben das dickste Stück vor die Krallen. Was tut nun der Rabe? Der hackt mit seinem großen Schnabel nach dem Finger. »Mistkrücke«, schimpft der Mann den Raben.

Dann stehe ich mit Marie in der Halle des Palast-Hotels. Jemand fragt mich, ob ich jemand suche. »Wieviele Restaurants gibt es hier,« frage ich, »ich bin hier verabredet.« »Acht Stück«, sagt der Mann. »In welchem sind Sie denn verabredet?« Ich gucke Marie an. Ich weiß es nicht. »Ja«, sagt der Mann, »da kann man schwer helfen.« Ich sage ihm, daß der Herr Gysi einen Tisch bestellt hat. »Das soll man nu raten,« sagt er und führt uns in die »Märkische Stube«. Bauerntische mit karierten Decken. Er nimmt uns die Mäntel ab und bringt mir ein »ND«. »Service des Hauses.« Marie sagt, ich soll ihr nochmal daraus was vorsingen. Plötzlich steht Gregor neben uns. Ich bestelle uns zwei Indische Geflügelcremesuppen und er bestellt sich Weinbergschnecken. Ich stelle ihm meine Tochter vor, und bevor ich ihn etwas fragen kann, will er von mir wissen, was ich gemacht habe, seit ich die DDR verließ, und wie es mir ergangen ist. Wir essen, ich erzähle vom Theater, von Hamburg, alles kunterbunt, nicht der Reihe nach. Plötzlich stellt sich ein Mann zu uns an den Tisch: »Entschuldigen Sie die Störung. Wir sind hier zu Besuch aus West-Berlin. Darf ich Sie um ein Autogramm bitten, Herr Gysi?« Gregor reagiert überrascht: »Na, wissen Sie, ich gebe keine Autogramme, ich bin doch keine Filmdiva.« Der Mann, als hätt ers nicht verstanden, legt ihm eine Karte hin. »Na gut«, sagt Gysi, »ausnahmsweise.«

»Und du,« sage ich, »du bist jetzt also Vorsitzender der SED-PDS. Weißt du noch, wie du mich mal zu einem Prozeß mitgenommen hast? Ich war im Saal die einzige Zuschauerin. Es ging um eine skurrile Ehegeschichte. Der Mann hatte seine Frau dazu genötigt, ihm in unterschiedlichen Berufsbekleidungen, als Serviermädchen, als Eisenbahnerin, als Polizistin und wer weiß was noch, zu Willen zu sein.« Wir lachen und er sagt: »Jetzt habe ich meinen schwierigsten Fall übernommen«.

Dann erzählt er mir von seinen Plänen. Beim ehemaligen ZK-Gebäude will er anfangen. Das war für mich immer die Höhle des Drachens. Da wollte ich niemals hineingehen müssen. Jetzt will es Gregor also umgestalten. Er hat die Künstler aufgerufen, auch die aus dem Westen, dem Haus den alten Schrecken auszutreiben. Da soll ein schönes Café rein, ein Kino,

eine Bibliothek, ein Restaurant. Und bestimmt läßt sich auch Platz für eine Disco finden. »Die Menschen sollen in das Haus reingehen. Wie und wann sie wollen. Das Haus soll wirklich den Menschen gehören.«

»Mir«, sagt Gysi, »mir reicht ein ruhiges kleines Büro«.

Er will viele arbeitslose Ausländer in die DDR holen, besonders Italiener. »Die würden doch Leben in die Bude bringen.«

Als er mit Arbeitern darüber spricht, die sich beklagen, daß sie mit der vielen Arbeit nun so alleine sind, sagen die: »Ja, ja – naja, weeste, det schaffen wa denn schon alleene.«

Nach einer kurzen Pause: »Weißt du, ich möchte nicht wissen, wies in solchen Randbezirken wie Plauen aussieht. Das muß ziemlich schlimm sein. Da müßte man hinfahren. Wenn ich bloß überall sein könnte.« (8 Tage nach unserer Begegnung lese ich im »ND«: »Gregor Gysi in Plauen und Karl-Marx-Stadt/ Gespräche in einer WPO und bei Barkas«.*

Bevor wir uns verabschieden und er in seinen Dienst-Lada einsteigt, fragt er mich, ob er sich sehr verändert habe. »Übers Jahr wirst du es wissen.« Auf dem Weg in die Chausseestraße erzähle ich Marie von meiner Zeit in der Medikamentenfabrik Berlin-Chemie Adlershof, wo ich am Fließband meine Bewährungszeit abarbeiten mußte: Ich hatte 1968 Flugblätter gegen den Einmarsch in die CSSR geschrieben und verteilt. Dafür wurde ich, nach kurzer Zeit im Stasiknast, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, die auf Bewährung ausgesetzt wurden. Ich durfte nicht mehr studieren, ich durfte nicht mehr öffentlich singen. »Dann wärst du jetzt eine berühmte Sängerin«, sagt Marie, »warum hast du bloß die Flugblätter verteilt?«

In der Chausseestraße zeige ich ihr das Haus, in dem ich gewohnt habe, als ich aus Rumänien in die DDR kam. Ich will mit ihr auf den Dorotheenstädtischen Friedhof gehen zum Grab meines Vaters. Es ist zu spät, das Friedhofstor ist geschlossen. »Komm,« sagt Marie, »wir wollen gehen. Wir haben hier nichts verloren.«

Was machen jetzt die »Herren mit dem traurigen Blick«? Die werden abgebaut, heißt es. Dem kalten Krieg geht das Trockeneis aus.

»Geboren um zu kämpfen: Kommunismus ist keine Religion, keine Ideologie, keine Staatsform, weil gegen 'Staat' – es ist die Haltung zum Leben. Kommune, in der Kommune leben, für den Menschen, mit den Menschen. Manche sind geboren, um zu kämpfen – Schwarze, Kommunisten, manchmal auch Juden.«

Marie hört mir zu. Jetzt sind wir schon am Zoo. Das war so, bei der Einweihung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche: da hat sich ins Glockenläuten und Hurrarufen auf den Kaiser das Geheul der Wölfe aus dem nahen Zoologischen Garten gemischt. Das Wolfsgeheul will man dem Kaiser nicht zumuten. Ein Polizeioffizier sprengt los auf seinem Pferd. Und die Wölfe wollen nicht stille sein.

*) WPO = Wohnparteiorganisation; Barkas ist ein Kleinbuswerk

konkret 02/90, S. 22

Erika Fischer

Verkürzte Mutti

Frauen West auf den Spuren von Frauen 0st. Reportage über einen Bildungsurlaub in Leipzig

Leipzig an einem Montag im Dezember. Die erste Nachkriegsgeneration fordert Wiedergutmachung für den verpaßten Konsum vergangener Jahrzehnte. Die rot-schwarz-goldenen Fahnen ohne Hammer und Zirkel wehen im smoggetränkten Wind wie aggressive Symbole gesamtdeutscher Männlichkeit. Am Straßenrand haben sich die bunten Kinder von Karl Marx und Ost-Cola zusammengefunden. Ihre Transparente, Parolen und erschreckten Gesichter bilden einen antifaschistischen Schutzwall gegen das Wiedervereinigungsgegröle. »Diskutiert doch mit uns«, rufen die Jugendlichen fast flehentlich der vorüberziehenden Masse zu. »Vierzig Jahre lang habt ihr nicht mit uns diskutiert, vierzig Jahre lang habt ihr auf uns rumgetrampelt«, brüllen beleibte Parkaträger zurück. »Faules Pack«, skandiert die lautstarke Mehrheit.

Mir fallen die Mädchen auf. Sie scheinen den politischen Verfall ihrer Landsleute mit dem Einsatz ihrer ganzen Person aufhalten zu wollen. Aufgeregt gestikulierend laufen sie auf und ab und diskutieren sich am Straßenrand die Seele aus dem Leib. »Es wird für Demokratie und offene Meinungsäußerung gekämpft«, ereifert sich ein zierliches Mädchen, deren blonder Zopf irgendwie nicht zum Palästinensertuch paßt, »aber wenn jemand sagt, was er meint, und das ist nicht rechts, dann wird er ausgebuht und ausgepfiffen, das sind Zustände, die ich nicht mehr akzeptieren kann und die mich unheimlich erschüttern«. Sie stolpert vor lauter Empörung über die eigenen Worte, ihre Stimme überschlägt sich. »Wenn mir da jemand was von einer demokratischen Wiedervereinigung erzählt, was ist denn das, was ist denn eine demokratische Wiedervereinigung, die BRD wird doch ihr System nie ändern, wenn sie sich mit uns wiedervereinigt. Wir werden doch genau ein Abklatsch von sämtlichen Bundesländern, die es gibt.« Die Schülerin der 11. Klasse einer erweiterten Oberschule (EOS) zeigt mir ein Flugblatt vom Neuen Forum: »Bitte lesen Sie, was da steht: 'Ein Deutschland mit sozialer Gerechtigkeit und ausgeglichenem Lebensniveau im Westen und Osten mit Verantwortung für die Zweidrittelwelt'. Also wie die das realisieren wollen, das sollen sie mir bitteschön erklären.« Ihre Mutter ist Genossin. Seit sieben Jahren macht sie Eingaben an die Partei, warnt auf jeder Parteiversammlung vor einer Neuauflage des 17. Juni, »aber das ist ignoriert worden, die haben ja nicht einmal eine Antwort gekriegt« . Und »schon wieder«, ärgert sich die Tochter, »machen sie denselben Scheiß. Wieder stellt sich einer vom Neuen Forum hin und sagt 'wir müssen das, wir müssen jenes'. Und alle machen. Man kann doch auch mal was dazulernen.«

Daß sich die immer weiter kippende Samtpfotenrevolution in der Öffentlichkeit als reine Männersache darstellt, ist der jungen Roten nicht aufgefallen. An der Schule, »das klingt blöd, aber da ist halt Gleichberechtigung«. Für die EOS mußten sogar Quoten für Jungen eingeführt werden, weil diese mit dem Notendurchschnitt der Mädchen nicht mithalten können. Mit der Parole einer Kundgebungsrednerin »Frauen raus aus den Betten und rein ins Parlament« kann sie wenig anfangen: »Wer fähig ist, der soll was machen, egal, ob's ein Mann oder eine Frau ist.« Plötzlich klingt sie gar nicht mehr so selbstbewußt.

Die Sechzehnjährige ist die erste Frau, die mir auf unserer einwöchigen Leipziger Bildungsreise Auskunft gibt über die Lage der weiblichen DDR-Nation. Die Unsicherheit, von der die wackere Antifaschistin bei der Frage nach ihrem eigenen Geschlecht befallen wird, ist symptomatisch für eine Gesellschaft, die die »Gleichberechtigung der Frau« für verwirklicht erklärt. Während nunmehr alle wissen, daß die SED in der Vergangenheit dem »Volk« eine Menge vorgeflunkert hat, läßt sich das Märchen von der Gleichberechtigung problemlos in die Wendezeit hinüberretten.

Die sozialen Errungenschaften, die seit der Staatsgründung in einer gigantischen Anstrengung erreicht wurden, sind in der Tat beeindruckend. Während 1982 erst 50 Prozent aller Frauen erwerbstätig waren, sind es heute satte 91 Prozent. Während 1962 noch 80 Prozent der erwerbstätigen Frauen ungelernte Tätigkeiten verrichteten, haben heute mehr als 80 Prozent eine Berufsausbildung, 20 Prozent davon mit Hochschulabschluß. Jedes Kind hat Anspruch auf einen kostenlosen Kindergartenplatz, nahezu alle Schülerinnen und Schüler besuchen eine Ganztagsschule. 80 Prozent von ihnen und ein Drittel der Berufstätigen bekommen in der Schule oder am Arbeitsplatz ein warmes Essen. In den mittleren Bereichen von Politik und Wirtschaft sind die Frauen in der DDR besser vertreten als in der BRD. Nach oben hin aber wird es dünn. Während die Mitgliedschaft in der alten SED zu 35 Prozent aus Frauen bestand – das ist derselbe Anteil wie bei den BRD-Grünen – , stellten die Genossinnen im ZK nur 9,7 Prozent. Übersehen wird allerdings oft, daß (1985) in der Volkskammer mehr als doppelt so viele Frauen waren als im westdeutschen Bundestag (32 Prozent zu 15 Prozent). Interessant wird sein, ob sich dieser Anteil nach der Wahl verringern wird. (In der Sowjetunion kam es wegen des Wegfalls der für die offizielle Frauenorganisation reservierten Quote zu einer Halbierung des Frauenanteils im Volkskongreß.)

Die Arbeiterinnen, mit denen wir sprechen konnten, schätzen diese sozialen Errungenschaften. »Das Öffnen der Grenzen, das Neue Forum, das ist alles so überstürzt, das macht uns wahnsinnig fertig«, fürchtet sich eine junge Arbeiterin im VEB Folimat, der für einen Abnehmer in der BRD Kühlboxen aus PVC-Folie erzeugt, vor dem rasanten Tempo der

Entwicklungen. »Das, was jetzt gemacht wird, sollte überlegt sein. Bestimmte Sachen sind bei uns ja auch gut, die können wir doch nicht einfach wegwischen, das wäre verkehrt. Ich möchte nicht unbedingt wie drüben leben. Ich brauche nicht diesen wahnsinnigen Konsum, ich möchte nur menschenwürdig leben. Jeder soll ein ordentliches Leben führen können, jeder. Wohnen und Arbeit muß für alle da sein. Das möcht' ich nicht verlieren.«

Mit den konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen sind die Arbeiterinnen dennoch sehr unzufrieden. Bitter beklagen sie sich über die giftigen Plastikdämpfe, die an der defekten Absaugvorrichtung der zwei Jahrzehnte alten Maschinen vorbei in ihre vom Leipziger Smog ohnehin belasteten Lungen dringen. Warum eine der Arbeiterinnen schon seit Jahren nicht schwanger wird, kann sie nur vermuten. Die Erkenntnisse der Strahlenschutzkommission, die im Sommer aus Berlin anreiste, um Messungen anzustellen, wurden vor der Belegschaft geheimgehalten. Die Gewerkschaft genießt bei Folimat einen denkbar schlechten Ruf: »Sie war für uns nur noch Ferienplatzverteiler. Wenn wir Probleme haben, kümmert sich die Gewerkschaft nie darum, deshalb haben wir auch jetzt kein Interesse, mit ihr in Kontakt zu kommen, denn es sind ja immer noch dieselben Leute.« Während draußen die Veränderungen toben, ist es bisher im Betrieb still geblieben, »wahrscheinlich weil man uns immer noch nicht als richtige Partner akzeptiert«. Es gab zwar »Dialoge« mit der Betriebsleitung, die Betriebsgewerkschaftsleiterin (BGL) aber läßt sich bei den Arbeiterinnen weiterhin nicht blicken. Der Betriebsleiter, der Wert darauf legt, daß sein Betrieb kein »Diskutierklub« sei, lobt hingegen die »hervorragende« Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft bei der Entlassung von »Bummelanten«. Beim langatmigen Einführungsvortrag sitzt die BGL schweigend daneben und schenkt uns Kaffee ein. »Wir teilen uns eben die Arbeit«, scherzt der Betriebsleiter.

»In diesem Betrieb wird es sicher keine Änderungen geben«, sagt eine Arbeiterin resigniert, »denn wenn der Faden locker wird, reißt er. Ein geknoteter Faden hält nicht länger. Die hängen alle zusammen wie ein Knäuel, wenn du daran zupfst, geht alles auseinander.«

Die Träume der Arbeiterinnen für ihre Zukunft sind bescheiden: »Es wäre schön, wenn man nach der Arbeit alles einkaufen könnte, was man braucht, ohne sich anzustellen«, sagt eine aus einer Traube von Frauen in der Teeküche. Daß sie sich während der Arbeitszeit nun schon eine halbe Stunde mit mir unterhalten, nehmen sie (noch) nicht als eine Qualität wahr, die ihnen nicht mehr lange gegönnt sein wird. Daß der von allen Frauen beklagte Einkaufsstreß nach der Arbeit so gut wie immer Frauensache ist erscheint selbstverständlich, »und wenn sie es nicht macht, dann ist sie keine richtige Frau«. Eine aus Berlin zugereiste geschiedene Mutter eines halbwüchsigen Sohnes beschreibt, locker an der Maschine lehnend, das Dilemma der gleichberechtigten Frauen im realsozialistischen Patriarchat: »Auch unsere Männer sind schon so eingestellt, daß wir letztendlich voll mitarbeiten, egal, ob vielleicht die Kinder Probleme bringen oder nicht. Und es ist selbstverständlich, daß die Frau als Arbeitskraft bei uns in der DDR ohne Rücksicht auf die Familie gerechnet wird.«

Das stimmt nicht ganz. Als man Anfang der 70er Jahre die wohl ohne Nachdruck verfolgte Hoffnung aufgab, die Männer könnten sich eines Tages gleichberechtigt an der Haus- und Erziehungsarbeit beteiligen, und die Frauen begannen, ihre Mehrfachbelastung durch Reduzierung der Kinderzahl zu kompensieren, wurden sozialpolitische Maßnahmen zur Entlastung der Frauen eingeführt. Ein bezahlter Haushaltstag im Monat für verheiratete Frauen, Frauen ab 40 und alleinerziehende Mütter, bezahlte Pflegefreistellung im Krankheitsfall der Kinder und die Verkürzung der Regelarbeitszeit auf 40 Wochenstunden ab dem zweiten Kind (»verkürzte Mutti«). Unsere Frage nach dem »verkürzten Vati« löst Heiterkeit aus. Vorstellbar ist dieser nur im Ausnahmefall – als alleinerziehender Vater oder wenn die Ehefrau pflegebedürftig ist. Die DDR hat zwar eine der höchsten Scheidungsraten der Welt, der Geschlechterkonflikt in der Familie aber ist tabu: »Das muß sich ergeben, und wenn es eine richtige Ehe ist, wird es sich auch ergeben«, lautet die einhellige Meinung der Arbeiterinnen.

Der Widerspruch zwischen einem hohen Maß an formaler Gleichberechtigung, den mustergültigen institutionellen Voraussetzungen der Kinderversorgung, der von beiden Geschlechtern nicht in Frage gestellten Selbstverständlichkeit weiblicher Erwerbstätigkeit und dem sowohl stillschweigend unterstellten als auch gesetzlich abgesicherten patriarchalen Arrangement der Geschlechter in der »privaten« Reproduktion wirft gesellschaftliche Fragen auf, die ohne feministische Analyse nicht beantwortet werden können. Wer, wie Lenin (1918), die »Kleinarbeit der Hauswirtschaft« als »geradezu barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abstumpfende, niederdrückende Arbeit« verachtet, kann wohl nicht anders, als sich davor zu drücken.

Das rätselhaft erscheinende Dilemma führt zu Schuldzuweisungen an die Frauen. »Frauen werden qualifiziert«, klagt eine FDGB-Funktionärin, »und treten dann die Arbeitsplätze nicht an, für die sie qualifiziert werden« . Über gesellschaftliche Utopien, die den Entscheidungszwang »Familie oder Selbstverwirklichung« (in Beruf und Politik) überwinden, kann sie nicht nachdenken, denn »am Abend habe ich keine Zeit zum Spinnen«. Den Arbeiterinnen bei Folimat ist klar, warum die meisten Betriebsleiter Männer sind: »Das hält man als Frau auf die Dauer nicht aus. Ein Mann hat ja doch ein bißchen mehr Ruhe, wo er sich zuhause abreagieren kann.«

Dieses Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit begünstigt Interpretationsmuster,die aus zwei verschiedenen Welten zusammengestückelt zu sein scheinen. Neben Klassenstolz als Arbeiterinnen und ökonomisch unabhängige Frauen und selbstbewußten, ja nachgerade feministischen Einschätzungen von Männern und der patriarchalen Gesellschaft steht

die gnadenlose Selbstbezichtigung, daß die Frauen selbst es gar nicht anders wollen. Ursula Sasse etwa, Absatzleiterin einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in Markranstädt bei Leipzig, geschiedene Mutter zweier Kinder und CDU-Mitglied, hält Männer für einigermaßen infantil: »Der Mann geht sonnabends früh in den Garten und zieht 'ne Mauer hoch, Stein auf Stein, kommt abends mit stolzgeschwellter Brust heim und sagt: Guck mal, Frau, was ich geschaffen habe. Die Frau hat den ganzen Tag geschuftet, zwölf Sachen gemacht und alle auf'n Punkt gebracht. Sie ist fertig, aber sie kann nichts vorweisen, sie macht nur Werterhaltung, nichts Neues. Der Mann aber ist freudig erregt wie ein kleines Kind über sein Werk.« Deshalb hält sie Frauen für die besseren Organisatorinnen und befähigter als Männer, den Staat zu leiten. Doch politische Lösungen lehnt die Christin, die sich überlegt, aus der CDU auszutreten, weil sie deren Annäherung an die westliche Schwesterpartei nicht mittragen will, ab. Ihr Rezept ist so alt wie das Patriarchat selbst: »Zuhause auf dem Sofa den Mann krabbeln, daß er das Problem begreift, eine andere Möglichkeit gibt's nicht.«

Nicht unbeteiligt an dieser Bewußtlosigkeit ist der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD). »Moderne Teppichpflege«, »Kampf dem Winterspeck« und »Wer hat Sorgen mit dem Schnellkochtopf?« waren nicht selten die Themen, die den Gleichberechtigten zugemutet wurden. Ursprünglich war dieser »frauenspezifische« Ansatz wohl gut gemeint. »Zunächst haben wir nur politisch gearbeitet«, erklärt die

81jährige SED-Funktionärin der ersten Stunde, Henni Schütte, die ich in einem Leipziger »Feierabendheim« (Seniorenheim) kennenlerne, »aber dann haben wir begonnen, unsere Nachmittage mit Kaffee und Kuchen aufzuziehen und bei der Gelegenheit ein Referat zu halten, also auf Umwegen Politik zu bieten«. Die ehemalige Richterin und hellwache marxistische Analytikerin kann das Gleichberechtigungsdilemma ebensowenig lösen wie die jungen Arbeiterinnen in der Fabrik. Das Problem verknotet sich in der Biologie, »bedingt durch die Geburt und die Pflege des Kindes, das Verwachsensein mit dem Kind. Das ist beim Vater nun mal nicht ganz so.« Die emanzipierte Henni Schütte hat nie geheiratet und zwei Pflegekinder großgezogen!

Bei der Ausreise in die Bundesrepublik kann Busfahrerin Heike den Motor nicht sofort abstellen, weil das Abstellventil klemmt. Die Zollbeamtin-Ost ist hilfsbereit: »Soll ich einen Mann holen?«

Interview mit Petra Lux, Sprecherin des Leipziger Neuen Forums, freie Journalistin, alleinerziehende Mutter zweier Kinder.

Interview

Wie bist du Feministin geworden?

Ich bin 1983 von selber draufgekommen. Ich war im Babyjahr, fand das ätzend, die Decke fiel mir auf den Kopf. Also bereitete ich mit Frauen zusammen für das Kulturhaus, in dem ich Leiterin war, eine Veranstaltungsreihe vor, die wir Frauenzentrum nannten. Sie war so konzipiert, daß wir Themenvorschläge machten, und die Frauen konnten sich in eine Liste eintragen und das Thema ihrer Wahl selbst erarbeiten. Wir haben eine Annonce in die Zeitung gesetzt, und das gab einen Riesenzulauf. Frauen aller sozialen Schichten und aller Altersklassen bis zur Rentnerin kamen da an. Da war ein unwahrscheinlich großes Bedürfnis, etwas selbst zu gestalten. Naja, und ich wurde nach der ersten Veranstaltung fristlos entlassen. Das war ziemlich schlimm damals, denn wir hatten zu viert nur vierhundert Mark zum Leben. Aber es war auch eine tolle Zeit, weil Leute im ganzen Land für mich gesammelt haben und ich eine Solidarität gespürt hab' von Menschen, die mich gar nicht kannten.

Wie erging es vergleichbaren Aktivitäten in anderen Bereichen, Ökologie oder Frieden zum Beispiel?

Die kamen eher unter, die landeten irgendwann mal beim Kulturbund. Aber ich merke das ja noch heute, selbst im Neuen Forum, daß das Thema Frauen ein absolutes Politikum ist. Das geht bei der Quotierung los. Die vernünftigsten Männer, die ich auch gut finde und mit denen ich politisch übereinstimme, die rasten aus, wenn sie das Wort Quotierung hören. Das ist Patriarchat, wie's im Buche steht.

In Leipzig gibt es eine Fraueninitiative. Ihr erstes Papier liest sich nicht überaus militant.

Ja, das ist mir auch aufgefallen. Das ist halt das, was die Frauen ohne Vorgaben erstmal an Ideen einbringen. Das sind nur die Anfänge, dafür sorge ich! Aber die Weichen werden jetzt gestellt. Wenn die Frauen jetzt nicht an der Politik teilhaben, dann bekommt sie kein menschliches Gesicht. Das ist eine ungeheure Anspannung. Vor einer Situation wie heute stand die Menschheit noch nie. Das ist nicht der Kapitalismus oder der Sozialismus, das ist die patriarchalische Struktur, die weltweit versagt hat. Die ist unmenschlich.

Wie werdet ihr in Leipzig weitermachen?

Ich denke, es ist ganz wichtig, daß Frauen sich Gesellungsformen schaffen, weil es das hier noch nie gab. Das Problem ist, daß es zuwenig Frauen gibt. Ich krall mir jede halbwegs engagierte Frau und sag, geh ins Büro, mach was, werde

Referentin. Für die Männer ist es ja leichter, die Frauen nehmen ihnen nach wie vor alles ab, damit sie politisch aktiv sein können. Aber die Beziehungen kriseln schon alle, weil die Frauen zunehmend streiken. Und ich kann sie dabei nur unterstützen.

Die kommen dann in die Frauenbewegung?

Es gab schon eine ganze Menge Männer, die ihren Frauen verboten haben, zu mir zu kommen. Ich hab' nix gegen Männer, aber ich sage den Frauen, daß sie sich bestimmte Dinge nicht gefallen lassen sollen. Und die Männer, die wittern das.

konkret 02/90, S. 25

Oliver Tolmein

Anti- Anti- Faschismus

»Übrigens glaube ich, daß Gysi eine antisemitische Welle auslösen wird, weil er gegen die Wiedervereinigung ist. Viele Deutsche werden sagen: Schaut euch diesen Juden an! Wir wollen die Wiedervereinigung, und er, der Jude ist dagegen. Und in diesem Fall ist es auch noch ein kommunistischer Jude.«
Elie Wiesel

Daß der Sozialismus am Ende und Wurzel allen Übels auf dieser sonst so wohlgeordneten Welt sei, Amen, wurde die letzten Wochen so oft vorgebetet und niedergeschrieben, daß jeder Volontär des Hauses Springer diese Weltformel künftig auch dann noch aufsagen wird, wenn ihm zu irgendeinem Ereignis überhaupt nichts mehr einfällt. Ansonsten ist, auch wenn's schwer fällt, Innovation gefragt – das neue Jahr hat schließlich schlecht begonnen: Die SED-PDS gewinnt, vor allem durch die Politik ihres Vorsitzenden Gysi, an neuen Konturen, der Versuch der Oppositionsparteien, sich dem westlichen Standard anzugleichen, läßt sie dagegen als recht formlos wabernde Gebilde erscheinen.

»Wahllandschaft im Nebel« konstatiert enttäuscht die sympathisierende »Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland« und weiß zu Orientierungszwecken nur ein Irrlicht zu setzen: »Wer drüben wegen des Nebels über der Landschaft die Orientierung verliert, folgt am besten der Partei der Bundesrepublik, die ihm am nächsten steht und der er selber im Dezember seine Stimme gäbe, wenn er ein Wahlrecht zum Bundestag hätte. Dann kann er am 6. Mai kaum einen Fehler machen«. Bleibt die Frage, was das kleine Wörtchen »kaum« bedeuten soll. Da dem »FAZ«-Leitartikler Mißtrauen gegenüber den bundesrepublikanischen Parteien, die Wahlempfehlungen abgeben werden, kaum unterstellt werden kann, drückt es wohl seine Zweifel über die rechte Orientierungsfähigkeit der DDR-Bürger auch angesichts geklärter Verhältnisse aus.

Denn die Straße, diese Erkenntnis ist den Herren der öffentlichen Meinung (West zum Jahreswechsel sauer aufgestoßen, ist auch nicht mehr das, was sie im November einmal war. Die 250.000 Menschen, die am 3. Januar in Treptow gegen Neofaschismus demonstriert und gar die Forderung nach einer »Einheitsfront gegen rechts unterstützt haben haben der Zuversicht, der Endsieg der repräsentativen Demokratie in einer europäischen Hegemonialmacht deutscher Nation stehe kurz bevor, einen empfindlichen Dämpfer gegeben: daß die politische Einheit im Kampf gegen rechts gleichbedeutend ist mit dem Nein zur nationalen Einheit über alles in der Welt, wissen die Politiker, deren Denken und Handeln Deutschland als Wille und Deutschland als Weg zum Ziel hat, besser, als sie zugeben würden.

»Unser Land wurde aus dem Antifaschismus geboren« – diese knappe historische Erinnerung im Demonstrationsaufruf und nicht etwa die zumindest ein paar Jahre lang hoffnungsfroh stimmende, »Sozialismus« genannte Gesellschaftsform begründet, warum die DDR nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, ein eigener Staat zu bleiben.

»Eine Auseinandersetzung mit dem bösen deutschen Erbe von 1933 bis 1945 hat es in der DDR in den vergangenen 40 Jahren praktisch nicht gegeben. Man hatte unmittelbar nach Kriegsende abgerechnet; danach wurde von oben die Version verordnet, in der DDR sei der Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgeräumt – eine bequeme Selbsttäuschung der SED«. Daß der die BRD von Anbeginn regierende Vierparteienblock es sich leisten konnte, noch zur Selbsttäuschung zu bequem zu sein, muß die »Frankfurter Rundschau« in ihrer auf schmerzliche Weise richtigen Diagnose nicht verzeichnen – das Scheitern des Antifaschismus in der DDR kann nicht damit entschuldigt werden, daß in der Bundesrepublik Antifaschismus schon kurz nach Kriegsende wieder als staatsfeindliche Haltung (die sie angesichts des restaurierten Staates sein mußte) verfolgt wurde.

Eigentümlich muten allerdings die Spuren an, die die linksliberale »Frankfurter Rundschau« liest, um den Ursachen faschistischer Positionen in der DDR auf den Grund zu kommen: »Ideologieüberdruß bei Jugendlichen«, »persönliche Kränkungen« und der Wunsch, die DDR sozusagen »zurückzukränken«, »Wut über die Einheitssozialisten« wird tags darauf als Grund nachgeschoben, und der »Spiegel« ergänzt das Potpourri in der gleichen Woche, indem er so kenntnisreich, wie gewöhnlich nur gut unterrichtete Kreise sein können, feststellt: »Die Unterdrückung von Nationalgefühl und die Frustration über ständige Bevormundung haben in der DDR einen verkappten Rechtsextremismus entstehen lassen«. Demnach hätte der Neonazismus sich bisher in der DDR entweder zum Massenphänomen entwickeln müssen oder in den Novembertagen, als das »Nationalgefühl« (ist's angeboren, oder wühlt es nur im Winter?) sich Bahn brach und die bislang Bevormundeten sich freischreien konnten, jäh verschwinden müssen.

Daß er, statt zu verschwinden, Anhänger gewinnt – wen außer der SED-PDS und ein paar versprengten Linken scherts? An der »Einheitsfront gegen rechts« interessiert die bundesdeutschen Medien, das hat Tradition, immer nur die Einheitsfront. »Die braune Gefahr« wird von der SED-PDS schließlich »an die Wand gemalt, bloß um sich selbst als Retter anpreisen zu

können« schreibt, eine für alle, die »Zeit«. Der DDR-Autor Rolf Schneider bringt im »Spiegel« sinnstiftende Perspektive und sippenhafte Pointe in das effektenreiche Bild: »Die Neonazis in der DDR sind Fleisch vom Fleisch der alten SED... Daß viele der jungen Neonazis aus kommunistischen Funktionärsfamilien kommen, ist gerichtsnotorisch«.

»Es wäre sinnlos, die DDR ent-SED-fizieren zu wollen«, malt die »Frankfurter Rundschau« das Bild nach der antifaschistischen Demonstration aus und schmückt es tags darauf noch mit einem schamvoll garnierten obszönen Tupfen: »Wir haben keinen Grund, uns allzu erhaben zu dünken. Auch wir glaubten vor 45 Jahren, ohne die Vertreter der alten Macht nicht auskommen zu können. Der Name Globke steht für Hunderttausende.« Und der Name Gysi steht für Globke: Das Lied ist alt, sein Marschtakt allerdings dröhnt wieder lauter. Die Leserbriefüberschrift »Gysis Reichstagsbrand« im »Spiegel« mit dem Titel »Der Drahtzieher« paßt in diesen Rhythmus. Der Aufmacher, assoziationsreich »Erst Mitleid, dann zuschlagen« überschrieben, komponiert den obligaten basso continuo. »Der forensisch begabte Anwalt Gysi« erfährt die deutsche Leserschaft, »ist der Vollstrecker. Er hat mehr Macht, als er sich selbst bei seiner Wahl hat träumen lassen, und er ist inzwischen gewillt, sie zu nutzen.« Gysi »zieht die Drähte«, er »knüpft die Fäden«, der Parteivorsitzende »gilt beim Ost-Volk als Trickser, dem die biedere Schiebermütze als Tarnkappe dient«. Das Volk aber ist erwacht: »Gysi-Stasi-Nasi« skandiert es und gröhlt den rohen Reim »Zwei Montage nicht auf der Straße, schon hebt die SED die Nase«. Der Karikaturist Haitzinger, so deutsch, wie seine Kameraden in Leipzig, hat aus der Parole in der »Hamburger Morgenpost« ein Bild gemacht: es zeigt Gysi mit verschlagenem Blick, großer krummer Nase, gebeugt und in finstere Machenschaften verstrickt.

»Gysi, der vornehmlich intellektuelle Kälte ausstrahlt und auf die ostdeutschen Arbeitermassen eher abschreckend wirkt... ist in seinem Element. Der Advokat hat die Verteidigung und Sicherung eines gigantischen Vermögens übernommen, das eigentlich dem Volk, juristisch aber immer noch der SED gehört.« Der SED, die, wie wir kurz zuvor im Deutschland-Magazin »Der Spiegel« erfahren haben, »allmächtig« ist. »Eine Gefahr – von rechts?« fragte die Aufmacher-Überschrift des »Spiegel« eine Woche zuvor. Sie zu beantworten fällt nicht schwer: Die Gefahr geht von Gysi aus. Die Haitzinger-Karikatur illustriert die Botschaft fürs einige Volk: Der bolschewistische Jude heckt in verschworener Gemeinschaft mit Adolf Hitler Zukunftspläne aus. Die Propagandaarbeit der letzten Jahre hat das Feld bereitet. In Deutschland gilt: Sozialismus ist Faschismus, und wenn vom Sozialismus nur der Antifaschismus bleibt, dann ist Antifaschismus Faschismus. Der Zeitgeist hat aufgeschlossen.

Als Bundeskanzler Helmut Kohl in früheren Zeiten die DDR als großes Konzentrationslager beschimpfte, empörte sich die liberale Öffentlichkeit – heute drängen sich ihre Protagonisten nach vorn und feiern sich selber als Befreier des »kujonierten, strangulierten und unmündig gehaltenen Volkes« (»Spiegel«). Die Befreiung vom Sozialismus ist geglückt, für die Befreiung vom Antifaschismus wird derzeit mit vereinten Kräften gekämpft – das dritte große Übel auszurotten, das auf den Deutschen lastet, hat, seiner Zeit weit voraus, Heiner Geißler schon vor Jahren begonnen: »Der Pazifismus hat Auschwitz erst möglich gemacht«. Krieg macht frei.

konkret 02/90, S. 26

Rainer Bohn

Gestern noch vor dem Abgrund - heute schon einen Schritt weiter

An Schadenfreude über den Mißerfolg der realsozialistischen Ökonomie ist kein Mangel. Marx gleich Murks, lautet die beliebteste Parole. Wer bei Marx nachschlägt, könnte sich wundern (Zitate aus den Werken von Marx, Engels und Lenin sind im folgenden kursiv gesetzt)

Aus dem gegenwärtig besonders breiten Angebot von Erklärungen, was den real existierenden Sozialismus Anno Domini 1989 zur »Kapitulation« (»FAZ« u.v.a.) gebracht hat, kann man einige getrost unbeachtet lassen. Dazu gehört beispielsweise die chauvinistisch-hämische, mit widerrechtlich angeeignetem Hegel'schen Geschichtstelos vorgetragene Variante, wonach der Marxismus ein Irrtum von Anfang an gewesen sei und demzufolge der überlegene Kapitalismus den unterlegenen Sozialismus halt ganz einfach irgendwann besiegen mußte. Zu den vernachlässigenswerten Ansätzen zählt des weiteren der augenblicklich hausierende volksmagische, demzufolge eine durchtriebene Clique machtgieriger Egoisten eine »an sich« gute Idee pervertiert und jeweils ihre gesamten Völker in den Ruin getrieben habe. Weitere unbeachtliche Erklärungen – von der soziobiologischen über die bürokratietheoretische bis zur Sonnenflecken-Theorie – erspare ich mir hier zu erwähnen.

Ernster zu nehmen – wenn man den Sozialismus aus marxistischer Perspektive zu kritisieren einzig für legitim und produktiv hält – ist der imperialismus-/expansionstheoretische Erklärungsansatz, der den Aushungerungs-, Destabilisierungs- und Totrüstungs-Strategien der kapitalistischen Hauptmächte angemessenes Gewicht einräumt. Er ist in zahlreichen Gremliza-Kolumnen der letzten Monate prononciert vorgetragen worden und braucht hier nicht wiederholt zu werden.

Mindestens ebenso ernst zu nehmen ist, oder besser: wäre, denn er scheint am wenigsten entwickelt, in gut marxistischer Methodik ein ökonomischer Ansatz. Kurt Hübner hat hierin einen empirisch vergleichsweise gut gestützten und historisch bewanderten Versuch unternommen (KONKRET 1/90), der die Krise unter gegebenen Bedingungen der internationalen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse als »sozialpolitische Überforderung der sozialistischen Ökonomie« diagnostiziert.

Wie wäre es – Gremliza und Hübner eher ergänzend denn ihnen widersprechend – , in der Frage der Ökonomie noch einmal zu den Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus zu gehen und (so unpopulär derlei inzwischen auch geworden sein mag) Marx zu lesen?

Es kann irgendwie kein Zufall sein, daß »Das Kapital«, dem Titel zum Trotz, nicht mit Ausführungen über das Kapital beginnt, sondern mit einem Kapitel über die Ware. Das mag darstellungsstrategische Gründe gehabt haben; und es entspricht der Logik des Gegenstands, wonach Kapital nicht ohne Waren, deren allgemeines Äquivalent Geld und nicht ohne die Warenförmigkeit von Arbeitskraft denkbar ist. Aber es kommt noch ein weiteres hinzu: Marx interessiert sich zunächst einmal für die Ware, weil das *ein sehr vertracktes Ding ist, voll metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken,* wie es im »Kapital« heißt.

Anhand des *vertrackten Dings* ließ sich nämlich zeigen – und daran war Marx im Sinne der politischen Praktikabilität seiner ökonomischen Theorie in höchstem Maß gelegen – , daß die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse des Kapitalismus nicht das Resultat der individuellen Garstigkeit und willkürlichen Geldgeilheit der einzelnen Besitzenden sind. Nicht Macht- und Profitgier intentional handelnder Kapitalisten Subjekte bestimmen und erhalten diese Gesellschaftsformation, sondern die in Waren und Geldtransaktionen sich *hinterrücks* vollziehenden, entfremdeten sozialen Beziehungen, die *als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen* daherkommen:

Das bloß atomistische Verhalten der Menschen in ihrem gesellschaftlichen Produktionsprozeß und daher die von ihrer Kontrolle und ihrem bewußten Tun unabhängige, sachliche Gewalt ihrer eignen Produktionsverhältnisse erscheinen zunächst darin, daß ihre Arbeitsprodukte allgemein die Warenform annehmen.

Indem er sich für die sozialen Verhältnisse in Gesellschaften mit ubiquitärer Warenproduktion so nachdrücklich interessierte, hat Marx sich zunächst einmal als Mensch mit einem gesunden Egoismus erwiesen und der Überzeugungskraft seiner politischen Motive ein gutes Stück hinzugefügt. Denn Marx gehörte nicht – und ein Großteil der heutigen Linken (mutmaßlich auch die Mehrheit der KONKRET-Leserinnen und -Leser) gehört nicht – zur Schicht der am härtesten ausgebeuteten, von Pauperismus und Verelendung bedrohten Proleten, die zu allererst an der Verbesserung ihrer materiellen Lage interessiert sein müssen. Daß er sich ihrer Angelegenheiten gleichwohl annahm, entsprang nicht einem caritativen Altruismus, wie viele bürgerliche Marxologen uns weismachen wollen. Marx hatte ganz eigennützige Motive.

Mit der Verwertung der Sachenwelt – lies: mit der allgemeinen Durchsetzung der Warenform – *nimmt die Entwertung der Menschenwelt in direktem Verhältnis zu,* notierte er schon über 20 Jahre vor der Niederschrift des »Kapital« in den »Philosophischökonomischen Manuskripten« von 1844, einer Arbeit, in der die Auswirkungen dieser *Entwertung der Menschenwelt* auf das ausführlichste illustriert werden. Das Geld zum Beispiel, als das allgemeine Warenäquivalent,

verwandelt die Treue in Untreue, die Liebe in Haß, den Haß in Liebe, die Tugend in Laster, das Laster in Tugend, den Knecht in den Herrn, den Herrn in den Knecht, den Blödsinn in Verstand, den Verstand in Blödsinn.

Da das Geld als der existierende und sich bestätigende Begriff des Wertes alle Dinge verwechselt, vertauscht, so ist es die allgemeine Verwechslung und Vertauschung aller Dinge, also die verkehrte Welt, die Verwechslung und Vertauschung aller natürlichen und menschlichen Qualitäten.

Wer die Tapferkeit kaufen kann, der ist tapfer, wenn er auch feig ist. Da das Geld nicht gegen eine bestimmte Qualität, gegen ein bestimmtes Ding, menschliche Wesenskräfte, sondern gegen die ganze menschliche und natürliche gegenständliche Welt sich austauscht, so tauscht es also – vom Standpunkt seines Besitzers angesehn – jede Eigenschaft gegen jede – auch ihr widersprechende Eigenschaft und Gegenstand – aus; es ist die Verbrüderung der Unmöglichkeiten, es zwingt das sich Widersprechende zum Kuß.

Hier spricht – ich wage es, die abgedroschene Phrase zu gebrauchen – eigene Betroffenheit: das vitale Bedürfnis nämlich, in Verhältnissen eines nicht-entfremdeten, nicht-korrupten, nicht-verlogenen gesellschaftlichen Verkehrs zu leben. Ein Bedürfnis, das auch ohne eigene materielle Not und proletarische Klassenzugehörigkeit legitim ist; das gilt, ohne daß man sich auf – allzu leicht korrumpierbare, allzu leicht widerrufbare – philanthropisch-altruistisch-fürsorgliche Motive berufen müßte. (Und daher ein Motiv, auf das sich zu berufen vielen heutigen Marxisten gut anstünde; sie könnten dann darauf verzichten, den Adressaten ihrer fürsorglichen Belaberung ein Elend anzudichten, das diese nicht empfinden.)

Die Konsequenz dieser Haltung ist, daß es in der Angelegenheit Sozialismus mit einer anderen (Marx' verhaßtestes Wort: *gerechten)* Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht sein Bewenden haben kann – das unterschied Marx von *Vulgärsozialisten* wie Lassalle und unterscheidet heute Marxisten von Sozialdemokraten. *Der Vulgärsozialismus. . . hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, ... den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen... (Es ist) überhaupt fehlerhaft, von der sog. Verteilung Wesens zu machen...*

Es ging und geht beim Sozialismus im Marx'schen Verstand eben nicht darum, den sogenannten Unterprivilegierten ein größeres Stück vom Kuchen zu schneiden. Versuche, dies auf dem Weg des Appells an die Besitzenden zu erreichen – wie es das *Doktoren- und Studenten- etc. Pack und Kathedersozialistengesindel* (Marx 1879) am Ende des Jahrhunderts der SPD programmatisch und dauerhaft aufschwatzte – , mußten zwangsläufig zum Scheitern verurteilt sein, denn die kapitalistischen Funktionsgesetze setzen sich, siehe oben, *hinter dem Rücken* der Akteure durch; da richtet kein Owen, kein Fourier etwas aus, bei allem guten Willen. Und selbst wenn es gelänge, allen Reichtum aller Krupps an alle Krauses *gerecht zu* verteilen: es bliebe bei der Warenform, und damit bliebe es bei allem, was jenseits materieller Not an dieser Gesellschaft Leiden macht.

Was hat das alles mit dem Abgang des real existierenden Sozialismus von der historischen Bühne zu tun? Soviel, daß sämtliche sozialistischen Gesellschaften der Gegenwart – auch der eigenen ökonomischen Theorie nach – warenproduzierende Gesellschaften sind. Übergangsgesellschaften per definitionem, in denen zwar die Verfügung über die Produktionsmittel unter gesellschaftliche Kontrolle und Planung genommen wurde (es ist gleich noch davon zu reden, warum auch dies so schlecht funktionierte), deren ökonomischer Kreislauf aber weiter den Gesetzen des warenförmigen Äquivalententauschs gehorchen muß. Und wenn der Schluß richtig ist – der sich aus der Plazierung des Waren-Kapitels im »Kapital« ziehen läßt – , daß das *vertrackte Ding* Ware seine unheilvolle Wirkung auch unter anderen Herrschaftsverhältnissen entfaltet, dann hat der reale Sozialismus unvermindert oder kaum vermindert an der ganzen Waren-Malaise zu leiden. Mit Folgen.

Es ist Unsinn, darüber zu rechten, daß die sozialistischen Staaten mit der Abschaffung der Kapitalherrschaft nicht auch gleich die Warenproduktion über Bord geworfen haben. Weder die ökonomischen, noch die politischen, noch die subjektiven Voraussetzungen dafür waren vorhanden. Erst *nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann. . . die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!,* hielt Marx 1875 fest, um den Unterschied zwischen der sozialistischen Vorstufe und dem Kommunismus zu verdeutlichen.

Wer wollte so vermessen sein, etwa in der DDR angesichts ihrer Startvoraussetzungen, Entwicklungshemmnisse und internationalen Konkurrenzbedingungen vollfließende Springquellen zu erwarten? Wer wollte allseitige Entwicklung just von den Individuen verlangen, die nach Feierabend am liebsten bei ARD und ZDF in der ersten Reihe sitzen?

Wäre es möglich gewesen, die Einflüsse der Systemkonkurrenz auszuschalten, dann hätte der Entwicklungstrend sozialistischer Ökonomien – idealtypisch und arg verkürzt – so aussehen müssen: Schrittweise Angleichung der Warenpreise an die Warenwerte, also an den Wert der in den Waren enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit- bei steigender Produktivität im Zuge der Entfaltung der ökonomischen Kräfte heißt Angleichung der Preise: Senkung der Preise. Die Senkung der Preise der Subsistenzmittel (im weitesten Sinn) senkt die Kosten der Arbeitskraft, was Lohnsenkungen und – weil der Geldwert der in den Waren vergegenständlichten Arbeit sinkt – einen neuen Zyklus der Angleichung der Warenpreise nach sich ziehen muß. Mit jedem Zyklus steigt der Anteil der geschaffenen Werte, die nicht

über Löhne in die individuellen Konsumfonds eingehen, sondern als gesellschaftliche Konsumfonds zur Bereitstellung von Gütern und Leistungen dienen, die unter Preis oder kostenlos, nicht-warenförmig abgegeben werden können. Da hiermit der Geldwert der Arbeitskraft nochmals sinkt, beschleunigen sich die Angleichungszyklen. Der Anteil warenförmiger Güter und Leistungen sinkt stetig, während die nicht-warenförmigen immer mehr zunehmen.

Das Resultat wären sozialistische Gesellschaften auf dem Weg zum Kommunismus gewesen, solche nämlich, in denen kollektive Planung und Kontrolle herrschen und in denen die Warenform aus dem gesellschaftlichen Verkehr allmählich zurückgedrängt wird. Und Gesellschaften übrigens, die ihren besonders verdienten Mitgliedern (Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, ehrenamtlich Tätigen, Lebensrettern, Künstlern und was auch immer) anerkennungs- und anreizhalber Geschenke derjenigen Güter zugeeignet hätten, die auf dem jeweiligen Stand der Produktivkraftentwicklung noch knapp gewesen wären, beispielsweise manierliche Automobile, Jagdgrundstücke oder Ferienhäuschen. (Ein Gedanke, nebenbei, der ein bezeichnendes Licht auf jene bigotte Verfolgungshysterie in der DDR wirft, wonach am besten jeder Datschen-Besitzer jetzt prophylaktisch schon mal nach Bautzen gehört.)

Aber natürlich: Die internationalen Einflüsse der Systemkonkurrenz waren nicht auszuklammern. Ein Riesenanteil der gesellschaftlichen Ressourcen, die der Zurückdrängung des Warendiktats hätten dienen können, mußten für Weltmarktimporte – bei steigenden Preisen – aufgewendet werden. Ein weiterer Riesenanteil für die Landesverteidigung. Ein dritter zur politischen Flankierung des ersten und zweiten, sei's durch Hilfszahlungen für Mozambique, sei's durch Subventionen für die DKP.

Und als dann schon nichts mehr übrig war, den *theologischen Mucken* der sozialistischen Warenwirtschaft Nennenswertes entgegenzusetzen, kam, was kommen mußte: Weil Tante Frieda aus Wismar im Westfernsehen elektrisch heizbare Lockenwickler gesehen hatte, bestand sie darauf, ebensolche auch hier kaufen zu können, importiert oder selbstgemacht (das war ihr egal). Und weil Onkel Karl aus Plauen vom Neffen aus Plön eine Flasche »MM« geschickt bekommen hatte, wurde es für ihn unabdingbar, sich im HO mindestens mit »Rotkäppchen-Sekt« eindecken zu können.

Kurzum: Auch im Sozialismus entfalteten die Waren die fatalste ihrer vertrackten Wirkungen – Marx hat sie unterm Stichwort Fetischcharakter beschrieben – samt der oberfatalen bedürfnispsychologischen Folgewirkung in den Köpfen der Bürgerinnen und -Bürger: Geld hecken zu wollen. Die sozialistischen Ökonomien antworteten mit Lohnerhöhungen, sofort gewahr werdend, daß die Zunahme der Lohn- und Sozialeinkommen die (aus obengenannten Gründen: zu geringen) Produktivitätszuwächse überstieg. Die Gegenmaßnahme war das Angebot überteuerter, also im Preis weit über dem gesellschaftlichen Wert liegender Waren zum Zweck der Kaufkraftabschöpfung. Aber natürlich waren diese Waren noch viel »warenhafter«, noch viel fetischbesetzter als alle anderen; ihr Vorhandensein erzwang neue Lohnerhöhungen, erzwang die Verschwendung weiterer ökonomischer Ressourcen an die Produktion von immer mehr und immer neuen Fetischen. Man versteht: Auch dieser Prozeß ist zyklisch, aber mit umgekehrten Vorzeichen. Er führt immer weiter weg von einer sozialistischen Ökonomie.

Das letzte Mittel, diesen verhängnisvollen Trend umzukehren, wäre eine adäquate Steigerung der Produktivität gewesen – ein Ziel freilich, mit dem sich sozialistische Gemeinwesen traditionell schwer tun. Schon Marx und Engels hatten sich mit dem Argument konfrontiert gesehen, in einer Gesellschaft, die sich die Garantie eines menschenwürdigen Auskommens für alle ihre Mitglieder aufs Panier geschrieben hat, *werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen.* Worauf sie im »Kommunistischen Manifest« antworteten: *Hiernach müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein; denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht.*

Lenin hat bereits im Jahr der Oktoberrevolution die Erfahrung zu Papier gebracht, daß es sich seine Lehrer in diesem Punkt wohl doch etwas zu einfach gemacht hatten. *Wie soll man den Wettbewerb organisieren?,* hieß für ihn die Frage der Stunde nach dem Sieg der Revolution, und er hat in den Folgejahren vielfach Bemerkungen über *die »Traditionen des Kapitalismus«, d.h. Anarchie, Faulenzerei, Unordnung und Spekulation* notiert, die wohl nur für die Druckfassung von den allerschlimmsten Flüchen gereinigt wurden.

Solange es für die sozialistischen Staaten der Vor-Gorbatschow-Ära aus ideologischen Gründen nicht in Frage kam, dem Produktivitätsmangel durch offenen Übergang zu einer (teilweise) privatkapitalistisch verfaßten Warenökonomie zu begegnen, und solange sie den Zwangsmechanismen der Weltwirtschaft ausgeliefert blieben, schien zum Zweck der Produktivitätssteigerung nur ein letztes Mittel zu bleiben: das des mittelbaren und unmittelbaren, ideologisch, politisch und exekutiv organisierten Drucks auf die Arbeitskräfte. Wo aber dergestalt Warenproduktion ist, da ist Entfremdung, da ist also – wie schon zitiert – das *bloß atomistische Verhalten der Menschen in ihrem gesellschaftlichen Produktionsprozeß und daher die von ihrer Kontrolle und ihrem bewußten Tun unabhängige Gewalt ihrer eignen Produktionsverhältnisse.*

Ins Konkrete übersetzt: Nachdem die sozialistischen Ökonomien – weitgehend ohne eigenes Verschulden – den *theologischen Mucken* der Warenproduktion ausgeliefert waren und sich aufgrund der internationalen Systemkonkurrenz aus dieser Verstrickung auch nicht mehr lösen konnten – nachdem dies eingetreten war, waren auch die sozialistischen Errungenschaften der gesellschaftlichen Kontrolle und Planung perdu.

Denn diejenigen, die qua Verfassung dazu bestimmt waren zu planen und zu kontrollieren, wurden nun ihrerseits verplant und kontrolliert von denen, die ihnen – in subjektiv bester Absicht – höhere Produktivität abringen wollten. Und weil dieser Prozeß undurchschaut, in den versachlichten Verhältnissen einer Warenökonomie, sich vollzog, war es möglich, ja naheliegend, daß sich Meta-Planung und Meta-Kontrolle verselbständigten und institutionalisierten; daß die einschlägigen Instanzen begannen, ein Eigenleben zu führen; daß mit Exekutivmacht ausgestattete Personen und Gruppen der Willkür, Selbstsucht und zeitweilig dem Terrorismus verfielen.

Was bleibt, nach diesem Durchgang durch die realsozialistische Ökonomie, ist erstens die Einsicht, daß die kommunistischen Parteien der RGW-Länder politisch-ideologisch, nicht aber ökonomisch oder moralisch versagt haben. Politisch-ideologisch versagt, weil sie ihrer selbstdefinierten Aufgabe, Vorhut, bewußtester Teil der Arbeiterklasse zu sein, nicht gerecht geworden sind: Sie haben es versäumt, mit allen Mitteln der politischen Regulierung, Aufklärung, Propaganda, Erziehung usw. für den schrittweisen Abbau der Warenbeziehungen innerhalb der sozialistischen Ökonomien zu sorgen; sie haben stattdessen den Impulsen für ein weiteres Vordringen der Warenökonomie nachgegeben, sie am Ende – spätestens seit Gorbatschow – sogar gefördert. Nachdem der Teufelskreis erst einmal in Gang gesetzt war und es kein Entrinnen mehr gab, haben sie sich hingegen ökonomisch durchaus »systemkonform« verhalten und versucht, mit der quasi gewaltsamen Produktivitätssteigerung die Notbremse zu ziehen. Da war es freilich zu spät, und sie mußten der Tragik anheimfallen, das Gute zu wollen und das Böse zu schaffen. Und wie das bei der Tragödie nun einmal ist: Dies ist keine Frage subjektiver moralischer Schuld.

Was zweitens übrig bleibt, ist die pessimistische Ahnung, daß Marx und Engels recht hatten, Lenin unrecht hatte in der Frage, ob Sozialismus in einem Land (lies: in einem Teil der Welt, der nicht die kapitalistischen Hauptländer einschließt) möglich sei. Die fatale Zwangsläufigkeit, mit der die sozialistische Ökonomie gescheitert ist, läßt mich zu den Älteren tendieren.

Fast wünsche ich, Lenin möge sich auch in einem anderen Punkt geirrt haben:

Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.

Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten... darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken... könnte. ..

Was wird sein, wenn die Frage des Sozialismus in Europa erledigt ist und die – ehemals – sozialistischen Staaten ins »gemeinsame europäische Haus« eingezogen sind? Wenn also die Zeit gekommen ist, das zeitweilige Abkommen wieder zu kündigen und die periodische Wiederherstellung des Gleichgewichts erneut über Krisen und Kriege zu bewerkstelligen? Man wagt es kaum sich auszumalen.

konkret 02/90, S. 29

Arno Peters

727.165.791.041 DM für die DDR

Das Deutsche Reich hat in dem von ihm geführten Zweiten Weltkrieg Europa in Schutt und Asche gelegt. Zur Reparation der Schäden haben die deutschen Nachfolgestaaten 101 Milliarden DM (zum Wert von 1953) an die Siegermächte bezahlt – davon die BRD zwei Milliarden, die DDR 99 Milliarden. Der Bremer Historiker Arno Peters hat errechnet, was die BRD demnach der DDR schuldet – in Preisen von 1909. In einer Stellungnahme dazu hat auch der frühere CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf diese Schuld im Prinzip anerkannt. Würde sie von der BRD beglichen, erübrigten sich alle »Hilfs-« und Investitionsprogramme

§1

Deutschland hat in seiner Gesamtheit den Zweiten Weltkrieg begonnen, geführt und verloren. Es hat in seiner Gesamtheit bedingungslos kapituliert und hat deshalb auch insgesamt für die Reparationen der Siegermächte aufzukommen.

§2

Die nach der Niederlage erfolgte Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und die später hieraus hervorgegangene Zweiteilung Deutschlands kann an dieser Rechtslage nichts ändern.

§3

Die Höhe der von den Besatzungszonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs (später Bundesrepublik Deutschland) erbrachten Reparationen wurden von der Interalliierten Reparationsagentur (I.A.R.A.) mit 517.000.000 Dollar/1938 beziffert. Diesen 517.000.000 Dollar/1938 entspricht ein Betrag von 2.161.060.000,- DM/1953.

§4

Die Höhe der von der Besatzungszone der UdSSR (später Deutsche Demokratische Republik) erbrachten Reparationen wurde (1985) vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen mit 66.400.000.000,- RM/1944 beziffert.

Diesen 66.400.000.000,- RM/1944 entspricht ein Betrag von 99.138.888.889,- DM/1953.

§5

Deutschland hat mithin nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum 31.12.1953 an Reparationen aufgebracht:

Bundesrepublik Deutschland 2.161.060.000,- DM/1953

Deutsche Demokratische Republik 99.138.888.889,- DM/1953

Insgesamt 101.299.948.889,- DM/1953

§6

Bei einer Einwohnerzahl von 67.765.400 (1953) waren von jedem Deutschen aufzubringen:

101.299.948.889,- DM/1953:67.765.400 Deutsche = 1.494,86 DM/1953

§7

Entsprechend ihrer Einwohnerzahl von 49.763.400 (1953) hätte die Bundesrepublik Deutschland aufbringen müssen:

49.763.400 Einwohner x 1.494,86 DM/1953

= 74.389.435.856,- DM/1953

Die Bundesrepublik hat nur aufgebracht

2.161.060.000,- DM/1953 Die Differenz in Höhe von 72.228.375.856,- DM/1953

schuldet die Bundesrepublik Deutschland der Deutschen Demokratischen Republik seit ihrer Aufbringung. (Spätester Fälligkeitstag 31.12.1953 – Abschluß der Reparationsentnahmen.)

§8

Entsprechend ihrer Einwohnerzahl von 18.002.000 (1953) hätte die Deutsche Demokratische Republik aufbringen müssen:

18.002.000 Einwohner x 1.494,86 DM/1953

= 26.910.513.033,- DM/ 1953 Die DDR hat aber aufgebracht 99.138.888.889,- DM/1953 Die Differenz in Höhe von 72.228.375.856,- DM/1953

hat die Deutsche Demokratische Republik stellvertretend für die Bundesrepublik Deutschland gezahlt und wartet seit dem 31.12.1953 (= Abschluß der Reparationen) auf die Rückerstattung dieser für die Bundesrepublik Deutschland ausgelegten

Summe.

§9

Den 72.228.375.856,- DM/1953 entspricht nach den Berechnungen der Deutschen Bundesbank ein Betrag von 211.477.965.586,- DM/1989 (Lebenshaltungs-Index) beziehungsweise 482.343.579.042,- DM/1989 (Baukosten-Index).

§10

Für die Verzinsung der Reparationsschuld seit dem Fälligkeitstage (31.12.1953) ist der Zinssatz zugrundegelegt, den die Deutsche Demokratische Republik für den 5-Milliarden-Kredit zahlte, der ihr vom Bundesfinanzministerium über deutsche Großbanken 1983 - 1988 überlassen wurde: 6 5/8 % (= l % über dem Liborsatz, der 1983 = 5 5/8 % betrug).

Verzichtet man angesichts dieser angemessenen Verzinsung auf den Ausgleich der zwischen 1953 und 1989 stattgehabten Geldentwertung (siehe § 9), so ergibt sich aus dem am 31.12.1953 fälligen Schuldbetrag von 72.228.375.856,DM/1953 zum Jahresende 1989 eine Schuld von 727.165.791.041,- DM/1989.

Durch Verzicht auf den Indexausgleich nach § 9 entspricht dies einem Realzins von 3,5 % (nach dem Lebenshaltungs-Index) beziehungsweise I % (nach dem Baukosten-Index.

§11

Die tatsächlichen Schäden, die der Deutschen Demokratischen Republik dadurch entstanden sind, daß die Bundesrepublik Deutschland ihr die seit dem 31.12.1953 geschuldete Reparations-Ausgleichs-Zahlung bis heute vorenthalten hat, betragen ein Mehrfaches der nominellen Schuld der Bundesrepublik.

§12

Die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkriege auf Kosten der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik entwickelte, hat die Möglichkeit, ihren Willen zur Abtragung dieser historischen Schuld gegenüber der Bevölkerung der DDR dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie der Reparations-Ausgleichs-Zahlung von 727.165.791.041,- DM/1989 (die nur eine Verzinsung nach § 10 enthält) von sich aus einen angemessenen Betrag zur Kompensation der Geldentwertung nach § 9 hinzufügt.

Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/90. Vorgelegt am 28. November 1989

konkret 02/90, S. 30

Jochen Hippler

Regionale Supermacht

Nicht nur im Westen, auch bei uns erheben sich die Stimmen immer lauter, daß sich die UdSSR in eine zweitklassige Macht verwandelt, in ein 'Entwicklungsland mit Atombombe'. Dieser Notlage, beschrieben von den sowjetischen Wissenschaftlern A. Izmujov und A. Kortunov, will Gorbatschow dadurch entkommen, daß er die Ökonomie der UdSSR auf Kosten ihrer Weltmachtstellung saniert

Zahlreiche westliche Fachleute haben es immer wieder fertiggebracht, die Sowjetunion für die – zumindest militärisch – überlegene Weltmacht zu halten, die auf globale Expansion, »Weltrevolution« und umfassende Eroberung aus sei. Insofern dies häufig politisch zweckgerichtet war, etwa zur Legitimierung eigener Auf- und »Nach«-Rüstungs- oder »Modernisierungs«-Maßnahmen, war dieses Argumentationsmuster zwar nicht richtig, aber verständlich. Immer wiederkehrende »Raketen- und Bomberlücken«, immer neue sowjetische Vorsprünge und Bedrohungen, waren gute Propaganda, aber eben nicht mehr. Die Sowjetunion blieb immer eine Weltmacht auf tönernen Füßen, eine Supermacht, deren Anspruch durch ihre Mittel nie gedeckt war. Nie hat es – vom nuklearen Patt einmal abgesehen – einen Bereich gegeben, in dem die Sowjetunion US-amerikanischer Macht auch nur nahe gekommen wäre.

Die Macht der USA (oder der kapitalistischen Zentren Westeuropa und Japan) beruht nicht primär auf militärischen Mitteln, sondern auf der Kontrolle des Weltmarktes, des Weltwährungssystems, der internationalen Austauschverhältnisse und der Durchdringung der Volkswirtschaften anderer Länder. Militärische Machtmittel brauchen zur Absicherung weiterer Dominanz nur relativ selten ernsthaft eingesetzt oder angedroht zu werden.

Die ökonomischen Mittel einer globalen Macht standen der Sowjetunion niemals in nennenswertem Ausmaß zur Verfügung, auch nicht im osteuropäischen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die Erfahrung mit der Subventionierung der kubanischen Revolution (schätzungsweise 25 Milliarden Dollar seit 1960, einschließlich Preissubventionen im Handelsaustausch) hat der sowjetischen Führung angesichts der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten drastisch die Grenzen ihrer Möglichkeiten vor Augen geführt. Die strukturelle Schwäche sowjetischer Weltmachtpolitik bedeutete, daß diese Rolle immer nur unter großer ökonomischer und politischer Anspannung erreicht und gesichert werden konnte. Die Konzentration übergroßer Ressourcen im Rüstungs- und Militärsektor mit einer entsprechenden Verformung und Schwächung der Volkswirtschaft und den notwendigen Folgen für die politische Kultur waren der Preis, den die sowjetische Bevölkerung für die Weltmachtrolle ihres Landes zu entrichten hatte. Die Ressourcenverschwendung zur Sicherung der außenpolitischen Positionen tendierte dazu, die materiellen Grundlagen genau dieser außenpolitischen Positionen zu untergraben. Nur zwei Beispiele für die besondere wirtschaftliche Schwäche der Sowjetunion beim Amtsantritt Gorbatschows: 20-25 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion wurden durch Mängel im Transport und bei der Lagerung jährlich verloren. Und etwa 60 Prozent des sowjetischen Exports nach außerhalb des RGW bestanden Mitte der achtziger Jahre allein aus Öl- und Gaslieferungen – eine Außenhandelsstruktur, die eher an Dritte-Welt-Länder erinnert. Die wirtschaftlichen Folgen des Ölpreisverfalls waren entsprechend.

Trotz der gigantischen wirtschaftlichen und militärischen Anstrengungen war die Gesamtbilanz sowjetischer Außenpolitik eher gemischt. Bis zum Amtsantritt Gorbatschows erwies sie sich als erfolgreich, wenn es um die Bestandssicherung ihres Einflußgebietes in Osteuropa und die Gewährleistung der Stabilität der Nachkriegsordnung ging. Bedingung dieses Erfolgs war allerdings der skrupellose Einsatz sämtlicher politischer und militärischer Machtmittel bis hin zur militärischen Intervention – ein Mittel, das die USA in Westeuropa nie einzusetzen brauchten.

Ein zweiter Erfolg der sowjetischen Außenpolitik bestand darin, nach der Niederlage in der Kuba-Krise 1962 in knapp zehn Jahren die atomare Parität mit den USA zu erreichen. Die UdSSR konnte von nun an wichtige Zentren in den USA direkt nuklear zerstören, ihre atomare Erpreßbarkeit durch die USA (die bis dahin die Zerstörung der UdSSR androhen konnten, ohne selbst ernsthaft getroffen werden zu können) wurde entsprechend vermindert. Unter der Präsidentschaft Nixons wurde der Sowjetunion daraufhin quasi offiziell der Status einer zweiten, prinzipiell gleichberechtigten Supermacht verliehen.

Eine Bedrohung Westeuropas durch Subversion oder Eroberung – von den Kalten Kriegern immer wieder so liebevoll ausgemalt – blieb schon mangels Masse eine etwas irreale Vorstellung; ob die sowjetische Führung dies jemals selbst für eine reale Möglichkeit gehalten hat, darf bezweifelt werden. Und die Revolutionierung der Dritten Welt, deren Übernahme des »sowjetischen Modells«, die Organisierung linker Regierungen der Dritten Welt als anti-imperialistische Einheit und die Herausbildung eines »sozialistischen Weltmarktes« – Vorstellungen, von denen in der Sowjetunion in den fünfziger und sechziger Jahren sehr laut und vollmundig geträumt worden war, blieben ebenfalls aus. Einige Beispiele sollen hier genügen:

Als Allendes Regierung in Chile blutig liquidiert wurde, verfügte die Sowjetunion weder über den Willen noch über die Möglichkeit, ernsthafte Hilfe zu leisten; die kubanische Revolution wurde in Lateinamerika nicht zum Exportschlager,

sondern zum Zuschußbetrieb, und selbst die Möglichkeiten einer Disziplinierung Kubas blieben trotz aller finanziellen Aufwendungen begrenzt; das Bündnis mit Ägypten endete spektakulär mit einem Hinauswurf durch Sadat; die sowjetischen »Freunde« Syrien und Irak sind nicht nur untereinander verfeindet, sondern ausschließlich an sowjetischen Waffenlieferungen interessiert, sonst eher kühl bis abweisend; die sowjetische Intervention in Afghanistan erwies sich als alles andere denn ein politischer oder militärischer Erfolg (»Blutende Wunde«).

In einem 1989 erstellten Papier der Westeuropäischen Union (WEU) wird sachlich festgestellt, daß es der Sowjetunion nirgendwo im Nahen und Mittleren Osten gelungen sei, »feste Positionen zu erreichen, außer, vielleicht, in Aden« (Südjemen). Darüber hinaus habe die Sowjetunion bei Gorbatschows Regierungsantritt in der islamischen Welt »den größten Teil ihres Kredits verloren« – wegen ihres Krieges in Afghanistan, eines Krieges, den sie noch nicht einmal gewinnen konnte.

In Afrika sah es nicht besser aus: Den befreundeten afrikanischen Ländern Angola und Mosambik wurde 1981 bzw. 1985 die Aufnahme in den RGW verweigert. Mehr als jeweils 250 bzw. 400 Millionen Dollar an Wirtschaftshilfe haben beide Länder seit Mitte der siebziger Jahre nicht von der Sowjetunion erhalten. Die Liste ließe sich fast beliebig fortsetzen. Praktisch immer, wenn der Westen erschreckt ein »sowjetisches Vordringen« in der Dritten Welt festzustellen glaubte, erwies sich dies als entweder voreilig, kurzfristig, auf Dauer unhaltbar, als Geschäft zum wechselseitigen Nutzen, als taktisches Manöver oder ähnliches. Es gelang der Sowjetunion zwar insgesamt, in einigen Regionen der Dritten Welt Einflußpositionen aufzubauen – der Aufbau sozialistischer Gesellschaften im sowjetischen Sinne gelang jedoch nicht. Der Einfluß der Sowjetunion auf Länder der Dritten Welt blieb in aller Regel eher äußerlich, konnte – im Gegensatz zur US-amerikanischen Durchdringung und Dominanz – relativ leicht abgeschüttelt werden. Und diese Tatsache wurde von der sowjetischen Führung im Laufe der achtziger Jahre akzeptiert, die eigene Außenpolitik entsprechend korrigiert.

Aus der Perspektive der Länder der Dritten Welt und der Befreiungsbewegungen läßt sich feststellen, daß die Attraktivität des sowjetischen Modells mit der Entdeckung abnahm, daß die UdSSR zu massiver wirtschaftlicher Hilfe weder bereit noch in der Lage war, und daß auch die klassischen sowjetischen Wirtschaftskonzepte (etwa das der Staatsfarmen) gescheitert waren. Attraktiv blieb die Sowjetunion nur in zwei Fällen: Einmal bei geographischer Nähe eines progressiven Landes zu den USA (Kuba und Nicaragua als wesentliche Beispiele) und zum anderen, wenn umfangreiche Waffenlieferungen notwendig waren, die von anderer Seite verweigert wurden.

Wirkliche sowjetische Dominanz über andere Länder ist bis in die achtziger Jahre ausschließlich in der Nähe ihrer Grenze entstanden oder zu halten gewesen, in Osteuropa, der Mongolei und in Afghanistan. In Grenznähe verfügte die Sowjetunion über die Mittel und den Willen, Vorherrschaft durchzusetzen und lange zu erhalten – entsprechende Rahmenbedingungen vorausgesetzt. In Finnland, der Türkei, dem Iran, Irak, Pakistan, der VR China und Japan konnte davon allerdings – trotz aller geographischen Nähe – nicht die Rede sein. Insgesamt spiegelt sich dies auch in den Strukturen und Fähigkeiten der sowjetischen Streitkräfte wieder: In einem Gürtel von 300 oder 400 Kilometer um das eigene Staatsgebiet ist deren Fähigkeit, über große Entfernung schnell in größerer Zahl eingesetzt zu werden und sich gegen einen nennenswerten Gegner zu behaupten, eher gering – die Streitkräftestruktur und die logistischen Möglichkeiten stehen dem entgegen, trotz einer beachtlichen Aufrüstung der sowjetischen Flotte.

Insgesamt ist die Sowjetunion heute eher als regionale denn als globale Supermacht aufzufassen – und selbst die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung ihrer regionalen und punktuell darüber hinausgreifenden Rolle haben sie in den letzten Jahren strukturell überfordert, haben zu dem geführt, was ein US-Historiker im Blick auf sein eigenes Land einmal »imperiale Überdehnung« genannt hat.

Die einschneidenden Veränderungen sowjetischer Politik unter Gorbatschow sind unausweichliche Anpassungsleistungen an eine Situation, die von wirtschaftlicher Stagnation, der Gefahr einer ökonomischen Katastrophe im Inneren und geographisch-strategischer Überforderung nach außen gekennzeichnet war. Hier eine Anpassung an die Realitäten und Erfordernisse vorzunehmen bedeutet, im Inneren eine wirtschaftliche Dynamisierung zustande bringen zu müssen und zugleich die außen- und militärpolitischen Belastungen den begrenzten materiellen Möglichkeiten unterzuordnen. Eine Dynamisierung der Volkswirtschaft setzt eine Verminderung des äußeren Drucks und eine Reduzierung der rüstungspolitischen Ressourcenverschwendung voraus. Schon allein dies erfordert eine Verständigung mit dem Westen. Die erhoffte Dynamisierung – so die sowjetischen Erwägungen – werde darüber hinaus erleichtert oder erst ermöglicht durch Darlehen, Technologie und Managementmethoden von außen, insbesondere aus dem Westen. Diese Hilfe sei natürlich nur durch weitgehenden Abbau der Blockkonfrontation zu erreichen.

Im Inneren gehe es um die Einführung von Marktmechanismen und eine Anpassung des soziopolitischen Überbaus an die Veränderungen der inzwischen entfalteten Produktivkräfte – also um Demokratisierung und Offenheit – , da die verkrusteten politischen Strukturen und Lenkungsmechanismen die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft behinderten. Der Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion wurde im Juli 1988 von der 19. Parteikonferenz der KPdSU auf den Punkt gebracht: »Die außenpolitische Tätigkeit soll einen immer größeren Beitrag zur Freisetzung der

Ressourcen des Landes, für den friedlichen Aufbau sowie für die Perestroika leisten.« Damit war der Primat der Innenpolitik offen formuliert.

In einigen Ansätzen wurden bereits in der Zeit vor Gorbatschow, bzw. zu Beginn seiner Regierungszeit entsprechende Anpassungsleistungen in der Außenpolitik vollzogen. Die Weigerung, Kuba Anfang der siebziger Jahre in den Warschauer Pakt aufzunehmen, die bereits erwähnte Weigerung, Angola und Mosambik in den RGW zu integrieren, die nachlassende materielle Unterstützung für Nicaragua oder die schrittweise und defensive Uminterpretation der Dritte-Welt-Politik insgesamt im Verein mit der wachsenden Skepsis bezüglich der eigenen Lösungsvorschläge waren eher Anzeichen für eine vorsichtig »opportunistische« Politik der bedächtigen Nutzung entstehender Gelegenheiten als Belege für eine offensive Strategie der Expansion, des weltrevolutionären Aktivismus oder der geplanten Eroberung des Globus.

Die sowjetische Führung unter Gorbatschow ging bei diesen Anpassungsleistungen noch einige Schritte weiter und bewies eine geradezu verblüffende Konsequenz. Dem Imperativ der Innen- und Wirtschaftspolitik folgend wurden seit Mitte der achtziger Jahre praktisch alle nennenswerten Belastungen einer überdehnten Weltmachtrolle und deren ideologische Rechtfertigungen nach und nach liquidiert. Zusätzlich zur Bereitschaft, über Abrüstung und Rüstungskontrolle zu verhandeln, begann die UdSSR mit einseitigen Abrüstungsmaßnahmen: um 500.000 Soldaten, 10.000 Panzer, 8.500 Geschütze und 800 Kampfflugzeuge werden die sowjetischen Streitkräfte einseitig reduziert. Die »vernichtenden wirtschaftlichen Kosten« (Wladimir Baranowsky, Abteilungsleiter im Institut für Weltwirtschaft in Moskau) der Rüstung dürften für diesen Schritt eine ebenso große Bedeutung gehabt haben wie friedenspolitische Erwägungen.

Den schwarzafrikanischen Verbündeten wurde mitgeteilt, daß nennenswerte wirtschaftliche Hilfe nicht zu erwarten sei; sie sollten sich deshalb eher an den Westen wenden und sich an den von ihm dominierten Weltmarktstrukturen reorientieren. Mosambik ist inzwischen dem Lomé-Abkommen und dem IWF beigetreten. Bezüglich Südafrikas wurden behutsame Korrekturen der Politik vorgenommen. Seit 1986 gab es mehrfach Signale, die kurz zuvor noch undenkbar gewesen wären und die auch innerhalb der Sowjetunion zu lebhaften Diskussionen führten. Der ANC wurde informell kritisiert, zu oft und zu laut vom Sozialismus zu reden; sowjetische Berater rieten von größeren Nationalisierungen nach der Beseitigung der Apartheid ab und forderten entsprechende »Garantien für die Bourgeoisie«. Der Inkatha-Häuptling Buthelezi wurde – wenn auch ohne Begeisterung – als eventuell notwendiger Gesprächs- und Verhandlungspartner genannt. Bereits im September 1986 lehnte die Sowjetunion – gemeinsam mit den USA – einen Antrag Nigerias und anderer Staaten ab, Südafrika aus der Internationalen Atomenergie Behörde (IAEA) in Wien auszuschließen. Die bisherige Strategie, die auf Schwächung des Apartheidregimes durch konsequente internationale Isolierung zielte, wurde damit korrigiert. Auch wenn die Sowjetunion weiterhin den ANC politisch unterstützt, so sind Akzentverschiebungen und eine gewisse Annäherung an westliche Positionen nicht zu übersehen. Der Aufbau des Sozialismus in Südafrika, so war zu hören, stünde wohl kaum schon in 25 Jahren, vielleicht erst in 100 Jahren auf der Tagesordnung.

In Mittelamerika und der Karibik war eine wie auch immer geartete offensive Politik nicht zu erkennen, die Sowjetunion profilierte sich vielmehr diskret als Kraft der »Mäßigung« und Vorsicht, sie wirkte entsprechend auf Kuba, Nicaragua und die FMLN El Salvadors ein. Diese mäßigende Rolle war allerdings nur sehr begrenzt erfolgreich, weshalb die Regierungen Reagan und Bush der Sowjetunion wiederholt Vorhaltungen machten.

Im Golfkrieg nahm die Sowjetunion eine sehr vorsichtige Position ein, die darauf zielte, mit beiden Kriegsparteien politisch und wirtschaftlich im Geschäft zu bleiben. Trotz eines massiven Flottenaufmarsches der USA und der WEU-Staaten im Persisch-Arabischen Golf 1987/88 blieb die UdSSR bei einer Politik disziplinierter Zurückhaltung und De-Eskalation, die auf militärische Machtdemonstrationen praktisch völlig verzichtete. Und in Afghanistan zog die Sowjetunion nach den Genfer Abkommen fristgerecht ihre Interventionstruppen ab, obwohl die USA und Pakistan ihrerseits Buchstaben und Geist der Abkommen permanent verletzten.

In der Dritten Welt konzentrierte sich die Sowjetunion spätestens seit Mitte der achtziger Jahre auf die politisch-diplomatische Verbesserung der Beziehungen zu fremden Regierungen, etwa in den arabischen Ländern oder zum Iran (wobei Waffenlieferungen als Instrument genutzt wurden). Das Ziel dieser Politik war die Herstellung »normaler« und möglichst kooperativer Beziehungen, keine imperiale Durchdringung oder Beherrschung. Darüber hinaus wurden geopolitische Positionen geräumt, da diese entweder im politisch-ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkül als Belastung erschienen (schwarzafrikanische Länder) oder ohnehin unhaltbar waren (Afghanistan). Materiell war dieser Rückzug sinnvoll, politisch förderte er ein besseres Klima in den Ost-West-Beziehungen. Umgekehrt wurden die Beziehungen zu Befreiungsbewegungen und einigen progressiven Ländern der Dritten Welt erschwert, was aber für den Prozeß der politisch-ökonomischen Umgestaltung innerhalb der Sowjetunion nebensächlich war.

Komplizierter stellte sich zunächst die Situation in Osteuropa dar. Zu Beginn der Amtszeit Gorbatschows war Osteuropa, waren die Mitgliedsländer der Warschauer Vertragsorganisation noch immer das politische, militärische und geostrategische Vorfeld der Sowjetunion, ein unverzichtbarer Sicherheitsgürtel zum Schutz der eigenen Grenzen und des politisch-ökonomischen Systems, dessen Kontrolle zum Kernbereich sowjetischer Außenpolitik zählte. Die Sowjetunion war ab 1985/86 zur Stärkung des eigenen Umgestaltungsprozesses an entsprechenden Reformen bei ihren Verbündeten

interessiert – erstens aus politischen Gründen, zweitens, weil eine wirtschaftliche Dynamisierung osteuropäischer Länder ökonomische Vorteile und Anregungen für sowjetische Reformen versprach. Anfangs wurde diese Ermutigung zu Reformen an außenpolitische Disziplin gebunden, an ein Verbleiben in der WVO und ein allgemeines Aufrechterhalten des »Ostblocks«. Block- und militärpolitische Disziplin nach außen und Reformbereitschaft im Inneren gehörten zusammen, sollten sicherstellen, daß die Reformprozesse nicht außer Kontrolle gerieten. Trotzdem kam es insbesondere in Ungarn und Polen zu einer Reformdynamik, die schnell die vorgezeichneten Grenzen überschritt.

Schon 1988/89 konnte durch die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung (Demokratisierung und Hinwendung zu kapitalistischen Wirtschaftsformen in Ungarn und Polen, Fortexistenz unterschiedlicher Formen spätstalinistischer Regime in der CSSR, der DDR und Rumänien) von einem »sozialistischen Lager« oder einem »Ostblock« keine Rede mehr sein. In Ungarn wird inzwischen offen über einen Austritt aus der WVO gesprochen, die wirtschaftliche Abhängigkeit der reformeifrigsten Länder vom Westen und vom Weltmarkt dürfte kaum mehr rückgängig zu machen sein. Deren Auslandsverschuldung ist der mexikanischen inzwischen strukturell durchaus ähnlich.

In den letzten Monaten des Jahres 1989 brachen schließlich die Regime in der DDR, der CSSR, Bulgariens und Rumäniens zusammen. Damit verschwanden einige außenpolitische Widerstände gegen die Politik der Perestroika, zugleich entstand ein Block nicht-sowjetischer Länder der WVO, die mit beträchtlichem Schwung kapitalistische Demokratien westlichen Zuschnitts aufzubauen begannen. Entsprechende Rückwirkungen auf die Perestroika in der Sowjetunion waren damit kaum vermeidbar.

Parallel dazu verminderten sich für die Sowjetunion die Möglichkeiten, diesen Auflösungsprozeß ihres Machtbereiches in Osteuropa noch zu stoppen. Ohne eine gewaltsame Niederwerfung wäre eine Disziplinierung Osteuropas heute nicht mehr zu erreichen, und eine solche militärische Lösung ist zum Ende der achtziger Jahre keine realistische Option mehr. Weder innen- noch außenpolitisch könnte die Sowjetunion dies heute verkraften, von den wirtschaftlichen Folgen und selbst den militärischen Schwierigkeiten zu schweigen. Die Sowjetunion hat die Kontrolle über Osteuropa unwiderruflich verloren und damit eine der Grundlagen ihrer bisherigen Rolle als Supermacht. Sie hat diese Entwicklung auch politisch ratifiziert, indem sie selbst die weitestgehenden Reformprozesse in osteuropäischen Ländern abgesegnet hat.

Die Ost-West-Beziehungen sind für den sowjetischen Reformprozeß von strategischer Bedeutung, sie entscheiden mit über den Erfolg der sowjetischen Wirtschaftsreformen und damit über die Zukunft der Sowjetunion. Dies gilt in positiver und in negativer Hinsicht: Negativ könnte der Westen durch Aufrechterhalten des äußeren Druckes die politischen und wirtschaftlichen Reformen der UdSSR erschweren, verzögern und vielleicht zum Scheitern bringen. Militärischer, politischer und wirtschaftlicher Druck aus der EG, den USA und Japan wäre so ziemlich das Unerfreulichste, was der Perestroika außenpolitisch passieren könnte. Positiv könnte der Westen durch massive ökonomische Unterstützung den Spielraum der Sowjetunion für ihre Umstrukturierung erweitern. Kredite, Wirtschaftskooperation und modernes Know-how sind Faktoren, die die Erfolgschancen der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung deutlich verbessern würden, auf die die Sowjetunion vermutlich sogar angewiesen ist, um sich aus ihrer Krise zu befreien.

Dieser Zwang zum Abbau der Konfrontation und zur Zusammenarbeit mit dem Westen führte nicht nur zu materiellen Zugeständnissen, sondern auch zu ideologischen Veränderungen, die Eingang ins sowjetische »neue Denken« fanden. Gorbatschow spricht von der »Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen«, von deren »Harmonisierung«. Seiner Ansicht nach müsse »die Weltpolitik durch die Priorität der gesamtmenschlichen Werte« (anstatt der Klasseninteressen) bestimmt werden. Der Eintritt der UdSSR in diese neue, »in wechselseitiger Beziehung stehende, ganzheitliche Welt« hat natürlich Folgen für ihre internen Reformen: Nach Gorbatschow ist »die Erhaltung irgendwelcher 'geschlossener' Gesellschaften kaum möglich«. Und Baranowsky formuliert eine der außenpolitischen Folgen, die aus dem Erfordernis interner Dynamisierung resultieren: »Um nicht unseren Platz unter den entwickelten Ländern zu verlieren, müssen wir uns den neuen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technologischen und anderen Realitäten der Welt anpassen.«

Bundesaußenminister Genscher ging bereits Anfang 1987 daran, diese ideologischen Wendungen auf ihren materiellen Kern zu reduzieren und darauf aufbauend eine westliche Strategie zu skizzieren: »Noch... ist der Osten ein im wesentlichen auf sich selbst zurückgezogener Handelsblock. Doch auf diese Weise kann er nicht den Anschluß an die wirtschaftlich-technologische Entwicklung der Welt gewinnen. Gorbatschow scheint das zu sehen. Er weiß, daß er für die Modernisierung seines Landes die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit dem Westen braucht, daß er Unternehmenskooperation auf breiter Basis braucht, und daß er – zunächst jedenfalls – auch Kredite braucht. Umgekehrt würde sich dem Westen ein riesiger Wirtschaftsraum öffnen, ein riesiger Absatzmarkt, dessen Mobilisierung geradezu zu einem Wachstumsmotor der Weltwirtschaft insgesamt werden könnte.«

In diesem Sinne ist westliche Hilfe an die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten tatsächlich »Hilfe zur Selbsthilfe« – durch die Unterstützung anderer nützt man sich selbst am meisten. Die westliche Politik soll die Gorbatschowschen Reformen unterstützen und möglichst zum Hebel einer Reintegration der Sowjetunion in den Weltmarkt machen. Die Gegenposition, einige Jahre vorwiegend in Washington beheimatet, wandte sich gegen diesen abschätzig

»Genscherismus« genannten integrativen Weg und bestand darauf, den Druck auf die Sowjetunion aufrecht zu erhalten, um diese so zu immer weiteren Zugeständnissen zu zwingen. Im Laufe des Jahres 1989 allerdings löste sich dieser Gegensatz zunehmend auf, die harte Position verlor durch die ungeheure Dynamik der Veränderungen in Osteuropa und durch die zuvor erfolgte Serie einseitiger Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion ihre Glaubwürdigkeit, wurde immer weniger vermittelbar.

Schon vor der Öffnung der Berliner Mauer im November 1989 hatte sich der »Genscherismus« innerhalb der Nato durchgesetzt. Harter Druck auf die UdSSR ist daher in absehbarer Zeit nicht mehr zu erwarten, oder nur in taktischer Absicht. Stattdessen wird es den westlichen Regierungen darum gehen, ökonomische Anreize zu bieten, um die Sowjetunion zur Wahl eines Weges zu bewegen, der dem Muster Polens oder Ungarns entspricht – womit der Aufgabe ihres Empires eine partielle ökonomische Kolonisierung und Durchdringung folgen würde. Der katastrophale Zustand der sowjetischen Wirtschaft, der Verlust des »sozialistischen Lagers«, der einen isolierten Weg nachhaltig erschwert, und das Fehlen realistischer Wirtschaftsmodelle zur Dynamisierung der eigenen Volkswirtschaft ohne deren Durchkapitalisierung und westliche »Hilfe« lassen einen solchen Weg wahrscheinlich erscheinen. Der starke und sich zunehmend mit Westeuropa verknüpfende marktwirtschaftliche Sog in den osteuropäischen Ländern hilft politisch und ökonomisch, die Sowjetunion in dieser Richtung zu bestärken. Ein solcher Reintegrationsprozeß der Sowjetunion wird wesentlich widerspruchsvoller und langwieriger als in den kleineren Ländern Osteuropas verlaufen, zu unterschiedlich sind die politischen, historischen und ökonomischen Voraussetzungen – gleichwohl: Eine zugleich sozialistische, realistische und wirtschaftlich die Dynamisierung zustandebringende Alternative ist bisher auch in Ansätzen nicht in Sicht, wobei die veränderten politischen Bedingungen in Europa es fraglich erscheinen lassen, ob solche Konzepte noch eine Chance hätten, selbst wenn es sie gäbe.

Deshalb scheint Michail Gorbatschow in gewissem Sinne Recht gehabt zu haben mit dem, was er in seiner UNO-Rede vom Dezember 1988 formulierte: »Die Weltwirtschaft wird zu einem einheitlichen Organismus, und außerhalb dieses Organismus kann sich kein einziger Staat normal entwickeln, zu welchem Gesellschaftssystem er auch gehören und auf welchem Wirtschaftsniveau er sich auch befinden mag.« Die völlige Integration der Sowjetunion in die Weltwirtschaft ist heute vermutlich nicht mehr zu vermeiden. Aber das hat seinen Preis – die Sowjetunion wird sich tatsächlich »normal entwickeln«, also entsprechend der prägenden Kraft der Weltmarktstrukturen .

Das ohnehin eher bescheidene Empire aufgegeben, die militärische Macht einseitig reduziert, mit einer deformierten Volkswirtschaft zunehmend der Konkurrenz des Weltmarktes ausgesetzt: Der Weg der Sowjetunion in die Abhängigkeit wird zum Ende des 20. Jahrhunderts nur noch durch das Scheitern einer marktorientierten Wirtschaftsreform aufzuhalten sein – und ein solches wirtschaftspolitisches Scheitern würde den Abstieg der Sowjetunion von der Zweit- in die Drittklassigkeit bedeuten.

konkret 02/90, S. 34

Autonome Lupus Gruppe

Unerträglich normal

Der Startbahn-Prozeß geht ins zweite Jahr. Sein angeblicher Anlaß, die tödlichen Schüsse am 2. November 1907, war bisher an keinem Tag Thema der Verhandlungen. Stattdessen wurden bemerkenswerte Methoden der Aussagenerpressung bekannt, milde Urteile gegen reuige Strommastknacker gesprochen und äußerst dürftige Haftgründe für entschiedene Startbahngegner konstruiert

Erinnern wir uns: Wir haben vor Prozeßbeginn gesagt und geschrieben, daß der sogenannte »2.11.«Prozeß nur ein Vorwand ist, um ganz andere Widerstandsformen zur Anklage und Verurteilung zu bringen. Der Startbahnprozeß befindet sich nun im 11. Monat. Bis zum heutigen Tag hatte kein einziger Zeuge der Anklage, kein einziger Verhandlungstag die tödlichen Schüsse vom 2.11. zum Gegenstand. Wieviele Festnahmen, Verhaftungen, Verhöre, Hausdurchsuchungen und Observationen den 2.11. nur als »Mordsklima« nutzten, um Aussagen zu ganz anderen Ereignissen zu erpressen, dokumentiert die Anklageschrift gegen neun Startbahngegnerinnen und -gegner selbst: Nur Andreas E. und Frank H. werden von der Anklage verdächtigt, an der Tötung der Polizisten beteiligt gewesen zu sein, auf die sieben übrigen Angeklagten werden Straftaten verteilt, die mit dem 2.11. nichts, mit praktischem Widerstand gegen die Atomindustrie, Startbahnbetreiber und Nutznießer sehr viel zu tun hatten (Anschläge auf Strommasten, Umspannwerke, Bauunternehmen und Banken).

In den ersten Monaten nach Prozeßbeginn ging es um die Verurteilung von vier Startbahngegnerinnen und -gegnern, die sich zu Anschlägen auf zwei Strommasten, die kurz nach Tschernobyl außer Betrieb gesetzt wurden, bekannt haben. Beabsichtigt war ein schneller juristischer Erfolg, eine erste Rechtfertigung für die staatliche Repressionswelle nach dem 2.11. Heraus kamen Urteile, die nicht gegen die Angeklagten, sondern mit deren Hilfe gesprochen wurden. In diesem Sinne waren es sogenannte »milde« Urteile – alle Strafen wurden auf Bewährung ausgesetzt. Wie wenig es dem Gericht dabei um die so oft beschworene »Schwere der Straftat« ging, wie sehr jedoch um ein Urteil über die politische Haltung der Angeklagten, macht die Urteilsbegründung deutlich, die herausstellt, daß bei diesen Angeklagten eine »grundsätzlich rechtsfeindliche Gesinnung« nicht zutage getreten sei, daß sie eine »innere Umkehr« gezeigt hätten und für die Zukunft ein »geordnetes Leben« erwarten ließen. Wir hätten den Kern politischer Strafjustiz kaum besser beschreiben können: die Belohnung bzw. Bestrafung der politischen Haltung eines Angeklagten. Für die verbliebenen fünf Angeklagten heißt das, daß ihre Weigerung, mit der Justiz in gewünschter Weise zu kooperieren, strafverschärfend wirken wird. Für sie ist im Prozeß die Rolle der Anführer, Haupttäter und geistigen Drahtzieher reserviert.

Was es heißt, seine politische Identität in einem solchen Verfahren zu verteidigen, sie ungebrochen durch eigenes, solidarisches Handeln zu dokumentieren, läßt sich am Beispiel von Andreas S. verdeutlichen. Er hat sich wenige Wochen nach dem 2.11. selbst gestellt, u.a. in dem Glauben, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe einer richterlichen Überprüfung nicht standhalten können. Bereits einen Tag später bestätigte der Haftrichter in Karlsruhe die von der Bundesanwaltschaft zusammengestellten Straftaten in allen wesentlichen Punkten: Bildung und Unterstützung einer »terroristischen Vereinigung« nach Paragraph 129a, Beteiligung an bis zu 13 Anschlägen, schwerer Raub einer Dienstpistole, Waffenbesitz usw. Noch am selben Tag wurde Andreas S. in den Knast Frankenthal verschubt. Ca. fünf Monate saß er im Knast. In dieser Zeit vollzog sich – in aller Stille und jenseits der 'Öffentlichkeit' – die Selbstauflösung des Haftbefehls. Zug um Zug wurden Anschuldigungen fallengelassen bzw. waren nicht mehr aufrechtzuerhalten. Schließlich gab die Bundesanwaltschaft den »Fall« ans Amtsgericht in Hanau ab. Der 129a schien seine Funktion als Ermittlungsparagraph und Generalvollmacht gegen jede Form militanten Widerstandes erfüllt zu haben. Der strafrechtlich relevante Rest sollte auf »normalem« Weg abgefertigt werden. Doch dann passierte das, was bei Sondergerichten und Sonderrichtern nicht passieren kann: Andreas S. wurde vom Amtsgericht mangels dringenden Tatverdachts freigelassen. Was bei der Bundesanwaltschaft mit einem Dutzend Straftatvorwürfen begann, endete in Hanau mit dem Verdacht des Waffenbesitzes und/oder der Hehlerei. Die ganze Konstruktion des 129a stürzte damit in sich zusammen.

Wie sehr jedoch der »normale« Weg der Rechtsprechung die Ausnahme, die Sondergerichtsbarkeit von Staatsschutzorganen der Regelfall politischer Justiz ist, zeigte die Reaktion der Bundesanwaltschaft. Nach Andreas S.s Freilassung zog sie das Verfahren von neuem an sich. Jetzt sollte ein linguistisches Gutachten beweisen können, was vorher nicht zu belegen war: die Existenz einer »terroristischen Vereinigung«. Der zuständige Haftrichter in Karlsruhe, ein auf seine Zuverlässigkeit hin auserlesener Richter, wußte, was von ihm – im Unterschied zu einem 'dahergelaufenen' Amtsrichter in Hanau – erwartet werden kann: Er gab der erneuten Inhaftnahme von Andreas S. wegen »Verbrechens nach 129a StGB u.a.« seinen richterlichen, unabhängigen Segen.

Ein »Exzeß«, ein »Übergriff« des Rechtsstaates? Wie nahtlos sich Sonderhaftrichter und extralegale Sondervollmachten der Bundesanwaltschaft in die Sondergerichtsbarkeit von Staatsschutzsenaten einfügen, wie selbstverständlich scheinbare Ausnahmezustände Teil des geregelten Normalzustandes geworden sind, führt seitdem der 5. Strafsenat am

Oberlandesgericht Frankfurt eindrucksvoll vor. Die Verteidigung von Andreas S. stellte im Prozeß einen Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls. Die Entscheidung darüber machte das Gericht von dem Ergebnis der Zeugenvernehmung des vom BKA beauftragten self-made-Linguisten Perret abhängig. Auf den ersten Blick einleuchtend, stützt sich ja die Begründung des Haftbefehls auf die Aussagen jenes Perret, der dank einer Mischung aus Eigenstudium und »Intuition« – wie er es nannte – Andreas S. mit »hoher Wahrscheinlichkeit« zum Autor von zwei Bekennerschreiben machte (dazu KONKRET 8/89).

Linguistik als Staatsschutzwissenschaft oder, wie Bundesanwalt Pflieger so versehentlich wahrhaftig formulierte: neue Wege der »Wahrheitsfindung«. Der Tatort, der Ort des Verbrechens wird in den Kopf eines Angeklagten vorverlegt. Ein Tatort aber, zu dem – nach klassischer Kriminalistik – keine Spuren führen, verlangt nach neuen Methoden des Spurenlesens. Der Kopf als Tatwaffe, der linguistische »Fingerabdruck« als dazugehöriger Beweis. Ein Akt forensischer Selbstbefruchtung. Kurzum: Man muß heutzutage keinen Anschlag mehr verüben, nicht einmal mehr in Verdacht stehen, daran beteiligt gewesen zu sein, es genügt, geistig irgendeinem Tatort nahezustehen.

Diese neue Form der Beweisschaffung wird für 129a-Verfahren Zukunft haben. Doch heute, wie Perret selbst einschränkte, befinde sich diese Wissenschaft »noch in den Kinderschuhen«. Für diesen Prozeß seien die allerdings noch ein paar Nummern zu klein, meint sogar die »FAZ«: »Prozeßbeobachter fragen sich mittlerweile, weshalb die Bundesanwaltschaft ihre Anklage auf Aussagen eines Nicht-Linguisten stützt, der selbst behauptet, die von ihm begründete 'forensische Linguistik' stecke 'nicht nur in der Theorie in den Kinderschuhen', sondern sei auch im Hinblick auf Daten 'rudimentär'. Es gebe noch kaum eine wissenschaftliche Diskussion, zudem fehlten Statistiken« (»FAZ« v. 21.6.89). Der wichtigste Zeuge für die Anklage gegen Andreas S. taumelte von einer Relativierung zur nächsten, bis ihm schließlich ganz der Boden unter den Füßen verloren ging, als die Verteidigung darauf hinweisen konnte, daß Perret in einem anderen Verfahren einen dort Angeklagten der Autorenschaft »überführte«, obwohl der fragliche Text nicht von jenem, sondern aus einem öffentlich zugänglichen Buch stammte.

Was macht ein Sondergericht, wenn die wichtigste Stütze für die Begründung eines Haftbefehls vor aller Augen wegbricht? Es schert sich einen Dreck drum und denkt sich was Neues aus. In der Begründung, mit der die Aufhebung des Haftbefehls abgelehnt wird, kommt der Senat zum Schluß: »Unter diesen Umständen kann es deshalb dahinstehen, ob durch das linguistische Gutachten, das der Sachverständige Dr. Perret erstattet hat, der dringende Tatverdacht gegen den Angeklagten noch zusätzlich verstärkt wird. Zu einer Verringerung des gegen den Angeklagten aus anderen Gründen gerichteten Tatverdachts haben die Ausführungen des Sachverständigen jedenfalls nicht geführt.« Waren es gerade diese »anderen Gründe«, die beim Amtsgericht in Hanau zu Andreas S.s Freilassung führten, so können dieselben eben jetzt wieder in den Knast führen. Sage niemand, es sei egal, mit welcher Begründung man im Knast sitzt.

Seit Dezember ist ein weiterer Prozeß vom »Hauptverfahren« abgetrennt. Gegen drei Startbahngegnerinnen und -gegner soll wegen Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« (Paragraph 129a) separat geurteilt werden, um damit automatisch die verbleibenden beiden Angeklagten zu deren Mitgliedern oder Gründungsvätern »ernennen« zu können. Wie absurd das ist, läßt sich an der Beweisführung zu elf Anschlägen verdeutlichen, die nun von der Anklage auf die drei Startbahngegnerinnen und -gegner verteilt werden müssen. Die bis heute vor Gericht ausgebreiteten Beweise und Indizien belegen nicht mehr, als daß sie stattfanden. Bilder vom Tatort werden nichtssagend rumgereicht, Spuren gesichtet, Kriminalisten von BKA und LKA vernommen, um die Archivate zu bestätigen, und fast am Rande werden die wenigen Zeugen aufgerufen, die allesamt Täter- und Täterinnenbeschreibungen liefern, die auf ungefähr fünf Millionen Jugendliche zutreffen. Genausogut könnten den Angeklagten auch elf Verkehrsunfälle der letzten drei Jahre zur Last gelegt werden.

Das einzige, was diesen drei Startbahngegnerinnen und -gegnern vorgeworfen werden kann, ist, daß zur Gründung einer »terroristischen Vereinigung« mindestens drei Personen notwendig sind, und daß es kein Zufall sein kann, daß sie gerade drei sind. Daß aus dieser staatlich festgesetzten Mindestanforderung an eine »terroristische Vereinigung« niemand mehr ausbrechen darf, hat nicht nur – wie beschrieben – Andreas S. zu spüren bekommen. Nicht viel anders ergeht es Rainer H. und Ina T., deren Verfahren auf eine 129a-Verurteilung hinauslaufen, obwohl die »Beweise« gegen sie lächerlich sind, wenn man sie mit dem vergleicht, was gegen die bereits abgeurteilten vier Startbahngegnerinnen und -gegner vorlag.

Doch der Prozeß, der eigentlich Ende 89 abgeschlossen sein sollte, ist auch an anderen Punkten ins Stocken geraten, hat alle gerichtlichen Terminierungen über den Haufen geworfen. Was sich vor Prozeßbeginn mit einzelnen Aussageverweigerungen und -rücknahmen andeutete, setzte sich in den Verhandlungen mit einer unerwarteten (Eigen-)Dynamik fort. So belastete z.B. Mike K. während seiner Polizeiverhöre andere Startbahngegnerinnen und -gegner schwer, doch nach seiner »milden« Verurteilung stellte er sich der Anklage nicht mehr als Kronzeuge zur Verfügung. Gerade der Versuch, nicht-angeklagte Startbahngegnerinnen und -gegner zu Zeuginnen und Zeugen der Anklage zu machen, scheiterte bis heute fast völlig. Achim B. verweigerte die Aussage bzw. zog gemachte Aussagen zurück, Klaus W., der noch vor dem Prozeß mit an die bürgerliche Presse verkauften Fotos Geld machte, verweigerte die Aussage, gegen Frank W. wurde schließlich ein Zwangsgeld von DM 300 verhängt, verknüpft mit der Drohung, ihn in Beugehaft zu nehmen, wenn er bei seiner Aussageverweigerung bleibe. In dieser Situation war dann auch Schluß mit der anfangs

liberalen Verhandlungsführung des Gerichts. Denn nicht alles sollte sich auf nackte Konstruktionen der Bundesanwaltschaft stützen, zumindest der Anschein tatsächlicher Begebenheiten sollte durch Aussagen aus der Startbahnbewegung aufrechterhalten werden, wenn nötig mit Zwang und Knast.

Das Gericht machte noch einen weiteren Versuch, um das wackelnde Gerüst der Anklage abzustützen. Einen Versuch, der geeignet ist, den Verdacht einer kriminellen Vereinigung zwischen Gericht und Bundesanwaltschaft zu nähren, wenn da nicht Richter säßen, die wissen, daß es weder auf den Geist noch den Buchstaben des Gesetzes ankommt, sondern auf die Macht ihrer Auslegung. Bisher bemühten sie sich, den Zeugen der Anklage, die auf Befragung der Verteidigung Gefahr liefen, statt Eingeübtes aufzusagen, sich in Widersprüche zu verstricken, dadurch zu Hilfe zu eilen, daß sie ihnen die »richtige« Interpretation ihrer Worte so lange vorhielten, bis sie diese brav übernahmen. Das klappte mehr oder weniger gut. Nur einmal witterte das Gericht die Gefahr nicht rechtzeitig, eine kleine Unaufmerksamkeit, und alles war zu spät. Der Polizeibeamte Stippich sollte zu Vernehmungsmethoden gehört werden. Inmitten der Befragung von Seiten der Verteidigung sagte er aus, daß er telefonisch von Richter Kern detailliert auf die gegen ihn und seine Verhörskollegen erhobenen Vorwürfe vorbereitet worden sei. Ein Akt gemeinsamer Zeugenpräparierung. Ein Skandal? Ein eklatanter Verstoß gegen das Gebot richterlicher Unbefangenheit? Keineswegs. Eher so etwas wie richterliche Telefonseelsorge, ganz unbesorgt und ungezwungen.

Das Ganze liest sich dann in der Ablehnungsbegründung des Befangenheitsantrags gegen Richter Kern vom 23.10.89 so: »Wegen Besorgnis der Befangenheit findet die Ablehnung eines Richters statt, wenn ein Beschuldigter triftige, jedem unbeteiligten Dritten einleuchtende Gründe für sein Begehren vorbringt. Diese Voraussetzungen sind hier nicht gegeben. Weder 58 StPO noch sonstige strafprozessuale Gesetzesvorschriften verbieten es dem Richter, einem Zeugen vor dessen Vernehmung den genauen Gegenstand seiner Vernehmung mitzuteilen. Außerdem hat der abgelehnte Richter den Zeugen den Vernehmungsgegenstand nicht von sich aus, sondern auf telefonische Nachfrage der Zeugen mitgeteilt«. Merkwürdig: Der Verteidigung war bisher nur *ein* Zeuge bekannt, der vom Gericht vorab instruiert worden war. In der Begründung ist jedoch von *den Zeugen* die Rede.

Anlaß für diesen Ausflug in die Welt richterlicher Zeugenführung ist ein anderer »Skandal« – ein Skandal, wenn man noch von der Freiwilligkeit gemachter Aussagen ausgeht; völlig normal, wenn man auch in diesem Prozeß erlebt, wie erpreßte Aussagen als wesentliche Stütze der Anklagebegründung benutzt werden. Baldur O. hatte in den ersten Wochen nach dem 2.11 ., nach stundenlangen Polizeiverhören, in denen er je nach Bedarf in den Zeugen- oder in den bedrohlicheren Beschuldigtenstatus geschoben wurde, umfangreiche belastende Aussagen unterschrieben. Bis zu seiner Zeugenladung vor Gericht war er für uns wie für die Bundesanwaltschaft Hauptbelastungszeuge der Anklage. Am Tag seiner Zeugenvorladung widerrief er jedoch seine belastenden Aussagen. In seiner Begründung erklärte er, wie sie zustande gekommen waren: durch Erpressung und Bedrohung, die von »Ich reiß dir den Arsch auf«, oder »Ich schlag dir die Schreibmaschine auf den Kopf« bis hin zu Drohungen reichten, er werde seinen Arbeitsplatz verlieren oder für x-Jahre hinter Gittern verschwinden (»in Stammheim ist noch ein Zimmer frei«).

Hatten wir bereits vor dem Prozeß vergeblich versucht, die erpresserischen Methoden, mit denen »Geständnisse« produziert wurden, öffentlich zu machen, hatten auch zu Beginn des Prozesses einzelne Angeklagte den erpresserischen Druck während der Verhöre angeklagt, ohne daß das Gericht oder die »kritische Öffentlichkeit« davon Notiz nahmen, so wurde durch Baldur O.s Aussagewiderruf die Erpressung von Geständnissen Gegenstand der Verhandlungen. Nicht, weil für das Gericht etwa dieses Zustandekommen von Aussagen unerträglich gewesen wäre, sondern weil die Aussagen von Baldur O. für Gericht wie Bundesanwaltschaft unverzichtbar geworden waren. Ihre Verwendung hat, so die ständige Rechtsprechung, zur Voraussetzung, daß sie rechtmäßig zustande gekommen sind. Was zu beweisen war. Dazu wurden im folgenden BKA- und LKA-Beamte geladen, die an den Verhören von Baldur O. beteiligt waren. So auch jener Beamte Stippich, der bei der Glaubhaftmachung der Aussagen von Baldur O. seinen unfreiwilligen Beitrag leistete, indem er darauf bestand, daß er seine Schreibmaschine nicht auf Baldur O.s Kopf hatte schlagen, sondern über dessen Kopf an die Wand hatte werfen wollen. Was als kleiner Parcour rechtsstaatlicher Souveränität angelegt war, endete so vorläufig mit dem 'Reißen' eines vermeintlich leichten Hindernisses.

Daß all das dieses Gericht keineswegs daran hindern wird, die programmierten Verurteilungen durchzuziehen, ist kein besonderer Makel dieses Gerichts, sondern die unerträgliche Normalität vieler politischer Prozesse.

konkret 02/90, S. 40

Johannes Agnoli

Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit

»Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung« (CG 5,3).

»Der Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung« (Bundesverfassungsgericht).

»Eine andere, dem Volke befohlene Verheimlichung ist die von der wahren Beschaffenheit der Konstitution« (Immanuel Kant).

Das befohlene Stehen auf dem Boden entbindet nicht von der Pflicht, über die wahre Beschaffenheit des Bodens Mitteilung zu machen (Agnoli).

Vorab-Bemerkung

Die Bestimmung des Gelehrten stammt – wie alle wissen – von Johann Gottlieb Fichte; auf die Dürftigkeit der Zeit wies seinerzeit Hölderlin hin. Fichtes Bestimmung erfolgte im Glauben an den Aufbruch einer neuen Zeit; Hölderlin fand die Zeit eher dürftig und fragte sich bekanntlich, was denn ein Dichter in einer solchen Zeit solle.

In unserer Zeit bleibt die Dürftigkeit unsichtbar und fremd. Allenthalben herrscht bruchloser Aufbau. Wiederherstellung der Werte. Wiederfindung des Auslands, Entdeckung der Würde der Natur samt Tier und Pflanze. Brüche kommen zwar reichlich vor, aber in anderen Gegenden; und bestätigen derart unsere eigene, nie endenwollende Welle des Aufwärts. Oder anders: Ein Ende meldet sich doch an, kommt aus dem US-Amerikanischen und verkündet (euangelion), anders als Marx' Traum vom Beginn der wirklichen Geschichte, die erreichte Geschichtslosigkeit: den Endsieg der westlichen Ordnung, von den Segnungen der Akkumulation bis zu den Errungenschaften des liberaldemokratischen Rechtsstaats. Die gelehrte Welt (also die Wissenschaften, die sich nicht um bare Chemikalien oder um physikalische Quantitäten kümmern, sondern um menschliche Zu- und Um- und Mißstände) bleibt hier nicht im Abseits. Sie wirkt kräftig mit an der Festigung des Ordnungsgefüges, der Wertesysteme, der kommunikativen Interaktionen; an der Stabilisierung der Neuen Staatsbürgerlichkeit, der Neuen Inner- und Äußerlichkeit, der Neuen Funktionalität. Sicher wie fast nie zuvor gilt die konstruktive Arbeit als die wahre Mission des Gelehrten: Die Vernunft wird bemüht, teils zur systematisch wohlgeordneten Vereinfachung von Gesamtzusammenhängen (Reduktion von Komplexität genannt), teils als Stifterin friedfertiger Kommunikation (der philosophischen Textverarbeitung der Informatik), teils und in genauer Umkehrung wird ihr der Kampf angesagt und aus Betroffenheit der freudige Sprung ins Spirituelle, in den Brei der Seele unternommen. Letzteres ist nicht der Rede wert. Bedenklicher ist schon, daß die Vernunft bei den Neuen Aufklärern ihrer geschichtlichen Aufgabe beraubt wird, Unbotmäßiges anzustiften und das jeweils Infame (ob Kirche, Staat, Despotie oder sonstige Herrschaft) einfach zu zerstören – wie Voltaire zu sagen pflegte.

Nicht, daß die gelehrte Welt die Bruchlosigkeit unkritisch hinnähme. Nolte kritisiert die Historiographie und daß es ihr nicht gelungen sei, den deutschen Faschismus asiatologisch zu deuten; Habermas kritisiert Nolte und dessen Abbau der Vernunft; Tugendhat kritisiert (und zwar laut »FR« durchaus konstruktiv) Habermas' kritische Freundlichkeit. Dennoch herrscht durchweg Vertrauen vor. Und wer kritisch mißtraut, vor allem der Macht (und damit sich auf den Weg der Emanzipation begibt), sich aber positiver Vorschläge und konstruktiver Politik enthält, kann ganz ungewollt mit den grundgesetzlich vorgeschriebenen Normen des Projektierens in Konflikt geraten.

Die Dürftigkeit der Zeit aber, die sich auf allen Ebenen in den eingefrorenen, erfolgreich stabilen Strukturen konkretisiert – diese Dürftigkeit, in der sich inzwischen selbst Alternatives selbstzufrieden beruhigt, verlangt nach Destruktion. Das »Ordnungsgefüge« muß abgebaut, das Vertrauen ausgeräumt werden; der Zweifel und seine sprengende Kraft müssen wieder zu ihrem Recht kommen, damit endlich sich das satte Bild ändert und angesichts dramatischer Entwicklungen die Symbole des Positiven, des Guten und Schönen verschwinden: das selbstzufriedene Fernsehgesicht Kohls und die ausgestrahlte Klugrednerei Vogels. Deutschland indessen (glücklicherweise neuerdings nur West) scheint das Land zu bleiben, wo die Kritik immer konstruktiv blüht.

Deutsche politische Kultur? Fortwährende, ununterbrochene deutsche intellektuelle Tradition?

Klassisches

Der Größte unter den deutschen Aufklärern belehrt uns eines anderen. Der Überlieferung und den eigenen Bekundungen nach galt ihm die Pflicht als erhabener Name, das moralische Gesetz in unserer Brust als nützliche Einrichtung, der gestirnte Himmel über uns als bewunderungswürdig. Ansonsten aber zermalmte er alles, was ihm in den Sinn, vielmehr in den Kopf kam: die metaphysische Einheit der Welt, die Objektivität von Raum und Zeit, die Unsterblichkeit der Seele, die

Beweise der Existenz Gottes. Zugegeben: Den goetheschen »Alten Herrn« ließ er bei aller Abweisung durch eine, von ihm als praktisch bezeichnete Hintertür wieder zu; aber nur als eine Art Druckinstanz zwecks Besserung des Alltagsverhaltens, genauer als »Postulat«, damit wir alle anständig leben und den Menschen nicht als Mittel (zum Beispiel für die Realisierung von Gewinnen auf dem Markt oder zur Herbeischaffung parlamentarischer Mehrheiten), sondern allemal als Zweck betrachten.

Heinrich Heine (laut Goebbels auch ein Destruktiver, ein »Element der Dekomposition«) hielt Kant für einen entschiedeneren und entscheidenderen Revolutionär als die französischen Jakobiner. Und Giosué Carducci (Nobelpreis 1906) nahm Heines Hinweis wieder auf »Decapitaron Emmanuele Kant il Dio, Massimiliano Robespierre il Re« – was so viel heißt wie: Kant köpfte Gott, Robespierre den König. Womit Kant an die erste Stelle der zerstörenden Kräfte der Geschichte rückte.

Aber Kant begnügte sich nicht damit, Gott wegzuräumen. Er tat Schlimmeres: Er schlug der Wissenschaft den wertfreiobjektiven Kopf ab und setzte ihr einen neuen, vernunftgemäßen auf: das Prinzip Parteilichkeit, die soziale Verpflichtung. Nur die Wissenschaft sei wahr, die dem gemeinen Manne zu seiner Würde verhülfe (Hartenstein, Nachlass VIII, 625). Es kam noch Destruktiveres hinzu. 1794, am 12. Oktober, erreichte ihn der »allergnädigste Spezialbefehl« Seiner Königl. Majestät, sich fortan der philosophischen »Entstellung und Herabwürdigung des Christentums« zu enthalten. (Übrigens: Die erste Fassung des Radikalenerlasses, so man anstelle des Christentums die FdGO setzt). Derart gemaßregelt, kam Kant hinter die Schliche der verfaßten politischen Ordnung und legte sich mit den Verfassungsjuristen an. Im »Streit der Fakultäten« setzte er das Prinzip Parteilichkeit voll ein. Mögen die Juristen im Sinne ihres sozialen Auftrags positive Arbeit leisten und den gegebenen Zustand bejahen. Der Philosophie kommt Wichtigeres zu: aller befohlenen Verheimlichung zum Trotz das Volk über die »wahre Beschaffenheit« der Verfassung aufzuklären. Die wahre Beschaffenheit: Damit meinte Kant keineswegs den sattsam bekannten Bruch zwischen Norm und Wirklichkeit, wobei der Politik und den Gelehrten die Aufgabe zufiele, das Lädierte zu restaurieren. Kant meinte schlicht und negativ die Brüchigkeit der Norm selbst. Er vindizierte der Philosophie das Recht, alle konstitutionelle Illusion zu zerstören und die Fiktion der Volksvertretung als die Realität der Herrschaft zu enthüllen. Alle Verfassungsbejahung nannte er beim Namen: »lügenhafte Publizität« (Streit der Fakultäten, Königsberg 1798).

Kants Auffassung über die Bestimmung des Gelehrten blieb bekanntlich nicht folgenlos. Das destruktive Element setzte sich fort in der Hegelschen Fassung des Negativen als des Motors im Bewußtsein der Freiheit – auch wenn der älter gewordene Hegel (sehr im Gegensatz zum im Alter weiser gewordenen Kant) die Negation am Ende in der allgemeinen Versöhnung des Staats wieder aufhob. Ein schlechter Meister, der aber einen um so besseren Schüler hatte. Der gute Schüler schloß sich Kants »kritischem Geschäft« an und schob die Hegelsche Versöhnung wieder beiseite. Marx wollte weder aufbauen noch bejahen, sondern in erster Linie negieren. Wie Heine der geschichtlichen Aufgabe der Dekomposition traditionell verbunden, ging er noch einige Schritte weiter: in die Tiefe, zur Basis der Gesellschaft – zu den »Müttern«, frei nach Goethe. Ihm genügte die Aufklärung über die wahre Beschaffenheit der Verfassung nicht mehr. Über die Erkenntnis der verfaßten Lügenhaftigkeit hinaus und nach der Mitteilung über das wahre Wesen des Verfassungsstaats mußte die Wirklichkeit des Wesens enthüllt werden: seine Funktion. Er zerstörte die Illusion der schönen Form, die einen häßlichen Inhalt organisiert. Derart stand die Unvernünftigkeit einer Produktionsweise nackt da, aus der sich bürgerliche Zweckrationalität, Rentabilität und Respektabilität speisen. Alle, die von ihrer Arbeit und deren Verkauf leben, »befinden sich...im direkten Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft einen Gesamtausdruck geben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen«. Bakunin und Asien? Nein: Marx und Deutschland (MEW 3,77).

Negation und Destruktion fehlen also in der deutschen Gelehrtengeschichte nicht, haben vielmehr ihre Klassiker, die sich durchaus sehen lassen können. Diese ihre zerstörerische Vernunft findet Vertreter auch dort, wo das allgemeine Bildungsbewußtsein oder das Wissen des Bildungsbürgertums sie gar nicht vermutet. Die wenigsten hierzulande wissen zum Beispiel, wer der »Benimm-Knigge« in Wirklichkeit gewesen: der »Freie Herr« Knigge, radikaler Jakobiner, der die terreur verstand und des Ca ira gedenkend und die deutschen Zustände kritisierend sich darüber beklagte, daß in Deutschland »die schönen Laternen ach so unnütz herumstünden«.

Erbauliches

Es fragt sich nur, ob diese Tradition nicht das »andere Deutschland« sei, das vom gängigen, positiv-aufbauenden, »ganzen« Deutschland geschichtlich beiseite geschoben wurde.

Zur Beruhigung indes: Knigges Laternen – ob schön oder nicht – bleiben heutzutage sinnvollerweise bei ihrer eigentlichen Leistung und beleuchten weiterhin nur die Straßen. Dem Gelehrten hingegen bleibt nach wie vor die Kantsche Aufgabe und der Marxsche Vorschlag, die philosophisch-politische Destruktion der stabil abgesicherten und durch Konsens abgesegneten Dürftigkeit weiter zu treiben. Gewiß gerät er dabei leicht ins Abseits, entzieht sich dem allgemeinen Wohlwollen und macht sich verdächtig. Nur muß er die Gefahr auf sich nehmen, wenn er seine Bestimmung und sich

selbst ernst nimmt. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als jenseits aller behördlichen Auflage (GG 5,3) die Brüchigkeit des Bodens und die Freiheitsfiktionen des auf dem Boden stehenden »Palastes« (wie die Altägypter die Strukturen der Herrschaft nannten) anzuzeigen. Wenn er aber als Gelehrter sich an Kant orientiert, so macht er sich auch Kants Klugheit zu eigen (vgl. dessen Antwort auf den Königlichen Spezialbefehl, s.o. A XV ff.) und befaßt sich mit Boden und Palast anhand zweier, zurecht berühmter Versuche, die wahre Beschaffenheit des Bodens zu verschleiern und so dem Zeitgeist entsprechend zu verfahren.

Der Zeitgeist stiehlt sich in der Tat förmlich aus der richtigen Bestimmung der gelehrten Arbeit davon und wählt den Weg der Konsensus-Beteiligung: Werden die Zustände und deren Normen bejaht, so verlieren die Mißstände ihre Wirklichkeit und verwandeln sich in korrigierbare Zufälle, für deren Beseitigung die bekannte Selbstreinigungskraft (des Marktes, der Macht, der Parlamente) zuständig ist.

Die erste Gestalt des Zeitgeistes erkennt sich zwar als kritisch, erkennt aber die negative Bestimmung nicht an, daß zunächst und vorsorglich de omnibus dubitandum sei. Sie setzt vielmehr auf die vorsorgliche Bemühung um das Gute, das trotz mancherlei Schwäche konstitutionell garantiert sein soll. Die trostreiche Versicherung aber, daß der Boden trotz gelegentlicher giftiger, aber jederzeit abstellbarer Infiltration doch gesund sei, läßt aus der Philosophie die reine Erbauung entstehen. Allen aufklärerischen Beteuerungen zum Trotz und gegen das eigene Programm, sich vorzüglich an der ratio zu orientieren, entdeckt diese neue staatserbauliche Vorstellung das allgemeine Element, auf dem und aus dem alle politische Interaktion erst ihre menschliche Eigenschaft gewinnt: die LIEBE. Aber selbst die Liebe kann das Rationale in sich haben, zu zerstören (Goethe, Marienbader Elegie). Vor dieser Gefahr gerettet, vor dem Abgrund aufgefangen und ins Positive geführt wird die Liebe, wenn von der Erbauung ihr ein Objekt der Lust geboten wird, das jenseits aller Kritik liegt, transzendental gegen alle schlechten Erfahrungen abgeschirmt bleibt und also um seiner selbst willen geliebt werden kann.

Gewiß läßt sich da die ursprüngliche Aufklärung nicht leugnen. Der Liebe wird ein definitorisch in sich rationaler Gegenstand geboten, der alles Abrutschen ins Emotional-Barbarische verhindert und Gediegenheit garantiert. Die Liebe zum Vaterland, der Patriotismus im ursprünglichen Verstand des Wortes hat ausgedient, läßt überdies Unerfreuliches aufkommen: unverdauliche Kost mit längst abgelaufenem Verfallsdatum. In diesem Punkt bleibt die Philosophie philosophisch und hält an der Destruktion fest. Erbaulich wird sie am neuen Gegenstand – unverfänglich, einsehbar, durchaus der Bejahung wert: die Erbauung streicht die Liebe zum Vaterland und proklamiert die Liebe zur Verfassung, den Verfassungspatriotismus. So bestätigt sich Friedrich Engels Erkenntnis: daß im Rest der Welt ausdrücklich und mit Nachdruck die staatliche Macht auf der Befolgung der Gesetze und auf der Beachtung der konstitutionellen Ordnung besteht; und daß in Deutschland hingegen verlangt wird, Gesetz, Ordnung, Verfassung nicht nur zu beachten, sondern auch zu lieben.

Aus Angst vor der Zerrüttung der politischen Kultur und vor der Anzweiflung der erprobten Institutionen gerinnt die freie Vernunft zum reinen Gefühl und geht im doppelten Sinne ein: erstens überhaupt und zweitens in die Liebe. Die Philosophie hatte sich im späten Mittelalter – auch dank des destruktiven Nominalismus – von der Knechtschaft befreit. Sie wollte nicht mehr ancilla theologiae sein und hatte ihre Autonomie zurückerobert. Nun fällt ihre erbauliche Gestalt zurück in den gesellschaftlichen Zustand der Magd: ancilla constitutionis. In der Absage an die mögliche zerrüttende Autonomie einer Gesellschaft, die nach Emanzipationsformen sucht und Ordnungsnormen – das sind Herrschaftsformen – mit Argwohn betrachtet, liefert die Affirmation des Zustands und die Verteidigung des Bodens endlich die lang ersehnte Legitimationsideologie – dem bis dahin intellektuell eher gescholtenen Verfassungsschutz. Nur sehen die praktizierten Handlungen dieser Art der institutionalisierten Liebe doch anders aus als in der ehrlichen Absicht der Erbauung, wenn es um die vermeintlichen oder wirklichen Feinde der Verfassung geht. Die revolutionäre Tragödie des jakobinischen Terrors hat sich zwar schon längst – dem berühmten Spruch folgend – in die konstitutionelle Komödie verwandelt (vgl. Robespierres Rede vom 12. Dezember 1793 und GG 18); inzwischen aber ist aus der Liebe das Satyrspiel geworden: Am Celler Loch stand grinsend der neue Chauvin.

So wird Kant umgedreht: Die wahre Beschaffenheit der Verfassung liegt darin, daß die Verfassung wahr ist. Womit sich alles weitere Denken über sie, alle kritische Mitteilung, alle Destruktion des Palastes erübrigen. Dem Verfassungspatriotismus ist der destruktive Gelehrte ein Skandalon.

Systemisches

Die Erbauung bejaht sich selber und erfreut sich breiter Zustimmung. Die andere positive Gestalt des Zeitgeistes steht der Zustimmung eher reserviert gegenüber. Braucht eine lebendige Form 'Staat' nicht den Streit der Meinungen und der Interessen, der Gruppen und der Partner – also die Pluralität? Schon Cianetti (Korporationsminister 1943) sah die Notwendigkeiten sozialer Konflikte ein; fügte aber hinzu, daß sie in geregelter Weise ausgetragen, überhaupt geregelt und nicht geschürt werden sollten. Zur konstruktiven Form gerann der sinnreiche Gedanke erst in der Systemtheorie und in

ihrer Vorstellung von der konsolidierenden Aufgabe des Streits und von der konstruktiven Eigenschaft des Konflikts. Die Verfassung garantiert ohnehin die Auseinandersetzung und will sie gar fördern – sofern sie auf dem Boden stattfindet.

Nicht Liebe gilt hier also als gesicherte Grundlage der politischen Form, sondern der KONFLIKT. Er stabilisiert das System, gibt ihm die Struktur und sichert seinen Erfolg. Wo aber der Konflikt sich funktional anmeldet, bleibt das kritische Element nicht aus. Konflikte ohne kritische Gedanken geraten zum bloßen Schattenboxen und verlieren ihre Funktion. Kritik scheint also eine systemische Bedingung der Stabilität zu sein. Nur setzt sie eine besondere, immer wieder betonte und gelobte Eigenschaft voraus: Kritik muß die Negation abstreifen, von der Zermalmung absehen und einsehen, daß sie konstruktiv sich auswirken soll. Die konstruktive Kritik – wieder ein schwarzer Schimmel des Zeitgeistes – macht permanent konstruktive Vorschläge, will Verbesserung und Verfestigung des Zustands. Sie ist insofern auch Kritik der Kritik, als sie sich gegen den Kahlschlagsversuch wendet, den die destruktive Kritik sich zum Ziel setzt. Der letzteren fehlt – systemisch betrachtet – die Funktionalität des Positiven.

Dem Positiven im Konflikt gilt also die Sorge, von ihm aus wird alles Neue überprüft. Eine Theorie, der es ernst um das Staatswesen ist und der der Staat Wesen bedeutet, muß sich bei der Analyse neuer Kräfte, die sich auf der politischen Bühne anmelden, dieser nicht nur mit Liebe, sondern auch mit Strenge annehmen. Denn im System beziehen sich bekanntlich alle Felder, Prozesse, Bewegungen, Sachverhalte und Personen nicht nur eng und bloß interaktionell aufeinander; sie bilden vielmehr ein feinmaschiges und daher störanfälliges Netz. Wird eine der Maschen zerstört und schlüpft daher ein dysfunktionaler Konflikt, eine fremde Absicht, eine autonome gesellschaftliche Kraft hindurch, kann sich die komplexe Beziehung von Funktion und System destabilisieren und die Destruktion durchsetzen.

Dagegen hat die Systemtheorie ein viel zuverlässigeres Sicherungsmittel gefunden als irgend ein Gerede, das ohne Herrschaft verliefe: die Norm, die für Integration sorgt. Dieses Mittel, das übrigens von Max Weber stammt, heißt nicht Liebe, sondern Verantwortung. Neue Kräfte werden in die Pflicht der Verantwortung genommen. Erst in dem verantwortungsbewußten, nicht bloß gesinnungsmäßigen Eingang in den Palast zeigen sie ihre »Fähigkeit zur Politik«. Handelt eine Gruppe verantwortlich, so legt sie alles Subversive ab, arbeitet mit am Auf- und Ausbau und erlangt derart volle Akzeptanz: Sie wird zunächst oppositionsfähig; sodann koalitionsfähig; schließlich regierungsfähig: fester Bestandteil der Macht, der das vormals Unbotmäßige in den Palast einfährt und es in die Normen, Spielregeln, Einzäunungen zurückholt. Anders gesagt: Sie wird systemische Funktion ebenso wie ihre Vertreter sich in Funktionäre der Repräsentanz verwandeln. Diesem Sog, der viel mächtiger ist als die Macht der Verfassungsliebe, können sich am Ende weder die gute A. Vollmer noch die böse J. Ditfurth entziehen.

Wer will leugnen, daß die Systemtheorie mit ihrem Gegenstand (dem Verfassungsstaat) ebenso kritisch verfährt wie die Nachfolge der kritischen Theorie: also kritisch, aber konstruktiv. Sie tut zuweilen sogar mißtrauisch, aber nur der Form halber. Denn es kommt ihr genau auf das Gegenteil an: auf die Schaffung neuer Vertrauensverhältnisse. Dazu dient ihr kompliziertes Glasperlenspiel, die Logik ihrer beziehungsreichen Argumentation. So wie destruktive Kritik ihr ein Greuel ist, bleibt ihr das wirkliche Mißtrauen suspekt, da dieses den Glauben an die Richtigkeit des Zustands untergräbt. Im Grunde – und ohne es zu wissen oder zu wollen – findet die Systemtheorie ihre politische Vollendung in der konstitutionellen Garantie der Machtkontinuität: im »konstruktiven Mißtrauensvotum« .

Ich weiß nicht, ob die Mitglieder des Parlamentarischen Rats sich des etymologischen Witzes dieses Sprachungetüms bewußt waren. Jedenfalls findet die Systemik in ihm ihre nachträgliche Begründung. Denn die Abwahl eines alten Kanzlers durch einen neuen mitten in der Legislaturperiode ergibt sich aus einer konfliktualen Lage und symbolisiert auf diese Weise genau den Konflikt, der für Stabilität sorgt. Das konstruktiv gehandhabte Mißtrauen lebt aus dem Vertrauen in die Kontinuität der Macht (derem Verfall die Arbeit des Gelehrten gelten soll):

Da aber dem Vertrauen bekanntlich doch die Liebe zugrunde liegt, finden sich Erbauliches und Systemisches am Ende wieder zusammen und basteln gemeinsam an der neuen Staatstheodizee. Die Liebe zur Verfassung läßt sich vom Bösen in der politischen Welt nicht irremachen; und die Systemik sorgt sogar für seinen funktionalen Einbau. Die systemisch vollendete Erbauung verwirklicht sich in dem verfassungsmäßig abgesicherten, hohen Grad an Toleranz: dem neuleibnizschen Beweis der säkularisierten Theodizee. Nur hat auch diese – wie die ursprüngliche – ihre Tücke. Denn Gott liebte zwar seinerzeit die beste aller möglichen Welten, beobachtete aber sehr genau – zwecks Korrektur und endzeitlicher Strafe – die zufällige Bosheit der Menschengattung. Eine Liebe, die die Verfassung schützt, kommt ohne Kontrolle nicht aus. Aus diesem einfachen Grunde werden all diejenigen, die liebevoll toleriert werden, auch systematisch observiert.

Subversives

Am Ende müßte doch die neue Konstruktion stehen. »Wo bleibt das Positive?«. In der dürftigen Zeit finden wir es nur in der Negation, im Nirgendwo – in der sogenannten Utopie. In der Tat: Die Utopie, die aus der Destruktion aller Strukturen der Ungleichheit, der Unterdrückung, der Herrschaft entsteht, das ist heute der einzig mögliche Ausweg aus der sich anbahnenden Vernichtung. Und das heißt für den Gelehrten: Der gesellschaftliche Konflikt muß von seiner systemischen

Stabilisierungsfunktion befreit, aus aller Verfassungsliebe entlassen, in seine geschichtliche Würde der Destabilisierung zurückgeholt werden. Die Verteidigung der Destabilisierung gehört zur Verteidigung und Verwirklichung der Freiheit. »Wer behauptet, die Freiheit ernsthaft zu wollen und gleichzeitig alle destabilisierende Tätigkeit bekämpft, widerspricht sich selber« (Geymonat).

Nachwort

Der Zweifel meldet sich an: Ich schreibe hier auf Deutsch, für deutsche Leser. Und deutsche Leser sind ernste und ernstzunehmende Leute. Das Schlußproblem also: Wie kann Aufklärung darüber stattfinden, daß die Bestimmung des Gelehrten die Destruktion sei, ohne daß dabei der furor teutonicus die Begleitmusik spiele. Die Melodie, die die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen soll, braucht den basso continuo der Ironie – den sicheren Schutz gegen den konstruktiven Irrweg.

konkret 02/90, S. 44

Christina Thürmer-Rohr; Ursel Sieber

Kein Durchblick hat System

Der Feminismus-Begriff der Frauenbewegung hat sich an die Ideologie der patriarchalischen, kapitalistischen Gesellschaft angepaßt Christina Thürmer-Rohr, Professorin am Institut für Sozialpädagogik der TU Berlin, kritisiert den oft gerühmten Nahblick der Frau als hinderlich für die notwendige übergreifende feministische Theoriearbeit

KONKRET: Ein zentrales Ergebnis feministischer Frauenforschung ist das Konzept von der »Mittäterschaft« der Frau. Diese These wurde in den 80er Jahren im Rahmen deiner Arbeit im Studienschwerpunkt »Frauenforschung« an der Technischen Universität Berlin entwickelt – du hast sie entscheidend geprägt. Was muß man sich darunter vorstellen?

Thürmer-Rohr: Ausgangspunkt ist die globale Zerstörungs- und Vergiftungskraft der hochzivilisierten kapitalistischen und patriarchalen Industriegesellschaft. Eine Zerstörungskraft, die sich gegen die Natur, gegen arme Länder, gegen die eigenen Menschen, Männer wie Frauen, richtet. Das sogenannte technologische »Übermenschentum«, das die Zerstörungsfähigkeit möglich gemacht hat, ist aber keine gemeinsame (Un-) Fähigkeit von Männern und Frauen. Vielmehr haben sich die politisch und wirtschaftlich herrschenden Menschen, die Männer, diese Fähigkeit angeeignet. Und nun stellt sich die Frage: Was ist mit Frauen? Können wir sagen: Wir haben damit nichts zu tun?

KONKRET: Rhetorische Fragen...

Thürmer-Rohr: Ja, wir sind nicht einfach das bessere Geschlecht. Diese Kultur hat sich auch entwickeln können, weil Frauen im Hintergrund mitgearbeitet haben. Die Mittäterschafts-These sagt: Die Frau ist als Mitläuferin und Mitwisserin, als Komplizin und Kollaborateurin, als Bejaherin mitverantwortlich. Sie hat mit dem Täter Mann – gemeint als Abstraktum – agiert, durch Wegsehen, Zusehen, Dulden, durch Unterstützung, Feigheit, Angst. Der Nationalsozialismus z.B. bietet eine Menge Stoff, diese These zu belegen – aber die Gegenwart genauso.

Ich gehe davon aus, daß die Männer-Kultur es geschafft hat, die Frau soweit zu vereinnahmen und zu funktionalisieren, daß das Unrechtsbewußtsein auch bei Frauen weitgehend verstümmelt ist. Wenn ich noch einen Traum hätte, dann den, daß Frauen massenhaft ihre Empörung und Kritik an dieser ganzen Entwicklung entwickeln und äußern. Gerade das geschieht aber nicht. Frauen verhalten sich so, als gehörten sie in diese Männerkultur hinein, als paßten sie dazu. Sie profitieren und leiden zugleich. Die Frage, warum sie sich nicht entsolidarisieren, sich nicht ablösen und zu einer klaren Opposition kommen – das ist der Stoff, mit dem sich die Mittäterschafts-These beschäftigt. Die Frau hat zu wenig Kompetenzen entwickelt, um Widerspruch in die Welt zu bringen.

KONKRET: Warum erwartest du das gerade von Frauen? Weil sie unterdrückt sind? Weil ihnen eine besondere Nähe zur Natur nachgesagt wird? Was könnte ihr Motiv sein?

Thürmer-Rohr: Frauen haben eine andere Geschichte. Sie haben weniger die Faszination von Gewalt in ihrem historischen Gepäck. Sie haben etwas anderes zu lernen und zu verlernen als der Mann. Im übrigen geht es ums Überleben. Trotz aller Aufgeklärtheit herrscht immer noch diese Naivität und Gutgläubigkeit, daß alles irgendwie weitergehen und der Mann das schon machen wird. Zu diesem Glauben sehe ich wenig Anlaß. Ich sehe nicht ein, weshalb wir uns passiv verhalten und zwangsläufig der Zerstörungslawine anschließen müssen. Das ist auch eine moralische Frage. Wir haben durch ein unerträgliches historisches Mitagieren eine Verantwortung für den Stand der Dinge und die Verantwortung, einer ausbeuterischen Norm nicht zuzustimmen. Ich möchte nicht mit dem Vorwurf leben, wir haben es gewußt, aber wir haben nichts gesagt und nichts getan.

KONKRET: Ende der 70er Jahre bestand im Selbstverständnis der Frauenbewegung eine ganz andere, weniger selbstkritische Übereinkunft: Die Frauen definierten sich weitgehend als Opfer dieser Verhältnisse. Die Bösen waren die Männer, und die Guten waren die Frauen.

Thürmer-Rohr: Ich finde, daß Frauen sich mit einer Definition als Opfer selber diskriminieren, selber klein machen, und sich von Verantwortung entbinden. Frauen sind Teil dieser Kultur. Es ist völlig unlogisch, sich eine saubere Weiblichkeit vorzustellen, die an einem anderen Ort ihr Wesen treibt, und nun integer und unberührt zu diesen Entwicklungen Stellung nehmen könnte. Wir haben in den 70er Jahren sicher mit einigen Scheuklappen versucht, die Frau als stark und als weniger verseucht in ihrer Seele zu denken. Wir sehen aber überall, daß auch Frauen es sich untereinander recht schwer machen, daß sie konkurrieren, daß sie mißgünstig sind, Angst haben, und in dieser Angst auch sehr viel Ungutes anstiften. Frauen sind Geschädigte dieser Gesellschaft, nur ganz anders geschädigt als der Mann. Die Frau trägt immer noch eine Fülle von Sklavinnen-Eigenschaften mit sich: Untertanengeist, die Bereitschaft sich unterzuordnen, sich anzuschließen an herrschende Meinungen, sich eine wirkliche Dissidenz nicht zuzutrauen, ständig auf Sympathie angewiesen zu sein, sich an Autoritäten zu orientieren.

KONKRET: Hast du keine Angst vor Beifall von der falschen Seite?

Thürmer-Rohr: Den kann man nie verhindern. Das Konzept der Mittäterschaft ist keine Diffamierung oder Mißachtung der Frauen. Im Gegenteil. Das wirkliche Interesse an der Frau zeigt sich im Bemühen, sie so zu sehen, wie sie ist. Liebevoll sein heißt genau hinsehen, die Realitäten nicht verdrehen. Es geht nicht um abwertende Haltung, sondern um das Verstehen, warum es so geworden ist, und um die Erwartung, daß Frauen zu eigenständigem Leben und Kritik kommen können. Das geht nicht von alleine. Diese Gesellschaft tut alles, damit gerade das nicht passiert.

KONKRET: Die These der Mittäterschaft hat ja zwei Seiten: eine gesellschafts-analytische und eine subjektiv-moralische. Ich würde gerne einmal ein Beispiel haben. An welchen Symptomen zeigt sich denn diese Mittäterschaft?

Thürmer-Rohr: Symptome der Mittäterschaft sind jede Form von direkter oder indirekter Unterstützung, Billigung, Schlichtung von zerstörerischen, machtgeleiteten Taten und den großen wie den kleinen Tätern – im Vorfeld und in Aktion, von den Militärblöcken bis hin zum Mann auf der Straße. Zu diesen Symptomen gehört auch, die Zusammenhänge nicht zu durchschauen. Das ist von der patriarchalischen Kultur gewollt, es hat System. Beispiele für Mittäterschaft liegen in der patriarchalischen Parteilichkeit des Denkens in der Erziehung der Söhne, der Töchter, in der Erziehung der eigenen Personen, im Konsumverhalten, im Umgang mit Müll, im Reisen, im Umgang mit Männern, den eigenen wie den fremden, im Umgang mit Frauen, im Umgang mit anderen Kulturen und ihren Menschen. Da gibt es gar keine Grenze, denn alles, was wir sehen, ist mit dem Problem behaftet. Jede Frau kann in ihrem Leben, in ihrer Arbeit unendlich und lebenslang damit beschäftigt sein, zum Widerspruch zu kommen.

KONKRET: Im Umgang mit der These von der Mittäterschaft fällt auf, daß Frauen die analytische und gesellschaftskritische Seite vergessen und das Problem vorrangig auf die eigene Person beziehen. Bleibt da nicht die Frau als Täterin übrig?

Thürmer-Rohr: Zunächst: Es heißt nicht »Mittäterinnenschaft«, sondern »Mittäterschaft« – mit dem Täter. Frauen neigen dazu, das Problem in ihre eigene Seele hineinzunehmen. Sie sagen: *Ich* bin Mittäterin, wie kann *ich* aufhören, Mittäterin zu sein? Die allgemeine Aussage, die sich auf die Ausbeutung von Frau und Natur in der Männergesellschaft bezieht, wird von Frauen häufig so reduziert verstanden, wie: »Ich und mein Freund« oder: »Mir wird Unrecht getan«. Die These wird sofort ins Private gezerrt – obwohl sie eigentlich das gesellschaftliche Verhältnis in einer patriarchal strukturierten Kultur meint. Das Private ist zwar nicht nebensächlich, aber erstrangig interessant, um exemplarisch zu analysieren, wie gesellschaftliche Strukturen sich in der einzelnen Biographie spiegeln. Aber die Biographie ist immer zu klein, um allein in ihr herumzugraben. Wir müssen unseren Grips anstrengen, um zu übergreifenden Sichten zu kommen. Der so oft gerühmte Nahblick der Frau ist eher hinderlich als förderlich.

KONKRET: Wie könnte denn ein anderer Umgang mit dieser Analyse der Mittäterschaft der Frauen aussehen?

Thürmer-Rohr: Wir müssen den Zusammenhang verstehen zwischen Naturzerstörung und Ausbeutung von Frauen, ihrer unsichtbaren Arbeit, ihres Körpers. Das hieße, sich mit der Geschichte, der Aufklärung, der Industrialisierung, der Kolonialisierung zu beschäftigen. Wir müssen uns auch begeistern können für diese Zusammenhänge, die über unseren kleinen Horizont hinausgehen. Damit bekommt auch das eigene Problem einen anderen Stellenwert. Es geht darum, mehr zu begreifen, als immer nur dieses kleine Ich.

KONKRET: Nun geht das zurück auf den Slogan der Frauenbewegung: Das Private ist politisch.

Thürmer-Rohr: Dieser Slogan ist immer wieder sehr, sehr falsch verstanden worden. Er meint nicht, sich mit dem Privaten zu begnügen und diese Beschreibung politisch zu nennen! Politisch heißt zwar nicht, daß wir alle in eine Partei eintreten müssen. Ich denke, daß erst das Öffentlichmachen und Öffentlichwerden unserer gesellschaftlichen Kritik einschließlich sog. privater Erfahrungen ein Politikum ist. Ich meine damit unser gesamtes Verhalten im beruflichen, im privaten, im organisiert-politischen Zusammenhang. Diese Trennungen dienen der Vertuschung. Wir müssen auch viel mehr vermitteln, wir können den Feminismus nicht als eine separatistische Angelegenheit verstehen, wo ein paar Frauen zusammensitzen und sich etwas erzählen und ausdenken. Das entpolitisiert alles, was wir tun. Es geht um diese ganze Gesellschaft, es geht letztlich um diese Erde. Der Kern der Gesamtzerstörung liegt in dieser Kultur, mit ihrem Vergewaltigungs-Gebot des »Macht euch die Erde untertan«. Das heißt, macht euch die Natur untertan, macht euch Frauen untertan, und der Täter dieses Untertan-Machens ist der Mann als gesellschaftliche Figur. Das ist eine ganz einfache Sache, um die auch alle wissen. Aber es ist ja nie die Rede vom Mann, sondern immer die Rede vom Menschen. Und dieses mythische »wir« müssen wir durchbrechen.

KONKRET: Du wirfst Frauen vor, daß sie die Mittäterschafts-These viel zu eng rezipieren. Gilt diese Kritik nicht für das Verständnis von Feminismus in der Frauenbewegung überhaupt?

Thürmer-Rohr: Der Feminismus-Begriff hat sich in der Frauenbewegung immer stärker verwässert und verengt auf die persönliche-private Selbstentfaltung der Frau. Ich finde das verheerend. Das ist nichts anderes als eine Anpassung des Feminismus an die Ideologie der patriarchalischen, kapitalistischen Gesellschaft, das ausschließliche Interesse an der Verbesserung des eigenen Lebens, an der kleinen Selbstentfaltung und Bereicherung auch mithilfe einiger feministischer Ideen. Für mich hat das mit Feminismus überhaupt nichts zu tun. Feminismus ist Gesellschafts- und Patriarchatskritik,

richtet sich aufs Ganze – aus der Perspektive derjenigen, die aus der kulturellen Produktion seit der Aufklärung explizit ausgeschlossen worden sind, und doch als Mitagierende dazugehören.

KONKRET: Nun sind ja inzwischen einige Frauen in politischen Ämtern, sogar in Regierungsfunktionen. Würde diese Verengung des Feminismus-Begriffes erklären, warum sich trotzdem in der Politik kaum etwas verändert hat – Frauen greifen kaum mit eigenen Fragen ein. Gerade der große Umbruch in der DDR wurde fast ausschließlich von Männern kommentiert. Frauen meldeten sich nicht zu Wort.

Thürmer-Rohr: Gerade in der jetzigen Situation müssen wir zu einer Verschärfung der Kritik am Patriarchat in Ost und West kommen. Wir können es auch nicht zulassen, daß weiterhin von *dem* Menschen, und *dem* Volk, von *der* Freiheit, *dem* Frieden und *der* Wirtschaftsfrage, von *der* Demokratie und *den* Menschenrechten geredet wird, und nicht auch der kleinste Funke von Gedanke daran verschwendet wird, wer dieses Wir eigentlich ist. Es ist verlogen, naiv, sachlich falsch. Wir müssen auch als Feministinnen zu diesen großen Begriffen greifen. Wieder, so wie es vor 200 Jahren die Frauen in der Französischen Revolution getan haben. Sie wollten diese Begriffe für sich in Anspruch nehmen – sie sind ihnen geraubt worden. Der Begriff Freiheit ist ja erst in der Geschichte zu einem Begriff des Mannes geworden. Es geht mir immer darum, aus der Enge des Denkens herauszukommen. In der Enge spiegelt sich natürlich wiederum das, was diese Männerkultur den Frauen angetan hat. Die Frauen waren eben nicht zuständig für die Gesellschaft, für die großen Fragen.

Heute sind die meisten Frauen nicht einfach nur Hausfrauen. Dennoch scheint es so zu sein, daß dieses kleinräumige Denken, ein Denken im Futteral, in der Einschnürung, den Frauen weiterhin anhaftet.

KONKRET: Aber welche Lösung gibt es denn da? Das ist ja ein Prozeß, der fast automatisch abzulaufen scheint, daß Frauen in sogenannten historischen Stunden zurücktreten, und dem Mann den Vortritt lassen.

Thürmer-Rohr: Ich sehe die wichtigste Aufgabe in der Basisarbeit, in der Arbeit mit den Frauen. Der Versuch, zu vermitteln, was diese Kultur vor allem in den letzten 200 Jahren getan hat. Das erfordert auch eine intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte der Industrialisierung. Ohne Geschichte verstehen wir nichts, gar nichts. Ohne historische Einblicke kommen wir allenfalls zu dem Urteil, Frauen sind ein bißchen kleinkariert und politisch nicht besonders effektiv und irgendwie unfähig. Nur wenn wir die Systematik der Männerkultur begreifen, kommen wir zu einer großzügigeren, liebevolleren und aktivierenden Sicht auf die Frau. Ich bilde mir nicht ein, daß dadurch revolutionäre Veränderungen entstehen. Aber ich glaube schon, daß wir die Arbeit an den Personen einfach nicht überspringen können. Sonst zerfällt alles sofort, sobald eine neue Bewegung entsteht.

KONKRET: In der Frauenbewegung gibt es eine Debatte um die sexuelle Differenz von Frauen, angestoßen durch die Mailänder Feministinnen. Wie paßt das zur These von der Mittäterschaft der Frau?

Thürmer-Rohr: Ich stehe diesem Ansatz von der Geschlechter-Differenz mit einer ziemlichen Skepsis gegenüber. Mir geht es nicht darum zu fragen, ob Frauen anders oder besser sind. Mir geht es darum, Frauen auch anzugreifen und nicht einfach wieder unsere Besonderheit herauszustellen und damit so einem merkwürdigen Trieb zu folgen, die Frau doch als die Saubere und weniger Befleckte von den Schandtaten dieser Kultur zu definieren. Ich gehe allerdings nicht davon aus, daß alle das gleiche denken sollen wie ich! Es ist notwendig, daß die verschiedensten Ansätze sich ungehindert entwickeln können. Wir müssen unsere Köpfe befreien und alle Möglichkeiten nutzen, um weiterzudenken, um zu diskutieren. Ich will das nicht von vornherein als Sackgasse bezeichnen. Allerdings können auch die Frauen, die dieser These folgen, nicht daran vorbei, die Funktionalisierung der Frau auch in ihrer Unterschiedlichkeit zum Mann zu begreifen. Es geht nicht, das völlig andere herauszukristallisieren, völlig losgelöst von dem, was der Mann als Machtträger in dieser Kultur erreichen will. Wir tragen eine Mischung aus Verhaltensweisen mit uns, die dieses Patriarchat stützen und solchen, die geeignet sind, sich ihr zu widersetzen. Es ist immer beides zusammen.

KONKRET: Aber irgendetwas scheinen Frauen an diesem Konzept, das aufbaut auf der Differenz von Mann und Frau, sehr faszinierend zu finden.

Thürmer-Rohr: Ich fürchte, dabei geht es auch um das Bedürfnis, sich selbst zu entlasten. »Wir sind ganz anders« wäre eine Voraussetzung dafür, zu sagen: »Wir sind nicht verantwortlich«. Das Bedürfnis nach Entlastung, nach Unbelangbarkeit, von Männern und Frauen, ist immens.

KONKRET: Frauen waren in der Wissenschaft lange nicht zugelassen. Wie verhalten sie sich? Wie nehmen Frauen diesen Ort in Besitz?

Thürmer-Rohr: Ich meine, die eigentliche Herausforderung besteht darin, an der Theoriebildung zu arbeiten. Das bedeutet Überblick, Weitblick, die Verhaftung in Persönlichem und Privatem zu überwinden. Wir sehen ja immer wieder: Die großen Bücher, die großen Überblickswerke werden von Männern geschrieben. 90 Prozent der theoretischen Literatur stammen auch in den Erziehungswissenschaften von Männern – wenn Frauen etwas schreiben, sind das oft Praxisanalysen oder biographische Darstellungen. Diese sind wertvoll und notwendig, aber wenn wir die Landschaft des Wissens verändern wollen, müssen wir uns auch an die großen Fragen heranwagen.

KONKRET: Warum ist das so?

Thürmer-Rohr: Ich denke, daß Frauen große Schwierigkeiten haben, überhaupt Hypothesen zu formulieren. Zur Hypothesenbildung gehört Mut. Jede These ist mit Risiko verbunden, vielleicht ist sie falsch, es gehört eine gewisse Unverschämtheit der Behauptung dazu. Das Trauerspiel ist sicher, daß Frauen in ihrem Ringen um Sympathie und Anerkennung sich oft scheuen, Thesen in die Welt zu setzen, die herrschendes Denken verletzen.

Frauen sind auch im Wissenschaftsbetrieb so lange geduldet und beliebt, wie sie geduldige Zuhörerinnen bleiben und sich als Publikum des männlichen Geistes betätigen. Sobald wir Thesen in die Welt setzen, die letzteren infrage stellen, ernten wir entweder Ablehnung oder den ständigen Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit, von dem ich mich persönlich allerdings überhaupt nicht treffen lasse. Denn meine Hochachtung vor der herrschenden Wissenschaft hält sich in Grenzen.

KONKRET: Wird dieser Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit eigentlich noch immer so erhoben?

Thürmer-Rohr: Das ist unterschiedlich. Das hängt von den jeweiligen Kollegen ab. Aber daß er im Ergebnis äußerst effektiv ist, zeigt sich daran, daß Männer unsere Arbeitsergebnisse so gut wie gar nicht zur Kenntnis nehmen. Feministische Arbeit wird bestenfalls geduldet, als Addition, die sich möglichst nicht einmischt, die nichts in Frage stellt und durchkreuzt. Feministische, patriarchatskritische Arbeit bleibt wie ein Klops außerhalb des herrschenden Denkens der Männer stehen. Wir können Männer nicht erziehen, dazu haben wir keine Zeit. Wir müßten Männer zur Patriarchatskritik, die sie selbst betreiben sollen, zwingen. Dazu fehlt uns leider die Macht.

Das Gespräch führte Ursel Sieber

konkret 02/90, S. 47

Ursel Sieber

Mythos »Wir«

Ideologiekritik ist ein wesentlicher Bestandteil feministischer Wissenschaft geworden. Nahezu das gesamte heutige »Wissen« ist aus einer männlichen Weltsicht gebildet worden – und muß deswegen radikal in Frage gestellt werden

Un(i)-Mut, im Januar 1989: Nach langen Jahren fast vollkommener Ruhe schwappt eine Streikwelle durch die bundesdeutschen Universitäten. Die 68er Linken bekommen feuchte Augen, beginnen eifrig die Unterschiede und Parallelen zu ihrem Protest von damals herauszufiltern. Und übersehen dabei den bedeutsamsten: Den Un(i) Mut der Frauen.

Zumindest eine Zeitlang schlüpften Studentinnen in diesen Tagen aus der Rolle der unauffälligen, ergebenen Konsumentin eines Wissens, das fast ausschließlich von Männern erarbeitet wurde. Laut und deutlich ertönte zum erstenmal der Ruf nach Quotierung – sowie nach (mehr) feministischer Forschung und Lehre in allen Fachbereichen. In diesen Tagen waren Frauen an den Universitäten nicht nur anwesend, sondern zeigten, daß sie die Universität mit anderen Fragen und eigenen Ansprüchen in Besitz nehmen wollen. Aber die Diskussionen bewiesen auch, daß die feministische Wissenschaft für viele Studentinnen und Studenten ein Buch mit sieben Siegeln – ja eine Art Geheimwissenschaft ist.

Bislang ist es nur in Ansätzen gelungen, feministische Frauenforschung an einigen (wenigen) Universitäten zu etablieren. Gerade die Wissenschaft geriert sich als Festung von Männlichkeit. Immerhin konnten in einigen 'Hochburgen' gewisse Freiräume erkämpft werden, insbesondere in Berlin und Bielefeld können Studentinnen mit einem (wenn auch begrenzten) feministischen Lehrangebot rechnen, in Bayern oder Baden-Württemberg dagegen gar nicht. Die wenigen prüfungsberechtigten Frauenforscherinnen sind allerdings meistens heillos überlastet, obwohl das Wort Frauen in aller Munde ist, ist die Anzahl der Professorinnen mit 5,2 Prozent bis heute verschwindend gering. Viele der Professorinnen, die heute in ihrem Fachgebiet feministische Forschung und Lehre betreiben, haben sich diesen Schwerpunkt selbst gesetzt. Manchmal ist die Existenz eines solchen Lehrstuhls auch einer Reihe glücklicher Umstände zu verdanken: Selbst Christina Thürmer-Rohr hat ihre Professur (am Fachbereich Erziehungswissenschaften der TU Berlin) nicht als Frauenforscherin bekommen, sie war – für ein anderes Gebiet – bereits Professorin. Unter dem Druck der neuen Frauenbewegung, der sich Mitte der 70er Jahre auch innerhalb der Universitäten bemerkbar machte, wurde ihre Stelle dann für »Frauenforschung« umgewidmet. Frauenforschung ist also vielerorts nicht einmal eine institutionell beschlossene Sache gewesen – und soll es bis heute nicht sein.

Die wenigen Lehrstühle, die in den letzten Jahren explizit für feministische Forschung ausgeschrieben wurden, mußten von mindestens zwei Generationen von Studentinnen erstritten werden: An der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität hat es Jahre gedauert, bis eine einzige Frauenprofessur für Ute Gerhardt genehmigt wurde. Die Linguistik-Professorin Luise Pusch hat sich dagegen über l00 Mal auf eine Professur beworben, ist aber noch immer ohne feste Stelle. Feministische Linguistik hat an der Universität keinen Platz. Die Sprachwissenschaftlerin Senta Trömel-Plötz sprach einmal von einem faktischen »Berufsverbot für Feministinnen« in der Wissenschaft: »Diejenigen der Professorinnen, die sich als Feministinnen zu erkennen gegeben haben, bekamen ihre Stelle gewöhnlich lange vor ihrem feministischen Engagement und sagen freimütig, daß sie heute keine Stelle mehr bekämen«. »Die patriarchale Wissenschaft geht nicht besonders großzügig mit anderen Ansätzen um«, meint Christina Thürmer-Rohr. Und: »Großzügig ist sie nur innerhalb des eigenen Männerbündnisses. Da dürfen verschiedene Positionen sein«.

Wissenschaft wurde über Jahrhunderte hinweg nur von Männern betrieben. Frauen konnten diesen Beruf erst spät ergreifen – erst 1908 wurden die Universitäten für Frauen geöffnet. Die Frauenforschung begann sich in der BRD ab Mitte der 70er Jahre zu entwickeln. Nicht einzelne Hochschullehrerinnen hatten beschlossen, daß nun die Frau auch zum Subjekt der Forschung werden müsse. Das gesamte Klima an (einigen) Universitäten begann sich vielmehr zu verändern, als die Empörung der Frauenbewegung in die Universitäten eindrang, und die Studentinnen sich in großer Zahl dem männerbeherrschten Lehrbetrieb verweigerten. Die ersten Frauenseminare entstanden, aus dem Insistieren auf der Frage welche Rolle dem eigenen Geschlecht in der Forschung zugewiesen wird. Aus dem Austausch eigener Erfahrungen, entwickelte sich ein eigener Ansatz für die theoretische Arbeit. Heute ist die Frauenforschung in den Disziplinen am weitesten, in denen es um den Menschen, seine Geschichte und seine soziale Bezüge geht: In der Soziologie, Psychologie, Pädagogik und in den Literaturwissenschaften. Dort, wo scheinbar objektive Naturgesetze untersucht werden, in den Naturwissenschaften, steckt die feministische Wissenschaft noch ganz und gar in den Kinderschuhen. Dort sind Frauen noch dabei, die Geschichte von Naturwissenschaftlerinnen auszugraben, die Vertreibung von Frauen aus Chemie und Heilkunde nachzuzeichnen. Zumindest entstehen so andere Orientierungen – vielleicht hätten auch Mädchen mehr Vergnügen an der Mathematik, wüßten sie, daß wesentliche Teile des Werkes von Pythagoras von Frauen geschrieben wurden, meint die Naturwissenschaftlerin Elvira Scheich.

Frauenforschung und feministische Wissenschaft meint durchaus nicht (mehr) dasselbe – obwohl viele Wissenschaftlerinnen aus politischen Gründen weiterhin Frauenforschung sagen: Der Begriff habe sich »eingebürgert« und eine gewisse Durchschlagskraft erworben (so Barbara Schäffer-Hegel, Professorin an der »Arbeitsstelle Frauenforschung der TU Berlin«). Frauenforschung beschäftigt sich mit dem Leben, der Leistung und den Problemen von Frauen in dieser Gesellschaft, versucht, all das auszugraben, was von Männern ausgeblendet und unterschlagen wurde: Historikerinnen entdeckten anhand nicht beachteter Quellen, daß die Französische Revolution als Aufstand der Pariser Frauen begann. Soziologinnen fanden heraus, daß der Arbeitsbegriff nur die (männliche) Erwerbsarbeit umfaßt. Musikwissenschaftlerinnen entdeckten hervorragende Werke von Frauen, die nie gespielt wurden.

Doch feministische Wissenschaft will nicht nur die »bloße Anreicherung des Wissenskanons mit 'Frauenthemen'« (Ulla Bock, Wissenschaftlerin bei der »Zentraleinrichtung Frauenforschung« an der FU Berlin) erreichen. Sie ist keine bloße Ergänzung der bisherigen Theorien, sie beansprucht auch nicht den Status einer neuen Disziplin, für die mann einfach ein neues Institut bauen könnte. Feministische Wissenschaft richtet sich aufs Ganze, will neues Wissen mit anderen Formen durchsetzen, ist umfassende Kultur- und Gesellschaftskritik. Nur so könnten Frauen die Definitionsmacht über sich selbst zurückgewinnen.

So versuchen Frauen an den Hochschulen nicht mehr nur dem ins Abseits gedrängten Leben von Frauen auf die Spur zu kommen – ein wesentlicher Bestandteil ihrer Arbeit ist mittlerweile die Ideologiekritik geworden. Überall sind Frauen den »eingebrannten patriarchalen Ausgangspositionen in der Theorie, in der Methodik und in den Fragestellungen auf der Spur«, wie die Professorin Barbara Schäffer-Hegel an der »Arbeitsstelle Frauenforschung« der TU Berlin sagt. Alles muß neu gelesen und überdacht werden, schließlich ist für die feministische Frauenforschung alles Wissen im Erfahrungszusammenhang einer männlichen Weltsicht entstanden. Bis heute gibt sich diese Wissenschaft als universell aus und will nicht begreifen, daß dieses Wissen von Männern gemacht und von männlichen Erfahrungen geprägt wurde. »In einer gewissen Naivität«, so die Psychologie-Professorin Christine Holzkamp, geht die herrschende Wissenschaft davon aus, damit über den Menschen überhaupt etwas aussagen zu können. Genau dieses »mythische wir« (Thürmer-Rohr) will die feministische Wissenschaft radikal durchbrechen.

Beispiele für die »Männlichkeit« der Wissenschaft haben die Frauen mittlerweile zentnerweise ausgegraben. Zum Beispiel in der Entwicklungs-Psychologie: Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Untersuchungen – zur Moralentwicklung des Kindes oder zur Verarbeitung von Trennung – ein »Vorverständnis« vom Verhältnis der Geschlechter, das die Psychologie-Professorin Christine Holzkamp so charakterisiert: Der Mann (der Junge) ist immer das Maß aller Dinge. »Wenn bei dem Kind überhaupt nach Geschlecht unterschieden wird, werden die Mädchen immer an dem gemessen, was Jungen tun, und die Mädchen werden als davon Abweichende begriffen«. Die sehr umfangreiche Forschung über Mutter und Kind arbeitet in der Entwicklungs-Psychologie immer mit der normativen Unterstellung, daß die Mutter allein für die emotionale Versorgung zuständig sei. Der Vater war dabei bis vor kurzem kein Thema. Die Frau wird daran gemessen, ob sie dem Anspruch, gute Mutter zu sein genügt. Die Schwierigkeiten der Frauen werden auf individuelle Persönlichkeitsmerkmale reduziert. Eine Forschung, die gesellschaftliche Realität verdoppelt, indem sie unterstellt, daß die Frau zum Kind gehört, und nicht der Mann. Literatur über Väter findet man in der Entwicklungs-Psychologie erst seit wenigen Jahren. Das Standardwerk dazu nähert sich den Vätern allerdings wieder mit männlichem Blick: Den Forscher interessiert, wie Väter die (intellektuelle) Entwicklung ihrer Kinder (Söhne) fördern und unterstützen. Das Problem des sexuellen Mißbrauchs von Mädchen taucht nicht auf, die Frage der Gewalt als Teil des männlichen Sozialcharakters (Christine Holzkamp) bleibt ausgeklammert.

Barbara Schäffer-Hegel erläutert die männliche Perspektive in der Philosophie am Beispiel von Johann-Gottlieb Fichte, dem einflußreichen Denker der Aufklärung: Anders als Kant und Schiller war sich Fichte auch philosophisch bewußt, daß die Menschen als Männer und Frauen vorkommen – definierte jedoch gleichzeitig, inwiefern Frauen Menschen sind. So gelang es Fichte, die Frauen von den Männern, den eigentlichen Menschen, »definitorisch abzukoppeln«, wie Barbara Schäffer-Hegel sagt, und damit die philosophische Grundlage für ihre Ausgrenzung aus der Politik und dem Staat zu legen. Menschen zeichnen sich laut Fichte durch Aktivität und den Hang zur Selbstverwirklichung aus. Während sich jedoch Männer bei der Begattung selbst verwirklichen, folgen Frauen dem Trieb der Liebe, und die Liebe ist der Trieb, sich dem Mann total zu unterwerfen, nicht nur im Bett, sondern auch hinsichtlich des Vermögens, der Rechte, des eigenen Namens. Daraus folgt jedoch, daß sie keine eigene Existenz haben, ganz im Leben ihres Mannes aufgehen (möchten), und nur über den Mann ein Verhältnis zum Staat entwickeln können. Auch Beamtinnen können sie nicht werden – sie können ja keine Geheimnisse wahren, sondern müssen in ihrer totalen Hingabe an den Mann diesem alles erzählen. »Eine ganz und gar durchtriebene Logik«, sagt Barbara Schäffer-Hegel, die jedoch Eingang gefunden habe in die Novellierung des Ehegesetzes in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts und das Bürgerliche Gesetzbuch bis zur Eherechtsreform im Jahre 1977 prägte. Für diesen Teil unserer Geschichte interessiere sich in der Tat niemand. Gleichwohl müßte die gesamte Kulturgeschichte neu geschrieben werden, so Schäffer-Hegel, wenn das, was über Frauen gedacht und gesagt wurde, endlich einbezogen würde.

Die Entwicklung der feministischen Frauenforschung mit ihrer Kritik an der Überbetonung von Rationalität und linearer Fortschrittsgläubigkeit, an der Trennung von Theorie und Praxis, von Oben und Unten (Ulla Bock) ist Teil einer umfassenden Gegenbewegung zu den dominierenden Wissenschaften. Viele feministische Wissenschaftlerinnen waren einst wißbegierige Schülerinnen von Adorno und Habermas – die Abgrenzung blieb nicht aus, als sie erkannten, daß auch die Kritische Theorie mit patriarchalen Bildern über die Frau (und den Mann) operiert. Ulla Bock verweist auf einen Aufsatz von Herbert Marcuse zum Thema »Feminismus und Marxismus«, geschrieben zu Beginn der 70er Jahre. Marcuse versuchte damals den Frauen fast »verzweifelt« klarzumachen, daß Frauen mit den wohlbekannten weiblichen Qualitäten, ihrer Sensibilität und Kommunikationsfähigkeit, zur Veränderung der Gesellschaft sehr viel beisteuern könnten. »Er konnte überhaupt nicht verstehen, daß die Frauen aufbegehrten, weil sie nicht erneut auf bestimmte Verhaltensweisen festgelegt werden wollen«.

Bedient sich die feministische Wissenschaft nun eigener, neu entwickelter Methoden? Darüber wurde lange Jahre diskutiert, eine Zeitlang galt das Interview als *die* weibliche Methode. In der Naturwissenschaft hat diese Debatte erst begonnen, in den Sozialwissenschaften wird diese Frage mittlerweile mit einem eindeutigen Nein beantwortet. Neu ist die Fragestellung und die Perspektive, der feministische Blick auf die Welt. Hier spielt der Begriff der »Betroffenheit« eine wichtige Rolle, die emotionale Reaktion, die ja in jeder Wissenschaft die Leitlinie des Interesses ist: »Die andere Methode hat etwas zu tun mit dem anderen Bewußtsein, das – in erster Linie Frauen – entwickeln, wenn sie mit gesellschaftlichen oder historischen Ereignissen konfrontiert sind«, meint Barbara Schäffer-Hegel. Sie sagt von sich selbst, daß sie in ihrem Studium Texte von Fichte, Aristoteles oder Platon gelesen habe, ohne daß ihr die Männlichkeit dieser Aussagen aufgefallen wäre. »Wenn ich das heute lese, sträubt sich in mir eine Mischung aus intellektueller Wut, aus persönlichem Zorn und einer enormen Lust, mir diese Texte vorzunehmen«, erzählt sie.

Anders als vor 10 Jahren würde heute keine Wissenschaftlerin die Betroffenheit zur erkenntnisleitenden Kategorie erheben. Da ist Frau heute doch vorsichtiger geworden. Warum? »Weil damit auch viel Schindluder getrieben wurde«, meint Barbara Schäffer-Hegel und verweist auf den »Klagemauerton« und die Opferhaltung, in die feministische Wissenschaft geriet, als sie die »Betroffenheit« alleine für sich beansprucht hat.

Das Neue – auch in den Methoden – besteht vielleicht darin, daß die feministische Frauenforschung deutlich sagt, daß »Betroffenheit« jeder Wissenschaft vorausgeht. Daß die persönliche Motivation von Wissenschaftlern, die Leitlinie des Interesses und damit auch die Ergebnisse bestimmt werden durch die Zugehörigkeit zum weiblichen oder männlichen Geschlecht. Die herrschende Wissenschaft glaubt(e), die Emotionen und Leidenschaften mittels immer verfeinerter Methoden herausfiltern zu können, um letzlich zu einem rationalen Kern zu gelangen – die feministische Wissenschaft fordert eine Reflexion über die Subjektivität, die Ängste, Leidenschaften und Emotionen, die in den Erkenntnisprozeß einfließen. Und sie beharrt darauf, daß diese Leidenschaften bei Männern in anderer Weise als bei Frauen in die Forschungsarbeit einfließen. Der Satz: das Geschlecht ist entscheidend, für das, was an Ergebnissen herauskommt, ist freilich auch unter linken Wissenschaftlern nicht wirklich akzeptiert.

Feministische Wissenschaft entwickelt sich gerade im Zweifel an dem, was Männer an Wissen geschaffen haben. Die institutionellen Bedingungen für feministische Wissenschaft sind nach dem Streik im letzten Jahr allerdings nur in Prozentpunkten nach dem Komma verbessert worden. An der FU Berlin wurden einige Stellen im Mittelbau für Frauenforschung ausgeschrieben, ein kleines Habilitationsprogramm verabschiedet. Kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber ist denn die Universität überhaupt der Ort, an dem Frauen ihre Sache in eigener Regie und Verantwortung vorantreiben können? Über das »Drinnen und Draußen« wird in der Frauenforschung immer wieder gestritten – allerdings nie mit der Perspektive, diesen Ort zu verlassen. Die Formel ist, daß eine Frauenwissenschaft zweigleisig fahren müsse: Will sie mehr als Eintrittskarten zu relativ gut bezahlten Beschäftigungspositionen, so die Hannoveraner Professorin Carol Hagemann-White, dann brauche sie eigenständige Fraueneinrichtungen ebenso wie größere Handlungsspielräume in den Institutionen. Genau dazu fordert Christina Thürmer-Rohr die Frauen, Wissenschaftlerinnen wie Studentinnen auf: Die Universität wirklich in Besitz zu nehmen.

konkret 02/90, S. 52

Claudia Vollmer

»Vermarktung gewährleistet«

Um am Fachbereich Medizin der Universität Hamburg das bundesweit 5. Zentrum für Gentechnologie und Reproduktionsmedizin einrichten zu können, bemühen sich ehrgeizige Planer, das privatwirtschaftliche »Institut für Hormon- und Fortpflanzungsforschung« (IHF) des Professors Freimut Leidenbergers der Universität anzugliedern Damit wäre nicht nur die industrielle Verwertung universitärer Forschung, sondern auch Leidenbergers bevölkerungspolitischer Rassismus in Hamburg institutionell festgeschrieben

Die Verantwortlichen des Fachbereichs Medizin an der Universität Hamburg arbeiten zur Zeit daran, die Reproduktionsmedizin, die sich mit der menschlichen Fortpflanzung beschäftigt, zu einem Forschungsschwerpunkt am Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) zu machen. Um für diesen Zweck öffentliche Gelder, z.B. des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) oder der Deutschen Forschungs-Gesellschaft (DFG), in größerem Umfang beantragen zu können, muß vorab eine bestimmte »personelle und materielle Grundausstattung« erbracht werden. Dafür soll eine enge Zusammenarbeit mit dem privatwirtschaftlichen »Institut für Hormon- und Fortpflanzungsforschung« (IHF) die Voraussetzungen schaffen. Das 1982/83 von Professor Freimut Leidenberger gegründete IHF wird bisher aus Erträgen einer ebenfalls privatwirtschaftlichen Gemeinschaftspraxis von Leidenberger, Bohnet, Weise u.a. in Altona jährlich mit 5,5 Mio Mark finanziert. Diese Praxis gilt als eine der ersten Adressen Hamburgs für kinderlose Ehepaare. Durch Hormonbehandlungen und Reagenzglasbefruchtung (In-vitro-Fertilisation, IVF) wird versucht, ihnen zu einem Kind zu verhelfen. Im eng mit der Praxis verbundenen »Institut für Hormon- und Fortpflanzungsforschung« sollen 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Details der menschlichen Fortpflanzungsfunktionen, insbesondere hormonelle Vorgänge während des weiblichen Zyklus, erforschen.

Am 1.6.1988 stellte Prof. Leidenberger einen Antrag an die Universität, dem IHF gemäß Paragraph 109 HmbHG (Hamburger Hochschulgesetz) die Bezeichnung einer »wissenschaftlichen Einrichtung an der Universität Hamburg« zu verleihen. Unter der Voraussetzung, daß die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet ist, sieht das Hamburger Hochschulgesetz diese Möglichkeit vor. Nicht nur der Fachbereich Medizin würde von der Fusion profitieren, Prof. Leidenberger bekäme leichteren Zugang zu Drittmitteln und verspricht sich eine bessere Reputation in der Öffentlichkeit und im Wissenschaftsbereich .

Prof. Leidenberger und die Reproduktionsmedizin in Hamburg

Der Reproduktionstechnologe und »Erzeuger« Hamburger Retortenbabys, Prof. Leidenberger, ist seit Jahren untrennbar mit dem Auf- und Ausbau der Reproduktionsmedizin an der Uni Hamburg verbunden. Bis 1979 war er Oberarzt an der Uniklinik. Doch dann sah er für sich »'im universitären Mittelbau' keine Entwicklungsmöglichkeiten für die nächsten Jahrzehnte« und gründete die Praxisgemeinschaft in der Lornsenstraße. Leidenberger ist auch Mitbegründer des Aufbaustudienganges Molekularbiologie und lehrt dort seit dem Wintersemester 84/85. Außerdem verfaßte er zusammen mit dem Sprecher des Fachbereichs Medizin, Prof. Hölzer, und dnem Kollegen vom UKE, Prof. Holstein, im Januar 1988 ein Positionspapier zur Vorlage beim Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) »zur Lage der Reproduktionsmedizin und -biologie«. Die Angliederung des Leidenberger-Instituts an die Universität schien bei derart guten Kontakten zu den Verantwortlichen eine sichere Sache zu sein. Im Schnellverfahren durchlief der Antrag die zuständigen Gremien. Erst die Zustimmung des Akademischen Senats (letzte Instanz auf der Uni-Ebene) konnte durch den Protest von Studentinnen und Studenten, die nicht zuletzt durch Diskussionen während des Uni-Streiks im Wintersemester 88/89 über die Auswirkungen von Drittmittelforschung auf die Wissenschaft und über die Gefahren der Neuen Technologien sensibilisiert waren, verhindert werden. Mittlerweile ist die Entscheidung auf Februar 1990 verschoben worden.

Die Freiheit von Forschung und Lehre

Die Kritikerinnen und Kritiker des Projekts halten die »Freiheit von Forschung und Lehre« in dem anwendungsorientierten Forschungsinstitut IHF nicht für gewährleistet. Leidenberger selbst hält dem entgegen, daß in seinem IHF »reine Grundlagenforschung« betrieben werde. An andrer Stelle wirbt er allerdings mit dem Gegenteil: »Zielsetzung des IHF ist der enge Verbund zwischen wissenschaftlicher Forschung und klinischer Tätigkeit.. . Durch die enge Kooperation zwischen Forschung und Entwicklung, Produktion und Vertrieb ist eine schnelle Vermarktung von Forschung in praktische Dienstleistungen und Produkte gewährleistet«. Wenn es um die Werbung künftiger Kunden oder Geldgeber geht, wird Leidenberger noch deutlicher: »Die bisherigen Zuwendungen aus privater Quelle stellen für die Forschung keinerlei Einschränkung dar. Meine Phantasie reicht durchaus aus, mir vorstellen zu können, daß ein oder mehrere Pharmaunternehmen eine Stiftung für dieses Forschungsgebiet (Reproduktionsmedizin, d.V.) ins Leben rufen, um

inhaltliche und strukturelle Impulse für dieses Forschungsgebiet zu setzen«. Also doch *Auftragsfor*schung für die Industrie?

Sicher ist jedenfalls, daß Leidenberger die noch bestehenden Grenzen zwischen Forschung, Anwendung und industrieller Vermarktung (z.B. bei Arzneimitteln) aufheben möchte. So arbeitet er schon jetzt eng mit den forschungsorientierten Pharmafirmen »Repromed« und »IBL-Gesellschaft für Immunchemie und -biologie mbH« zusammen und übernahm 198S zum symbolischen Preis von l Mark die »McKnight Laboratories GmbH«, die für jene (umstrittenen) Arzneimitteltests an Menschen bekannt geworden ist, die Voraussetzung sind für eine Zulassung von Medikamenten in der BRD. Alle diese Firmen haben ihren Sitz in Hamburg. Mit einem Kollegen vom UKE, Prof. Koch, plant er die Gründung der »Zell-Bio-Tech«, einer Firma zur Entwicklung und Produktion von Tumor-Diagnostika und -Medikamenten. Vor diesem Hintergrund käme die Angliederung des IHF an die Universität einer Institutionalisierung der industriellen Verwertung von universitärer Forschung gleich.

Retorte und Risiko

Die Kritik der Studentinnen und Studenten richtet sich vor allem gegen die Inhalte der von Leidenberger betriebenen Forschung. Kinderlosen Ehepaaren, die um jeden Preis ein Kind haben möchten, werden, quasi als Dienstleistung, Hormonbehandlungen und künstliche Befruchtung angeboten. Das Risiko von Fehl-, Früh- und Mehrlingsschwangerschaften ist hoch (nur etwa 10 Prozent der erzeugten Schwangerschaften verlaufen »erfolgreich«, d.h. ein Kind wird geboren). Die Verfahren sollen durch die Forschung des IHF verbessert werden. Die Forscher hoffen z.B. durch genauere Kenntnis der hormonellen Abläufe die hohe Abstoß-Quote von künstlich eingepflanzten Embryonen verringern zu können. Die gesellschaftlichen Ursachen für einen Kinderwunsch, der Frauen dazu bringt, oft jahrelang schmerzhafte Behandlungen über sich ergehen zu lassen, werden bei Leidenber8er nicht berücksichtigt. Politische und soziale Folgen der Reproduktionstechnologie werden ignoriert, etwa die durch die künstliche Befruchtung möglichen Qualitätskontrollen von Menschen, die jetzt schon in humangenetischen Beratungsstellen praktiziert werden.

Ein weiteres von Leidenberger tabuisiertes Thema ist die Rolle, die die Reproduktionsmedizin für die Entwicklung gentechnologischer Verfahren, besonders die Manipulation am menschlichen Erbgut, spielt. Die Phase zwischen der Befruchtung des Eis im Reagenzglas und dem Transfer des Embryos in die Gebärmutter der Frau bezeichnen Forscher als »das offene Fenster« (so der nordamerikanische Embryologe C. Grobstein). Während dieser Phase ist das Ei bzw. der Embryo zugänglich für Beobachtungen und Manipulationen. Bei der IVF werden in der Regel mehr Eizellen befruchtet, als der Frau wieder eingesetzt werden. Diese überzähligen Embryonen werden entweder vernichtet oder zum späteren Einsetzen eingefroren. Sie können aber auch zu Forschungszwecken benutzt werden (vgl. die aktuelle Diskussion um Embryonen als Gewebe- und Organspender).

Auch in Leidenbergers IHF wird an gentechnischen Verfahren geforscht, wie die Broschüre des IHF verrät: Im Bereich Molekularbiologie sollen in vier Forschungsprojekten die »neuesten Techniken der rekombinanten DNS-Methoden und Genproduktanalysen für die Forschungsprojekte der Reproduktionsmedizin und -biologie zugänglich gemacht werden«. Selbst mit gesetzlichen Regelungen zur »Freisetzung« gentechnisch veränderter Organismen und zum sogenannten Embryonenschutz, sind dem Mißbrauch in der Abgeschiedenheit der Forschungslabors Tür und Tor geöffnet. Leidenberger meint zu diesem Problem lapidar: »Zweifellos hat das Potential zum Mißbrauch beginnenden Lebens durch die In-vitro-Fertilisation, ein Zellkulturverfahren, eine andere Dimension bekommen – auch ohne gentechnische Manipulation. Man kann In-vitro-Fertilisation, die Embryonenforschung, diese oder ähnliche Methoden als Ausdruck forschender Maßlosigkeit ansehen. Dann müssen wir uns allerdings fragen, ob diese Technik nicht nur ein derzeit besonders eingängiges und emotional aufgeladenes Thema ist, das uns andere verheerende Auswirkungen menschlicher Egozentrik vergessen läßt«.

Frauen als Forschungsobjekte

Ein weiterer Kritikpunkt der Angliederungsgegnerinnen und -gegner ist das der Reproduktionstechnologie zugrundeliegende Menschen- und Frauenbild. Wenn Frauen nicht einer bestimmten Norm entsprechen, werden sie leicht zum Fall für die Reproduktionsmedizin. Das betrifft nicht nur Frauen, die keine Kinder bekommen können. Auch Frauen mit vermehrter Körper- oder Gesichtsbehaarung werden von Hausärztinnen/Hautärzten und Gynäkologinnen/Gynäkologen zu Dr. Leidenberger geschickt, um ihre »Mängel« und »Makel« mit Hormontherapien zu beseitigen. Ein gesellschaftlich bedingtes Schönheitsideal wird zum Maßstab genommen, und viele Frauen werden in den Bereich des Krankseins gerückt. Ein passendes »Krankheitssyndrom« hat Prof. Leidenberger schon ausgemacht: das PCO-Syndrom (Policystisches Ovar – Zysten an den Eierstöcken). Dabei soll es sich um eine Störung im Androgen-Haushalt von Frauen handeln, die zu späterer Unfruchtbarkeit führen kann. Leidenberger möchte diese von ihm als »'Volksseuche'« bezeichnete Krankheit durch sein IHF erforschen lassen.

Im Sommer dieses Jahres trat das IHF an eine Schule in Finkenwerder heran. Zur Erforschung des PCO-Syndroms plante Leidenberger, an Mädchen ab der fünften Klasse über einen Zeitraum von 10 Jahren Reihenuntersuchungen durchzuführen. Einmal jährlich sollten Ultraschalluntersuchungen der Geschlechtsorgane und Blutentnahmen stattfinden. In einer Informationsbroschüre für die Eltern spricht Leidenberger von Akne, vermehrter Körperbehaarung und Zyklusstörungen als Symptome für das PCO-Syndrom und eine mögliche spätere Unfruchtbarkeit. Ganz bewußt arbeitet er mit herrschenden Schönheitsidealen, um bei den Eltern Angst um ihre Kinder auszulösen und ihr Einverständnis für die Untersuchung zu bekommen: »Darüber hinaus haben . .. eine ganz erhebliche Anzahl junger Mädchen und Frauen eine zunehmende Körperbehaarung an Beinen, Bauch, Brust und vor allem im Gesicht, die sie als kosmetisch sehr störend empfinden, und die sie letztlich ebenso wie die Akne verunsichern, insbesondere im Sommer beim Baden oder in ähnlichen Situationen. Häufig führt eine verstärkte Körperbehaarung auch zu partnerschaftlichen Verunsicherungen« ('Erkennung der Frühstadien des PCO-Syndroms', Merkblatt für Eltern und Schülerinnen des Gymnasiums Finkenwerder). Die jüngeren Schülerinnen sollten durch einen plumpen Comic für das Vorhaben gewonnen werden. Auszug: »Die Untersuchung dauert ca. fünf Minuten (kein Unterricht!). Dabei wird ein Schallkopf, der aussieht wie ein Telefonhörer, auf euren Bauch gehalten. *Schön was.2«* Eine Schülerin der sechsten Klasse folgerte aus den ihr gegebenen Informationen: »Wenn ich Akne habe, kann ich später vielleicht keine Kinder haben« (Hamburger Lehrerzeitung Nr. 6/ 1989, S.47). Normale Pubertätserscheinungen wie Akne und zunehmende Behaarung sollen durch solche Untersuchungen als »Krankheitssymptom« etabliert und ihre Behandlung durch Hormongaben in großem Umfang eingeführt werden. Neben Frauen, die die »Pille« nehmen, und denen, die Hormone gegen Beschwerden in den Wechseljahren verschrieben bekommen, wären dann auch ganz junge Frauen und Mädchen als Absatzmarkt für die Hormonhersteller erschlossen. Die Schulleitung lehnte nach Protesten von Eltern und Lehrern die Zusammenarbeit mit dem IHF ab. An der Schule ist die kritische Auseinandersetzung mit Hormonforschung und Gentechnologie so zum Diskussionsthema geworden.

Die Weißen in's Töpfchen, die Farbigen in's Kröpfchen?

Auf besonders heftige Kritik stieß Prof. Leidenberger mit einer Passage seines Angliederungsantrags, die seine bevölkerungspolitischen Ambitionen offenlegt: »Die Initiatoren des Instituts (IHF) fassen die Arbeit der dort tätigen Wissenschaftler und ihre eigene klinisch-wissenschaftliche Tätigkeit als Beitrag zu einem Forschungszweig auf, dessen jetzige und zukünftige Bedeutung spätestens dann offenbar wird, wenn man sich der weltweiten politischen und sozialen Konsequenzen der Überbevölkerung einerseits und der Zunahme ungewollter Kinderlosigkeit andererseits vergegenwärtigt. Es dürfte eine Frage der Zeit sein, wann reproduktionsmedizinische Forschung als Beitrag zur Lösung der oben genannten Probleme zur politischen Forderung wird«.

Dies bedeutet im Klartext, daß unfruchtbaren Frauen in Industrieländern und Frauen der Oberschichten in Ländern der sogenannten Dritten Welt mit allen Mitteln (Reagenzglasbefruchtung) zu Kindern verholfen werden soll. Frauen der Unterschichten hier und vor allem die Frauen in den sogenannten Entwicklungsländern sollen dagegen daran gehindert werden, Kinder zu bekommen. Es handelt sich dabei um Frauen, die für das »exzessive Bevölkerungswachstum« (Leidenberger) verantwortlich gemacht werden. Menschen, denen durch Industrialisierung der Landwirtschaft und Vertreibung von ihrem Land die Lebensgrundlage entzogen wurde, werden jetzt im zweiten Schritt für überflüssig bzw. für bedrohlich erklärt, um zumindest ihre Reproduktion zu verhindern. Prof. Leidenberger dient sich mit dieser Sichtweise einer Politik an, die die ungerechte Landverteilung in der sog. Dritten Welt und die fortgesetzte Ausbeutung durch die westlichen Industrieländer ignoriert und an einer Beseitigung der Armen anstatt der Beseitigung der Armut arbeitet.

Wie ernst es Leidenberger mit diesem »weltpolitischen Aspekt der Reproduktionsmedizin« ist, zeigt seine Mitgliedschaft in dem Verein »Paten und Partner e.V.« . Der Verein mit dem Untertitel »Gesellschaft zur Förderung der Familiengesundheit in der Dritten Welt« betreibt bisher zwei Projekte in Afrika (in Kamerun und in Nigeria), in denen Frauen zum Gebrauch von Verhütungsmitteln angehalten werden. Laut Gründungsmitglied Prof. Tetzlaff werden dort neben Spiralen und der »Pille« die gesundheitsschädigenden Dreimonatsspritzen verabreicht. Wegen der gesundheitsschädigenden Nebenwirkungen ist die Dreimonatsspritze in den USA verboten. Auch die Sterilisierung von Frauen, oft mit direktem oder indirektem Zwang (z.B. Einstellungsstop für nicht sterilisierte Frauen in Brasilien oder Kreditvergabe nur nach Sterilisation), ist gängige Praxis in Bevölkerungskontrollprogrammen für die »Dritte Welt«. Darüber, ob Sterilisationen in den Projekten von »Paten und Partner« durchgeführt werden, war keine verläßliche Antwort zu bekommen. Prof. Tetzlaff kann sich das »jedenfalls nicht vorstellen«. Der mit Hamburger Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen (u.a. Prof. Tetzlaff, Politologe, und Martin Neuffer, ehemaliger Intendant des NDR) von Leidenberger 1986 gegründete Verein wirbt Mitglieder mit der Angst vor einer »Bevölkerungsexplosion«: »Haben Sie sich schon bewußt gemacht, was auf uns zum Beispiel im Jahr 2000 zukommt, wenn das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt so weitergeht wie bisher? Wenn dann 80' lo der Weltbevölkerung in Entwicklungsländern lebt!« (Spendenaufruf des Vereins »Paten und Partner« vom 16.9.1988). Wenn jetzt nichts geschieht, SQ wird impliziert, ist die unausweichliche Folge eine Vernichtung »unseres« Wohlstandes durch die »Überbevölkerung« in den Entwicklungsländern. Ähnlichkeiten mit der Ideologie der Nationalsozialisten und der von ihnen geschürten Angst vor »Überfremdung« und dem »Aussterben der höherwertigen

deutschen Rasse« sind unverkennbar.

Hinter verschlossenen Türen

Der vehementen Kritik der Studentinnen und Studenten an dem Angliederungsantrag und der Resonanz in den Medien ist der Akademische Senat durch mehrmaliges Verschieben der Thematik ausgewichen. In seiner Sitzung am 13.7.1989 wurde die Angliederungsentscheidung auf Februar 1990 vertagt. Eine von den Kritikerinnen und Kritikern geforderte öffentliche Anhörung, bei der auch Betroffenen-Gruppen und kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Wort kommen sollten, wurde von der Mehrheit des Akademischen Senats abgelehnt. In der Zwischenzeit soll der Fachbereich Medizin, so das Protokoll, dem Akademischen Senat darlegen, »welche ethischen Gesichtspunkte und klinischen Handlungsmaximen im Umgang mit der Reproduktionsmedizin von seinen Mitgliedern beachtet werden, und im Zusammenhang damit, welche Chancen und Risiken der Reproduktionsmedizin gegenwärtig abzusehen sind« .

Das vom Akademischen Senat eingeleitete Verfahren entspricht einer Kontrolle der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch sich selbst. Diese Tendenz ist gerade im Zusammenhang mit den »neuen Technologien« zu beobachten. Mit dem Argument, daß es sich um komplizierte Fachgebiete handele, deren Forschungsinhalte und Entwicklungen für Laien nicht verständlich seien, wird versucht, eine demokratische Kontrolle auszuschalten.

konkret 02/90, S. 56

Miriam Lang

Papiertiger

Eine locker-locker geschriebene Textsammlung, die, bunt verpackt, Un-Mut über die Linke formuliert, und ein Packen handgehefteter Kopien, die die Grübeleien linker Studentinnen und Studenten über »befreiungsorientierte Wissenschaft« präsentieren Die Nachbetrachtungen zu den Unistreiks 1900/89 sind so unterschiedlich wie der Verlauf der Streiks selbst

»Willkommen und hereinspaziert! Als Ouvertüre spielen die *Who 'My Generation'.* Glänzende Augen bei Mitt- und Endvierzigern. Mozarts *Zauberflöte* wird gespielt, jäh von einem Schuß unterbrochen: *Benno Ohnesorg* liegt in einer Blutlache vor der Deutschen Oper in Berlin. Aus dem Off ertönt Che Guevaras Stimme: 'Man muß den Krieg bis dorthin tragen, wohin der Feind ihn trägt.'«

»Death of a clown – Theatralisches Vorspiel und Zueignung – Magical Mystery Tour 1968-1988« ist die Passage überschrieben. Flott und locker zocken Felicitas Kraus und Martin Wildermuth über die Geschichte hinweg, bis zwei Seiten weiter Joschka Fischer zum Turnschuhminister avanciert ist und das Publikum »zunächst zaghaft, dann immer heftiger Beifall« klatscht.

Die Geschmacklosigkeit ist hier Programm. Denn später erfahren wir in ähnlicher Diktion, wohin die gesamtgesellschaftliche Analyse der '68er geführt hat. Das »zeigte sich doch '69ff, als die ganzen tollen DurchblickerInnen nichts besseres wußten, als mir nichts dir nichts unter die Fittiche des sozialdemokratischen Arbeiterbeamten zu kriechen, jede Menge avantgardistische Kader-Truppen zu gründen oder zu versuchen, den Volksaufstand herbeizuholen! Aus der Geschichte lernen: Aber klar doch! Auf die Suche nach dem Proletariat als Sinnstifter wissenschaftlichen Lernens werden WIR uns jedenfalls nicht mehr machen. Und die neue öko-feministische Heilslehre ist gottseidank nicht in Sicht.«

Wem das noch nicht genügt: Das knapp 150seitige Buch »Unimut« präsentiert sich genau so wie die breite, aber flache Strömung, die sich in den StudentInnenstreiks 1988/89 letztendlich durchgesetzt hat. Aufmachung wie Inhalt sind gewollt bunt und peppig: Eine Collage aus sachlichen Beiträgen, Fiktion, Thesen und Interviews. Auch die Ansätze von Analyse geben zum großen Teil nur das wieder, was bereits Allgemeingut war, als die Streikbewegung schließlich abflaute.

Die damals manifest gewordenen Widersprüche werden einfach reproduziert. Obwohl richtig erkannt wird, daß möglicherweise »die revoltierenden StudentInnen im Zeichen von life-long-learning und Weiterbildung einer objektiven Tendenz zur Expansion des Hochschulwesens zum Durchbruch verholfen haben, daß sie, ganz klassisch, einen Modernisierungsschub auslösten«, fordern die Autorinnen und Autoren in ihrem Fazit nichts weiter als die Schaffung »problembezogener Entscheidungs- und Gestaltungsinstanzen«, die die »Auseinandersetzung um eine neue, praxisnahe, diskursivere und humanere Wissenschaftsproduktion« führen sollen.

Daß »problembezogenes« Denken und geistige Flexibilität auch die wichtigsten Anforderungen des wenige Kapitel zuvor interviewten Vertreters der Industrie- und Handelskammer an den »idealen Hochschulabsolventen« sind, scheint sie nicht zu beunruhigen.

Auch scheinen die Autorinnen und Autoren dem erwarteten »Modernisierungsschub« einfach die Anforderungen an die Hochschulen der 70er Jahre auf heutige Bedingungen zu übertragen. Die Aussicht auf eine erneute »Expansion des Hochschulwesens« ist hier wesentlich zu kurz gegriffen. Welche Umstrukturierungskonzepte sich im Hinblick auf die Errichtung des EG-Binnenmarktes und unter dem Einfluß fortschreitender Technologisierung durchsetzen werden, darüber kann nur spekuliert werden. Absehbar ist eine weitere Gewichtsverschiebung hin zum Forschungsbereich, während in der Lehre, vor allem in den Geisteswissenschaften, eingespart wird. Die Massenuniversität ist überholt, ein relativ hoher allgemeiner Ausbildungsstandard wird zwar auch in Zukunft notwendig sein, doch die Formierung von Führungseliten dürfte im Vordergrund stehen.

Kraus und Wildermuth nutzen jede Gelegenheit, ihre Distanz zu Menschen zu verdeutlichen, die sich auch außerhalb der studentischen Streikkonjunktur an linker Politik versuchen. Die einst als Errungenschaft gefeierte verfaßte Studentinnen- und Studentenschaft und die Asten sind für sie »sklerotische Verweser nur noch imaginärer politischer Mandate und eherner Radikalität«. Mit Genugtuung stellen sie fest, »die lange herbeigesehnten Massen« hätten »sich nicht ans linksradikale Drehbuch« gehalten, und »Formen studentischer Politik, die Linkshaberei und Avantgardeansprüche pflegten«, desavouiert. Und so fügen sie sich ganz reibungslos ins durchschnittliche Bild jener »postmaterialistisch angehauchten neuen 'skeptischen Generation'«, das sie als neuen studentischen Sozialisationstypus zeichnen: »Heilslehren jeglicher Provenienz ignoriert sie, hat mehr Fragen als Antworten parat und beharrt gleichwohl auf einem moralisch inspirierten Ideal von Demokratisierung und Bildung. Ein veritables Mißtrauen hegt sie gegenüber 'Institutionen' und politischen Parteiungen – 'Taktik' und 'Strategie' sind beliebte Binnenvorwürfe, 'Ideologie' nahezu ein Ausschlußkriterium«.

Trotz allen Un-Muts, den sie sich auf dem Umschlag zuschreiben, lassen die Autorinnen und Autoren die Geschichte vergangener Kämpfe an sich vorüberziehen wie ein schlechtes Theaterstück, und zeigen auch in der Gegenwart kein Interesse, selbst Kämpfe zu führen. Aus den Erfahrungen der 68er-Generation leiten sie denn auch Rezepte ab, die, im Rückblick betrachtet, bequem und erfolgreich waren. So fordern sie in ihren Thesen, »studentische Politik braucht eigene Institutionen«. Konkret nennen sie »Stellen und Gelder und zum Teil auch Mittelbaupersonal für Studienreformexperimente, Mitbestimmung bei Lehrplänen« und »Geltung innerhalb eines Normalbetriebs (...), die über Duldung hinausgeht«. Die Parallele zur wissenschaftlichen Assistentenlaufbahn vieler ehemaliger SDS-Funktionärinnen und Funktionäre läge eigentlich nahe. Doch daß der traurige Werdegang das Gros der revolutionären Studentinnen und Studenten von vor zwanzig Jahren ein lebendiger Beweis dafür ist, daß die institutionelle Einbindung politisch-sozialer Konfliktpotentiale der beste Weg zu ihrer Verpapiertigerung ist, wollen Kraus und Wildermuth nicht sehen.

An ihren Forderungen wird auch deutlich, daß das »Mißtrauen gegenüber Institutionen«, das sie oben als Charakteristikum der streikenden Studentinnen- und Studentengeneration angeführt haben, im Grunde nicht mehr war als die moralische Empörung über den falschen Gebrauch dieser Institutionen, deren Existenz an sich und deren Rahmen nur scheinbar in Frage gestellt wurden. Nur so kann auch erklärt werden, daß so viele sich noch während der Proteste bereitwillig auf institutionelle Scheinreformen eingelassen haben, z.B in Form sogenannter viertelparitätischer Kommissionen.

»Studentische Politik muß auch heute Interessenpolitik sein!« Die Frage, wessen Interessen sie vertreten soll, oder zumindest welche nicht, wird eindeutig beantwortet: »Die heutigen Studis werden den Fehler der 68er nicht wiederholen, die eigenen Interessen dadurch zu verschleiern, daß sie sich unterwürfig anderen Lohnabhängigen (als dem eigentlichen 'historischen Subjekt') als Wasserträger oder größenwahnsinnig als intellektuelle Avantgarde andienen«. Und an anderer Stelle: »Gesellschaftskritische-Relevanz: Ja bitte!« Ein methodischer Zweifel jedoch, der das eigene Studentinnen- und Studentenleben, die eigene berufliche Zukunft und soziale Lage verdränge, sei eine Kritik, der ihr Subjekt abhanden gekommen ist.

Das Dilemma dieses Politikansatzes scheint den Autorinnen und Autoren trotz allem geläufig zu sein. »Kaum war die Allgemeinbildung und 'Humboldt von links' entdeckt, waren die Konservativen schon da, riefen nach Sinn- und Orientierungswissen und den flexiblen Generalisten für das mittlere Management. Wurde Interdisziplinarität – lange vor den Streiks – als aufklärerische Kategorie reklamiert, war die Industrie schneller, das Adjektiv 'kritisch' mußte angehängt werden. (...) Kaum hatten wir ökologische Studieninhalte gefordert, hieß das Losungswort aller Partien ökologische Modernisierung – 'ich bin schon da', rief der Igel. Was blieb dem Hasen anderes, als unerbittlich 'Demokratisierung' zu schreien – denn die lag nur ihm am Herzen – und ansonsten fundamental und grundsätzlich dagegen zu sein«. Wenn sie's denn wenigstens wären! Doch selbst das unerbittlichste Demokratisierungsgeschrei bleibt fragwürdig, solange unsere beiden Hasen nicht erkennen, daß »Demokratie« als Kampfbegriff bis heute nicht von unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Variante derselben zu trennen ist.

Es ist erstaunlich, daß das Buch dennoch Bruchstücke von Information zu Themen enthält, die auch den radikaleren Kräften im Streik Kopfzerbrechen bereitet hatten. Am Beispiel eines unter maßgeblicher Beteiligung von Daimler-Benz entstehenden Forschungszentrums an der Uni Ulm zeigen Kraus und Wildermuth die Einbindung der Wissenschaft in den technologisch-industriellen Innovationsprozeß. »Die verhängnisvolle Trennung zwischen Hochschulpolitik als Bildungsmangelverwaltung und Forschungs- und Technologiepolitik als Wirtschaftspolitik wurde von allen Beteiligten nachvollzogen«, kritisieren sie sowohl in Bezug auf die bisherige linke Hochschulpolitik als auch mit Blick auf den Studentinnen- und Studentenstreik, der nie wirklich über eine Kritik an der universitären Lehre hinausgegangen war.

Auch der Geschlechterfrage wird – ganz wie im Streik – viel Platz eingeräumt. Die Abhandlung »Vulgärfeminismus als common sense« bleibt jedoch bei der Feststellung stecken, die Studentinnen und Studenten seien selbstbewußter geworden und die Männer verunsicherter, ja »z.T. auch deprimierend hilflos«. Im Interview mit Barbara Riedmüller-Seel, Wissenschaftssenatorin in Westberlin, wird unter dem Oberbegriff »Frauenförderung« Frauenpolitik auf eine paternalistische Form von Entwicklungshilfe reduziert.

Ein bißchen Mitbestimmung, ein bißchen Ökologie, ein bißchen mehr Tutorenstellen und eine bessere Bürokratie – letztendlich ist es nicht einmal im monatelangen Unistreik mit seiner ganzen alltagssprengenden Energie gelungen, systemsprengende Fragen in den Köpfen des studentischen Mainstreams zu verankern. Das »Unimut«-Buch ist dafür repräsentativ. Hier melden sich »die zukünftigen Akteure des wissenschaftlich-technischen Systemwandels zu Wort«. Das ganze Buch ist nicht nur innerhalb der Grenzen des Industriestaats BRD und seines derzeitigen politischen Systems gedacht, sondern innerhalb der Grenzen eines studentischen Milieus, das – aber ja – auch heute noch zu den Privilegierten zählt.

Wo die Minderheit geblieben ist, die im Streik gegen diesen Mainstream anzuschwimmen vorgab? Eine »Streik-Doku«, die am 1. Dezember 1989, also genau ein Jahr nach dem Ausbruch des Streiks, an der FU Berlin erschienen ist, liefert einen Einblick in die Diskussionen, die sich als radikal verstehende Studentinnen und Studenten geführt haben und führen.

Daß es sich hierbei nicht um ein Taschenbuch mit Hochglanzumschlag in modischen Farben handelt, sondern um eine geheftete Sammlung von Kopien, ist nur der sichtbare Ausdruck des Kräfteverhältnisses innerhalb der Studentinnen- und Studentenschaft. Die Texte, die zum Teil noch während des Streiks, zum Teil danach geschrieben sind, können, da sie sich häufig auf die spezielle Situation am Otto-Suhr-Institut für Politologie in Westberlin beziehen, nicht als repräsentativ betrachtet werden. Dennoch enthalten sie, neben etwas kraftmeierischem Säbelrasseln in manchen Selbsteinschätzungen, interessante Ansätze für die weiterführende Diskussion.

Der erste Beitrag setzt sich mit verschiedenen Konzeptionen von Wissenschaft auseinander. Als Prämisse stellen die Verfasserinnen und Verfasser fest, daß Wissenschaft niemals neutral oder wertfrei sein kann, da sie dort, wo sie betrieben wird, und durch die Art, wie sie betrieben wird, bereits in Gewaltstrukturen eingebunden ist, »die sich als kapitalistische mittels der Finanzierungsmechanismen, als patriarchale z.B. durch 'Qualifikations'-Kriterien durchsetzen.« Auch der sich als »kritisch« verstehenden Wissenschaft wird eine Absage erteilt, da sie heute einen der Hauptbestandteile bürgerlicher Herrschaftssicherung darstelle. Sie bleibe nicht nur folgenlos auf Grund ihres fehlenden Bezugs zur entsprechenden Praxis, auch ihr Erkenntnisinteresse beschränke sich auf das »Auffinden von Fehlern«. Sei gerade durch den Anspruch, Kritik am herkömmlichen Wissenschaftsverständnis zu üben, noch an diesem orientiert. Durch das Bestreben, die besseren Argumente zu entwickeln, werde übersehen, »daß die Herrschenden tatsächlich einsichtsfähig in ihre Fehler sind und auch angeregt durch die 'kritische Wissenschaft' aus ihnen lernen – aber eben ausschließlich, um die Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten, zu stabilisieren und Widerstand frühzeitiger und billiger zu bekämpfen.« Leider gehen die Autorinnen und Autoren nicht auf die vielfältigen Ansätze und Methoden kritischer Wissenschaft ein, so daß ihre Analyse sehr allgemein bleibt.

Analog wird die Rolle linker Professorinnen und Professoren thematisiert, die, obwohl sie »sich subjektiv teilweise sogar im Widerstand sehen«, objektiv Feigenblatt-Funktion erfüllen und als Seismographen möglicher Unruhequellen zu wirken haben. Dies sei unvermeidlich durch ihre Stellung innerhalb der staatlichen Institution auf der einen, ihre – zumindest theoretische – Nähe zu Widerstandsbewegungen auf der anderen Seite.

Der etablierte Wissenschaftsbetrieb monopolisiert Wissen bei wenigen Funktionsträgerinnen und -träger gesellschaftlicher Institutionen und grenzt gleichzeitig die Masse der Produzentinnen und Produzenten von diesem Wissen aus. Für die Verfasserinnen und Verfasser muß Wissenschaft durch die »Verallgemeinerung von kollektiven Erfahrungen und Denkprozessen« (K.H. Roth) diese Trennung wieder überwinden. Ihr Gegenmodell von »befreiungsorientierter Wissenschaft« beinhaltet als Maxime die kontinuierliche Wechselwirkung von theoretischer, auch abstrakter Analyse und praktischer Erfahrung. Befreiungsorientierte Wissenschaft »darf nicht zur Ausforschung werden, sondern muß sich legitimieren«. Das heißt, daß die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Methoden, Prämissen und Ziele für die Beforschten transparent machen, und daß sie selbst »Kämpfe nicht nur untersuchen, sondern an diesen Kämpfen teilnehmen«. Nutzen bringen wissenschaftliche Erkenntnisse dann, wenn sie »für bestimmte Situationen erklärungs- und handlungsleitenden Wert haben«.

Eine große Lücke weist das Konzept befreiungsorientierter Wissenschaft auf, da es lediglich auf die Gesellschaftswissenschaften anwendbar ist. Wie sich ein solches Modell auf den naturwissenschaftlichen Bereich übertragen ließe, wird nicht untersucht – obwohl den Verfasserinnen und Verfassern klar sein dürfte, daß dort kapitalistische Verwertungsinteressen ihre größte Dynamik entfalten. Auch wird die Auseinandersetzung mit den spezifisch feministischen Herangehensweisen an Wissenschaft völlig ausgespart. Hier besteht noch dringender Diskussionsbedarf.

Eine Wissenschaft, die sich in einer Widerstandsperspektive definiert, kann, so die Verfasserinnen und Verfasser der »Streik-Doku«, nicht innerhalb der Institution entwickelt werden. Sie zeichne sich im Gegenteil aus durch Verantwortungslosigkeit gegenüber der Institution und ihren Zwängen, bei gleichzeitiger »Verantwortung gegenüber den um Befreiung Kämpfenden«.

Praktisch folgern sie, daß das Konzept befreiungsorientierter Wissenschaft momentan lediglich in selbstorganisierten Seminaren umgesetzt werden kann, für deren Durchführung seit dem Streik im letzten Wintersemester allerdings verbesserte Bedingungen bestehen. Gleichzeitig müsse »das Forschungsmonopol der DozentInnen und die Undurchschaubarkeit ihrer Forschungsprozesse« hinterfragt werde, indem zumindest von 'linken' Professoren öffentlich eingefordert werde, die Kriterien befreiungsorientierter Wissenschaft zu erfüllen.

Ein kontinuierliches Eingreifen in die Forschungsarbeit von Dozentinnen und Dozenten, »über die wir nicht zu telefonieren brauchen (. . .), die direkt und allgemein anerkannt Forschung für Kapital und Staat betreiben«, liege weit jenseits auch der Verschiebung von Kräfteverhältnissen, wie sie während des Streiks punktuell gelungen war. Dennoch schlagen die Verfasserinnen und Verfasser vor, diese Rahmen von selbstgewählten Arbeitsschwerpunkten oder außeruniversitären Kampagnen aus anzugreifen.

Darüber hinaus enthält die Broschüre einen Text »Studibewegung und Klassenkampf«, der versucht, die eigene Position innerhalb der heutigen Gesellschaft zu bestimmen. Auch die Dokumentierung von Auseinandersetzungen zwischen Frauen

und Männern im Streik, eine »Studienreformexperimenten« à la Wildermuth und Kraus und mit Repression sind im Rückblick interessant.

Felicitas Kraus und Martin Wildermuth, Uni-Mut, Rotbuch Verlag, DM 14. Streik-Doku 1.12.89, gegen Spende auf das Waffenkonto für EL Salvador zu beziehen über Internationalismus-Plenum ASTA Fu, Kiebitzweg 23, 1000 Berlin (West) 33.

konkret 02/90, S. 59

Detlef zum Winkel

Abschied vom Intellektuellen?

Uni-Politik beschränkt sich für die Linke Liste in Frankfurt nicht auf Hochschulthemen. Die Gruppe, die sich von ihren Sponti-Übervätern gelöst hat, ist zum Kristallisationspunkt der Reste linksradikaler Opposition in der Stadt geworden

»Es geht nicht. Unmöglich, wie wir uns da aufgeführt haben«, empört sich Jana Müller-Gerbes. In der Frankfurter Casa di Cultura ist vom Leipziger Studentenkeller die Rede. Leute von der Linken Liste der Goethe-Universität waren zum Jahreswechsel drüben, haben den Studentenrat besucht, mit Dozenten diskutiert, Versammlungen erlebt und waren eines schönen Abends im Studentenkeller verabredet. »Als wir ankamen, stand die Ossi-Schlange davor.« LiLi-Freunde, die schon vorher eingetroffen waren, riefen von drinnen, man solle reinkommen, es sei genügend Platz. Nach einer verbalen Rangelei mit FDJLlern, die den Einlaß kontrollierten, »Macht euch sowas Spaß?« – »Irgendwer muß es machen«, sei der Zugang praktisch frei gewesen. Aber die Ossis blieben ordentlich in der Schlange stehen. Da hat es einige West-Belehrungen an die Adresse der Ost-Kommilitonen gegeben, die nicht gerade sehr einfühlsam waren, Rückschlüsse wohl auch auf die gegenwärtige Revolution und ihre Heldenstadt, Ansichten, die in solchen Situationen nicht erst ausgesprochen werden müssen, weil sie nämlich von den Gesichtern ablesbar sind.

Das ungebührliche Benehmen wird in der Casa, wo die Linke Liste ihre monatlichen Plena beschließt und begießt, selbstkritisch aufgearbeitet, von oben herab, linksimperialistisch sozusagen. Sonst haben die Reisenden nicht viel Heiteres zu berichten. Während die Lebensverhältnisse, beispielsweise der Unialltag in Leipzig, von der Umwälzung unberührt geblieben seien, nehme der Westen fast schon übermächtigen Einfluß auf die Politik. So habe man beim Demokratischen Aufbruch erlebt, wie programmatische Fragen einfach anhand der Bonner Parteien abgestimmt wurden: Wollen wir mehr christ- oder sozialdemokratisch, mehr liberal oder mehr grün sein? Die Werktätigen, so der Eindruck der Besucher, warteten auf den Westen, und die Linksintellektuellen seien verbittert. Anders als hier, WQ es wenigstens eine APO gegeben habe, hätten die Leute in der DDR mit selbständigem Denken und Handeln von unten keine eigenen Erfahrungen machen können, überaus streng seien die Versammlungen beim Studentenrat wie auch beim Demokratischen Aufbruch reglementiert worden, so daß eine inhaltliche Debatte gar keine Chance gehabt habe. So etwas wie Basisdemokratie habe man nur bei einigen autonomen Initiativen, die es in Leipzig immerhin auch gibt, angetroffen.

Die LiLi-Leute setzen bei den politischen Schlußfolgerungen aus ihren Beobachtungen unterschiedliche Akzente. Da die SED für das Desaster verantwortlich sei, meint Peter Maroldt, müsse sie als nächstes auch auf der Ebene der mittleren Bürokratie entmachtet werden. Annette Ohme hat es beeindruckt zu erleben, wie Arbeiter auf einer Versammlung ganz selbstverständlich das Wort ergriffen; so etwas solle man nicht einfach negieren, wenn man das System beurteilt. Auf dem Plenum gerät das nicht zur Kontroverse, obwohl die »Deutsche Frage« auch in der Linken Liste für Zündstoff gesorgt hat. Die Winterreise war nämlich schon der Gegenbesuch. Zuerst waren zwanzig Leipziger Studenten in Frankfurt gewesen, und um ihnen etwas Gutes zu tun, hatte ihnen der AStA ein relativ großzügiges Honorar ausgezahlt. Dieses »zweite Begrüßungsgeld« hatte Stefan Gandler, AStA-Vorsitzender der Linken Liste, moniert: Wann seien denn derart vorteilhafte Regelungen für iranische, chilenische oder palästinensische Gäste getroffen worden? Anläßlich eines Anti-Apartheid-Abends hätten sie doch vor kurzem noch an die Solidarität appelliert, um die Gage der eingeladenen südafrikanischen Kulturgruppe zu drücken. Auf solche Ungereimtheiten hinzuweisen, fühlt er sich verpflichtet, als Ausländer gewissermaßen. Gandler schrieb seinen Mitstreitern, sie möchten den Punkt Neuwahl des AStA-Vorsitzenden auf die Tagesordnung des Studentenparlaments setzen und fuhr ins heimatliche Tirol. Verlegenheit auf dem Plenum: Man hofft auf eine Klärung, wenn er zurück ist.

Aber auch dann bliebe die Beteiligung der Linken Liste am AStA ein dauerndes Problem. Marcus Werner, Vorgänger Gandlers, der den Posten verließ, nachdem er bei einer Auseinandersetzung mit einem Mitglied der Grünen die Nerven verloren hatte, zieht eine Negativbilanz. Die Mobilisierung für die Hochschulstreiks vor einem Jahr sei versandet. Eine größere Debatte unter den Studierenden zu entfachen, sei nicht gelungen. Die Politisierung beschränke sich auf kleine Gruppen, die genau definierte Eigeninteressen, z.B. Internationalismus-Arbeit, artikulieren. Für sie habe der AStA autonome Räume geschaffen, nachdem die frühere, rechte Studentenvertretung alle derartigen Strukturen abgeschafft hatte.

Diese kleinen, politisch aktiven Gruppen würden heute ohnehin kooperieren und bräuchten dafür im Grunde gar keine besonderen Ansprechpartner in den studentischen Gremien. Marcus Werner gibt zu bedenken, ob der permanente Streß im AStA die Linke Liste nicht eher hindere, ihre eigene Politik zu entwickeln. Anlaß für schlaflose Nächte sind solche Probleme nicht. Den Koalitionspartnern, Jusos und Grünen, geht es viel schlechter. Sie werden von Intrigen und Spaltungen heimgesucht. Die LiLi ist die homogenste Gruppe im Frankfurter AStA.

Keine zwanzig Leute bevölkern das Plenum, und niemand davon entspricht dem Typ studentischer Politikerinnen und Politiker, wie sie früher vom SDS, von den Frankfurter Spontis oder andernorts vom MSB produziert wurden. Als

Autonome betrachten sie sich aber ebensowenig, denn die hätten ein anderes Politikverständnis, würden sich gar nicht erst auf Studentenparlamente oder AStA einlassen. Die LiLi-Leute wissen, daß sie auch bei den nächsten Wahlen 20 Prozent der Stimmen erhalten werden, daß es wieder unmöglich sein wird, an ihnen vorbei einen AStA zu bilden, den Fall einer rechten Mehrheit einmal ausgenommen, und mehr noch: daß sie. ob sie es wollen oder nicht, Kristallisationspunkt der linksradikalen Opposition in der Stadt sind, oder besser gesagt, des Restes an linksradikaler Opposition. Denn so etwas wie die Hafenstraße oder Kreuzberg gibt es in Frankfurt nicht und der Widerstand gegen die Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens ist seit den Schüssen vom 2. November 1987 damit beschäftigt, nicht von der Repression aufgerieben zu werden.

Die LiLi ist ein Phänomen, also schwer zu erklären. Erstaunlich ist weniger ihre universitäre Stammwählerschaft. Allerdings verwundert es schon, daß diese 20 Prozent, die von den Spontis früher als Erbhof betrachtet wurden, heute für eine Liste stimmen die sich von den Übervätern Fischer und Cohn-Bendit gelöst hat. Bei der Lösung hat die Auseinandersetzung um die Schüsse an der Startbahn eine maßgebliche Rolle gespielt. Andreas Fanizadeh beschreibt den damaligen Konflikt: »Das empörende Verhalten der Realo-Grünen bestand darin, daß sie so taten, als hätten sie mit der ganzen Situation an der Startbahn nichts zu tun, daß sie die Tat als ein Symptom des verzweifelten Zustands der Autonomen-Szene insgesamt bewerteten, daß sie voller Ressentiments Vorverurteilungen vornahmen, daß sie behaupteten, militante Bewegungspolitik führe automatisch zum Revolver, daß sie die Schüsse zum Vorwand nahmen, um sich noch weiter von linken Inhalten zu verabschieden, und daß sie sich überdies, ungefragt und der Tat völlig unverdächtig, von dieser im vorauseilenden Gehorsam distanzierten.« (»Linke Liste«-Zeitung, Nr. Il. Spätherbst '89). Der Aufbau einer eigenen Studentengruppe der Grünen, von Fischer fürsorglich begleitet, markierte vor einem Jahr den »endgültigen Bruch«. Dennoch behauptete die Linke Liste bei den nächsten Stupa-Wahlen ihre Stellung als stärkste politische Gruppierung an der Universität.

So kann sie nach drei Jahren Existenz resümieren: »Die Abkopplung linker Politik von der Grünen Partei führte zumindest in Frankfurt nicht automatisch in das marginalisierte Sektenwesen.« In einer Stadt, in der beinahe die gesamte, sagen wir mal: progressive Infrastruktur – vom Buchladen bis zum linken Verlag, vom Metropolenmagazin bis zum alternativen Reisebüro, von der Hardrock-Disco bis zum Varieté – von den grünen Realos monopolisiert wird, ist das eine krasse Ausnahme von der Regel.

Auf 1986 gehen die Anfänge der Linken Liste zurück, und damals schon war es ein außeruniversitäres Thema, daß den Ausschlag für eine Politisierung des Campus gab: Tschernobyl. Die Reduktion auf ein reines hochschulpolitisches Engagement wäre für diese Studenten sicher ein Grund zur umgehenden Selbstauflösung. Ende des Jahres initiierten sie eine Vollversammlung und Demonstration zu den damaligen Hochschulstreiks in Frankreich. Anderthalb Jahre später lehrte die kleine radikale Minderheit die Hochschulleitung das Fürchten. Präsident Ring hat es sich nämlich zur Lebensaufgabe gesetzt, die Universität vom ihr immer noch anhaftenden Negativ-Image zu befreien. Mit einer ständisch-konservativen Kampagne versucht er, der abnehmenden gesellschaftlichen Relevanz der Hochschulen zu begegnen. Nachdem schon Jahre zuvor der »frühere Geist« beschworen worden war, als die Universität feierlich eine Garde von Vorstandsvorsitzenden Frankfurter Top-Unternehmen zu Ehrensenatoren ernannte, ließ sich Ring 1988, inspiriert vom Suhrkamp-Verleger Unseld, eine Vortragsreihe »Beruf als Erfahrung« einfallen.

Eine Vereinigung hochkarätiger Banken- und Industrievertreter, die sich als »Freunde und Förderer« der Goethe-Universität bezeichnen, »stiftete« die Vorlesungsreihe, um der studentischen Jugend und der reiferen Erwachsenenwelt aus Politik und Wirtschaft »die Reflexion ausgezeichneter intellektueller Lebensläufe« anzudienen: »fundamentaler Beitrag zu einem Studium generale in spe«. Für den einführenden Vortrag war der Heidelberger Philosoph Gadamer engagiert worden; dann sollte es gleich mit dem hervorragenden Intellektuellen Hans Merkle, dem Aufsichtsratsvorsitzenden von Bosch, und Hermann Abs, dem obersten aller deutschen Banker, weitergehen. »Fehlt nur noch Baggerführer Willibald«, schrieb die Linke Liste und nahm sich die Lebensläufe der Geladenen, speziell die Jahre 1933-45, vor. Der aufgescheuchte Präsident bestellte für Merkle Polizei und private Wachdienste, bei der Gesichtskontrolle vor dem Hörsaal wurden liederlich aussehende Dozenten als potentielle Störer abgewiesen, die Presse beklagte überzogenen Reaktion, und Abs hatte auf einmal keine Lust mehr. Ein letzter Anlauf mit Graf Baudissin wurde »niedergebrüllt«, d.h. es gelang, eine Diskussion über Sinn und Charakter des Studium capitale durchzusetzen.

Seitdem gilt die LiLi der »FAZ« als ausgesprochen raffiniert operierende marxistische Kadertruppe, weil sie, das bleibt natürlich unausgesprochen, über Abs triumphierte, und dem Unipräsidenten als Hauptfeind. Sekundiert von Denunzianten aus rechten Studentengruppen wie auch von Spitzeln des politischen Kommissariats, deckt Ring die linken Aktivisten bei jeder Gelegenheit mit Strafanzeigen ein. Kein unangemeldeter Besuch universitärer Gremien, keine Besetzung leerstehender Räume, um auf die studentische Wohnungsnot aufmerksam zu machen, keine kleine Regelverletzung, wie sie zum Alltag jeder emanzipativen Politik gehört, vergeht, ohne daß der Präsident die Justiz bemüht. Für die Betroffenen kann das unangenehm werden, der Popularität der Linken Liste ist es keinesfalls abträglich.

Es gehört zu den Konstanten der LiLi-Politik, auf alle Versuche zu reagieren, mit denen der Glanz alter universitärer Traditionen restauriert und scheinbar nebenbei das Engagement der akademischen Elite im Nationsozialismus retuschiert werden soll. In dieser Hinsicht zehrt die Linke Liste am Standort Frankfurt von der Kritischen Theorie, und das tut sie ebenso anspruchsvoll wie erfolgreich. Zum Historikerstreit veranstaltete sie Film- und Diskussionstage unter dem Titel »Geschichte & Identität«. Zur Besetzung des Boerneplatzes, unter dessen betonierter Oberfläche gut erhaltene Mauern des mittelalterlichen jüdischen Ghettos gefunden worden waren, mobilisierte sie die städtische Linke. Zuletzt verpatzte sie im November '89 den Hochschul-Honoratioren die 75-JahrFeier ihrer Institution.

Zum feierlichen Datum legte Notker Hammerstein, Professor für Neuere Geschichte, eine gefällige Arbeit vor, »Die Johann Wolfgang Goethe-Universität. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule«. Nicht einmal dem rassistischen »Institut für Erbbiologie und Rassenlehre« des NS-Freiherrn von Verschver mochte der Historiker Anerkennung versagen: »Eine Fülle von Mitarbeitern und Assistenten, darunter der später berüchtigte Joseph Mengele, arbeiteten an teils durchaus soliden anthropologischen, teils auch an zeitgenössisch-ideologischen Themen.« Das sind Töne, die der smarte Zahnmediziner Ring schätzt. Nehmen wir von der Erbbiologie den zeitbedingten ideologischen Übereifer weg, dann bleibt eine gentechnologische Pionierarbeit übrig, die für die Hoechst AG heute genauso interessant ist wie damals für die IG Farben. In der Öffentlichkeit fanden die Hammersteinschen Hämmer weniger Beachtung als ein paar Eier der Linken Liste an die Fassade der Paulskirche.

Nennenswerte Mobilisierungen lassen sich bei solchen Aktivitäten nicht erreichen, doch sichern sie der Linken Liste die politische Hegemonie auf dem Campus. Die Stunde der studentischen Massen schlug beim Hochschulstreik vor einem Jahr. Für die Tausende, die die allgemeine Misere spontan aus den Vorlesungen trieb, um mehr Mittel, mehr Stellen, mehr Räume und mehr Wohnungen zu fordern, hatte die LiLi wenig Freundlichkeiten parat: »Auch ich will ein Buch« (»Linke Liste«, NL 3). Die verabschiedeten Forderungen trügen den Charakter eines Wunschzettels, total formalisierte Entscheidungsfindungen offenbarten autoritäres Verhalten. Zu jedem Schritt habe die Erlaubnis irgendeines der zahllosen Streikgremien eingeholt werden müssen. »Nachdem sie es geschafft hatten, den Studienbetrieb lahmzulegen, entmündigten sie sich sofort wieder, weil sie ihre plötzlich erlangte Freiheit nicht zu nutzen wußten.«

Besonders mußte es die LiLi-Leute reizen, daß jede inhaltliche Kritik an der herrschenden Ausbildung sofort mit dem Bann des Ideologievorwurfs belegt wurde. »Die hysterische Angst vor der 'Instrumentalisierung' deutet einerseits darauf hin, daß die Studenten 'selbst' und ohne 'Anleitung' etwas tun wollten, andererseits wurde deutlich, daß bestimmte Dinge einfach nicht mehr gehört werden wollten, unabhängig davon, ob sie zutrafen oder nicht, und die Studenten sich gegen die Reflexion der eigenen Situation sträubten.« Allein unverdächtig sei die Unmittelbarkeit. »Ist es nur Verblendung«, fragte der Leitartikel, »oder hat sich die Situation, in der die Studenten heute stehen, tatsächlich verändert?«

Man fühlt sich an die Keller-Szene in Leipzig erinnert. Trotz der Schelte für den Streik stieg die Linke Liste damals voll in die Organisierung ein. Und trotz des Rödelns nahm er den befürchteten Ausgang. Die anfängliche Euphorie schlug in Resignation um, alles war nicht mehr als eine Episode. Zurück bleiben ein paar provozierende Feststellungen über die im Elternhaus wohnenden, nebenher jobbenden, durch berufliche Perspektivlosigkeit geduckten Studenten der neunziger Jahre. Welche Politik aus diesen Erkenntnissen folgt, ist nicht so recht klar.

Die Intervention in den Streik läßt sich kaum als spontimäßiger Aktionismus werten. Es ist also durchaus mißverständlich, wenn die LiLi sich unter dem Stichwort »Bewegungslinke« ortet. Aus Verärgerung über den unter dem Titel »Radikale Linke« firmierenden Versuch, Ökosozialisten und Radikalökologen, Kommunisten und Autonome in einen gemeinsamen überregionalen Diskussionszusammenhang zu bekommen, unternahm es Andreas Fanizadeh (s.o.), den eigenen Ansatz von den »Staatslinken«, d.h. den grünen Realos, und den »Parteilinken« abzugrenzen. Als solche sieht er Ebermann, Trampert, Ditfurth und Piermont an. Diese abgebrühten Politstrategen, so die Vermutung, seien auf der Suche nach einer neuen Basis, um entweder ihre isolierte Position in den Grünen zu verbessern oder einen neuen, links-alternativen Wahlverein zu gründen. »Das Diskussionsangebot war wohl lediglich als Köder zur Rekrutierung neuer Parteisoldaten gedacht.« Die LiLi-Leute, die an den bisher drei Treffen teilnahmen, werfen den Radikalen Linken nicht zu Unrecht vor, sich an objektivierende Analysen der Weltlage zu klammern, aber die Aufarbeitung der eigenen Erfahrungen und Defizite zu verweigern. Diese Aufgabe könne »somit nur von uns selbst in Angriff genommen werden«. Das wiederum ist wohl lediglich zur Selbstvergewisserung gedacht.

Der Streit gibt wenig her, da nicht einsichtig ist, warum die Frankfurter nicht die Radikale Linke ebenso instrumentalisieren sollten, wie es die linken Grünen vielleicht tatsächlich tun. Das Problem revolutionärer Politik besteht ja nicht darin, zu instrumentalisieren – das wird sich kaum vermeiden lassen – , sondern daß dies häufig ohne Sinn und Verstand geschieht. Dem Objektstatus, den die Linke Liste für die vermeintlichen Parteisoldaten reserviert sieht, kann man ohnehin nur durch Intervention entgehen.

konkret 02/90, S. 62

Horst Tomayer

Liebes Fräulein Studentin, lieber Herr Kommilitone!

Nachdem Ihre Gebärmutter, unterstützt von Ihrem Vaterschaft, Sie gründlich rein gemacht, die Grundschule Sie in die Kunst des Lesens der Verbote, des Schreibens von Gesuchen sowie des Rechnens mit Bekanntem eingewiesen und Sie schließlich auf dem Gymnasium neben viel interessantem Anderen mit dem einwandfreien Gebrauch des Dativs, den Gesetzmäl3igkeiten der Planetenbahnen, Kleists Penthesilea sowie der chemischen Formel des Furzes vertraut gemacht wurden, treten Sie nun an einer deutschen Universität in die Schlußverpuppung zu einem Wesen an, vor der der einfache Discogast erschauert: Zum(r) Akademiker(in).

Je nach Neigung und Begabung werden Sie bald, ja bald schon, einen Pankreas transplantieren oder ein bislang unbekanntes Atom an die Wand nageln, Sie werden das Geheimnis des Alk-, Nik-, Sex- und Macht-Abusus lüften oder die Rückenwindberechnung revolutionieren, die Unendlichkeit der Primzahl widerlegen oder Staatssekretärin für Verkehrsberuhigung in Orten zwischen 50.001 und 100.000 EW oder Leiter des Instituts zur objektiven Erforschung womöglicher Geschichtsklitterung sein. Egal. Sie werden, drei Pfund konzentriertes Weltgeistgelee im Schädel, dieser Gesellschaft Ihr Bestes geben. Doch wer oder was ist, wem Sie Ihr Bestes geben? Wer ist diese Gesellschaft? Ist sie eine, der man gern seinen Schwiegersohn anvertraute? Oder ist sie eine, die ins Zuchthaus gehört?

Als ich an der Universität St. Pölten mein Ozeanographiestudium mit dem Doktorat über das »Mare Lacrimanum« abschloß, gab es noch kein KONKRET, das mich über die Gesellschaft hätte aufklären können. Ich glaubte, junger, unbeleckter & studierter Bauch der ich war, tags an die bürgerliche Demokratie und daß alles keinen Sinn habe nachts.

Bis ich durch einen klugen Zufall beziehungsweise ein achtundzwanzig Jahre jüngeres aus, zugegeben, umstrittnen Kreisen stammendes Mädchen über die Gesellschaft wissend wurde, nämlich, daß a) dieselbe kein Schwiegersohn ist, sondern, konkret gesprochen, ins Zuchthaus gehört. Und, b): daß die Ozeanographen bisher das Meer der Tränen immer nur interpretiert haben, statt es ein für alle Mal trockenzulegen.

Seit ich KONKRET lese, weiß ich über alles Wesentliche Bescheid, zum Beispiel auch darüber, daß der Papst ebensowenig wieder boxt, wie er eh und je gewixt hat, wer an den Alpen verdient und wieviel, daß Gorbatschow nicht sticht, sondern nur eine Karte in der Hand Bushs ist, daß...

Doch lesen Sie doch selber, liebes Fräulein Studentin, lieber Herr Student, was das für eine ist, diese Gesellschaft, für die Sie einen Pankreas transplantieren oder ein bislang unbekanntes Atom an die Wand nageln, für die Sie das Geheimnis des Alk-, Nik-, Sex- und Macht-Abusus lüften oder die Rückenwindberechnung revolutionieren, die Unendlichkeit der Primzahl widerlegen oder Staatsekretärin für Verkehrsberuhigung in Orten zwischen 50.001 und 100.000 EW oder Leiter des Instituts zur objektiven Erforschung womöglicher Geschichtsklitterung, kurz, für die Sie sich krummlegen werden.

Lesen Sie KONKRET, oder, wenn Sie keine Zeit dazu haben wie ich, dann *schreiben* Sie doch für KONKRET über die Gesellschaft, die, man kanns nicht oft genug sagen, kein Schwiegersohn ist, sondern von uns, liebenden Hassern gesagt, ins Zuchthaus geschickt gehört. Lesen Sie! Schreiben Sie! ! Lesen Sie! ! ! Schreiben Sie! ! ! ! Lesen Sie! ! ! ! ! Schreiben Sie! ! ! ! ! ! Lesen Sie KONKRET!!!!!!!

Sollten Sie, liebe Studentin, geehrter Kommilitone, ein Fäbel für Ethik in der Publizistik haben, also hier, nicht ganz blöd, auf Montage tippen, so lassen Sie mich Ihnen religiös versichern, daß nicht nur der nette Kerl rechts und die verpfuschte Existenz links, sondern auch der beide zusammenführende Oktobertag 1987 und der Kurfürstendamm echt sind, oder, für Schwachsinnige Das Foto ist nicht gelogen, sondern stimmt

Ihr Horst Tomayer

Foto Kohl mit Tomayer

konkret 02/90, S. 63

Sinn ohn´ Form: »Kill a Multi«

Nach der Anti-IWF-Kampagne 1988 ist die Internationalismus-Diskussion in der BRD-Linken ins Stocken gekommen: neben anderem ist ein Grund, daß ein geeignetes Betätigungsfeld für praktische Aktionen der verschiedenen Gruppen nicht in Sicht war. Der EG-Binnenmarkt, immer wieder als Anknüpfungspunkt für theoretische Auseinandersetzungen bemüht, erwies sich als wenig (an-) greifbares Gebilde, in der Unterstützung des Befreiungskampfes der FMLN in El Salvador boten sich ebenso wie im Engagement für den Wahlkampf der FSNL in Nicaragua wenig Möglichkeiten, den Feind hier wirkungsvoll zu bekämpfen. Die Anti-Shell-Kampagne, die in den Niederlanden und den USA initiiert wurde und die seit einem knappen Jahr auch in der BRD und Westberlin aufgegriffen wird (KONKRET 5/89), könnte dagegen die Grenzen der üblichen spezialisierten Solidaritätsarbeit überschreiten.

Die Shell AG ist nicht »nur« einer der maßgeblich das Apartheid-Regime stützenden Multis, sie ist auch in Europa durch z.B. ihr Engagement im Bereich der Gen- und Biotechnologie präsent. Eine vom »Arbeitskreis Internationale Solidarität« verfaßte Broschüre (die vom ID-Archiv lediglich herausgegeben wird) beschreibt jetzt erstmals umfassend und gleichzeitig detailliert Geschichte, Politik und ökonomische Verflechtungen der Shell AG. Über die schon sehr frühzeitig intensive Zusammenarbeit des Konzerns mit der NSDAP gibt sie Auskunft, skizziert den Anteil von Shell bei der Stillegung vor allem der englischen, niederländischen, belgischen und westdeutschen Zechen und analysiert, wie Shell zu den drei größten produzierenden Unternehmen der Welt werden konnte (zusammen mit Exxon und General Motors).

Ebenso ausführlich zeichnen die Autorinnen und Autoren die Entwicklung des mittlerweile von militanten, kirchlichen, antirassistischen und sozialistischen Gruppen betriebenen Widerstands gegen Shell in verschiedenen europäischen Ländern und den USA nach. Ein Diskussionspapier versucht den Stellenwert der Anti-Shell-Kampagne in den antikapitalistischen Auseinandersetzungen der westeuropäischen Linken insgesamt zu bestimmen und sich auch kritisch mit den Möglichkeiten einer Boykott-Strategie zu beschäftigen. Der Kampagne wird angesichts des Versuches vor allem der BRD-Parteien und -Konzerne, mithilfe des neuen südafrikanischen Ministerpräsidenten de Klerk ein Reformszenario durchzusetzen, dessen Ziel es ist, eine revolutionäre Umwälzung zu verhindern, besondere Bedeutung zugemessen: »Die Parole 'Shell raus aus Südafrika' kann von den Integrationsstrategen nicht glaubhaft übernommen werden. Es geht also darum, eine Parole durchzusetzen, die zwar nicht 'revolutionär' ist, die wir aber versuchen wollen als Etappe auf dem Weg unserer Befreiung und der Befreiung der Menschen im südlichen Afrika zu begreifen. Also so eine Art 'revolutionärer Realismus', denn wir brauchen auch Erfolge.«

Den Abschluß der Broschüre bildet ein Materialanhang, der Diskussionspapiere, die in niederländischen, dänischen und westdeutschen Zeitungen zur Shell-Kampagne und einzelnen militanten und weniger militanten Aktionen erschienen sind, versammelt – und damit einen ausgezeichneten Überblick über den bisherigen Verlauf der Kampagne und die dabei zutagegetretenen Differenzen gibt.

Arbeitskreis Internationale Solidarität, Shell raus aus Südafrika – Kill a Multi, Edition ID-Archiv, 88 Seiten, 8Mark (zu bestellen über AurorA, Knobelsdorffstr.8, I West-Berlin 19)

konkret 02/90, S. 64

Günter Amendt

The war goes on

Der »Krieg«, der »den Drogen« erklärt wurde, ist keine Metapher mehr. Militär und Polizei greifen zu immer mehr Gewalt gegen Produzenten, Dealer, Konsumenten. Dennoch ist jedenfalls das erklärte »Kriegsziel« nicht zu erreichen. Das Hinterland bereitet schon jetzt die Freigabe aller Drogen vor

Georg Bush hat, dem Beispiel seiner Amtsvorgänger folgend, zum Krieg gegen den internationalen Drogenhandel aufgerufen. An der Heimatfront machte diese Kriegserklärung jedoch nur wenig Eindruck. »Zu wenig innovativ« gemessen an Reagans Krieg, bemängelte die Kongreß-Opposition, Bush präsentiere »kein grundlegend neues Element der Drogenbekämpfung«, kritisierte die »Neue Zürcher Zeitung«, die wie keine andere deutschsprachige Tageszeitung die polit-ökonomische Substanz des Drogenproblems erkannt hat.

Und doch unterscheidet sich Bushs Krieg von dem seines Vorgängers – nicht nur wegen der Verlagerung des Schauplatzes von Bolivien nach Kolumbien. Das politische Umfeld hat sich verändert. Weltweit ist das Bedrohungsgefühl gewachsen und mit ihm die Militarisierung des Bewußtseins. Die militärische Sprachregelung von vier US-amerikanischen Präsidenten hat den internationalen Sprachgebrauch geprägt. Heute spricht auch die sowjetische Presse vom »Krieg gegen Drogen«, selbst die Direktorin des Wiener Büros der UN-Rauschmittelkommission bedient sich dieser gefährlichen Terminologie: »Keiner von uns wollte den Krieg. Nun haben wir ihn aber begonnen, und nun müssen wir ihn auch gewinnen.«

Das Gefährliche an dieser Metapher ist, daß sie als Metapher nicht gemeint ist. Die Regierungen und die Öffentlichkeit von Peru und Kolumbien haben das schnell verstanden. Nur Panamas Noriega schien den Ernst der Lage nicht erkannt zu haben. Und in der Tat sah es lange so aus, als seien die Machtmittel des US-Präsidenten, seine Hausordnung im panamesischen Hinterhof durchzusetzen, beschränkt. Zudem weiß heute alle Welt, was sie schon lange hätte wissen können: daß Ex-CIA-Chef Bush und Ex-CIA-Agent Noriega Geschäftsbeziehungen unterhielten, die auf beiden Seiten beachtliche kriminelle Energien freisetzten.

Das späte Losschlagen gegen einen »Narco-Terroristen« großen Kalibers illustriert einen spezifischen Aspekt der US-amerikanischen Drogenpolitik. Drogen waren immer mehr als nur Rauschmittel, die ein Land im Innern, die Gesundheit der Bevölkerung und die Sicherheit bedrohten; Drogen waren immer auch ein Mittel der US-Außenpolitik, bis hin zur militärischen Intervention. Das hat Tradition und wurde zuletzt in Bolivien praktiziert, wo im Juli 1986 eine Brigade schwerbewaffneter US-Soldaten, in Begleitung von 16 Agenten der US-Drogenbehörde DEA, einfiel, um eine Einschüchterungs- und Imponiershow abzuziehen, die allerdings den Produktions- und Verteilungsablauf von Kokain kaum tangierte.

Anschuldigungen gegen ein Land, in den Drogenhandel verwickelt zu sein – ob beweisbar oder nicht, spielt dabei keine Rolle – , werden wohl dosiert nach den jeweiligen außenpolitischen Erfordernissen vom State Department in die Öffentlichkeit lanciert und mit Sanktionsdrohungen verbunden. Erst als eine wichtige Etappe bei der Verwirklichung des in den USA höchst umstrittenen Panama-Kanal-Vertrags auf der Tagesordnung stand, erst als die Kontrolle des Kanals von den USA auf Panama übergehen sollte, erst dann begann das Kesseltreiben gegen einen früheren Günstling der US-Herren. Hier wird nicht der Drogenhändler Noriega gejagt, das Halali gilt dem Repräsentanten Panamas.

Dennoch: Wie weit Bush gehen würde, war nicht von Anfang an zu erkennen, auch wenn sich in Kolumbien, kaum war das US-amerikanische »Hilfsprogramm« angelaufen, das Interesse der Medien-Öffentlichkeit sofort auf den Charakter dieser Hilfeleistung konzentrierte. Was da angelandet wurde an militärischen Gütern, war erkennbar nicht geeignet für den Kampf gegen Kokainproduzenten und Kokabauern. Und wie bereits in Bolivien drei Jahre zuvor artikulierte sich auch in Kolumbien bis hinein in die herrschende Oligarchie Protest gegen die Anwesenheit US-amerikanischer Militärberater: »Erzieherische Videos für die Vereinigten Staaten – Bombardements für Kolumbien, Überzeugungsgespräche in den Zentren des Konsums – bewaffnete Helikopter für Kolumbien«, so charakterisierte ein führender kolumbianischer Politiker die Doppelstrategie der US-Regierung. Er sagte auch, man werde in Kolumbien nicht zulassen, daß das Land sich in ein »Vietnam im Kampf gegen Drogen« verwandele.

Der Präsident, das Pentagon und alle Geheimdienste sehen in der kolumbianischen wie der peruanischen Guerilla eine Bedrohung nationaler – und das heißt US-amerikanischer – Sicherheitsinteressen. Das ist ein Alarmsignal. Ist die 'national security' bedroht, fühlt das Pentagon sich herausgefordert. Der auch in den USA umstrittene Einsatz des Militärs gegen den internationalen Drogenhandel begann bereits unter Ronald Reagan. Über die Rolle, die den US-Streitkräften in Bushs Strategie zugedacht ist, bestand nur in den ersten »Kriegs«-Monaten Unklarheit. Nicht nur unterschiedliche Angaben über die Zahl der eingesetzten Militärberater irritierten die Öffentlichkeit in den Andenstaaten, auch über das Ausmaß der Mitwirkung dieser »Berater« an Fahndungs-, Vernichtungs- und Verhaftungsaktionen ließen Bushs Sprecher Widersprüchliches verlauten. Ende Oktober 89 gab dann Richard Brown, ein Vertreter des Pentagon, zu, daß ein nicht

näher bestimmter Teil der US-Militärhilfe zur Bekämpfung der Guerilla in Peru und Kolumbien vorgesehen sei. Ihre Zerschlagung sei das »zweite Ziel« des US-amerikanischen Drogen-Kriegs-Planes.

Damit erweist sich der von der internationalen Öffentlichkeit gebilligte »Krieg« gegen Drogen als idealer Hintergrund der *low-intensity* Kriegsführung gegen Widerstands- und Befreiungsbewegungen in Lateinamerika. Weitere Klarheit über Bushs Strategie brachte ein ebenfalls im Oktober 1989 veröffentlichtes Gutachten des US-Justizministeriums. Die darin vertretene Rechtsauffassung erlaubt dem Bundeskriminalamt (FBI), gesuchte Personen im Ausland ohne Einverständnis des betreffenden Landes festzunehmen. Um auch die letzten Reste von Unklarheit zu beseitigen, forderte CIA-Direktor William Webster – ebenfalls im Oktober 89 – in einem »New York Times«-Interview freie Hand für die Mitarbeiter seiner Organisation bei der Vorbereitung von Staatsstreichen, inclusive der Ermordung führender Politiker. Im Ausland. Das klang ganz nach einer »Lex Noriega« und wurde in den Medien auch so genannt.

Bush hatte also alle Werkzeuge ausgebreitet, bevor er sich daran machte, den Krieg gegen Drogen auf eine neue Stufe zu eskalieren. Ob sich die Rechtsauffassung des FBI – Festnahme und Entführung – oder die der CIA – Mord – durchsetzen würde, war im übrigen für den Fortgang der Ereignisse bedeutungslos. Ein Zwischenhändler wie Noriega ist leicht zu ersetzen. »Mit dem Sturz Noriegas wird«, wie die »Neue Zürcher Zeitung« im Dezember 89 nüchtern feststellte, »Panamas Verwicklung in den Rauschgifthandel wohl fürs erste reduziert werden, aber keinesfalls verschwinden.«

Die unerbittliche und aufwendige Verfolgung eines ehemaligen Mitarbeiters hatte also mit dem eigentlichen Kriegsgeschehen nichts mehr zu tun. Über Bushs Motive darf weiterhin spekuliert werden. Mit der Invasion in Panama, der Bombardierung ganzer Teile der Hauptstadt, der Ermordung von weit mehr als tausend Panamesen und der Besetzung des Landes durch US-Truppen wurde die Metapher vom »Krieg gegen Drogen« endgültig in die blutige Wirklichkeit überführt. Von nun an gilt: Kriegsrecht bricht Völkerrecht. Bush markierte mit der gewaltsamen Besetzung der Botschaft Nicaraguas in Panama die neue Gangart.

Tags zuvor machte sich sein Sprecher Fitzwater öffentlich Gedanken über den verstärkten Einsatz militärischer Mittel zur Unterbindung von Drogentransporten. Von einer Seeblockade Kolumbiens war die Rede, worauf die kolumbianische Regierung mit einer Stellungnahme reagierte, »in der Verwunderung und Irritation zum Ausdruck kommen« (»NZZ«). Die Irritation ist verständlich, denn die kolumbianische Oligarchie hatte sich in Bushs Kampagne alles andere als widerstrebend einspannen lassen. Ihre Interessen waren mit denen des US-Präsidenten deckungsgleich; zumindest schienen sie es bei Ausbruch des »Krieges« gewesen zu sein.

Dabei war in den Anfangsjahren der kolumbianischen Koka-Ökonomie der aus dem Drogenhandel erwirtschaftete Dollarzufluß durchaus willkommen. Die Regierung ließ eigens einen »ventanilla siniestra« – einen dunklen Schalter – in der Hauptstadt eröffnen, an dem Dollarsummen in beliebiger Höhe ohne Herkunftsnachweis zu Pesos umgetauscht werden konnten.

Als dieses »neue Kapital« jedoch in Kolumbien tätig wurde und in den Kaffeeanbau, die Bauwirtschaft, die Viehzucht und damit bereits besetzte Sektoren der Volkswirtschaft vorzudringen begann, beschloß die alte Oligarchie, ihr Terrain zu verteidigen. Sie eröffnete den Krieg gegen die einheimischen Koksbarone. Seitdem herrscht Terror. Allerdings ist der genaue Frontverlauf nur schwer auszumachen. Im Kampf gegen »linke Subversion« bilden Teile der alten Oligarchie und die ihr verbündete politische Elite, das Militär und die Drogen»mafia«, eine Einheitsfront, in welcher der »Mafia« die Aufgabe zufällt, für alle Terroranschläge – auch die staatlich angeordneten – verantwortlich zu zeichnen.

Aber so sind alle großen Vermögen auf dem amerikanischen Kontinent entstanden. Völkermord, Terror und die konsequente Mißachtung des geschriebenen Gesetzes waren unverzichtbare Instrumente der Kapitalakkumulation. Sie sind es noch immer. Gestern auf der Fahndungsliste, morgen auf der Mitgliederliste des Diners Club. Schon übermorgen werden die Söhne der Ochoas und Escobars Präsidentschaftskandidaten sein. Sie haben ein großes Vorbild. Auch der alte Kennedy hatte sein Vermögen im Drogenhandel gemacht. Damals, zur Prohibitionszeit, ging es um Alkohol.

Zwar wurde das Auslieferungsabkommen zwischen Kolumbien und den USA lange vor Bushs Amtsantritt geschlossen, doch erst jetzt spielt es eine kriegsentscheidende Rolle. Das Abkommen erlaubt der kolumbianischen Regierung unter Umgehung des eigenen Justizwesens, Drogenhändler an die USA auszuliefern. Daß sich die Oligarchie auf ein derartiges Abkommen überhaupt einließ, zeigt, wie stark sie sich von der Macht des aufsteigenden Drogenkapitals bedroht fühlt. Die freiwillige Abtretung von Souveränitätsrechten ausgerechnet an die Regierung der USA muß in jedem lateinamerikanischen Land einen sensiblen Nerv treffen. Das Abkommen ist völkerrechtlich einmalig. Die von ihm ausgehende Provokation ist nur zu verstehen, wenn man sich vorstellt, die italienische Regierung trete freiwillig ihr Recht auf Strafverfolgung an die Regierung der BRD ab und liefere ihre Mafiosi an den Nachbarn im Norden aus, weil dieser über politische, ökonomische oder militärische Druckmittel verfügt.

In den USA selbst wurde der neuerliche »Krieg« systematisch vorbereitet. Bereits in seiner Antrittsrede kündigte Bush verstärkte Aktivitäten gegen die »Geißel« Drogensucht an. Auch die Anfang März 1989 veröffentlichte Bilanz des vorangegangenen Krieges gehörte zu Bushs »Kriegs«-Vorbereitungen. Nach Abwägung aller Fakten und in Rückbesinnung

auf Reagans großmäulig verkündetes Kriegsziel ließ Bush den »Krieg« seines Vorgängers einschließlich Nancy Reagans »Just-Say-No«-Kampagne in einer Niederlage enden. Das gehört ganz einfach zur Dramaturgie einer Nachfolgekampagne, wobei unterschlagen wird, daß Bush als Vizepräsident für den »Krieg« seines Vorgängers die Verantwortung trug. Egal: Am Ende von Reagans »Krieg« gab es mehr Tote und mehr Drogen als je zuvor.

Trotz unveränderter Gefahrenlage hatte Bush Mühe, die internationale Öffentlichkeit, insbesondere die in den am Krieg beteiligten bzw. vom Krieg betroffenen Anbauländern, von der Ernsthaftigkeit seiner Absichten zu überzeugen. Besonders in Kolumbien kamen Erinnerungen an die frühen 70er Jahre hoch. Damals war Kolumbien der weltweit wichtigste Hersteller von hochwertigem Marihuana. Unter dem Druck der US-Regierung und mit entsprechender logistischer Unterstützung ging die kolumbianische Regierung gegen die Marihuanabauern vor. Heute gelten die USA als Hauptproduzent von Marihuana noch vor Mexico und Kolumbien. Unter Ausnutzung aller verfügbaren agrarwissenschaftlichen Erkenntnisse ist es den US-amerikanischen Produzenten darüber hinaus gelungen, Marihuanasorten zu züchten, deren Qualität – sprich Wirkstoffgehalt – die Qualität kolumbianischer Freilandware bei weitem übertrifft. »Vielleicht geht es den Amerikanern gar nicht so sehr um das moralische Problem des Drogenkonsums«, vermutet ein Vertreter der Handelskammer von Cali, »es schmerzt sie vielmehr, daß ihnen ein Geschäft entgeht. Warum war Marihuana nur von Übel, solange es außerhalb der USA angebaut wurde?«

Um der allgemeinen Skepsis zu begegnen und die Ernsthaftigkeit seines Programms zu unterstreichen, stellte Bush die Aufstockung des Drogenetats um 2,2 Milliarden Dollar besonders heraus. Angesichts der kriegerischen Rhetorik eine lächerliche Summe, geht doch die Bedrohungsanalyse des Präsidenten davon aus, daß »die Lebenskraft unserer Nation vom Rauschgift bedroht« ist. Das Drogenproblem sei die härteste innenpolitische Herausforderung seit Jahrzehnten. Setzt man den Drogenetat von 7,9 Milliarden Dollar auf drei Jahre verteilt in Beziehung zum jährlichen Rüstungsetat von 300 Milliarden, erscheint die Summe eher bescheiden. Noch weniger imposant nimmt sich die Zunahme des Drogenetats aus, wenn man weiß, daß von den 2,2 Milliarden bereits 1,5 Milliarden in anderen Budgetanträgen enthalten und der Großteil davon für den Bau von Gefängnissen und den Ausbau des Justizapparates bestimmt ist.

Für die Umstellung der Agrarproduktion in den Koka-Anbauländern bleibt in Bushs Haushaltsplanung ein Restposten von 250 Millionen, aufzuteilen zwischen Peru, Bolivien und Kolumbien, von wo neunzig Prozent des in den USA konsumierten Kokains kommen.

Wie weit die Erwartungen der Anbauländer auf Unterstützung und die Bereitschaft der USA zur Unterstützung auseinandergehen, läßt sich am Beispiel eines Entwicklungsprojektes für das Tal von Huallaga, wo Koka in großem Ausmaß angebaut wird, demonstrieren. Die peruanische Regierung veranschlagte für dieses Umstellungsprojekt 800 Millionen Dollar, in Bushs Plan sind gerade mal 3,8 Millionen Dollar vorgesehen.

Der amerikanische Präsident setzt auf Repression. Das läßt die Verteilung der sowieso knapp gehaltenen Mittel erkennen. Dafür spricht auch die völlig unzureichende Aufstockung des Etats für Behandlung und Therapie. Die offizielle Statistik geht von vier Millionen Drogensüchtigen in den USA aus, von denen zwei Millionen als dringend behandlungsbedürftig eingestuft werden.

Anders als sein Amtsvorgänger Ronald Reagan, der es mit Rücksicht auf seine koksende und pillenwerfende Wählerschaft unterließ, die Konsumenten frontal anzugehen, wendet Bush sich offen der Verbrauchernachfrage in den USA zu. Nicht ganz freiwillig, denn ohne diese Wende hätte Bush kaum Unterstützung für seinen »Krieg« in bzw. von den Verbraucherländern erhalten. Bushs Berater gehen im übrigen davon aus, daß der Appell zur Mäßigung und zum Konsumverzicht bei der republikanischen Wählerschaft ankommt. Zwischen 1985 und 1988, so die Statistik, sei die Zahl der gelegentlichen Drogenkonsumenten von 23 Millionen auf 14 Millionen zurückgegangen. Auf 8 Millionen verdoppelt habe sich dagegen im gleichen Zeitraum die Anzahl von häufigen und regelmäßigen Kokain-Konsumenten.

Und voreilig, wie schon so oft vorher, wollen die unter Erfolgsdruck stehenden Präsidentenberater in dieser Statistik eine Tendenz zu ihren Gunsten erkennen. Auf eine Formel gebracht: Mittelschicht steigt aus – Unterschicht steigt ein. Da ist viel *wishful thinking* im Spiel. Das Auf und Ab am Drogenmarkt, die Veränderung von Konsumgewohnheiten, das Aufkommen immer neuer Drogen lassen eine seriöse Entwicklungsprognose kaum zu, das lehren die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre. »Crack« jedenfalls, das bislang als typische Unterschichtsdroge galt, beginnt nach neuesten Erkenntnissen in die Mittelschichten einzudringen. Gegenüber »Time« erklärte William Smith, der Klinische Direktor der kalifornischen Therapieeinrichtung »Phoenix House«, Anfang November 89: »Diese Seuche kennt keine Klassen- oder Rassengrenzen.«

Im übrigen kommt es auf den Wahrheits- bzw. Realitätsgehalt solcher Statistiken nicht weiter an, wichtig ist lediglich, daß statistisch »abgesicherte« Ergebnisse lanciert und im politischen Entscheidungsprozeß als wahr behandelt werden. An diesem Punkt setzt die Kritik an Bushs Drogenpolitik in den USA ein. Drogenexperten, Sozialpolitiker und Medienleute befürchten ein Nachlassen der öffentlichen Aufmerksamkeit, wenn Drogenabhängigkeit und Drogenkonsum immer mehr nur mit ethnischen Minderheiten und den Gettobewohnern US-amerikanischer Städte in Verbindung gebracht werden.

Dann nämlich läßt erfahrungsgemäß nicht nur das Interesse an therapeutischen Maßnahmen und flankierenden Sozialprogrammen nach, es wächst auch die Bereitschaft, repressive Lösungen zu akzeptieren, Therapiekonzepte, die der Maxime »Therapie als Strafe« folgen, finden Anklang bei immer mehr US-Bürgern. Die Akzeptanz gegenüber repressiven Maßnahmen wird umso größer sein, je besser es gelingt, das Problem in die Gettos abzuschieben, je weniger die Mittelschichten mit dem verbleibenden Problem konfrontiert werden: aus dem Auge, aus dem Sinn – auch das ist Drogenpolitik.

Die Konsumgewohnheiten der US-amerikanischen Mittelschichten mögen sich ändern oder auch nicht. Der harte Kern der Nachfrage nach harten Drogen konzentriert sich in den Gettos der Städte: »Diese Abhängigen, zerbrochen von der Freudlosigkeit des Gettolebens, haben jede Hoffnung verloren«, schreibt ein US-amerikanischer Publizist. »Ihnen zu helfen erfordert nicht nur die Lösung des Therapieproblems, sondern sich den fundamentalen Problemen zu stellen, die das Innere unserer Städte krank machen. Solange wir nichts gegen Arbeitslosigkeit, Unterernährung, zerfallende Schulen und zerbrochene Familien tun, wird die 'Geißel Droge' uns weiterhin bedrohen.«

Doch nicht nur in den USA, auch in Europa, das als Zukunftsmarkt für lateinamerikanische Kokainlieferungen ausersehen ist, stieß Bushs Kriegskonzept auf Skepsis und offene Ablehnung in den Medien: »Wir erhalten hier eine ausgezeichnete Lektion über 'el imperialismo postmoderno' «, schreibt ein Kolumnist der spanischen Zeitung »El Pais«: »El senor Bush lanciert eine demagogische Kampagne gegen die Drogenseuche, aber er erwähnt nicht mit einem Wort die Seuche des Hungers, die Erniedrigung und die ökonomische Ausweglosigkeit der unterentwickelt genannten Länder.« Dieser Kommentar erschien vor der Invasion in Panama. In der Tat, das Drogenproblem ist vor allem ein Problem der Unterentwicklung, in Bogotá ebenso wie in Brooklyn, in Quito ebenso wie in Queens. Der »Krieg gegen Drogen« ist immer auch ein Krieg gegen die Armen.

Wie gering Bushs Erfolgschancen sind, wird deutlich, wenn man die Kriegspropaganda der Administration einfach ignoriert und statt dessen die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen näher betrachtet. Auf seinen ökonomischen Kern reduziert handelt es sich bei Bushs »Krieg« gegen den Kokain-Handel (auch diesmal ist, wie schon bei Reagans »Krieg«, von Heroin kaum noch die Rede) um den Eingriff in einen florierenden Markt. Ziel dieses Eingriffs ist die Verknappung des Angebots, seine Folge die Erhöhung des Preises. Diese Art der Marktregulierung von oben kommt den Interessen des kolumbianischen Drogenkapitals durchaus entgegen, denn bereits im Juli 1988 registrierte die »Neue Zürcher Zeitung« eine »Strukturkrise« im kolumbianischen Drogengeschäft: »Die kolumbianische Drogenmafia hat sich erfolgreich vorwärts integriert; in Bezug auf die Preispflege scheint sie aber eine unsichere Hand zu haben. Die zu Beginn der Dekade erfolgte Überversorgung wird in einschlägigen Kreisen als schwerer Managementfehler dargestellt, den es zu beheben gelte.«

Dem Anbieter stehen zwei Instrumente zur Behebung von Überproduktionskrisen zur Verfügung:

-

Die Erschließung neuer Märkte. Das geschieht. Europa wird bereits erschlossen.

-

Die Verknappung des Angebots. Das geschieht ebenfalls, wenn auch nicht durch freiwillige Kartellabsprachen in den Herstellungsländern, sondern durch protektionistische Maßnahmen des Hauptkonsumentenlandes. Um nichts anderes handelt es sich – rein ökonomisch gesehen – bei Bushs »Krieg«.

Heute stellen nicht nur die Vertreter der Anbauländer, wie jüngst erst wieder der kolumbianische Präsident Barco von der UN-Vollversammlung, sondern auch aufgeklärte Vertreter der kapitalistischen Verbraucherländer immer öfter den Zusammenhang von Unterentwicklung und Drogenhandel heraus. Nur die Entschuldung der Anbauländer, nur neue Kredite zu günstigen Konditionen sowie die Öffnung der Märkte in den hochentwickelten Ländern für Produkte aus den Drogenanbauländern könnten dort die Bereitschaft fördern, von Koka und Mohn auf andere marktgängige Produkte umzusteigen. Diese Konditionen setzen eine Neuordnung des internationalen Wirtschaftssystems voraus

Darauf wird man noch lange warten müssen. Doch angenommen, es wäre bereits geschehen und Kolumbien, Peru, Bolivien und Brasilien stellten den Koka-Anbau auf den Anbau von Kaffee, Baumwolle, Kartoffeln, Bohnen, Tomaten oder Mais um, und vorausgesetzt, der Weltmarkt garantierte ihnen für diese Produkte Festpreise, so wäre damit nicht automatisch das Drogenproblem gelöst. Andere Anbauregionen könnten ermutigt werden, den Angebotsausfall zu kompensieren, denn die Nachfrage bzw. der Bedarf an Betäubungs- und Rauschmitteln steigt weiter an. Die Zuchterfolge der Agrarindustrie machen heute den Anbau von Marihuana, Mohn und Koka in Regionen möglich, an die im Augenblick noch kein Bauer, kein Händler und auch kein Fahnder denken mag.

Auch das hochkonzentrierte Kapital der chemisch-pharmazeutischen Industrie würde beim Ausfall von Kokainlieferungen ermuntert, neue synthetische Suchtstoffe zu entwickeln. Die Anbauregionen in den Andenstaaten wären jedoch fürs erste einmal ausgeschaltet. Das ist die Theorie.

Und das ist die Wirklichkeit: Unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank hat der Druck auf die sogenannte Dritte Welt zugenommen, ist die Verschuldung der Staaten und die Verelendung der Menschen fortgeschritten.

Alle Versuche, den Kapitalfluß zu kontrollieren, um die Geldwäsche zu unterbinden, sind gescheitert. Die Vertreter der 15 führenden Bankennationen, die sich im Sommer 1989 in Paris zu einer Konferenz trafen, konnten bzw. wollten sich bei ihrer »Gratwanderung zwischen Bankgeheimnis und Strafverfolgung« (»Frankfurter Rundschau«) nicht auf ein Konzept einigen. Es ist, wie ein Schweizer Bankenvertreter gegenüber der »Neuen Zürcher Zeitung« erklärte, schwierig, »Drogengelder aus dem allgemeinen Geldstrom herauszulösen«. Es ist auch schwierig, um auf eine weitere 'Schwachstelle' der Drogenbekämpfung hinzuweisen, bestimmte Chemikalien, die zur Herstellung der Endprodukte Kokain und Heroin erforderlich sind, aus dem allgemeinen Strom von Chemikalien herauszulösen.

Und auch das gehört zu den Rahmenbedingungen des Bush»Kriegs«: Der von den USA provozierte Zusammenbruch des Exportquotensystems hat den Weltmarktpreis für Kaffee, eines der wichtigsten Exportprodukte Kolumbiens, um 50 Prozent gedrückt. Der Verlust an Exporteinnahmen wird von Präsident Barco auf 400 Millionen Dollar beziffert. Nur einen Bruchteil dieser Summe wollen die USA zur Verfügung stellen für den Umbau der Koka-Ökonomie auf andere Agrarprodukte.

Parallel zu seinem »Anti-Drogen-Krieg« führt auch Bush eine »Pro-Drogen-Kampagne«. Nachdem es seinem Vorgänger Reagan bereits gelungen war, Taiwan und die Philippinen zur Öffnung ihrer Märkte für US-amerikanische Zigaretten zu zwingen, hat sich Bush nun den thailändischen Markt vorgenommen. Zur Zeit »prüft« das Büro des Handelsbeauftragten, ob Thailand mit seiner Antiraucherkampagne US-Exporte behindere. Thailand wird wie schon Taiwan und die Philippinen seinen Markt für die Droge Nikotin öffnen müssen, andernfalls werden die USA ihren Markt für thailändische Importe schließen.

Bushs Drogenkrieg muß scheitern – und das gilt für jeden, der künftig noch geführt werden wird – , wenn es nicht gelingt, zum Konsens über einen internationalen Interessenausgleich zwischen arm und reich, zwischen entwickelten und in Unterentwicklung gehaltenen Ländern zu gelangen. Von dieser Erkenntnis ist die internationale Drogendiskussion weit entfernt.

Die gesellschaftlichen Umwälzungen in den Ländern des Warschauer Vertrags und die Öffnung der Comecon-Märkte wird auch den internationalen Drogenmarkt enorm stimulieren, und zwar auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Der kollektive psychische Zustand der osteuropäischen Völker ist äußerst labil, viele Menschen befinden sich in einer psychisch extrem kritischen Situation. In solchen Zeiten wächst der Bedarf an Steuerungsmitteln. Drogen sind nichts anderes als das: chemische Steuerungsmittel.

Einen Teil der steigenden Nachfrage werden die Alkohol- und Psychopharmaka-Produzenten in den Comecon-Ländern selbst abdecken können. Heroin, Kokain und all die anderen Produkte einer breiten Angebotspalette werden erst dann auf die osteuropäischen Märkte drängen, wenn deren Währungen an den internationalen Finanzmärkten frei konvertierbar sind. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit.

Das neuerwachte Interesse an den Märkten der osteuropäischen Staaten und der verstärkte Kapitaltransfer nach Osteuropa haben über Nacht das Interesse an der Entschuldung Lateinamerikas sinken lassen. Die Gesamtverbindlichkeiten der »Dritten Welt« werden 1990 – nach übereinstimmender Einschätzung westlicher Finanzexperten – um mindestens zwei Prozent steigen. Die meisten Entwicklungsländer sind dieser »Entwicklung« hilflos ausgeliefert. »Paradoxerweise«, schreibt »El Pais«, »klingen die Jubelchöre der Berliner über die Öffnung der Mauer wie ein Requiem für Lateinamerika.« Nur die Länder, die Koka und Mohn anbauen, haben eine reelle Chance, den Kapitalausfall zu kompensieren, indem sie die Anbauflächen ausdehnen und die Produktion erhöhen. Der Angebotsdruck wird sich also weiter erhöhen; zunächst auf die bereits erschlossenen Märkte in den USA und in Westeuropa, später dann – und das heißt bald – auf die osteuropäischen Märkte.

Eine einheitliche Lösungsstrategie ist nicht zu erkennen. Zwei sich widersprechende Tendenzen charakterisieren die internationale Diskussion: Auf zwischenstaatlicher Ebene, aber auch in UN-Gremien werden repressive Lösungsmodelle favorisiert. Diese Repressionslinie macht keinen Unterschied zwischen Herstellern, Händlern und Konsumenten. Gleichzeitig verstärkt sich eine Tendenz, die auf die totale Legalisierung und Liberalisierung des Drogenhandels hinausläuft. Die Legalisierungsdiskussion hat sich also ihrer inneren Logik folgend von Marihuana und Haschisch auf Kokain und Heroin ausgeweitet. Heute wird nicht mehr nur die Liberalisierung und Entkriminalisierung des Konsums, sondern auch die des Anbaus und logischerweise auch die des Handels gefordert. Der Zeitgeist – alles ist möglich, alles ist erlaubt – begünstigt diese Tendenz, die im übrigen dem Credo neoliberaler Wirtschaftspolitik – der Markt wird's regeln – entspricht. So erklärt sich das seltsame Bündnis von Linkslibertären und Rechtsreaktionären in der Legalisierungsfrage.

Die Vertreter einer ökonomisch fundierten Drogenpolitik sehen im Verbot von Drogen drei Kardinalfehler:

- Handel und Konsum eines Gutes können nie völlig unterbunden werden. Das Verbot ist also nicht durchsetzbar.
- Wer süchtig ist, braucht den Stoff um fast jeden Preis.

Staatliche Drogenbekämpfung wirkt, weil sie über die Illegalisierung des Produkts in die Preisgestaltung eingreift, als Motor des Marktes.

Diese Argumente verfügen über einen hohen Grad an ökonomischer Plausibilität, sie finden in der internationalen Diskussion immer mehr Beachtung.

Es wird viel versprochen von den Propagandisten der Liberalisierung. Doch noch hat niemand ein Konzept vorgelegt, das wirklich alle Risiken gegeneinander abgewogen hätte. Schon die leichtfertigen Prognosen über die angeblich positiven Folgen einer Freigabe in der User-Szene verraten eine profunde Unkenntnis der Motive von Heroinfixern, Crackrauchern, Kokssniffern und Pillenschluckern. Solange die Liberalisierungsvorschläge in ihrer ökonomistischen Borniertheit steckenbleiben, sind sie völlig indiskutabel. Das Risiko ist einfach zu groß. Auch die Befürworter einer völligen Liberalisierung müssen zugeben, daß dann der Marktmechanismus erst richtig entfesselt und der Einstieg in die Sucht gefördert würde.

Wie wenig die überall propagierten Liberalisierungsvorschläge durchdacht sind, zeigt der ständige Hinweis auf die angeblich so positiven Folgen, die das Ende der Prohibition in den USA gebracht habe. Dabei bestreitet kein Suchtexperte, daß die Liberalisierung des Handels mit Suchtstoffen immer das Risiko einer unkontrollierten Ausweitung der Sucht, der unkontrollierten Ausdehnung von Anbauflächen und einer unkontrollierten Erweiterung der Produktionskapazitäten beinhaltet. Das Beispiel der Pohibition bzw. deren Aufhebung steht für das Eintreten dieses Risikofalles.

Alkoholabhängigkeit ist weltweit unter allen Suchten das größte gesundheitspolitische Problem. Der Alkoholkonsum steigt, eine Produktoffensive löst die andere ab, aggressive Werbekampagnen stimulieren den Alkoholkonsum. Warum sollte die Entwicklung im Falle einer Freigabe von Heroin und Kokain anders verlaufen? Wer kann mir darauf eine ökonomisch begründete Antwort geben? Und auch darauf: Wer will die Produzenten von Coca-Cola daran hindern, ihrem Süßgetränk wie ehedem eine Prise Koks beizumischen?

Der Liberalisierungsvorschlag ist einleuchtend nur unter dem 'law and order'-Gesichtspunkt. Die Beschaffungskriminalität würde zurückgehen, damit Raub, Diebstahls- und Einbruchsdelikte, die gesamte Kriminalstatistik würde um Drogendelikte bereinigt. Doch zu welchem Preis. Der Staat wäre bereit, eine Suchtausweitung in Kauf zu nehmen, um seine sozial- und kriminalpolitischen Probleme zu »lösen«. Von da bis zur staatlich verordneten Glückspille ist der Weg nicht mehr weit.

Jedoch: Von Drogen»krieg« zu Drogen»krieg« steigt auch der Preis für die Beibehaltung des Verbots. Auch die repressive Lösung birgt unkalkulierbare Risiken. Die wiederholten US-Einsätze in lateinamerikanischen und asiatischen Anbauregionen sind oft an militärischen Konflikten nur knapp vorbeigeschliddert. Und nun, seit Panama, herrscht Krieg. Auch in den Konsumentenländern steigt das Repressionspotential: Die militärische Aufrüstung der Polizei, die Ausdehnung militärischer Einsatzmöglichkeiten im Innern, die Ausweitung der Terrorismus-Gesetzgebung auf Drogendelikte, die Einführung einer Kronzeugenjustiz, mit anderen Worten die Vervielfältigung staatlicher Repressionsmittel führt mitten in die Horrorvision eines Polizeistaates. Zwischen *brave new world* und Polizeistaat eine vernünftige und humane Lösungsvariante zu entwickeln, wird immer schwieriger.

Auch was von unten versucht und als Abwehrstrategie vorgeschlagen wird – »Dealer verpißt Euch« – ist alles andere als unproblematisch. Das Leben ganzer Stadtviertel in den großen Städten der kapitalistischen Welt wird beherrscht von den Gesetzen der Gewaltkriminalität. Die Einwohner dieser Quartiere fühlen sich bedroht, ihre Angst ist real. Der Gedanke, zur Selbsthilfe überzugehen, wo der Polizeischutz versagt, liegt nahe. Noch näher liegt er da, wo die Bewohner eines Gettos zwischen die Fronten geraten, weil sie sich weder dem »Schutz« der Polizei aussetzen, noch dem Terror der Dealer ausliefern wollen. Solange sich der Selbstschutz auf Selbsthilfe im Stadtteil, eine Art people's power zur Vertreibung von Händlern, beschränkt, hat er nur wenig Bedrohliches. Wenn aber erst einmal die Straße zum Schlachtfeld wird, Molotowcocktails fliegen, Häuser zerstört und Verkehrsmittel kaputt geschlagen werden, wie jüngst im niederländischen Arnheim, wo Bewohner eines Viertels ihren Haß gegen Dealer und süchtige Prostituierte in einer Straßenschlacht austobten, verwandelt Selbstschutz sich unversehens in Selbstjustiz und diese allzu leicht in Lynchjustiz.

Das Drogenthema ist emotional enorm aufgeheizt, es rückt immer mehr in die Rolle des Übels aller Übel. Ob nun Bürgerinitiativen ihr Viertel gegen Raub, Diebstahl und Einbruch von bewaffneten Privatarmeen schützen lassen, wie in den USA üblich, oder ob Stadtteilinitiativen die Vertreibung von Dealern auf eigene Faust organisieren, die Bereitschaft »etwas zu tun« ist gewachsen, auch die Bereitschaft, irrationale und gewalttätige Lösungen zu akzeptieren. Wenn die Repressionsbereitschaft von oben sich mit Selbstschutz-Initiativen von unten trifft und auf den Terror von Händlerorganisationen stößt, könnte sich daraus eine Art Narco-Faschismus entwickeln. Es gibt Städte und Stadtteile, Dörfer und Regionen in den Anbau- wie in den Verbraucherländern, wo dieser Zustand längst herrscht.

Sollten die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen so bleiben, wie sie sind, dann kann man ohne große wahrsagerische Fähigkeit eine Prognose über die kurz-, mittel- und langfristige Entwicklung wagen.

Kurzfristig: Die kolumbianische Regierung wird das Verhandlungsangebot der einheimischen »Mafia« akzeptieren. Das Kartell wird aus dem Geschäft aussteigen unter der Bedingung einer Amnestie – auch einer Vermögensamnestie – und der Streichung des Auslieferungsabkommens mit den USA. Die Entwicklung des Kokainhandel wird vom Rückzug Kolumbiens kaum berührt werden, weil längst andere Regionen für die Verarbeitung der Kokapaste bzw. die Installierung von Labors erschlossen sind.

-

Mittelfristig: Die Repressionstendenz wird sich zunächst durchsetzen. Auf Europa bezogen heißt das: Die Vereinheitlichung der europäischen Drogenpolitik wird sich zu lasten liberaler Lösungsmodelle vollziehen. Frankreich und Italien sind bereits auf die Repressionslinie gegen Händler *und* Konsumenten eingeschwenkt.

-

Langfristig: Es wird zur Freigabe aller Drogen, vom Anbau über die Veredlung bis zum Handel und Konsum, kommen. In der Abwägung sozial- und gesundheitspolitischer gegen sicherheitspolitische Risiken werden die sicherheitspolitischen »Argumente« sich durchsetzen. Der Entkriminalisierung als Hebel der Preisgestaltung wird absolute Priorität eingeräumt werden. Der Staat zieht sich aus dem Drogensektor zurück und überläßt die Lösung des Problems den Gesetzen des Marktes in der Hoffnung auf einen Preisverfall. Staatliche Drogenpolitik beschränkt sich ausschließlich auf gesundheitspolitische Maßnahmen. Besonders in Lateinamerika hat dieses Lösungsmodell Aussicht auf breite Zustimmung, sind die herrschenden Oligarchien dort doch längst auf den rigiden Kurs des Wirtschaftsliberalismus eingeschwenkt. Auch die »Neue Zürcher Zeitung« denkt bereits – unter Berufung auf »realistische Strategen im Kokainkrieg« – an eine »permissive Prophylaxe«. Wenn es bis zum Jahr 2000 nicht gelinge, »die vielköpfige Hydra« zu besiegen, so könne bis dahin wenigstens die Legalisierung gründlich vorbereitet werden, statt waghalsig zu improvisieren.

konkret 02/90, S. 69

Miguel

Die präventive Revolution

Die Bekämpfung des Drogenhandels legitimiert heute die Übergriffe der USA, für die früher die Bekämpfung des Kommunismus herhalten mußte. In Kolumbien haben die USA dieses neue Konzept entwickelt. Die westeuropäischen Staaten begründen ihre Intervention in dem lateinamerikanischen Staat dagegen mit Demokratisierungsprojekten. Miguel, der seit Jahren in einer kolumbianischen Massenorganisation aktiv ist, erklärt, wie die radikale Linke seines Landes versucht, auf die Situation zu reagieren, und welche Rolle Gramscis Marxismus dabei spielt
Konkret-Gespräch mit Miguel

KONKRET: Die aktuellen Ereignisse in Kolumbien sind in den bundesrepublikanischen Medien Dauerthemen und haben in der Linken viel Verwirrung gestiftet. Die Intensität, mit der der kolumbianische Anti-Drogenkrieg propagandistisch behandelt wird, legt den Schluß nahe, daß es dabei um mehr als um Drogen geht.

Miguel: In Kolumbien wird mit einer neuen Art des antisubversiven Kampfes experimentiert. In der Aufstandsbekämpfung bekommt die Propaganda gegen den Drogenhandel großes Gewicht. Die Anti-Drogenpolitik der USA liefert die moralisch-ethische Legitimation für die Interventionspolitik in Lateinamerika. Diese Strategie wurde im Santa Fe II-Papier formuliert: Dort wird von der Notwendigkeit gesprochen, den Anti-Drogenkrieg im Kampf gegen den Kommunismus in Lateinamerika einzusetzen.

Den aktuellen Ereignissen in Kolumbien sind einige nennenswerte Dinge vorausgegangen: Das erste war die Veröffentlichung von Fotos der US-amerikanischen Drogenbehörde DEA, die Tomas Borge zusammen mit Capos des Medellin-Kartells beim Beladen eines Flugzeugs mit Coca-Säcken darstellen. Diese Montage war der erste noch nicht sehr erfolgreiche Versuch, den Drogenhandel im Krieg gegen die Sandinisten einzusetzen. Wenig später wurde der Iran-Contra-Skandal bekannt, bei dem die Verbindungen von DEA und CIA selbst zum Kartell von Medellin, bei der Beschaffung von Waffen im Austausch für Drogen, ans Licht kamen.

Jetzt gibt es eine neue Etappe, die den Drogenhandel benutzt, um die Intervention der USA in Kolumbien zu legitimieren. Es ist unglaublich, wie die europäische Öffentlichkeit den USA jetzt eine Art Blankoscheck für ihre Intervention ausstellt. Die kolumbianische Regierung versucht jetzt, die gesamte Opposition mit dem Drogenhandel in Verbindung zu bringen. Die Auswirkungen sind in Kolumbien schon deutlich spürbar. Z. B. ist erst kürzlich das »instituto popular de capacitacion«, eine linke Organisation, die Menschenrechts- und Volksbildungsarbeit macht, unter dem Vorwand, es sei Teil eines Netzes des Drogenterrorismus, durchsucht worden. Vier Companeros sind verhaftet worden. Auch die Guerilla in Kolumbien, vor allem die kommunistische FARC, wird beschuldigt, selbst mit Drogen zu handeln. Kolumbiens größte Wochenzeitung, »la semana« titelte schon: »FARC – das dritte Kartell«. Das paßt gut in die allgemeine Offensive gegen die Volkskämpfe und stellt eine neue Strategie, ein neues Experiment der Aufstandsbekämpfung dar, das durch die Verwirrung, die es anrichtet, leicht verallgemeinert werden könnte. Tatsächlich gibt es nur eine einzige Aufstandsbekämpfungstrategie der USA für den ganzen Kontinent.

KONKRET: Die EG versucht sich als Alternative zur US-Politik für die jeweiligen Regierungen in sogenannten »Demokratisierungsprojekten«, als politisch neutraler »Partner« hinzustellen. Es ist die Sozialdemokratie, die sehr »saubere« Arbeit leistet. Läßt sich das EG-Konzept als sozialdemokratisches Modernisierungsmodell bezeichnen?

Miguel: Es sind die europäischen Positionen, die den sozialdemokratischen Vorschlägen und Projekten in Lateinamerika Raum verschafft haben. Der Aufwind, den die Sozialdemokratie in einem bestimmten Moment in Europa hatte, hat gleichzeitig mit dem wachsenden wirtschaftlichen Engagement der europäischen Multis dafür gesorgt, daß sozialdemokratische Projekte sich hier entwickeln konnten. Sie hatten vorher kaum eine Bedeutung, in Kolumbien existiert bis heute keine sozialdemokratische Partei. Die Gründung wird zur Zeit versucht.

Auf dem politischen Terrain spielt die Sozialdemokratie eine außerordentlich interessante Rolle, in der Modernisierung des Staates, in der Modernisierung des herrschenden Konzepts der bürgerlichen Demokratie. In Kolumbien hat die Bourgeoisie bis heute eine Konzeption der eingeschränkten Demokratie, eine rein formale, eigentlich nur auf dem Papier bestehende Demokratie, die selbst in ihren Gesetzen die Freiheiten und Spielräume der europäischen demokratischen Konzepte verweigert. Die europäische Sozialdemokratie hat die politische Aufgabe übernommen, die rein formelle Demokratie zu modernisieren, sie nicht mehr nur, wie in den herrschenden Konzepten, durch Wahlen und Parlamentarismus zu definieren. Deswegen wird heute von der Demokratie der Beteiligung gesprochen. Das ist in einer Situation wie der in Kolumbien recht gefährlich, weil große politische Gruppen die notwendige Veränderung der kolumbianischen Gesellschaft als bloße Umwandlung in Richtung Mitbestimmung europäischen Zuschnitts mißverstehen. Das ist ein ganz klares Hindernis für revolutionäre Lösungen und Konzepte. Ich glaube, daß dieses sozialdemokratische Konzept eine wichtige

konterrevolutionäre Rolle spielt, und sogar Einfluß bei manchen Guerillaorganisationen gewonnen hat, wie bei der M-l9 in Kolumbien.

KONKRET: Um zu den Perspektiven des Widerstands zu kommen; wir sehen da zwei völlig widersprüchliche Tendenzen in Lateinamerika. Einmal Organisationen wie die M-l9, die du gerade erwähnt hast und die sich, stark von der Sozialdemokratie beeinflußt, zu Verhandlungen und Integration in die legale Parteienlandschaft bewegen lassen. Auf der anderen Seite allerdings gibt es auch eine ganze Reihe neuer bewaffneter Organisationen in den südamerikanischen Ländern. Wie erklärst du dir diesen Widerspruch?

Miguel: Dieser Prozeß ist nur historisch und aus den Besonderheiten der verschiedenen Länder zu erklären. Zum Beispiel läßt sich die Waffenübergabe der M-19 nicht mit der selbstkritischen Entscheidung der Tupamaros in Uruguay, daß eine bestimmte Kampfform von Stadtguerilla nicht zeitgerecht sei und andere politische Kampfformen gesucht werden müssen, vergleichen.

Die Guerilla hat inzwischen eine lange Geschichte in Lateinamerika, es sind mindestens vier Jahrzehnte des bewaffneten Kampfes. Es hat sich herausgestellt, daß die Revolution nicht so leicht und schnell zu erreichen ist, wie viele glaubten. Der Gegner ist eben doch kein bankrotter Imperialismus, der fast von allein zusammenbricht. Die Strategien des Imperialismus mußten neu analysiert werden. Der revolutionäre Weg zur Überwindung des Imperialismus ist lang und seine Bewältigung erfordert verschiedene Aktionsformen. Das ist eine der positiven Erfahrungen, daß es nicht nur eine Form von Kampf gibt. Avantgarde und Volk müssen lernen, sich in verschiedenen Szenarien zu engagieren. Es muß eine Politik entwickelt werden, in der sich die Bevölkerung selbst an den befreienden Aktionen beteiligt. Von meinem Standpunkt aus ist der bewaffnete Kampf eine Form, und es ist verdammt schwer vorstellbar, daß er vom Kontinent verschwinden wird.

In einigen Ländern haben sich aber gewisse legale Spielräume entwickelt, die es auch zu nutzen gilt. In Kolumbien stellt sich die Situation so dar, daß die M-l9, die mit der Regierung verhandelte und die Waffen niederlegte, den Gewinn eines solchen Spielraums bereits als Sieg bezeichnet. Dieser »Sieg« ist nicht nur reformistisch, sondern auch völlig unrealistisch. Es ist vollkommen unvorstellbar, daß ein Land mit einer so langen Geschichte der Repression nur durch die Unterschrift eines Regierungsvertreters und eines Guerillakommandanten von der Unterdrückung befreit wird. Die M-l9 hat bewiesen, daß auch bewaffnet sozialdemokratische Politik gemacht werden kann. Es ist also nicht die Beteiligung am bewaffneten Kampf, die den revolutionären Charakter einer Alternative bestimmt.

KONKRET: Im vorletzten Jahr gab es während der IWF-Kampagne in der Linken in der BRD unter anderem eine ziemlich heftige Diskussion über die spontanen Aufstände. Die Riots in Brasilien oder auch der März 88 in Caracas wurden dabei gelegentlich regelrecht mystifiziert. Einige hielten sie für *die* Kampfform der Massen. Wie schätzt du die Riots und ihre Rolle in einem revolutionären Prozeß ein?

Miguel: Wenn der IWF einem Land bestimmte Regeln aufzwingt und das Volk deswegen Hunger leidet, hat es das Recht, sich zu nehmen, was ihm vorenthalten wird. Die Waren sind da, niemand verteilt sie, also verteilen wir sie selbst. Die Aufgabe der organisierten Revolutionäre kann es nicht sein, sich solchen spontanen Revolten entgegenzustellen, sondern dafür zu sorgen, daß die daran beteiligten Gruppen gestärkt aus ihnen hervorgehen. Das Problem ist, daß die spontanen Erhebungen oft durch massive Repression niedergeschlagen werden und die daran beteiligten Menschen sich besiegt fühlen. Das hat eine Demobilisierung potentieller revolutionärer Gruppen zur Folge. Um das zu verhindern, müssen Revolutionäre an den Aktionen teilnehmen, denn das Volk wird keine Idee von einem Revolutionär akzeptieren, wenn es ihn nicht im Straßenkampf und beim Plündern eines Supermarkts gesehen hat. Das ist die Tragödie für die Reformisten, die diese Aktionen aus der Ferne als häßlich bewerten und trotzdem etwas von den Ergebnissen für ihre Ziele instrumentalisieren wollen. Revolutionären, die sich an einem Riot beteiligen, muß es darum gehen, daß es nicht bei der einmaligen Mobilisierung bleibt, sondern daß daraus autonome, von der Basis bestimmte Organisationsformen hervorgehen. Der Riot an sich ändert die Situation der Hungernden ja nicht.

Auch beim Caracazo im März ging es ja nicht darum, die venezolanische Regierung zu stürzen oder ihre Wirtschaftspolitik zu Fall zu bringen. Es war vielmehr ein spontaner Ausbruch von Wut und Haß. Im Aufstand drückte sich eine Art Volksgerechtigkeit aus.

Das wichtigste an diesem und an anderen Riots war und ist, daß sie beweisen, welche Kraft ein rebellisches Volk hat. Sie zerbrechen den Mythos der Unbesiegbarkeit eines Staates, und das sind Erfahrungen, die sich im Bewußtsein eines Volkes festsetzen. Gerade in Ländern wie Venezuela, wo der Rechtsstaat fest im Sattel sitzt, ist es wichtig aufzuzeigen, daß nur der außerinstitutionelle, illegale Weg die Verhältnisse verändern kann.

Den venezolanischen Organisationen ist es gelungen, mit diesem Aufstand und seinen Erfahrungen zu wachsen. Nach den gemeinsamen Kämpfen mit den Leuten aus den Stadtteilen hat die Linke dort angefangen, Vorschläge zu machen, sie hat erklärt, warum es nicht reicht, sich spontan zu erheben, und warum sich die Leute organisieren müssen. Und diesen Leuten, die den direkten Kampf schon miterlebt haben, leuchtet es dann auch viel schneller ein, warum sie Milizen und

Selbstverteidigungs-Kollektive zu bilden haben. Gerade in verstädterten Ländern wie Kolumbien und Venezuela, wo es keine lange Geschichte von städtischen Kämpfen gibt, sind solche Aufstände unheimlich wichtig.

KONKRET: Dabei geht es um das grundsätzliche Verhältnis von RevolutionärInnen zum Volk oder, um's traditionell auszudrücken, um die »Avantgarde-Massen-Beziehung«. Kolumbiens Linke hat in dieser Beziehung herbe Erfahrungen gemacht: Die Guerilla-Organisationen hatten sich mit ihrem Avantgardismus allesamt vom Volk entfernt, aber einige haben es schließlich auch geschafft, sich selber und ihre Rolle grundsätzlich zu überdenken. Ich denke hier vor allem an die UCELN, die aus einer extremen foquistisch-avantgardistischen Tradition kommt und in den letzten Jahren eine intensive Diskussion über sich selbst geführt hat. Heute spricht die UC vom »strategischen Projekt Volksmacht«: Wie würdest du theoretisch diese neuen »Avantgarde-Massen«-Beziehungen bezeichnen, und welche Autonomie haben die selbstbestimmten Organisationsformen des Volkes darin?

Miguel: Ja, der Avantgardismus war wirklich die Hauptschwierigkeit der kolumbianischen Linken und in den letzten Jahren auch der umstrittenste Punkt in der internen Diskussion. Die foquistische Guerilla Mitte der 70er hatte viel von dem Mythos des Retters an sich, von den guten Jungs, die aus den Bergen kommen und irgendwann mal die Veränderung bringen. In der Praxis kannte diese Guerilla dann eigentlich auch nur zwei Schritte der Politik: einmal sozialen Protest abzuwarten und anzuführen, und dann den beteiligten Menschen eine revolutionäre Lösung schmackhaft zu machen. Erst die zahlreichen und schweren Niederlagen haben dazu geführt, daß die Linke in unserem Land ihre Strategie überdacht hat. Hier entsteht die Idee der »Volksmacht«. Im Mittelpunkt des »Poder Popular« steht die Identitätsfindung des Volkes, und das ist eine Suche, die nur mit der direkten Beteiligung der Bevölkerung Erfolg haben kann, dadurch wird auch das Kräfteverhältnis innerhalb der revolutionären Bewegung umgeschrieben, und zwar hinsichtlich des angestrebten gesamtgesellschaftlichen Wandels. Die Massen, die bei der Identitätsfindung die eigentlichen Protagonisten sind, werden auch die Richtung und das Gesicht der revolutionären Veränderung bestimmen. Die Emanzipation, die aktive Rolle der Massen werden damit vorweggenommen.

Theoretisch lehnt sich das Volksmacht-Konzept sehr stark an den Marxismus Gramscis an. Er redet von der Hegemonie des Volkes, und er definiert diese Hegemonie vor allem kulturell: wobei Kultur bei ihm nicht nur als folkloristischer Ausdruck eines Volkes und seiner Intellektuellen begriffen wird, sondern als integrales Projekt, als tagtägliche Angelegenheit. Und diese neue kulturelle Identität, die vom Volk selber gesucht werden soll, dieses neue Zusammenleben, bricht mit einem der avantgardistischen Leitsätze, daß nämlich die Hegemonie durch und über die Avantgarde, die revolutionäre Organisation hergestellt wird. Die Guerillas der 70er haben noch behauptet, daß nur die Einheit, die sich um sie als Avantgarde sammelt, auch wirklich die Einheit des Volkes sein kann. Inzwischen gibt es dazu eine Reihe von selbstkritischen Dokumenten, die sich zum Protagonismus der Massen im Befreiungskampf bekennen. In der Realität bedeutet das, daß die einfachen Leute ihre Alternative zur Macht selber entwickeln und die bewaffneten Organisationen ihre Aufgabe darin sehen, die autonomen Aktionen der Massen zu unterstützen und Vorschläge dafür zu machen. Die direkte Aktion der Leute hat heute Vorrang, die Revolutionäre wollen ihr Projekt dem Volk zur Verfügung stellen und nicht umgekehrt, wie früher, als sie die Unterstützung des Volkes für ihr Projekt gesucht haben.

KONKRET: Du lehnst mit der Forderung nach direktdemokratischen Basisstrukturen ja auch hierarchische Befehlsstrukturen ab. Wie siehst du denn die Möglichkeit in einer Auseinandersetzung mit einem äußeren Feind, im Krieg, eine Demokratisierung zu verwirklichen?

Miguel: Klar bereitet uns die Militarisierung des Prozesses bei diesen Bemühungen enorme Schwierigkeiten. Niemand wird behaupten, daß eine militärische Organisation ohne Zentralisierung der Befehlsgewalt bei militärischen Operationen auskommt. Die Veränderung setzt an bei der neuen, 'volksmilitärischen' Sichtweise des Vorgesetzten und mehr noch in der internen Beschlußfassung bei politischen Fragen. Damit meine ich nicht nur Grundsatzfragen, sondern auch konkrete Punkte, wie z.B. die Konfrontation geführt wird, wie neue soziale Beziehungen innerhalb der Guerilla und nach außen aufgebaut werden. Bei all diesen Diskussionen muß das Kollektiv in Waffen gemeinsam entscheiden. Das ist ein wichtiger Bestandteil der »neuen Menschheit«; wenn wir als Revolutionäre die vertikalen Befehlsstrukturen einfach nur reproduzieren, wenn wir eine völlig hierarchische Organisation haben, dann wird es nach dem Umsturz auch keine wirkliche Umwälzung geben, sondern es wird ein herrschender Apparat nur durch einen neuen ersetzt werden. Ich glaube, daß weite Teile der revolutionären Bewegung Kolumbiens Klarheit darüber gewonnen haben. Der Kampf wird nicht nur auf militärischer Ebene geführt, sondern auch in den Stadtteilen, in den Fabriken, und überall da werden die AktivistInnen lernen müssen, Demokratie neu zu begreifen. Es ist ein Kampf der Basis um Möglichkeiten, sich auszudrücken, die Entscheidungen nicht andere treffen zu lassen. Entscheidungen der Vollversammlungen müssen einfach mehr zählen als die der Exekutivkomitees. Und ganz besonders wichtig ist der Kampf gegen den Bürokratismus, denn nichts ist leichter, selbst in einer Gruppe von nur 10 Leuten, als sich in eine Funktionärin oder einen Funktionär zu verwandeln. Wir alle haben nach Jahrhunderten von Herrschaft und Kapitalismus den Funktionär im Blut, und dagegen zu kämpfen ist tägliche Aufgabe, es ist Arbeit an der neuen Kultur, an der neuen Hegemonie.

KONKRET Ich finde deinen Verweis auf Gramsci interessant, weil auch in der BRD einige den Versuch unternommen haben, unter Autonomen und KommunistInnen eine Gramsci-Diskussion zu beginnen. Wie siehst du den Beitrag Gramscis für das revolutionäre Projekt in Kolumbien?

Miguel: Für mich war überraschend, wie Gramsci in Italien gesehen wird, ein verstaubtes Museumsstück, ohne jede Bedeutung für heute. In Kolumbien auf jeden Fall war er für uns *die* Entdeckung. Der allerwichtigste Beitrag, den wir bei dieser Diskussion aus der gramscianischen Tradition übernommen haben, ist die Erkenntnis gewesen, daß die Herrschaftsmechanismen des bürgerlichen Staates nicht nur und nicht einmal vorrangig seine militärischen Repressionsmaßnahmen sind. Seine größte Stärke besteht vielmehr in der Fähigkeit, einen Konsens über herrschende Kultur, Gesellschaftsentwurf und Menschenbild durchzusetzen. Das gilt für die lateinamerikanischen Länder sicher viel weniger als für die europäischen. Die kolumbianische Oligarchie hat es so z.B. nie geschafft, 'führende Klasse' zu sein, sie hat sich darauf beschränkt – wie Gramsci sagt – herrschende Klasse zu sein. Ihre Herrschaft stützt sich in viel größerem Maß als in Europa auf Gewalt. Für uns war diese Erkenntnis auch Anlaß zur Selbstkritik, denn das bedeutet ja nichts anderes, als daß wir jahrelang diese riesigen kulturellen Spielräume nicht genutzt haben. Wir sind unßhig gewesen, da, wo unsere herrschende aber nicht führende Klasse ein kulturelles Vakuum hinterlassen hat, eine revolutionäre Identität aufzubauen.

Mit Gramsci haben wir verstanden, daß der Kampf um die neue Kultur keine Aufgabe erst nach der Revolution ist, wie wir lange Zeit geglaubt haben. Das ist ein Irrtum des unglaublich ökonomistischen Sowjetmarxismus, daß ein wirtschaftliches Fundament notwendig ist, um die ideologischen, kulturellen und strukturellen Veränderungen in Angriff zu nehmen. Die kulturelle Hegemonie wird jetzt aufgebaut, wir können und müssen schon jetzt mit den Leuten die Vision einer Gesellschaft, wie wir sie wollen, entstehen lassen. Ohne das wird es nichts geben außer wechselnden Regimes, aber keine neue Gesellschaft.

KONKRET: Also die präventive Revolution. ..

Miguel: ... Ja, und die Revolution in den Organisationen. Die Methode der Politik hat sich zwangsläufig geändert. Es wird keine Wahrheit mehr zum Volk getragen, Hegemonie wird nicht mehr als Aufdrücken begriffen, sondern als selbstbestimmte Identitätssuche. Der Schwerpunkt der Arbeit hat sich verlagert, die Arbeit in Gemeinden, Stadtteilen, an der Basis ist wichtiger geworden. Es geht mehr um den Alltag des Volkes, um seine kulturellen Wurzeln, die vorher kaum beachtet wurden, weil der militärische Triumph im Mittelpunkt stand und die Abfolge von wirtschaftlicher und sozialer Veränderung als mechanische Entwicklung nach der Machtübernahme gesehen wurde.

konkret 02/90, S. 72

Ernst Köhler

Die Hamburger Schule

Mit ihrer These, die nationalsozialistische Massenvernichtung sei Ergebnis eines bevölkerungspolitischen, ökonomisch rationalen Kalküls gewesen, haben Susanne Heim und Götz Aly (KONKRET 10/89) eine heftige wissenschaftliche und politische Diskussion ausgelöst. Nach den Beiträgen von Ulrich Herbert (KONKRET 11/89), Christopher R. Browning (KONKRET 12/89) und Dan Diner (KONKRET 1/90) drucken wir diesmal Ernst Köhlers »Notizen zur Tagung des Hamburger Instituts für Sozialforschung« – einen mitunter polemischen Angriff auf eine Forschung, die »das Morden theoretisch eingeebnet« habe

I.

Vielleicht darf ich mit einem Lamento beginnen: Wenn sie doch bloß darauf verzichten würden, ein neues Paradigma zeitgeschichtlicher Interpretation kreieren zu wollen. Aber darunter scheint es heute niemand mehr zu tun. In den Arbeiten zur »nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik«, wie sie im – engeren oder weiteren – Rahmen der beiden Hamburger Institute (Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Hamburger Institut für Sozialforschung) produziert worden sind, trifft man immer wieder auf einen massiven Originalitätsanspruch, auf eine Selbstaffirmation, die die eigenen Fragestellungen und Ergebnisse aus dem Kontext der Erforschung des Dritten Reiches herausreißt und maßlos überschätzt. Für mich sind das Texte, die sich nicht entscheiden können, ob sie nun ein Stück linker Subkultur sein wollen oder Geschichtswissenschaft.

Ich möchte im folgenden zu zeigen versuchen, daß dieser Mangel an Kritik und Distanz die an sich interessanten Forschungsansätze und Überlegungen dieser Autoren stark entwertet. Man hat gelegentlich den Eindruck, daß sie die historische Untersuchung des NS-Regimes und der deutschen Gesellschaft unter dem Nationalsozialismus auf eine *Geistesgeschichte* der Humanwissenschaften und der sich mit ihnen verknüpfenden oder mit ihnen legitimierenden Planungsentwürfe zurückwerfen möchten: Geistesgeschichte statt politischer Geschichte, Geistesgeschichte statt Sozialgeschichte des politischen Verhaltens.

Mein erster Punkt ist auch gleich der heikelste. Ich behaupte, daß diese Geschichte der nationalsozialistischen Gesellschaftsplanung die konkrete Entscheidung für Mord, für den Massenmord und für den Völkermord in einer epochalen Kontinuität eugenischer, rassenhygienischer, neuropsychiatrischer und bevölkerungspolitischer Programme verschwinden läßt – so, als gebe es da eine »Logik« (das Wort taucht in den Texten immer wieder auf), ein gedanklich-politisches Kontinuum, das von den gesellschaftssanitären Utopien und den Sterilisationsgesetzen der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts in die Vernichtungspolitik des Dritten Reiches reicht; so, als tendiere jemand, der für die Legalisierung massenhafter Sterilisierungen eintritt, gewissermaßen logischerweise auch zur Zwangssterilisation, und als tendiere jemand, der für die massenhafte Zwangssterilisation und für die Entrechtung bestimmter Minderheiten und anderer Bevölkerungsgruppen plädiert und sogar kämpft, logischerweise auch zur Ermordung dieser Menschen.

Die legitime und eigentlich selbstverständliche Suche nach den Anfängen und historischen Entwicklungsformen einer Ideologiebildung oder einer wissenschaftlichen Doktrin landet hier bei der Hypostasierung eines Diskurses, der in allen politischen Systemen und über alle politischen Zäsuren und Gegensätze hinweg in sich identisch bleibt und die von ihm bestimmten gesellschaftlichen Akteure auf sein Telos: die grenzenlose Verfügung über die Menschen und ihr Leben hinführt. Ich möchte das die Metaphysik oder den Platonismus dieser »wer a sagt, sagt auch b«-Historie nennen 1. Es liegt eine fatale Ironie darin, daß gerade Autoren, die die aktive Kooperation, die führende Rolle, die praktische Mitverantwortung aller dieser Wissenschaftler, Professionellen, Bürokraten und Planer für die Verbrechen des NS-Regimes ans Licht ziehen möchten, diesen Typus einer summarischen, entdifferenzierenden und die spezifischen Entscheidungssituationen gleichsam überfliegenden Wissenschafts- und Rationalitätskritik kultivieren.

Nehmen wir zum Beispiel die Innere Mission, bekanntlich eine Protagonistin eugenisch motivierter Gewaltpolitik vor und nach 1933. Mit der Ermordung der Geisteskranken waren diese kirchlichen Funktionäre dennoch nicht einverstanden. Und wenn sie dagegen nicht *öffentlich* aufgetreten sind – die einzige Möglichkeit, die Aktion vielleicht zu stoppen – , dann nicht, weil die »innere Logik« ihres eigenen rassenhygienischen Extremismus sie entwaffnet oder paralysiert hätte, sondern weil sie christliche Untertanen waren. So jedenfalls der DDR-Historiker Kurt Nowak, einer der besten Kenner der Materie: »Das eigentliche Thema im Problemkomplex Kirche-Krankenmord ist nicht etwa ein ethisch-moralisches Versagen des Protestantismus an sich, sondern ein kirchlicher Verhaltensstil, welcher die Eindeutigkeit der ethischen Grundentscheidung in der Praxis nicht durchzuhalten vermochte.«

Die reale Chance öffentlich sichtbarer Proteste, wie sie das Regime immer gefürchtet hat, oder vielmehr das Vertun dieser Chance aus Staatsloyalität und Obrigkeitsgläubigkeit könnte man gar nicht sehen, wollte man hier den Verblendungszusammenhang oder die Hybris einer entfesselten Planungsrationalität unterstellen.

II.

Überhaupt entferne ich mich von diesem Typus einer »instrumentellen Vernunft«, die ganze Bevölkerungsgruppen, ganze Völker umzubringen bereit ist um irgendeiner imaginären, aber vielleicht politisch nützlichen »völkischen« Homogenität oder auch um irgendwelcher gigantomanischer, aber ökonomisch vielleicht genau durchdachter Modernisierungsprojekte willen, wenn ich von der Frage, wer im einzelnen die Verbrechen konzipiert, geplant und organisiert hat, übergehe zu der Frage, warum sie nicht verhindert worden sind. Letzteres zielt auf die Verantwortung der deutschen Gesellschaft und ist erst in Ansätzen erforscht (und von der vielgerühmten »Alltagsgeschichte« eher weiter vernebelt worden).

Was zum Beispiel hat die 99,9 Prozent der Anstaltspsychiater dazu gebracht, ihre Patienten widerstandslos an die T4-Kommandos auszuliefern? Man kann mit guten Gründen bezweifeln, daß hierbei die szientistische Wahnvorstellung von einer biologisch und medizinisch fundierten Sanierung der ganzen Gesellschaft eine wesentliche Rolle gespielt hat. Dazu zunächst zwei Informationen, die in dieser Hinsicht eher skeptisch stimmen: In seiner Untersuchung »Euthanasie und Sterilisierung im 'Dritten Reich'« hat wiederum Kurt Nowak nachgewiesen, daß die Weimarer Ärzteschaft das berüchtigte Buch von Karl Binding und Alfred Hoche über »Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens« (Leipzig 1920) *fast geschlossen abgelehnt hat.* Man müßte also für die Zeit nach 1933 einen nahezu schlagartigen Zerfall der konventionellen ärztlichen Standesethik ansetzen – ist das wahrscheinlich? Was weiter die Verbreitung eugenisch-rassenhygienischer Ideologien vor 1933 angeht, so habe ich nur in dem älteren, aber immer noch lesenswerten Aufsatz von Hans-Günter Zmarzlik über den Sozialdarwinismus in Deutschland ein paar brauchbare Angaben gefunden: Die »Gesellschaft für Rassenhygiene« hatte 1931 ganze 1300 Mitglieder. »Nach dem Krieg, der die Bedeutung des 'Menschenmaterials' so handgreiflich unterstrich und in Deutschland ein günstigeres psychologisches Klima für den Gedanken einer biologischen Erneuerung schuf, wurde das Interesse für Fragen der Bevölkerungspolitik und Erbpflege lebhafter. So erhielt die Rassenhygiene auch in renommierten Zeitschriften, wie z.B. den 'Süddeutschen Monatsheften', stärkere Publizität. Auch wurde versucht, die Nichtfachleute unter den Gebildeten intensiver im rassenhygienischen Sinne anzusprechen. . . Freilich: Das alles war doch verschwindend wenig angesichts der so lebhaft empfundenen Notwendigkeit, einem Volk von 70 Millionen neue Wege zu weisen. Nur auf dem äußersten rechten Flügel der politischen Front, wo der Rassengedanke und auch der Antisemitismus, mithin das Dogma von der biologisch begründeten Ungleichwertigkeit, ein ideologisch zentraler Faktor war, wurden die rassenhygienischen Forderungen aufgegriffen, wenn auch agitatorisch kaum herausgestellt. So hat die Rassenhygiene bis 1932 nur eine bescheidene Rolle am Rande des Geschehens gespielt.«2

Wenn sie mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus »sprunghaft an Bedeutung« gewinnt, so muß das ja nicht unbedingt auf einen ebenso sprunghaften Wandel des Denkens verweisen. Es spricht einiges dafür, daß jedenfalls der Durchschnittspsychiater als deutscher Beamter gehandelt hat und nicht als Anhänger einer wissenschaftlichen oder pseudowissenschaftlichen Weltanschauung – daß also eine spezifische, in Deutschland ausgebildete und durchgesetzte Form von Subalternität sein Handeln oder Nichthandeln bestimmt hat, und nicht jene etwas luziferisch anmutende Vision vom Umbau der Gesellschaft. Ich verstehe die überall in den Dokumenten der »Euthanasie«-Aktion greifbaren Strategien der Selbstentlastung, der Flucht aus der persönlichen Verantwortung, des mehr oder weniger gekonnten Selbstbetrugs, der Tabuisierung überhaupt nicht, wenn ich nicht annehme, daß die Masse dieser ärztlichen Mordgehilfen immer noch genau wußte – genauso gut, wie sie es vor 1933 gewußt, und genauso gut, wie ihre Kollegen vor 1914 es gewußt hatten – , daß der Mord an einem Kranken ein unerhörtes Verbrechen war.

Das Problem mit einem Ansatz, der die reibungslose, bürokratisch-routinemäßige Durchführung der Massenmorde der Überzeugungskraft oder doch der legitimierenden Kraft bestimmter Ideologien zuschreiben wollte, schiene mir zu sein, daß er einen viel zu engen oder linearen Zusammenhang herstellen würde zwischen praktischem Verhalten einerseits und Denken oder Bewußtsein andererseits. Diese Ärzte waren schließlich alle vor 1933 geboren und erzogen worden, und das Dritte Reich war auch niemals so etwas wie ein geschlossener, hermetischer Raum, in den die moralischen Maßstäbe der Welt nicht mehr hätten hineindringen können. »Was mich immer wieder erstaunt«, schreibt ein »Euthanasie«-Arzt im Jahre 1944, »ist die einerseits ablehnende Haltung vieler Direktoren gegenüber der Sterbehilfe, andererseits die selbstverständliche Billigung der verminderten Ernährung Geisteskranker, die auf manchen Anstalten wirklich unschöne Formen zeigt. Man lehnt es ab, den Patienten die Leiden zu verkürzen durch Darreichung von Medikamenten, und ist aber absolut damit einverstanden, daß der Patient wirklich hungert und unterernährt eines Tages den Weg geht, den man ihm durch eine kleine Hilfe hätte erleichtern können.« Wenn ich hier aus einer früheren Arbeit zitieren darf: »Der Eid des Hippokrates: nicht verachtet, nicht gebrochen, sondern nur aufs äußerste formalisiert. Es mochte unlogisch sein, aber nach 1945 erwies es sich als nützlich. Abgesehen davon, konnte man sich das Hungern als Krisenphänomen, als Kriegsnotwendigkeit, als höhere Gewalt zurechtlegen. Und diese hungernden, sterbenden Menschen sahen allmählich immer mehr so aus, wie Staat und Partei sie zu sehen es befohlen hatten: 'lebensunwert' in jenem präzisen Sinn. Das war vielleicht das Beste daran. Mir scheint, es war andersherum: sie mußten nicht sterben, weil die Ärzte bestimmte Überzeugungen gehabt hätten, sondern weil die Ärzte *überzeugt werden wollten,* weil sie von ihren inneren Bedenken befreit werden wollten.«3

III.

Ich habe dieses Beispiel auch gewählt, weil der nationalsozialistische Massenmord an den Psychiatriepatienten für die Herausgeber der »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« (die ersten beiden Hefte sind diesem Thema gewidmet) und, wenn ich es richtig sehe, auch für Karl Heinz Roth und die mit ihm zusammenarbeitenden Forscher ein Modellfall ist (vgl. dazu etwa den von Karl Heinz Roth herausgegebenen Band: Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum 'Gesetz über Sterbehilfe', Berlin 1984). An diesem Verbrechen haben sie zuerst ihre allgemeinen Thesen über die – bislang von der Forschung nicht nur nicht angemessen gewürdigte, sondern sogar mehr oder weniger bewußt und systematisch verschleierte – eigenständige und leitende Rolle der wissenschaftlichen und planenden Intelligenz im Dritten Reich entwickelt:

»Auch wenn man nach den Gründen für die erste Massenvernichtungsaktion an den deutschen Psychiatriepatienten fragt, stößt man auf den von Akteuren bewußt gedachten Zusammenhang zwischen Modernisierung und Vernichtung. In der 'Euthanasieaktion' setzten sich therapeutischer Fortschritt und Fortschritt in der Organisation der althergebrachten Anstaltspsychiatrie auf Kosten der unheilbaren, therapeutisch nicht beeinflußbaren Patienten durch, die einfach getötet wurden. In einer Studie zur ökonomischen Planung im besetzten Polen begegneten wir demselben Zusammenhang: Dort wurde im Rahmen der ökonomischen Entwicklungsprogramme immer deutlicher die Forderung erhoben, die Juden aus dem künstlichen Besatzungsgebilde 'Generalgouvernement' zu eliminieren.«4

Ich spare mir meine Frage, ob denn das Interesse an der Geschichte von Psychiatrie, Medizin, Gesundheitspolitik – geboren vielleicht im Kontext der »Randgruppen«-Problematik und der Psychiatriekritik der 70er Jahre und dann der ersten alternativen Gesundheitstage – nicht doch besser bei sich selbst und seinen ursprünglichen Gegenständen geblieben wäre, noch ein wenig auf. Ich ignoriere vorerst mein Befremden darüber, das Thema Judenvernichtung hier in einer Reihe zur nationalsozialistischen Sozial- und Gesundheitspolitik abgehandelt zu finden.

Mein Einwand lautet zunächst einmal nur, daß dieses im engen Zusammenhang mit der »Euthanasie« angeblich neuentwickelte psychiatrische Reform- und Modernisierungsprogramm in der Substanz alt ist, so alt wie die moderne Psychiatrie selber. Seitdem es Irrenanstalten gibt, kämpfen sie darum, die Masse der chronisch Kranken loszuwerden und sie in irgendwelche Pflegeanstalten (oder etwa auch in irgendeine »Familienpflege«) abschieben zu können. Freilich war das nicht Mord – aber das dürfte, wenn ich hier einmal etwas polemisch werden darf, für jemanden, der von einer »sozialen Endlösung« zu reden beliebt (Klaus Dörner), ja eigentlich keinen wesentlichen Unterschied ausmachen. Durch die gesamte moderne Psychiatriegeschichte zieht sich dieser Zusammenhang zwischen therapeutischer Reform und der institutionellen Aus- und Absonderung der »Unheilbaren«, und seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war es der Psychiatrie – im Wettbewerb mit der aufsteigenden naturwissenschaftlichen Medizin – um die Herausdifferenzierung der »Klinik« aus der Verwahranstalt zu tun gewesen. In dieser Perspektive nehmen sich die Pläne der Nazi-Psychiater etwas anders aus: Sie reproduzieren nur, freilich unter singulären Bedingungen und auf verbrecherische Weise, ein altes professionelles Lösungsschema. Nur der Elektroschock und der Insulinschock waren neu. Es geht, so scheint mir, auch jetzt wieder um die Reproduktion und die Weiterentwicklung der eigenen Fachdisziplin und der eigenen Arbeitsmöglichkeiten. Auch für diese begrenzten, korporativen (früher hätten wir gesagt: ständischen) Ziele waren diese Mediziner bereit zu morden.

Man muß also die NS-Psychiatrie – mindestens *auch* – von hinten, von früheren Phasen, von der Geschichte her sehen. Man könnte sogar argumentieren, daß es gerade die *Rückständigkeit,* die ewige wissenschaftliche Erfolglosigkeit und Stagnation der Psychiatrie gewesen sei – einer Pseudomedizin, einer Aftermedizin, die die Krankheiten, die sie zu behandeln hat, seit hundert Jahren nicht finden, nicht erklären, nicht heilen kann – , die ihre Fachpolitiker und Lobbyisten im Dritten Reich zu diesem Kalkül mit dem Massenmord gebracht hat. Dann wäre das Bild, das Götz Aly und die »Beiträge« zeichnen, eine Art futuristisches Szenarium – und zwar eines, das, wie man inzwischen sagen kann, auch noch die psychiatrischen Reformansätze der 70er Jahre überzeichnet. Es hätte die Modernität jedenfalls dieser speziellen Modernisierungspolitik überschätzt, und es hätte die Interessen und Intentionen dahinter nicht richtig erfaßt. In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, daß in den Dokumenten der »Euthanasie«-Aktion immer wieder der nackte, wissenschaftlich nicht weiter bemäntelte fiskalische Kosten-Nutzen-Kalkül durchschlägt, immer schon ein und gegen 1933 *das* Zentralthema der psychiatrischen Fachdiskussion.

IV.

Aber damit ist die Kernthese Götz Alys und Susanne Heims natürlich nicht widerlegt oder auch nur ernsthaft bestritten. Ich habe mich nur bemüht, sie etwas zu trivialisieren und dem Zusammenhang von Modernisierung und Massenmord im Dritten Reich den Charakter eines dramatischen Modernisierungsschubs zu nehmen. Der Blick der Autoren scheint mir hier getrübt oder befangen von einer aktuellen Problemstellung, von der Auseinandersetzung mit der allermodernsten Medizin etwa und ihren menschenverachtenden Forschungen. Was hat die Psychiatrie, dieser klassische Sektor medizinischer Unterentwicklung – angesiedelt im Schnittpunkt von Medizin und Polizeiwesen – damit zu tun: die von gestern, die von heute? Auch von einer gesamtgesellschaftlichen Planung auf neuem Niveau und in neuen Dimensionen kann ich hier nichts

entdecken – einer solchen Sicht entzieht sich gerade der politische Charakter oder Formtypus dieser und, wie ich meine, auch der anderen nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsaktionen. Es waren das, freilich mit den ganzen organisatorischen Mitteln eines modernen Staatsapparates effektivierte und ausgeweitete, *Improvisationen;* es waren das *Kampagnen,* Kampagnen freilich, die ihre politische Demagogie wörtlich nahmen und von Propaganda und Terror zur systematischen Verwirklichung ihrer Drohungen übergingen.

»Fortschritt«, »Entwicklung«, »Modernisierung«, »Rationalisierung« – die eines Betriebes, die einer Region, einer ganzen Ökonomie, einer ganzen Gesellschaft: regelmäßig werden dabei Menschen, viele Menschen überflüssig gemacht. Der Fortschritt war und ist sehr oft, und wenn man die Dinge global sieht: immer, mit der Entrechtung, Verelendung, Unterernährung und dem Sterben großer Menschenmassen verbunden. Ich glaube, man darf den Beitrag der Hamburger und Berliner Forschungsgruppen um Karl Heinz Roth und Götz Aly im Prinzip als den Versuch verstehen, aus dieser fundamentalen Erfahrung der Moderne – Europa hat sie vor allem in den Epochen der »ursprünglichen Akkumulation« und während der ersten Phasen der kapitalistischen Industrialisierung gemacht (und macht sie heute mit der Massenarbeitslosigkeit in gewisser Weise wieder); die sog. Dritte Welt hat sie seit der ersten Konfrontation mit der westlichen Zivilisation ununterbrochen gemacht – für das Verständnis des NS-Regimes zu lernen. Für diese Autoren war es, kurz gesagt, auch die Erfahrung der Roma, der Juden, der Polen, der Russen, sobald und soweit sie in die Reichweite nationalsozialistischer Macht gerieten. Die »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« beispielsweise müßten inzwischen korrekter etwa »Beiträge zur nationalsozialistischen Kolonialisierung Europas« heißen.

Zu den ehrgeizigsten Experimenten in dieser Richtung gehört die bereits zitierte Arbeit von Götz Aly und Susanne Heim über die Judenvernichtung im besetzten Polen. Die These lautet kurz zusammengefaßt: Die ökonomische Ausschaltung, dann Ghettoisierung, dann Deportation und Ermordung der polnischen Juden war integrierter Bestandteil umfassender Modernisierungspläne, die die gesamte polnische Ökonomie umstrukturieren und auf eine ganz an den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft orientierten Leistungssteigerung programmieren wollten. Die Rationalisierung der polnischen Landwirtschaft und die Zerstörung und Transformation ihrer traditionellen Subsistenzwirtschaft würde Millionen von dort in unsichtbarer Unterbeschäftigung dahinvegetierenden Arbeitskräften freisetzen und offen arbeitslos machen. Diese Menschen würden auf längere Frist nur von einer modernen Industrie absorbiert werden können, die aber erst noch aufzubauen war. Allzuviel Zeit würde man dafür freilich nicht haben, denn die entwurzelten und vom Hunger bedrohten polnischen Massen würden ein gefährlicher Unruhefaktor sein – ein Gedanke, der den Nazis bekanntlich immer nahelag. Um dieser also gleich doppelt notwendigen Industrialisierung freie Bahn zu schaffen, würden die Juden zu verschwinden haben; denn Juden vor allem waren es, die mit ihren typischen kleinen Betrieben die gewerblichen und kommerziellen Sektoren in den polnischen Städten besetzt hielten und damit die ganze Entwicklungsperspektive blockierten. Erdacht, und nicht nur erdacht, sondern vorangetrieben und durchgesetzt worden ist dieses Konzept, das also von Anfang an mit der Existenznot und dem Tod von Millionen von Menschen rechnete, von den intellektuellen Beratern der Besatzungsmacht, einem wohlorganisierten und wohletablierten Braintrust von in aller Regel hochqualifizierten Ökonomen und Bevölkerungswissenschaftlern .

Ich sollte hier vielleicht zunächst einmal sagen, daß mir diese Planungen vorher völlig unbekannt waren. Schon die Entdeckung dieser Dokumente ist für mich eine erstrangige Leistung, und sie wäre ohne die Hypothese oder, wie ich lieber sagen würde, ohne das Vorurteil von einer überragenden Rolle dieser Wissenschaftler und Planer vielleicht gar nicht zustandegekommen. Wie vor Jahrzehnten schon einmal, nämlich bei der Veröffentlichung der emotionslos-apokalyptischen Planspiele gewisser amerikanischer Futurologen, ist mir auch beim Studium der Gedankengänge eines Helmut Meinhold oder eines Walter Emmerich oder eines Rudolf Gater wieder bewußt geworden, daß ich offenbar an einer Art tiefsitzender Denkhemmung (und Aggressionshemmung) gegenüber der Wissenschaft leide...

Die These selbst freilich erscheint mir als eine grobe, um nicht zu sagen groteske Fehleinschätzung – geeignet wohlmöglich, die ganze Forschungsrichtung zu diskreditieren. Die Verfasser machen aus einer Planungsrationalität, die sich angesichts der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik radikalisiert oder entgrenzt, die treibende oder doch inspirierende Kraft hinter diesen Verbrechen. Es rächt sich hier die Orientierung an Krankenmord und Psychiatriereform, denn der politische Stellenwert dieser Aktionen und Pläne und jener der Judenpolitik sind, Modernisierung hin oder her, natürlich ganz unvergleichbar; entsprechend unvergleichbar auch das Interesse, das Engagement, die Verwicklung der diversen Machtzentren in den beiden Fällen; entsprechend unvergleichbar die jeweilige Position oder das relative Gewicht der »planenden Intelligenz« .

Es rächt sich hier aber auch der »täterbiographische« Ansatz der Studie, der für die Verfasser doch nicht, wie sie behaupten, bloß eine vielversprechende Methode zu sein scheint. Die neu in Gang gekommene Diskussion über den politischen Prozeß, der schließlich zur Judenvernichtung geführt hat, und über die Rolle Hitlers darin fegen die Autoren souverän beiseite. Das entnehme ich jedenfalls der folgenden Bemerkung: »Hans Mommsen irrt, wenn er von dem 'gleichsam automatischen Prozeß' spricht, der die 'interessenpolitische Intervention unterband'. So argumentierend landet man beim 'Rätsel Auschwitz' und verhindert, die eigene sozialwissenschaftliche Disziplin mit den Gaskammern in Verbindung zu bringen und ganze Wissenschaftseinrichtungen oder wenigstens einen Teil ihrer Methoden als Teil des Verbrechens zu

begreifen.« Das scheint mir aus der Luft gegriffen, hier die These Mommsens: »Der Schritt zur Massenvernichtung steht am Ende eines komplexen und durchaus offenen politischen Prozesses, in dessen Verlauf die inneren Antagonismen des Systems die möglichen Optionen zunehmend verstellten, so daß die physische Liquidierung des Judentums schließlich als möglicher Ausweg erschien.« Was immer davon zu halten ist, es ist doch immerhin eine plausible Erklärung, keine Verrätselung. Und die entlastet, wenn das der grundlegende Einwand ist, auch niemanden von seiner persönlichen Verantwortung für das Verbrechen. Mommsen wendet sich hier doch vor allem gegen die Interpretation der nationalsozialistischen Judenvernichtung als einer von Hitler schon zu Beginn seiner politischen Laufbahn geplanten und dann zielbewußt und diktatorisch in die Tat umgesetzten Politik. Aus dieser Sicht *vervielfachen* sich doch die Akteure, die in bestimmten Situationen auch ganz anders hätten handeln und die sich abzeichnende Vernichtungspolitik hätten abblocken können.

Verantwortung läßt sich eben nicht bloß und auch nicht am besten in Täterbiographien rekonstruieren – es sei denn, man interessiere sich dabei vor allem für das, was jemand gedacht und gewollt hat. Was Götz Aly und Susanne Heim zeigen, ist, wer diese Modernisierer im okkupierten Polen waren, wessen sie fähig waren, wessen Wissenschaft damals fähig war – und unter Umständen in Zukunft wieder fähig sein wird. Aber was diese Intellektuellengruppen politisch dargestellt haben, über welchen Einfluß sie verfügten, darüber kann man von Hans Mommsen, der sich gar nicht für sie interessiert und sie nicht einmal erwähnt, mehr lernen. Es wäre doch schon viel, wenn man nachgewiesen hätte, daß diese Wissenschaftler die politisch Verantwortlichen und die Organisatoren einer eskalierenden Vernichtungspolitik mit *zusätzlichen* Legitimierungen versehen und versorgt haben. Gerade Mommsen arbeitet in dem zitierten Text die innere Unsicherheit der Mächtigen des Dritten Reiches heraus – einschließlich Hitlers, der selbst im engsten Kreis die Dinge nie beim Namen zu nennen wagt. Das war schon so bei der Ermordung der psychisch Kranken und der Behinderten, die bekanntlich immer nur als »Sterbehilfe« gehandelt wurde. Dieser Bedarf an Unverfänglichkeit und Sprachregelung, an kaschierenden oder euphemistischen Formeln – im Falle der Deportation und Ermordung der Juden war es wohl vor allem der »Arbeitseinsatz« – hat der Intelligenz im engeren Umkreis der Macht möglicherweise eine stabilisierende Funktion von erheblicher und mit der heranrückenden Kriegsniederlage noch wachsenden Bedeutung zugeschanzt.

V.

Statt also von der politischen Gesamtsituation auf die Intelligenz zu blicken, blicken unsere Autoren von der Intelligenz auf die politische Gesamtsituation. Statt den Part der Wissenschaft im »polykratischen« Machtgefüge des Dritten Reiches zu bestimmen, verwandeln sie den politischen Raum in das Laboratorium der Wissenschaft. Bei dem Versuch, mir diese Verkehrtheit verständlich zu machen, bin ich auf einen merkwürdigen Zusammenhang gestoßen.

Ich habe den Eindruck, daß in den Arbeiten der, wie ich es einmal nennen will, Hamburger Schule die Wissenschaftskritik und die Kritik der verwissenschaftlichten Sozialplanung alles das leisten sollen, was früher der Analyse des politischen Systems aufgetragen war. Die alte Staatstheorie, die alte Parlamentarismuskritik, die alte Faschisierungsthese scheinen sich in diese Geschichte und kritische Theorie der modernen Bevölkerungspolitik zurückgezogen oder sich dort verbarrikadiert zu haben, und nur noch der auffallend geharnischte Stil der meisten dieser Texte verrät, daß man das alte Terrain wohl noch nicht ganz aufgegeben hat.

Ich habe mir das an der Studie von Ludger Weß über den Bevölkerungswissenschaftler Hans Wilhelm Jürgens und seine glanzvolle Nachkriegskarriere verdeutlicht.5 Ich räume ohne weiteres ein, daß mich die Ungebrochenheit und die Unangefochtenheit dieses Aufstiegs denn doch überrascht hat. Meine Kenntnis von der personellen und ideologischen Kontinuität in allen öffentlichen Bereichen ist offenbar doch nicht ausreichend. Man kann es kaum glauben, daß dieser Typ von offen biologistischer und sozialrassistischer Forschung und Gesellschaftsplanung die volle Anerkennung der höchsten politischen Instanzen gefunden und auch über dementsprechende finanzielle und institutionelle Ressourcen verfügt hat – bis zu dem 1972 gegründeten Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, dessen Chef Jürgens wird. Das ist ein ausgezeichnetes Stück Arbeit, aber wieso vermeidet es der Verfasser, über die politische Bedeutung dieser Vorgänge zu reflektieren? Versteht sie sich denn von selbst, oder will uns der Autor vielmehr nur suggerieren, daß sie sich von selbst verstehe? In dem bekannten Buch von Gunnar Heinsohn, Rolf Knieper und Otto Steiger über die moderne Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik – einer Arbeit, der man kaum einen besonderen Hang zur Apologetik vorwerfen kann – finde ich das Bild einer bundesdeutschen Bevölkerungswissenschaft, die sich unter dem Druck der »Vergangenheitsbewältigung« erst einmal in einen wissenschaftlichen Agnostizismus flüchtet. Und ich finde hier ein Zitat aus einer Stellungnahme der Bundesregierung vom Jahre 1975: »Die Bundesregierung ist nicht der Auffassung, daß aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse bereits jetzt der Zeitpunkt zum Einsatz direkter bevölkerungspolitischer Maßnahmen gekommen wäre.« Dieser Standpunkt ist offenbar 1977 und 1978 unverändert wiederholt worden, war das eine Irreführung der Öffentlichkeit?

Ich würde auch gern wissen, wie Ludger Weß in diesem Zusammenhang die Tatsache gewichtet, daß es in der Bundesrepublik eine politische Öffentlichkeit gibt, und darin eine Pluralität von miteinander konkurrierenden und

streitenden Konzeptionen von Sozialforschung. Oder ist das keine Tatsache und gibt es hier in Wirklichkeit keine funktionsfähige politische Öffentlichkeit, sondern nur eine durch und durch manipulierte und manipulatorische Pseudoöffentlichkeit? Dann müßte er das aber sagen und argumentativ vertreten. Wenn er es nicht argumentativ vertreten kann, sondern nur befürchtet, müßte er auch das sagen. Wenn er wirklich und beim besten Willen nicht weiß, in was für einem politischem System er eigentlich lebt, oder in den provokanten Worten von Heidrun Kaupen-Haas: »...inwieweit wir, bezogen auf diese Fragestellung, in der Weimarer Tradition, im 53. Jahr des Tausendjährigen Reichs oder im 41. Jahr der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen«, dann sollte er nicht zwischen den Zeilen signalisieren, daß er es doch weiß: nämlich im 53. Jahr des Tausendjährigen Reichs. Er sollte seine Untersuchungsergebnisse dann relativieren, statt sie so zu präsentieren, als seien sie auf eine irgendwie umfassende Weise symptomatisch.

VI.

Abschließend möchte ich noch einmal auf meinen ersten Punkt zurückkommen. Was hieß es, im Dritten Reich für unbrauchbar erklärt zu werden? Ich sehe hier einmal ganz davon ab, daß die Modernisierungsthese, zumindest in ihrer neuesten Präsentation, die Kriterien, nach denen damals Menschen ermordet worden sind, gewaltsam vereinheitlicht und auf ein einziges Kriterium reduziert: das der ökonomischen Unbrauchbarkeit oder Überflüssigkeit (man kann sich ja fragen, wo denn jetzt auf einmal das bislang immer so stark privilegierte Kriterium der biologischen Gefährlichkeit geblieben ist). Viel wichtiger ist, daß alle diese Modernisierungs- und Sanierungstheorien das Morden nicht erklären können. Und daß ihnen das nicht einmal mehr bewußt zu sein scheint. Sie haben das Morden *theoretisch eingeebnet.* Es ist für sie nicht mehr erklärungsbedürftig, weil es für sie im Wesen von irgendetwas liegt: im Wesen der Eugenik, im Wesen der Modernisierung.

Anmerkungen:

1. In seinem großen und gelehrten Aufsatz über den »Paradigmenwechsel der klassischen Genetik und seine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbiologie des Dritten Reichs« (in: Heidrun Kaupen-Haas, Hrsg., Schöner neuer Mensch, Der Griff nach der Bevölkerung, Hamburg 1986) versucht Karl Heinz Roth zu zeigen, daß, grob vereinfacht, die deutsche und nationalsozialistische Rassenhygiene nur eine Variante einer international von nahezu allen führenden Humangenetikern entwickelten erbbiologischen Dekadenztheorie und eines dem Ernst dieser Lage entsprechenden eugenischen Aufbesserungsprogramms gewesen sei. Es war danach also die seriöse Wissenschaft selber, die damals jenen umfassenden »Griff nach der Bevölkerung« gedanklich ausgearbeitet, legitimiert und politisch vorbereitet hat, und nicht etwa bloß irgendeine obskure pseudowissenschaftliche, halbmythologische Abart oder Zerrform dieser Theoriebildung .

Gewissermaßen im Vorübergehen und mit leichtem Erstaunen registriert Roth, daß einige dieser hochwissenschaftlichen Ideologen eines neuen biologistischen Katastrophenbewußtseins »politisch entschiedene Antifaschisten« gewesen seien. Aber ist das nicht entscheidend? War diese politische Haltung damals nicht das eigentlich Relevante, die wissenschaftliche Doktrin demgegenüber durchaus zweitrangig? Schärfer gefragt: Kann eine Eugenik, die sich mit demokratischen Positionen verbindet, überhaupt in einen Topf geworfen werden mit einer Eugenik, die sich mit antidemokratischen Positionen verbindet? Ist denn Eugenik Eugenik?

Auch das »Internationale Ärztliche Bulletin«, eine Zeitschrift, die 1934 bis 1939 von aus Deutschland emigrierten linken Ärzten in Prag herausgegeben wurde (jetzt als Reprint neu erschienen: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 7, Berlin 1989), zollen der Wissenschaftsgläubigkeit und dem eugenisch-sozialhygienischen Theoriekomplex dieser Epoche ihren Tribut, und das nicht zu knapp. Aber doch z.B . mit einem klaren, entschiedenen Votum gegen die Verschärfung von Abtreibungsgesetzen (vor allem 1936 in der Sowjetunion). Was hat eine Sozialhygiene, die die Frauen unterdrücken will, zu tun mit einer Sozialhygiene, die sie zu respektieren sucht? Oder was hat eine Eugenik, die wie die des Sozialdemokraten Alfred Grotjahn am liebsten ein Drittel der Bevölkerung einsperren möchte, zu tun mit einer Eugenik, die niemand einsperren möchte?

2. Hans-Günter Zmarzlik, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in: ders. Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit. Aufsätze und Überlegungen eines Historikers vom Jahrgang 1922, München 1970, S.56 ff.

3. Ernst Köhler, Medikalisierung der Armut im 19. und 20.Jahrhundert, in: Klaus Dörner, Hrsg., Lebenslänglich arbeitslos, weil minderwertig., 37. Gütersloher Fortbildungswoche, Gütersloh 1986, S.46

4. Götz Aly und Susanne Heim, Die Ökonomie der »Endlösung«, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 5: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung? Berlin 1987, S.12

5. Hans Wilhelm Jürgens, Ein Repräsentant bundesdeutscher Bevölkerungswissenschaft, in: Heidrun Kaupen-Haas, Hrsg., Der Griff nach der Bevölkerung, Hamburg 1986

konkret 02/90, S. 78

Gunter Schmidt

Buch des Monats - Beschwichtiger der großen Differenz

Günter Amendt (Hg.): Natürlich anders. Zur Homosexualitätsdiskussion in der DDR, Pahl-Rugenstein, Köln 1989. 240 Seiten, 19,8O Mark

Tollkühn wie die *Sieben Schwaben* plant der Hamburger Senat eine Bundesratsinitiative zur Streichung des Paragraphen 175 StGB. Zuvor sollen allerdings noch einmal Wissenschaftler gehört werden, zum hundertsten Mal und wieder zu der Frage, die seit 90 Jahren uniform gestellt und konsequent verneint wird: ob ein Jugendlicher durch ein homosexuelles Erlebnis homosexuell werden könne. Stell dir vor, die Politiker machen eine Anhörung und niemand geht hin – weil die Anzuhörenden die unstillbare Lernunfähigkeit satt haben, und weil sie die Frage nach der Verführung zur Homosexualität im Zusammenhang mit strafrechtlichen Bestimmungen als solche empörend finden, denn die Antwort kann nur dem relevant sein, der in der Homosexualität prinzipiell etwas Minderwertiges entdeckt; sonst wäre es ohne Bedeutung, welche Entwicklung ein Jugendlicher nach einem homosexuellen Erlebnis nimmt.

Der Senat sollte einfach von der Volkskammer der DDR lernen, die, wohlgemerkt noch unter alten Verhältnissen, den Paragraphen 151 StGB (das Pendant des 175) zum 1. Juli letzten Jahres abgeschafft hat. Damit sind ungleiche Schutzalterbestimmungen für homosexuelle und heterosexuelle Beziehungen, d.h. ein Stück Diskriminierung und Verfolgung Homosexueller von staatswegen, abgeschafft, eine Menschenrechtsforderung verwirklicht, für die hier immer noch argumentiert werden muß. Die DDR war der BRD in dieser Frage immer voraus. Schon 1950 wurde die von den Nationalsozialisten 1935 verfügte fürchterliche Verschärfung des Paragraphen 175 – Heraufsetzung der Strafe auf bis zu 10 Jahren Zuchthaus und/oder Sicherheitsverwahrung – zurückgenommen, und der 175 erhielt seine alte Form; wenig genug, aber keine CDU-geführte Regierung hätte jemals daran gedacht, nationalsozialistische Auffassungen in dieser Frage zu revidieren. Sie verschwanden erst 1969 aus dem hiesigen Strafgesetzbuch, als die Strafbestimmungen gegen homosexuelle Handlungen von Erwachsenen aufgehoben wurden. Auch diese Streichung des sogenannten »einfachen Tatbestandes« wurde übrigens in der DDR früher vollzogen (1968).

Die Sexualwissenschaft der DDR hat sich in der Homosexualitätsdiskussion bis zu Beginn der 80er Jahre bedeckt gehalten. Ihre Botschaft war zwiespältig und zwielichtig: Homosexuelle seien zwar zu tolerieren, aber besser wäre es schon, man könne Homosexualität verhindern/heilen. Erst in den 80er Jahren revidierten Ernst Schnabl Lykke, Aresin und vor allem der couragierte Kurt Bach diese Position und kämpften für die Gleichstellung Homosexueller. In der Forschung beherrschte zwei Jahrzehnte lang Günter Dörner mit seinem biologistischen Ansatz das Feld. Für Dörner ist die Homosexualität durch eine vorgeburtliche Hormonstörung oder -anomalie oder -auffälligkeit (mal so mal so) verursacht, und er ist bis heute fasziniert durch die Möglichkeit der Prävention der Homosexualität, also der Abschaffung Homosexueller, durch Hormonprophylaxe im Rahmen vorgeburtlicher Vorsorgeuntersuchungen .

Sprachlos standen Gesellschaftswissenschaftler der DDR solchem gefährlichen Unsinn gegenüber, bis sie sich Mitte der 80er Jahre organisierten. Sie – Philosophen, Soziologen, Sozialhistoriker, Psychologen – diskutierten 1985 und 1988 auf zwei Tagungen mit dem Thema »Psychosoziale Aspekte der Homosexualität«. Günter Amendt hat die wichtigsten Vorträge dieser Tagungen, die Aufbruch und qualitativen Sprung in der wissenschaftlichen Homosexualitätsdebatte der DDR markieren, unter dem Titel »Natürlich anders« zusammengestellt. Das Buch informiert über die Lebenssituation Homosexueller in der DDR, die lange in beinahe gespenstischer Weise durch Isolierung und Mimikry gekennzeichnet war, und setzt sich mit theoretischen Problemen auseinander, die hier in der Diskussion zu kurz kommen, vergessen sind oder scheinbar nicht mehr interessieren. Das Buch handelt fast ausschließlich von männlicher Homosexualität. Nur Ursula Sillge schreibt in einem von 17 Aufsätzen »Zur psychosozialen Situation der Lesben in der DDR«.

Ein zentrales Thema des Buches ist die Frage nach dem Verhältnis von Emanzipation und Integration. Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Integration der Homosexuellen wird von fast allen Autoren – auch von denen, die sich als »Betroffene« zu erkennen geben – beschworen. Es herrscht schon ein unheimlich zu nennendes Integrationsklima. Einige Zitate: »Allseitige gesellschaftliche Integration«, »planvolle kulturelle Integration Homosexueller« (Dietmar Bsonek); »gleichberechtigte Integration homosexueller Bürger« (Ursula Sillge); »gleichgeschlechtlich Liebende in die Gesellschaft integrieren« (Eduard Stapel); »produktive soziale Integration« (Hubert Thinius); »gesellschaftliche Integration homosexueller Männer und Frauen« (Günter Grau); oder am schönsten »vollkommene soziale Integration Homosexueller« (Rainer Warzcok) – der Autor meint vermutlich »vollständige« und verrät zugleich, daß ein Homosexueller nur sozial integriert »Vollkommenheit« erlangen kann.

Das Integrationspathos ist so stark, daß bei einigen Autoren schwer faßbar ist, was sie meinen. Alle verstehen darunter die Befreiung von Diskriminierung. Soweit so gut. Aber viele meinen offenbar auch: unauffällig bleiben, nicht aus dem Rahmen fallen, Anpassung, sexuelle Wohlanständigkeit, Domestizierung der Sexualität durch Partnerschaft, Treue und Liebe, Assimilation. Am weitesten geht Rainer Warzcok in dem für mich problematischsten Aufsatz der Sammlung, wenn

er die »Schaffung gesellschaftlicher Leitbilder für homosexuelles Verhalten« kennzeichnet als eine »gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei deren Lösung die Massenkommunikationsmittel, gesellschaftliche Organisationen und staatliche Institutionen (!) eine besondere Verantwortung besitzen«. Leitbilder sollen sich Schwule gefälligst selbst schaffen, wenn sie sie schon brauchen. Haben sich denn Homosexuelle »aus der Obhut der Medizin« befreit (Günter Grau), um sich nun in die »Obhut« von Sozialingenieuren zu begeben? Lediglich in den Beiträgen von Hubert Thinius und Günter Grau, die der Avantgarde der neuen Homosexualitätsforscher in der DDR zuzurechnen sind (und die jeder drei Aufsätze zum Buch beisteuern), taucht neben »Integration« überhaupt der Begriff »Emanzipation« ausdrücklich auf und wird der Widerspruch von Emanzipation und Integration wenigstens thematisiert.

Eine Vereinigung mit der Gesellschaft wird angestrebt, bevor sich die Minderheit überhaupt artikulieren kann. *Nicht*-Integration muß hier geradezu zu einer Forderung des Minderheitenschutzes werden. Viele Autoren warnen dagegen vor der Selbstorganisation und Abgrenzung Homosexueller; sie eint ihre Angst vor der »naturwüchsigen« Dynamik, vor der Schubkraft einer frei sich entwickelnden Subkultur. Das »neuerwachte Subjektsein der Homosexuellen« dürfe man nicht dem »Selbstlauf überlassen«, so formuliert Dietmar Bsonek einen spürbaren Konsens der Autoren, denn »separierende Organisationen« werden in die »Sackgasse der Selbstgenügsamkeit münden«. Haben die Forscher Angst, daß sich Entwicklungen ihrem wissenschaftlichen Rat und Zugriff entziehen könnten?

Zum Beispiel im Hinblick auf ihre Vorstellungen von der »richtigen« Sexualität Homosexueller? Hubert Thinius beschäftigt sich am ausführlichsten und differenziertesten mit dem Sexualverhalten homosexueller Männer. Die unordentlichen, als unpassend empfundenen Erscheinungsweisen der Homosexualität – Klappen, Parks, Promiskuität, Reduktion der Liebe auf »wechselseitige Betätigung der Genitalien« – sind für Thinius allein ein »historisches Produkt der Diskriminierung und Verfolgung«. Nicht mehr verfolgt, können Homosexuelle von diesen »Überlebensstrategien«, die keine »subjektive Charakterlosigkeit« sind (eine objektive?, d.A.), befreit werden und ihre Sexualität in die »Gesamtpersönlichkeit« und in die »gesamten Lebenszusammenhänge« integrieren, kurz, die »Lebensweise Homosexueller würde sich qualifizieren«.

Dieser pädagogische Eifer, der »gesunde« Sexualität nur als sozial integriert und konstruktiv zu dulden vermag, geht nun wirklich zu weit. Wilhelm Reich lebt wieder auf, der auch glaubte, daß die Sexualität von allem Gemeinen, Bizarren, Asozialen, Perversen gesäubert werde, wenn sie nicht länger

durch Verbote verhunzt und verstümmelt wird. Reich allerdings hoffte auch auf das Verschwinden der Homosexualität in diesem Reinigungsprozeß. Thinius Chupze, als kritischer Geist positiv normierend in Aktion zu treten, ist für jemanden, der sich hierzulande als kritisch versteht, atemberaubend und ein wenig neiderregend. Typisch für diese Haltung ist sein tieftrauriger, sensibler und provokanter Aufsatz »Promiskuität? Nachdenken über einen Aspekt des Sexualverhaltens bei Schwulen«, in dem er Promiskuität als Verrat an der Engelschen individuellen Geschlechtsliebe kritisiert. Dieser Aufsatz ist geeignet, jede Diskussion über Homosexualität zum Kochen zu bringen.

Ist, so muß man Thinius und andere Autoren fragen, Homosexualität nur dann erlaubt, wenn sie von der Heterosexualität nicht mehr zu unterscheiden ist? In der Tat bewegt die Autoren des Buches die Frage der Gleichheit/Andersartigkeit Homo- und Heterosexueller. Der Konsens ist groß: Abbau von Diskriminierung reduziert Auffälligkeit und Besonderheit. Da es nicht-diskriminierte Homosexuelle nicht gibt, ist die Frage nicht zu beantworten, wie ähnlich oder unähnlich sich Hetero- und Homosexualität »an sich« sind. Warum sie dann so vehement stellen? Ist das Angebot von Gleichheit eine Unterwerfungsgeste gegenüber dem Unterdrücker?

Den Beschwichtigern der großen Differenz stehen die Prediger des wesenhaften Unterschiedes ideologisch gegenüber. Zu letzteren gehören »unsere« hiesigen großen Homosexualitätsforscher, die die prinzipielle Andersartigkeit Homosexueller mit progredienter Inbrunst verkünden, als hätten sie erst jetzt und zum ersten Mal Guy Hocquenghem gelesen: Für Martin Dannecker sind die Homosexuellen »dem Trieb näher« als die Heterosexuellen, für Volkmar Sigusch sind Homosexuelle »das Kraftzentrum des *mundus sexualis« . »* Jene Orthodoxie der Andersartigkeit«, so Günter Grau, »verklärt die Homosexualität und läuft auf andere Weise Gefahr, die Fronten zu zementieren«. Andererseits, so könnte man ergänzen, vereinnahmt eine »Orthodoxie der Gleichheit« (nicht der Gleichwertigkeit) die mögliche Besonderheit und Vielfalt im Sinne der Vorschriften und Konventionen der Mehrheit, zielt letztlich auf Assimilation.

Es bleibt hoffentlich nicht verborgen: Vielen Analysen in diesem Buch widersetze ich mich, halte sie für schief oder irreführend. »Natürlich anders« hat mich in Wallung gebracht, weil es ein Buch ist, an dem man sich reiben muß, da es die eingeschlafene Auseinandersetzung über die großen theoretischen und sexualpolitischen Probleme der Homosexualitätsdebatte in herausfordernder Weise endlich wieder entfacht.

konkret 02/90, S. 80

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Seine Manuskripte mußte ihm der Kolumnist Ende der sechziger Jahre, als Lektor eines Hamburger Verlags, immer mal wieder zurückschicken. Nicht lange darauf versuchte er in der DDR sein Glück, und ich begehre, nicht allein schuld daran zu sein. In der Fußnote der »Welt« zu seiner Kolumne aus Anlaß des Ereignisses vom 9. November kein Wort von diesem Schritt von hüben nach drüben. Stattdessen:

. . . reiste 1979 in die Bundesrepublik ein und wurde 1982 aus der DDR ausgebürgert.

Genug hin und her- und herumprobiert hat er sich nun. Nur schreiben kann er immer noch nicht:

Meinungsverschiedenheiten schreien nach harter, offener Aussprache.

Ich schreie seit Jahren nach Stillegungsprämien für Schriftsteller. Warum, lieber Joachim Seyppel, hört uns keiner?

*

Den *Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Groß-Deutschland* wird man ja wohl doch noch fordern dürfen! Gemäß Punkt I des Programms der NSDAP vom 24.2.1920.

Kriegen wir dann, *unter* (Punkt 16) *schärfster Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden,* erst den neuen sozialistischen Unternehmergeist mit der *Solidarität der Konsumenten* auf die Reihe, *gegen die Feinde des gesellschaftlichen Fortschritts,* und bekämpfen wir nun weiter fleißig *den* (Punkt 24) *jüdisch-marxistischen Geist in und außer uns,* das heißt, diesseits und jenseits der Weichsel, *auf der Grundlage von* (Punkt 24) G*emeinnutz geht vor Eigennutz,* versteht sich, fehlt nur noch eins: *Die Schaffung einer* (Punkt 25) *starken Zentralgewalt des Reiches,* in und außer uns, versteht sich.

Und das ist das Schöne zu Beginn der 90er Jahre: daß man eigentlich nur noch zu zitieren braucht:

im Heft folgt der Abdruck eines Plakates "Freiheit für den Landenschluß"

*

Fidel Castro wirft im Dezember den imperialistischen Mächten vor, sie wollten die sozialistischen Staaten Osteuropas an der »kolossalen Ausplünderung« der Dritten Welt beteiligen. Und Bayerns Umweltstaatssekretär Hans Spitzner erklärt zum Abbau der DDR-Grenze:

Wir wollen den Todesstreifen erhalten – als Biotop.

Was das bewußte Biotop in spe angeht, so hatten wir es uns in Nr. 11/89 zwar etwas umfangreicher gedacht; aber immerhin: noch zwei, die KONKRETs 'Kleines Feuilleton' lesen!

*

Daß Alfred Herrhausen einen, wie es in mehr als einem Kommentar hieß, »sinnlosen« Tod gestorben ist, läßt sich, mit den »Heiden von Kummerow« zu reden, nicht anders leugnen. Die Frage, wie sich in einer solchen Funktion auch sinnvoller sterben ließe, bleibt damit im Raum. Auch, was sie denn wohl 'sinnvoller' hätten in die Luft sprengen sollen, haben wir damit nicht beantwortet denen. die da – Jakobus 5/1 ff – die Bibel möglicherweise mal wieder als Anleitung zum Handeln mißverstanden haben. Die Deutsche Bank vielleicht, überall und nirgends wie sie ist? In unseren eigenen kalten Sehnsüchten nicht zuletzt, unserer Geld- und Raffgier, unserer Verschwendungs- und Zerstörungswut? Hilft nichts. Solange die Sache selbst sich nicht zu erkennen gibt, es sei denn als Wohltätigkeitsverein, wird Gewalt, fürchte ich, sich an Adressen halten, die erreichbar bleiben.

*

Einen erstaunlichen zeitgeschichtlichen Debüt-Roman las ich eben, mit kaum einem schlechten Satz drin, dafür mit umso mehr hellwachen, kurzangebunden guten: Uwe Koch: »Der Mann aus Sand«. Nur die Namen der Frauen darin: Iris, Mareike, Britta, Bettina ... Müssen Frauen, wenn sie denn Tussies sein sollen, auch gleich noch wie Tussies heißen? – Und dazu der Held auch noch, altritterlich: Lorenz. Wo er doch am Ende sowieso leidlich und mit Recht ins Recht gesetzt davonkommt. Und trotzdem: Lorenz. Laurentius. Nach der »Legenda aurea« des Jacobus de Voraigne eben der, ja, Märtyrer, der auf des Kaisers Decius' glühendem Rost nur eine Bitte hat: nämlich man möge ihn auch schön von beiden Seiten braten, damit ihm auch rundum warm ist.

*

Wie heißt die neue Zigarettenmarke? 'Vaterland'? I wo. 'Vaterland' ... Muff-Dope für Ostprovinzler, die den Krieg nicht gewonnen haben. Wir rauchen: »Imperial«.

*

Vermißt wurden an dieser Stelle vor Monaten plausibel unglücklich liebende Helden in der modernen Literatur seit »Werther«. Nicht in einer der gängigen Anthologien des diesjährigen Bambipreisträgers, wohl aber in der »Akzente«-Nummer 3/65 bei Zweitausendeins fand ich jetzt wieder eine der schönsten, traumtänzerischsten und -verlorensten Erzählungen der letzten vierzig Jahre, kraft einer Sprache wehmütig amüsierter Andacht ganz in mildes fränkisch-katholisches Herbstlicht getaucht: Sie heißt »Der Abort« und handelt von einem Gärtner, Bittner mit Namen, der – in stiller Liebe entbrannt zu einer Dame, die ihm den Pfarrer der evangelischen Gemeinde vorzieht – eines Tages mitansehen muß, wie man aus deren Sickergrube hinterm Haus Kondome hervorzieht, Kondome über Kondome. Worauf Bittner (»der Segen Gottes lag auf deinem Angesicht...«) scheu den Dienst quittiert.

Ihr Autor, Wolfgang Maier, ist, früh, mit 39 Jahren umgekommen. Einmal, 1961, als ich in Berlin, Motzstraße, mal wieder bei ihm vorbeischaute, fand ich ihn verstört, den Tränen nahe, über Mörikes »Erinna von Sappho«. »Und das eigene Todesgeschick erwog ich...« – Bevor er, wie immer gegen Morgen, betrunken nach Haus ging, zählte er, lustvoll haushälterisch, wie es sich gehört, immer noch seine Zigaretten nach: drei, vier..., das würde bis zum Hellwerden reichen. Ah, diese schönen langen Wege damals zu Fuß, nachts, vom Halleschen Tor, die roten Lämpchen des Fernmeldeturms in der Winterfeldstraße immer als Sternbild im Auge; und weiter nach Moabit.

Von dem noch nicht Dreißigjährigen erschien übrigens 1963 auch ein Prosatext als Buch in der Eremitenpresse/Stierstadt. Titel: »Sehen Hören«. Von dem eben über dreißigjährigen Peter Waterhouse las ich dieser Tage »Sprache Tod Nacht Außen«. Und man möchte an Seelenwanderung glauben, vergleicht man beider magische Textur, überrascht wie sie sich zeigt von jedem Augenblick Wirklichkeit, der ihr zustößt; gerade so, wie seinerzeit Christian Friedrich Daniel Schubart, als er nach 800 Tagen Haft auf dem Hohenasperg zum erstenmal wieder für ein paar Stunden an die Luft durfte.

Schreiben, wie es sich gehört: als Gnadenakt, Freigang von tagtäglicher Welthaft.

*

Sitzt da, der Kuchen-Kopf, Henri Nannen, lächelt sein ewiges ofenfrisches Lächeln und führt eine Angelika Jahr, geborene

Erbin, an als Beispiel dafür, wie Frauen eben im Land die Chefetagen stürmen; und gleich fünf aufeinmal! So wie sie Pappis Laden betreut, damit die Dynastie ihr Auge drauf behält. Wann leben wir eigentlich? 1747?

konkret 02/90, S. 82

Gisela Wuttke

Menschenkinder und Körperkolonien

Auf dem freien Markt der BRD ist bei entsprechender Zahlungsfähigkeit alles käuflich, Babys allerdings sind Mangelware. Kinderhändler stoßen in die Marktlücke: Sie lassen Frauen in den Ländern der Dritten Welt als Gebär-Mütter für sich arbeiten und verkaufen das Produkt an unfreiwillig kinderlose Deutsche. Bis zu 70.000 Mark werden für einen gesunden Säugling mit heller Haut gezahlt

Es mangelt nicht an Berichten über einen wachsenden Bedarf an Kindern und Organen in der Bundesrepublik. Ist es zum einen der unerfüllte Kinderwunsch einer wachsenden Zahl unfreiwillig kinderloser Paare, der Säuglinge und Kleinkinder insbesondere aus der Dritten Welt zum begehrten Handelsobjekt verdinglicht, warten zum anderen viele tausend schwerkranke, vielleicht schon todgeweihte Menschen auf ein Spendeorgan, das sie von der Dialyse befreien oder ihnen das Leben retten würde für eine gewisse Zeit. Dieser Beitrag ist ein erster Versuch, reale und denkbare Zusammenhänge zwischen den Erscheinungsformen des Kinderhandels und Organtransfers in der Bundesrepublik zu ermitteln. Er hinterfragt den Begriff des Mangels und setzt an die Stelle der individuellen Glückserfüllung und der Vision eines unendlichen Lebens das Recht des Kindes, bei seiner Mutter zu leben und das Recht des Sterbenden auf seinen Tod.

Der Königsweg enttäuschter Wünsche: Privatadoptionen in der Dritten Welt

»Die Gesamtkosten inklusive Transport und Papiere«, weiß der Agent mitzuteilen, »sollen sich auf 15.000 DM belaufen«. Der Brief an eine vorgebliche Interessentin

läßt keinen Zweifel aufkommen. Die Rede ist von einem Kind. Ist 15.000 DM für ein Kind zu viel verlangt? Immerhin, Transport und Papiere inklusive. Und es kommt von weit her. Wahrscheinlich aus Indonesien, denn die Organisation hat ihren Sitz in den Niederlanden.

Kinderhandel. Da bieten sich die guten alten Kolonien doch regelrecht an. Wettbewerbsvorteile wollen genutzt sein, die Konkurrenz schläft nicht.

Kinderhandel*. Wer würde sich daran die Finger schmutzig machen wollen? Wer hätte Verständnis dafür, daß Säuglinge und Kleinkinder aus Indien, Sri Lanka, den Philippinen, Thailand, Süd-Korea, Brasilien, Paraguay, Chile, Peru, Ecuador, Kolumbien, Ghana, aus Indonesien und Äthiopien ihren Müttern und Familien abgeschwatzt oder auch geraubt werden, um sie in der Bundesrepublik einer Adoptivfamilie zuzuführen, wenn es nicht ... so viele Paare mit unerfülltem Kinderwunsch gäbe?

Das Ausmaß der Kinderlosigkeit in der Bundesrepublik kann derzeit nur geschätzt werden. Als wahrscheinlich kann angenommen werden, daß mehr als 800.000 Paare »unfreiwillig kinderlos« sind. Es ist davon auszugehen, daß die Jahr für Jahr von den autorisierten Vermittlungsstellen vertrösteten 20.000 Adoptionsbewerberinnen und -bewerber in ehelichen Verhältnissen leben, und daß sich »der Mangel an zur Adoption freigegebenen Kindern im Verhältnis zu der Zahl der Adoptionsbewerber weiter verschärft« hat (Bericht über die Adoptionsvermittlung, 1988). Der Bericht, eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der Adoptionsvermittlung aus der Sicht des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG), kommt »rein rechnerisch« zu dem Ergebnis, daß am Jahresende 1986 29 Adoptionsbewerberinnen und -bewerber einem zur Adoption freigegebenen Kind gegenüberstanden (1988: 12).

Mangel – was kann das sein angesichts von Überfluß und Wohlstand, von Supermärkten und großer Freiheit? Ist die Würde eines Kindes aus der Dritten Welt antastbar, weil die ökologischen und sozialen Verhältnisse in den westlichen Industrienationen immer mehr Menschen unfruchtbar machen – und unglücklich? In einer gesellschaftlich überaus beneidenswerten Situation (freier Zugang zu Verhütungsmitteln, freie Wahl des Partners/der Partnerin und der Lebensform, ein relatives Maß an sexueller Selbstbestimmung, eine stetig wachsende und selbstbewußt gewordene Gruppe lediger Mütter, eine (noch) geringe Zahl ungewollter Schwangerschaften sowie eine gewisse materielle Unabhängigkeit auch von Frauen) trifft uns der Mangel, das Unglück. »Sexualökologie« heißt zeitgemäß die neue Unfruchtbarkeit (vgl. »Natur« 6/1989), die dem ganz gewöhnlichen Geburtenrückgang zu Leibe rückt. Unfruchtbarkeit, so die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO), das sei: »Keine Konzeption innerhalb eines Jahres bei regelmäßigem Geschlechtsverkehr« .

Es mutet etwas sonderbar an, daß bereits nach 12 Monaten von Unfruchtbarkeit die Rede ist, zumal in einer Kultur, in der selbst auf den neuen Mercedes gut und gerne 6 Monate gewartet werden muß. Der zugrundegelegte Zeitraum nur eines Jahres verschärft die Verteilungskämpfe ums Kind, da der unerfüllte Kinderwunsch mit zeitlicher Beschleunigung in einen Adoptionswunsch mündet, der in der Bundesrepublik wie in anderen Industrieländern nicht (mehr) befriedigt werden kann. Unerfüllte Wünsche, davon lebt das System, müssen schnell befriedigt werden. Es droht zu kippen, wenn das Warten zu

lange andauert und an seinem Ende vielleicht die Zumutung steht, auf etwas zu verzichten, was man sich wünschte, auf das man einen Anspruch zu haben glaubte.

Tatsächlich sind die Vermittlungszahlen von Adoptivkindern seit Jahren rückläufig, dies, obwohl immer mehr der hier geborenen Kinder als nicht-ehelich ins Stammbuch der Mutter geschrieben werden (1986: 9,6 Prozent, s. Bericht, 1988). Also ist der Mangel an Adoptivkindern nichts als die Folge des glücklichen Umstands, daß Kinder in der Bundesrepublik nicht (mehr) ausgesetzt, verlassen oder leichtfertig in ein Heim gegeben werden, sondern von ihren Müttern und sie unterstützenden Personen und Institutionen (Kindertagesstätten, Tagesmütter, Pflegefamilien und informelle Betreuungseinrichtungen, die sich in zähen Verhandlungen mit den jeweils zuständigen Behörden durchsetzen konnten) versorgt werden. Mit einer Begriffserklärung dieser Art wäre dem Mangel sein Gift genommen, der Markt aufgeschmissen. Für sein Funktionieren ist jedoch ein auf den Kopf gestellter Mangel untauglich. Dort entsteht er nämlich erst in einer Situation, wo der Wunsch nach einem Kind von einer gesellschaftlich relevanten Gruppe (noch) Kinderloser unerfüllt bleibt und durch die Adoption eines Säuglings oder Kleinkindes, so wünschen es sich fast alle Paare, verwirklicht werden soll.

Die Chancen älterer und behinderter (Heim-)Kinder in der Bundesrepublik haben sich, das ist bemerkenswert, keineswegs verbessert, dem Mangel zum Trotz. »Die Zahl der Adoptionsbewerber, die bereit und in der Lage sind, ihren ursprünglichen Adoptionswunsch (...) auf ein älteres oder behindertes Kind 'umzustellen', (ist) aus nachvollziehbaren Gründen doch relativ niedrig« (Bericht, 1984). Auf eine Überprüfung der vermeintlichen Nachvollziehbarkeit der Gründe muß leider verzichtet werden, da sie gar nicht erst genannt werden.

Kinderwunsch ist »ja eigentlich nichts Schlechtes«

Über die gesundheitlichen, ökologischen und sozio-psychologischen Ursachen von Unfruchtbarkeit ist wenig bekannt. Es darf angenommen werden, daß insbesondere die davon betroffenen Frauen wenig Ermutigung und Unterstützung erfahren, mit ihrem unerfüllten Kinderwunsch fertig zu werden. In einigen wenigen Städten haben sich Selbsthilfegruppen gebildet, das BMJFFG gab kürzlich ein Forschungsprojekt in Auftrag, was noch bleibt, sind die Repromediziner und Kinderhändler. In den vielleicht weitaus meisten Fällen nimmt der unerfüllte Kinderwunsch folgenden Verlauf: Dem erfolglosen Versuch einer natürlichen Schwangerschaft folgen eine Reihe der In-vitro-Fertilisationen. Wenn diese ebenfalls enttäuschend enden, was von den Frauen aufgrund der sehr widersprüchlichen Erfahrung von Schmerz und Hoffnung häufig nur schwer akzeptiert werden kann, setzt sich der Gedanke einer Adoption fest. Die Aussicht, zu den 20.000 vertrösteten Adoptionsbewerberinnen und -bewerbern zu gehören, wird konfrontiert mit den Versprechungen von Kinderhändlern, in nur wenigen Wochen ein Kind nach Maß vermitteln zu können. Geschlecht, Hautfarbe und Alter werden auf Wunsch berücksichtigt. Die subjektiv als leidvoll empfundene Situation transformiert sich allmählich in die Überzeugung, durch die beabsichtigte Adoption einem Kind aus der Dritten Welt »zu helfen«, es aus der Not »zu befreien«, ihm »eine bessere Zukunft« zu bieten. Und so wird aus der Not der Kinderlosen die Not des Kindes.

Inzwischen ist jedes siebte adoptierte Kind ein ausländisches Kind, wahrscheinlich ein Kind aus der Dritten Welt. Soweit der Weg ausländischer Kinder in der Bundesrepublik überhaupt verfolgt wird – ich spreche nicht von den unerwünschten, die als (unbegleitete) Kinderflüchtlinge um Aufnahme in der Bundesrepublik bitten und kurzerhand wieder abgeschoben werden, in den Iran nach Sri Lanka oder in die israelisch besetzten Gebiete Palästinas – scheint festzustehen, daß die zum Zwecke der Adoption eingeführten Kinder nicht verlassen waren, sondern ganz im Gegenteil ihre Mütter, ihre Familien verlassen mußten, um in eine Adoptivfamilie vermittelt werden zu können.

Kinder in der Dritten Welt, so beliebt es uns anzunehmen, sind verlassene Kinder, heruntergekommen und verschmutzt. Natürlich leben sie auf der Straße, werden von ihren Müttern nicht versorgt, vielleicht noch nicht einmal geliebt, sie sind krank, leiden Hunger und müssen wahrscheinlich sowieso über kurz oder lang sterben. Kinderhilfsorganisationen wie Terre des Hommes können ein Lied davon singen, wie mühevoll es ist, die Vorstellungen weißer Mittelklassewelten zu korrigieren. Und obwohl die Bundesrepublik im internationalen Vergleich totgefahrener, geschlagener und mißbrauchter Kinder an herausragender Stelle plaziert ist, wird gänzlich ungerührt angenommen, ein Kind aus Indien, Sri Lanka oder Peru habe es in einer deutschen Adoptivfamilie allemal besser als in seinem Heimatland. Das ist der gesellschaftliche Konsens, mit dem sich Geschäfte machen lassen, auf den sich Adoptionsinteressentinnen und -interessenten verlassen können, wenn sie sich auf den Königsweg machen.

Der Handel mit Säuglingen und Kleinkindern aus der Dritten Welt »sagt mehr über die sozialpsychologische Verfassung unserer Gesellschaft aus, als uns lieb sein kann« (Bach, 1986), er offenbart ein geradezu schizophrenes Verhältnis zum eigenen (Un-)Glück. Der individuelle Anspruch aufs individuelle Glück realisiert sich in den Herkunftsländern der Kinder mehr oder weniger legal, mehr oder weniger illegal, mehr oder weniger kriminell.

Ob die die Abtretungsurkunde unterzeichnende Frau tatsächlich die Mutter des Kindes ist oder von der Organisation als Mutter bestellt wurde, läßt sich mit Sicherheit vielfach nicht klären. Soweit sich Adoptionsinteressentinnen und -

interessenten von dieser Befürchtung beunruhigen lassen, wird sie in den meisten Fällen vom eigenen Kinderwunsch niedergekämpft. Allzuviel Umstände liebt die vermittelnde Organisation/der vermittelnde Händler nicht, wer die Adoption eines Wunschkindes nicht gefährden will, muß verleugnen, verdrängen, die Zähne zusammenbeißen .

Experten des Kindermarktes berichten davon, daß der »Run aufs Kind« (Terre des Hommes) die abscheulichsten Praktiken der Kindsbeschaffung zu rechtfertigen scheint. Rangeleien miteinander konkurrierender Agenten um Neugeborene etwa, deren zumeist ledige junge Mütter für die Organisationen leichte Beute sind. Sie werden noch auf den Geburtsstationen bedrängt, ihre Kinder »in bessere Hände« zu geben. In Honduras und Guatemala ist die Rede von Engordadoras (Masthäuser), kleinen privat geführten Heimen, in denen Säuglinge und Kleinkinder für Auslandsadoptionen aufgepäppelt werden. Aus Ecuador und Paraguay kommen Meldungen über »Befreiungen« von Kindern aus den Händen organisierter Kinderhändler, die sich auf den Raub von Kindern spezialisiert haben.

Eine erhebliche Anzahl privat und kirchlich geführter Heime subventioniert ihre Arbeit mittlerweile über die Vermittlung von Kleinkindern ins Ausland. Gelegentlich ist auch die Rede davon, daß sich junge Frauen mit der Absicht schwängern lassen, das später geborene Kind auf dem Adoptionsmarkt zu verkaufen. Frauen, notleidende erst recht, haben die Marktgesetze zu durchschauen, wollen sie nicht am Ende mit einem unverkäuflichen Kind zurückbleiben. Aus diesem Grund suchen Prostituierte in schlechten Zeiten gezielt Kontakt mit weißen Männern, da hellhäutige Kinder zu höheren Preisen gehandelt werden.

In Sri Lanka ist die Existenz von »Baby-Farmen« dokumentiert, in denen junge Schwangere bis zum Zeitpunkt der Geburt untergebracht und verpflegt werden. Ihre Kinder, so die Vereinbarung, werden unmittelbar nach der Geburt den bereits verständigten Händlern oder Adoptionsinteressentinnen und -interessenten übergeben. Einige dieser Mädchen und Frauen wurden zum Beischlaf mit weißen Männern genötigt um dem Besitzer dieser überseeischen Lebensborn-Filiale, dem deutschen Arzt Dr. Weißgerber, höhere Profitraten zu sichern (ZDF-Reportage »Babyhandel« vom 23.6. 1987).

Aus der Sicht der Dritten Welt wird das Kind also keineswegs von weißen Adoptiveltern aus der Not befreit, sondern aus den Händen von Kinderhändlern. Kinder, die sich für den Adoptionsmarkt eignen, liegen auch nicht auf der Straße. Sie werden ihren Müttern genommen oder auf Bestellung produziert.

Eine weitere Variante der Kindesbeschaffung, die in Kolumbien, in Indien, in der Türkei und auf Gran Canaria nachgewiesen werden konnte, ist der sog. Totenscheintrick. »Dabei wird den leiblichen Eltern des Kindes vorgegaukelt, ihr Kind sei während oder kurz nach der Geburt gestorben. Sie erhalten einen Totenschein ausgehändigt. Mit Hilfe einer gefälschten Geburtsurkunde wird dann das Kind gegen entsprechende Bezahlung den schon wartenden 'Adoptiveltern' ausgehändigt.« Verfeinert wurde diese Methode schließlich dadurch, »daß man tatsächlich verstorbene Babies in Tiefkühltruhen vorrätig hielt, um sie den eventuell fragenden Eltern als Beweis vorzeigen zu können« (Blätter des IZ3W, 1988:17).

Auf dem bundesdeutschen Adoptivmarkt ist das von Händlern und Adoptivvätern praktizierte falsche Vaterschaftsanerkenntnis am weitesten verbreitet. Dabei erklärt irgendein Mann, er sei der Vater eines bestimmten Kindes. In einigen Fällen wird die Schwangere kurz vor der Niederkunft in die Bundesrepublik gebracht, wo sie ihr Kind zur Welt bringt (daß ihm ja nichts zustoßen möge). Wenig später wird sie eine Abtretungserklärung an den »Vater« unterzeichnen und wieder nach Hause geschickt. Nach einer gewissen Zeit wird dann die Ehefrau des »Vaters« das Kind adoptieren – und fertig ist die Kleinfamilie.

Das alles paßt so gar nicht in das Bild des verlassenen, hungernden, notleidenden Kindes, das zu retten man doch vorgegeben hatte. In Wirklichkeit werden in den betroffenen Ländern Frauen zu Produzentinnen lebendiger Waren degradiert und als Gebärmütter ausgebeutet. Kinder werden wie Kokosnüsse auf den Weltmarkt geworfen, sozial verletzte Familien bleiben zurück. Das Elend wird noch größer und der Mangel bleibt.

In der Dritten Welt weiß jeder, daß strukturelle Veränderungen im eigenen Land eine gerechtere Verteilung von Land und Ressourcen zur Voraussetzung haben, um den Binnenmarkt zu stärken und die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu verbessern. Nur funktioniert der Weltmarkt anders herum: Die schon deformierten nationalen Ökonomien werden aufgefordert, gezwungen oder über Anreize veranlaßt, zu exportieren, was das Land herEibt: Bodenschätze, Rohstoffe, Arbeitskraft, die Sexualität ihrer Frauen und Babies für die Komplettierung des Glücks der Bewohnern der ersten Welt. Und so machen die Konzerne, Agenten und Händler ihr Geschäft, indem sie darauf bestehen, daß jeder Mensch – er sollte aber schon weiß sein und auch nicht ganz mittellos – einen Anspruch darauf hat, das zu bekommen, was er braucht, um seine wirtschaftliche Überlegenheit zu sichern und keinen Verzicht leisten zu müssen.

Baby-Traffic: Händler und Väter bekommen ganz legal ein Kind

Die bizarrste Figur auf dem deutschen Kindermarkt ist zweifellos der durch Heirat geadelte Graf Adelmann zu Adelmannsfelden. Über ihn soll hier stellvertretend für die gesamte Kaste der Händler und privaten Vermittler die Rede

sein, weil kein anderer so unverhüllt und kaltschnäuzig ausspricht, was an Menschenverachtung und Gier in dieser Gesellschaft steckt.

Adelmann mag nicht verstehen, warum »ein deutscher Soldat für wenig Geld auf einen gut bewaffneten Russen schießen soll, wenn er für viel Geld auf einen unbewaffneten Neger schießen kann«. Darum handelt er mit Söldnern. Andererseits verrät er jedoch jedem »x-beliebigen Neger« Verfahrens»geheimnisse« des Asylrechts, verkauft iranischen Flüchtlingen Phantasiebescheinigungen für die Einreise in die Bundesrepublik, vermittelt »heiratslustigen« Türken Ehefrauen und »deutsche Kindskäufer an verkaufslustige philippinische Mütter«. Daß sich Adelmann auch als Organhändler einen Namen gemacht hat, weil Organe – wie Babies – Mangelware geworden sind, folgt aus dem gleichen Gesetz: dem Bedarf im eigenen Land. Inwieweit der Handel mit Babies und Organen auch als Baby-Organ-Handel funktioniert, läßt sich derzeit nicht mit aller Bestimmtheit sagen. Sicher ist, daß die personale und organisatorische Doppelstruktur des Baby-Traffic den Handel mit Kindern zum Zwecke ihrer Organentnahme möglich macht.

Als Jurist kennt sich Adelmann aus in den Lücken und Nischen des Rechts. Er gilt als Erfinder des »Vaterschaftstricks«, und sein Werbebrief läßt keinen Zweifel offen. »Auch für Sie: ein Kind aus der Dritten Welt für 12.000 DM. Der Staat ersetzt Ihnen diese Kosten durch das Bundeserziehungsgeld!« An die Männer im Staate gewandt, fährt er fort: »Sie anerkennen, der Vater eines nicht-ehelichen Kindes zu sein ! Auch ein vorsätzlich falsches Vaterschaftsanerkenntnis ist erlaubt.« Mit der Ehelicherklärung erhält das von der Mutter erworbene Kind automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Das Honorar verlangt Adelmann vorab, da »unser Vermittlungsvertrag sittenwidrig ist«. Dennoch sei alles »rundherum legal«, eine Sofortvermittlung kann Adelmann zusichern. Der Preis fürs Kind differenziert sich nach seiner Hautfarbe: ein Kind aus Nah-Ost kostet 30.000 DM, ein Kind aus Fern-Ost 15.000 DM, ein »deutsches« Kind 45.000 DM.

Adelmann und seine Nachahmer organisieren den Markt wie ein Kartell, keineswegs wie eine Mafia. Dagegen sind die vorgeblich der christlichen Nächstenliebe verpflichteten privaten Kindvermittler – Ehepaare zumeist, die »ein Herz für Kinder« haben oder in dem Herkunftsland der von ihnen vermittelten Kinder einige Jahre gelebt oder gute Kontakte haben – eher klandestin tätig. Der kommerzielle Nutzen wird von ihnen in der Regel geleugnet. Und obwohl sie über keine offizielle Postadresse verfügen, nicht einmal über ein entsprechend ausgestattetes Büro, ist ihr Anteil am bundesdeutschen Kindermarkt nicht unerheblich. Adoptionsinteressentinnen und -interessenten sorgen mit vorgehaltener Hand dafür, daß die Nachfrage nicht nachläßt.

Die bar jeden Risikos sich vollziehende kommerzielle Kindervermittlung hat eine Situation geschaffen, in der sich faktisch jeder beliebige Sextourist gleichzeitig als Babyhändler betätigen kann. Thailand, Sri Lanka, die Philippinen sind das bevorzugte Terrain deutscher Babyhändler, und ein falsches Vaterschaftsanerkenntnis ist nicht mehr als ein Kavaliersdelikt. Praktisch ist dem »Vater« des angeblich auf einem Urlaubstrip gezeugten Kindes, dessen Mutter die Vaterschaft formal anerkennt, das Kind nicht mehr streitig zu machen. Und so springt für diesen – unterm Strich – noch eine erkleckliche Sum ne aus dem eher nur kurzfristigen Aufenthalt im fernen Lande heraus.

Unter diesen Umständen ist bemerkenswert, daß der vom BMJFFG 1988 vorgelegte Bericht über die Entwicklung der Adoptionsvermittlung in der Bundesrepublik kein Wort verliert über den Handel mit Kindern und der Bereitschaft adoptionswilliger Paare, sich »ihre« Kinder an den autorisierten Vermittlungsstellen vorbei, sozusagen »privat« oder unter Zuhilfenahme professioneller oder »ehrenamtlicher« Vermittler, zu beschaffen. Im Hinblick auf ihre Kollaboration mit diesen vermerkt der vier Jahre zuvor veröffentlichte Bericht lediglich, kommerzielle Vermittler seien »wiederholt« für adoptionswillige Paare tätig geworden, wobei in der Regel finanzielle Interessen im Vordergrund gestanden hätten. Entlarvend für die bei diesem Geschäft aktiven sog. Adoptiveltern ist der nachfolgende Satz: »Sie (die Vermittler, G.W.) versuchen, den dringenden Wunsch nach einem Kind geschäftlich auszunutzen.«

Ausgenutzt wird also nicht die Mutter des gehandelten Kindes oder seine Familie, auch das Kind selbst wird nicht ausgenutzt, nicht seine Notlage, seine Schutzlosigkeit. Ausgenutzt werden nach Ansicht des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit dem Kind fremde Menschen einer fremden Kultur in einem fremden Land, weil diese den »dringenden Wunsch« und die zu seiner Befriedigung nötigen 15.000 DM haben, sich über dubiose Händler und Organisationen ein Kind herholen zu lassen. Kinderwunsch im Mangelland Bundesrepublik wird befriedigt durch die Mobilisierung arroganter Besitzansprüche und materieller Macht. Dazu befragt, erklärt ein Vertreter des BMJFFG in einem Interview: »Da sind wir hilflos, was die gesetzgeberischen Möglichkeiten anbetrifft«.

Kein Mensch weiß, wieviele Kinder aus welchen Ländern bislang in die Bundesrepublik geholt wurden. Es mögen 15.000bis 20.000 sein, die in deutschen Adoptivfamilien aufgenommen wurden. 60 Prozent der jährlich vermittelten 800 bis 900 Adoptionen, so schätzte Terre des Hommes, werden »privat« oder durch nach wie vor ungeniert werbende Kinderhändler getätigt. Die Preise fürs Kind sind mit den Jahren gehörig in die Höhe geschnellt: Bis zu 70.000 DM wird inzwischen für einen gesunden Säugling mit heller Haut gezahlt. Dies erklärt auch, warum die Adoptiveltern den Deal mit dem Händler decken. Man hat das Kind gewollt, und man hat es bezahlt. So wird es vor dem Jugendamt zurückgehalten, bis eine wahrnehmbar emotionale Bindung entstanden ist. Nach deutschem Recht entscheidet schließlich das »Kindeswohl«, auch wenn die für eine rechtmäßige Adoption notwendigen Papiere, z.B. die Abtretungserklärung der

Mutter, fehlen oder unvollständig sind. Die Behörden können sich in der Regel nicht entschließen, dem Kind eine erneute Trennung zuzumuten. Es verbleibt in der »Zuckergußsklaverei«, wie ein Sri-lankanischer UNO-Delegierter dieses Verhältnis zum Kind charakterisierte.

Auslandsadoption. Kinder in Not.

Die bislang einzige Untersuchung über die sozialen Hintergründe von Auslandsadoptionen legte kürzlich die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle der norddeutschen Bundesländer in Hamburg (GZA) vor. Die größte Gruppe adoptierter Kinder aus der Dritten Welt war zum Zeitpunkt der Adoption jünger als ein Jahr, ein erheblicher Teil von ihnen wurde bereits in den ersten zwei Monaten nach der Geburt in der Adoptivfamilie aufgenommen. Das Konzept entwicklungspolitisch orientierter Organisationen, im Geburts-Land selbst nach Versorgungsmöglichkeiten verlassener oder von Verlassenheit bedrohter Kinder zu suchen bzw. diese dort zu verbessern, wird durch diese Ergebnisse auf den Kopf gestellt. Der zitierten Untersuchung ist ebenfalls zu entnehmen, daß die Mütter dieser Kinder in aller Regel bekannt sind bzw. diese ihre Kinder an die Händler/die Adoptionsinteressenten abgetreten hatten. Verlassen waren die Kinder in den weitaus meisten Fällen nicht, erst die Adoption schuf Verlassenheit – die der Mütter.

Die von der GZA vorgestellte Untersuchung zeichnet auch ein präzises Profil der Gruppe der Adoptiveltern. Der größte Teil von ihnen – aber eben nicht alle – zählt sich zu den unfreiwillig Kinderlosen. Sie gehören weit überwiegend den mittleren und oberen Mittelschichten an und sind zwischen 30 und 40 Jahre alt. Ich gehe davon aus, daß jedes einzelne in privaten/kommerziellen Auslandsadoptionen verwickelte Adoptivelternpaar Mühe hat, kritische Fragen zuzulassen oder diesen standzuhalten. Obwohl sie sich sicher fühlen können, denn wer sollte ihnen ihr Kind nehmen wollen? Die Suche der 21 peruanischen Mütter nach ihren Kindern, die ohne ihr Wissen vom Tagesheim ins Ausland vermittelt wurden, blieb jedenfalls erfolglos. Keine hat ihr Kind wiedergesehen. Diese leben heute in Adoptivfamilien in Frankreich, den Niederlanden und der Bundesrepublik.

Die Kinder, von denen hier berichtet wird, kommen keineswegs aus den ärmsten oder Hungerregionen dieser Welt. Gewisse ästhetische (helle Haut, hübsches Äußeres) und physiologische Kriterien müssen sie schon erfüllen, d.h. sie müssen körperlich und geistig unbeschädigt sein. Straßenkinder gelten als unverkäuflich, weil sie Slum-Manieren haben und vor den Jugendämtern und Nachbarn nicht so leicht zu verstecken sind. Ist die kulturelle Identität eines Kindes veräußerbar? Und wie wird sich eine weiße, offen und latent rassistische Gesellschaft mit ihren schwarzen Deutschen zurechtfinden, wenn sie den Kinderschuhen entwachsen und ihren Anspruch auf einen Job, auf Sexualität und – vielleicht – ihr Anderssein erheben werden?

Es zählt zu den Merkwürdigkeiten unserer Geschichte, die wir vollständig aus der Erinnerung verdrängt haben, daß dieses Land, Nachkriegsdeutschland, selbst zu jenen Ländern zählte, in denen adoptionsinteressierte Paare aus Skandinavien, den USA, Kanada und anderen zeitweilig Ausschau hielten nach Kindern aus flüchtigen Liebesverhältnissen, Kindern als Folge von Vergewaltigungen, Kindern mit schwarzer Haut. Ist es das Unglück, das Kinder hergibt? Wenn es so ist: Ist Adoption ein Glück? Für wen?

Schon beklagen sich Adoptiveltern darüber, daß sie im Supermarkt gefragt werden, wieviel ihr Kind denn gekostet habe. Andere sind empört darüber, mit Händlern wie Adelmann in Zusammenhang gebracht zu werden. Unbestritten ist, daß selbst anerkannte Vermittlungsstellen in den Sog ums Adoptivkind geraten sind. Die soziale Unterscheidung zwischen egoistischen und altruistischen Motiven ist kaum mehr aufrechtzuhalten.

Die betroffenen Länder klagen darüber, daß sich jene, die im Wohlstand leben und im deformierten Überfluß, so schamlos bedienen bei denen, die ihr letztes Bißchen zu retten versuchen vor der Not, dem Hunger. Mehr und mehr Länder versuchen daher, der »Adoptionswut« aus den Industrieländern restriktiv zu begegnen, bis hin zu einem (zeitweiligen) Verbot von Auslandsadoptionen überhaupt. So ist sie nun knapp geworden, die Ware Kind, nach den Jahren des Booms. Die Arbeit autorisierter Vermittlungsstellen wird dadurch jedoch keineswegs leichter. Vielmehr bedient sich der kommerzielle Markt nur noch stärker auch krimineller Methoden. Die Bitte einiger Länder, ihre eigenen Maßnahmen mit bilateralen Abkommen zu unterstützen, fand bei der Bundesregierung dennoch keinen Gefallen. Lieber bleibt sie »hilflos«, was meint: untätig.

* Ich verwende den Begriff Kinderhandel nur in bezug auf Adoptionen, andere Formen des Handels zum Zwecke der physischen oder sexuellen Ausbeutung von Kindern bleiben unberücksichtigt. Ich spreche mich des weiteren nicht prinzipiell gegen im Einzelfall zu rechtfertigende Adoptionen von Kindern aus der Dritten Welt aus. Noch weniger geht es mir darum, die von vielen unfreiwillig Kinderlosen als leidvoll empfundene Situation in irgendeiner Weise zu diffamieren. Worum es mir geht, ist, die individuellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen aufzuzeigen, die den Kinderhandel in der Bundesrepublik als einen Akt der Nächstenliebe und die Kollaboration mit Händlern und Kriminellen als tolerabel erscheinen lassen.

Gisela Wuttke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bundestagsfraktion der Grünen. Der zweite Teil ihres Beitrags, der sich mit Organtransplantationen und lebenden Organlagern beschäftigt, erscheint in KONKRET3/90.

konkret 02/90, S. 88

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

»Ingrid Caven singt Edith Piaf«. Umgekehrt wär' ich hingerannt.

&

»Derlei Temperament« – so Lotte Thaler in der »FAZ« über Martha Argerich' Ravel-Klavierkonzert – »schlug einen Funkenregen, der das Orchester ins schmissige Jazz-Fieber versetzte«.

Schon sehr schön; besser aber, einfaches Funken-Lottchen, wäre noch: »versetzte dem Orchester einen temperamentvollen Schlag, der es vom Jazz-Regen vollends in die Fiebertraufe – äh – schmiß.«

Nichts zu danken.

&

Im vorjährigen »Batman«-Film, in welchem die Musik ein gewisser Danny Elfman verantwortet, findet sich kein einziges nachweisbares Richard-Wagner-Plagiat, aber namentlich in der katastrophalen Schlußsequenz nicht ein einziger Takt, der nicht stilistisch, kompositionsidiomatisch und instrumentalistisch aus der »Götterdämmerung« geklaut wäre. So daß ich in solchen Grenzfällen doch für gewisse Tantiemen-Leistungen an die mir an sich nicht sympathischen Bayreuther Erben wäre; hätte Elfmann bei zehn anderen Männern (Ravel, Mahler, R. Strauss, Schostakowitsch, Sibelius, Respighi, Gershwin, Ives, Honegger, Charlie Parker, Charlie Mingus, Charlie Beiderbecke und Penderecki) nicht gleichfalls schrecklos abgestaubt. So daß das Geld für Wolfgang und Gudrun also doch entfällt.

&

Eine alte, hier schon mal gestellte Frage lautet dahingehend, ob es Musik gibt, die nicht nur sozusagen abstrakt komisch, humoristisch, parodistisch usw. ist; sondern: über die man – ich – auch möglichst gradheraus und unerbittlich lachen muß.

Es gibt sie. Und dies sogar in der Gestalt eines Werk-Kontinuums.

Zuerst war´s ein Duo für zwei Geigen von Paganini, nämlich Variationen über jenes Thema, das hierzulande auf den Namen »Mein Hut, der hat drei Ecken« hört; paganinieske Streich-, Zupf- und Flageolett-Folgen von so unerhört artistischer Art und fioriturenreicher Virtuosität über einem konstant töricht banalen »Cantus firmus« von Dreiklangsbegleitung: daß, zumindest wenn Gideon Kremer und seine Frau Tatjana Grindenko aufmischen, das Lachen, Kichern stellenweise – einfach erzwungen ist; vermutlich nach den ewigen Gesetzen der alten Lach- und Bauernregel vom unwahrscheinlich großen Aufwand bei einem musiksubstantiellen Einspielergebnis gegen plusminus Null.

Interessant, daß auch die Stammesgeschichte dieser Musik recht lustig ist – und meist wiederum Lustiges rekrutierte. Paganini benutzte ein bereits komisch gemeintes venizianisches Volks- und Karnevalslied namens »O mamma, mamma cara« – in Paganinis Nachfolge die Klavier-Violin-Variationen übers nämliche Lied von Lalliet und Heinrich Wilhelm Ernst zeitigen gleichfalls: Lustiges. Ebenso wie Chopins »Souvenir de Paganini« es intendiert, welche Bagatelle die Geigenhexerei des Italieners in analoge Klavierfigurinen transportiert. Und am allerlustigsten mahnt das Ganze freilich in der Version der »Biermöslblosn« und ihres Trompeters Christoph Well: welcher kaltlächelnd nachweist, daß die Klavier- und Geigenhirnrissigkeiten auch auf dem Blech ja sehr wohl gehen.

&

Den »Bettelstudenten« hab ich an dieser Stelle exakt vor Jahresfrist schon mal in den Himmel von Witz, Charme und Grazie erhoben. Erheb ich also heuer und aus Faschingsanlaß das Millöckersche Schwesterwerk »Gasparone«; am gescheitesten in der uralten Aufnahme mit dem wie aufgedreht, ja durchgedreht und dabei doch zu jeder Zeit höchst vornehm Wohlklang verschmetternden Säkularbariton Josef Metternich – alles in allem und fast jeder einzelne hinreißende Takt: ein hingerissenes Wunder an Grazie, Charme und Witz, jawohl.

&

Ein Nachtrag im aktuell-allgemeinen schwärmerischen DDR-Kontext von 1989: Die Widerwärtigkeit des fraktionsübergreifenden Absingens des Deutschlandlieds am 9.11. im Bonner Plenum erfuhr noch im gleichen Monat und von Biermann in der alten Heimat mal ganz abgesehen ein vollwertiges Äquivalent durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes wegen »Engagement für die Überwindung der deutschen Teilung« und aus der Hand Mompers an den Sänger Udo (»Ich bin nicht der Typ, der auf Orden steht«) Lindenberg.

&

Daß sich als Karajans letzte und CD-realisierte Hinterlassenschaft, als sein ultimatives »künstlerisches« Vermächtnis jetzt das Affenstallgetobe und -gewürge des Tschaikowskischen b-moll-Klavierkonzerts herausstellt, das ist symbolisch, realsymbolisch genug; daß aber gleichzeitig sein letzter hiesig-hieniedener Gesprächspartner am Todestag des 16. 7. 89 der Sony-Corporation-Bofl Norio Ohga war, das scheint uns schon fast wieder allegorisch übertrieben. Was ein Hundeleben.

&

Der schon vorhin erwähnten »FAZ« aber gebührt dennoch der Dank. Endlich hat es mal einer – Jörg von Uthmann – gemerkt. Und ausgesprochen. Daß Pavarotti nicht recht singen kann.

(Beiseit': Dies allerdings seit Jahren schon.)

&

Bei einem kürzlich ausgetragenen Freundschafts- und Nachbarschaftsmatch zwischen H. Grönemeyers »Bochum, du Blume im Revier« und der Altwalze »O wärst du doch in Düsseldorf geblieben« kam es zu einem überraschenden Sieg der Gäste, die, wenn auch häßlich, so doch wenigstens moderater röhrten – –

nein, stop, nehme alles zurück: Das Grönemeyers ist noch immer ein recht starkes Lied, jedenfalls wenn man sich die reichlich manieriert elaborierte und verquengelte Rezitation des Interpreten wegdenkt – und so oder so: ab sofort wird bei der Musikkritik wieder stramm Niveau gehalten. So z.B.:

&

Zur Rekonstruktion von Beethovens Zehnter Sinfonie (1822/25) durch Dr. Barry Cooper und den Dirigenten Wyn Morris: Genau so, wenn ich darauf bedacht gewesen wäre, so schwer und salbungsvoll wie eben der späte Beethoven zu komponieren, hätte ich auch komponiert – und mehr sollte also auch, mein Haupteinwand gegen Cooper/Morris, der späte Beethoven nicht vermocht haben?

&

Aber nichts gegen Beethoven. Das Dadldamdadldadadldaa des Andantes der Siebten hat Drive. Fast Erotic Drive. Gut, Spitze auch das Ta-ta-ta-Taaaa im Kopfsatz der Fünften; Schicksal an die Pforte pochend. Eher banal, nachdem sich das Gewitter verzogen, das Düh-da-di-düh-dadi-düdadidüdadi des Pastorale-Finales, der Hirt, die Schalmei satt blasend. Mir emotionshaushaltlich am nächsten stehend: das heftig-derb-auffahrende Schrummtataplummtata-boingtata zum Start des Scherzos der Neunten, jene letzte Sinfonie also, die da wie schwerlich eine andere (Fragment)

&

Es war ja nicht anders zu erwarten, es war ja gar nicht zu umgehen: Schon 1952 hat Hans Werner Henze auch noch Franz Kafka vertont, »Ein Landarzt«, seit 1964 gibt es eine revidierte Fassung für Bariton (der Landarzt, sicher) und Kammerorchester (das Gesinde, vermutlich). Ja, und 25 Jahre später muß endlich auch ich es erfahren, muß leider auch ich auch noch davon erfahren, geht auch dieser Kelch ja nicht an mir vorüber. Allein: Ich will's nicht wissen. Ich will's – und hört auch die »Neue Zürcher« noch so schönes »typisch kafkaeskes Gepräge« heraus – nicht hören. Nienicht hören. Noch auch kaum nur glauben. Nein, »ich will nicht« (Melville, Bartleby).

&

Jetz, wos sogst jetz du, Huaberbauer? Jetz neulich in Bayern IV Klassik hob i vom Stockhausen wos ghört: »Sirius« moin i hots ghoaßn. Net schlecht für oan, der wos von der Zwölfton- reschpektive von der aleatorischen Elektronenmusik herkimmt – hermetisch, okay, oba net schlecht. Oba dann homs weitergmacht mit wos ganz Seltsama: »Aus den sieben Tagen« hot si dös gschriebn, nacham Buach vom Sri Aurobindo – also, Huaberbauer, woaßt, wannst mi frogst, is der, der Stockhausen, dengerst a weng a Depperl, oda? (mit schuldigem Dank an die vorbildliche GEK-Gruppe.)

konkret 02/90, S. 92

Georg Seeßlen

Video Nam

Vietnamkriegsfilme haben ein neues, mächtiges Genre geschaffen. Sie erzählen nichts über den Vietnamkrieg, aber alles über den Zustand des Kapitalismus, von unten und von rechts gesehen. Die Helden des Genres kämpfen nicht gegen einen Feind oder für die eigene Gesellschaft, sie kämpfen immer nur für sich

1

Sicher, sicher: Vietnamkriegsfilme sind lachhaft reaktionär, kindisch brutal und saudumm; ein paar große, von Michael Cimino, Stanley Kubrick, Oliver Stone oder Brian DePalma sind wenigstens bizarr, widersprüchlich, knietief in amerikanischem Mythenbrei, und bildkräftig: So hat das Kino noch nie den Weltuntergang als Supertrip schildern können; Hubschrauber, Abendröte, brennende Palmen und zerfetzte Menschen. Man malt, wie es wirklich war, nämlich unübersichtlich, wie Gitarre und Stimme von Jimi Hendrix, der die ideale Begleitmusik des Vietnamkriegs schuf: Geräusche über wenige Grundtöne, die von überallher gleichzeitig kommen, und die in der Auflösung der akustischen Topographie Droge und Krieg verschmelzen: das Grauen, die Verschmelzung, das Abheben und die Geilheit; aber all diese großen, bürgerlichen, scheißliberalen Vietnamfilme der Major Companies betrügen sich und uns in ihrer Flucht in den Mythos: Wer diesen Krieg oder was immer das war, gar nicht versteht, kann ihn immer noch als ein Gleichnis verstehen.

Am Hügel 21 greift die große Erzählung nach den GIs, aus denen Hackfleisch gemacht wird, weil man nicht nur mit Menschen und Waffen, sondern auch mit der »Gestalt« des Krieges experimentiert. Die großen, bürgerlichen Vietnamkriegsfilme sind, mal fundamentalistischer, mal moderner, mal alt-, mal neutestamentarischer, vor allem religiös. Die Nicht-Erscheinung des Feindes, die Kämpfe untereinander, der Feuerzauber, die Technologie, die die Funktion von Engeln annimmt, Hubschrauber, die die Helden aus dem Fegefeuer bringen oder nicht, diese lange Reise ins Herz der Finsternis, und irgendwann: die Erlösung. Offensichtlich kann der große Vietnamkriegsfilm von seinem Thema nicht erzählen, ohne sich als ein weißes oder schwarzes Seitenstück zur Bibel zu gerieren. Als wäre dieser Krieg nicht eine weitere Sünde, sondern die Strafe für die Sünden – und das Kino ein Ort der Läuterung und der Absolution für den westlichen Menschen. Bullshit, mit anderen Worten, für den Konsumenten jenes anderen, billigen Vietnamfilms, in dem es nicht um Schuld und Erlösung, nicht um die große Erzählung, sondern um den Körper geht, den Männerkörper genauer gesagt, den die gottverdammte Industrie, die gottverdammten Weiber, die gottverdammte Scheißgesellschaft so entwertet haben; dieser proletarische, starke und zähe Körper, der in den Krieg muß, weil es sonst nichts mehr für ihn zu tun gibt, wo er etwas wert wäre, und der sich, während man sogar den Krieg in Korruption und Showbusiness versinken läßt, in etwas ganz und gar einzelnes verwandeln muß: zurückkehren und alle, alle töten, die Feinde sowieso, aber auch die allfälligen Verräter, die ihm einst die Illusion der »eigenen Reihen« vermittelt haben, bis er allein in der Lichtung des blutigen Dschungels steht. Was dann?

2

Es hat Filme über Vietnam gegeben, echte Propaganda mit all ihren Perfiditäten, wie Marshall Thompsons »A Yank in Vietnam« aus dem Jahre 1964, als Lyndon B. Johnson die angebliche Bombardierung von Kriegsschiffen zum Anlaß für die »Vergeltungsschläge« erklärte, oder John Waynes »The Green Berets« von 1968, wo man erste Opposition in der Öffentlichkeit sah (daher zeigt unser hüftlahmer Held, wie man mit kritischen Journalisten umgeht), oder Versuche, den Krieg in Vietnam als Fortsetzung des Western zu beschreiben. Das Modell dafür hat John Ford, der größte Mythopoet des Genres, in »Vietnam! Vietnam!« gelegt, der erst vier Jahre nach seiner Entstehung von der »United States Information Agency« 1971 freigegeben wurde, ein Jahr, nachdem die Nationalgarde auf dem Campus der Kent State University in die Menge protestierender Studenten schoß und vier von ihnen tötete. Der Dokumentarfilm, bei dem Ford einige Schauplätze auswählte und den Schnitt überwachte, hielt sich streng an die Regeln des Western. In »Sight and Sound« kommentierte Joseph McBride: »Die Vietcong sind die Schurken, die Bauern sind die terrorisierten Farmer, und die Amerikaner sind die Gebrüder Earp, die gekommen sind, um das Land zu säubern, damit die anständigen Leute zur Kirche gehen können und Schulen errichten. Solch eine unschuldige Vorstellung von der Gesellschaft ist bezaubernd im archaischen Kontext des Western-Genres, aber verblödend und lächerlich in einer Dokumentation über einen modernen Krieg.« Das schien wohl allen einigermaßen klar zu werden, mit dem Ergebnis, daß dieser Krieg zwar eine ungeheure Bilderflut hervorbrachte, unübersichtlich, grauenhaft und geil auch sie, aber keine Erzählung mehr. Einen Krieg, den man nicht gewinnen kann, kann man endlos weiterführen, auch gegen die eigene Gesellschaft, auch gegen die eigene militärische Kultur, einen Krieg aber, der sich nicht mehr erzählen läßt, kann man nur noch beenden.

Das neue Erzählen von diesem Krieg begann, als er sich historisch erledigt hatte, während die Gesellschaft an sich Wunden entdeckte, die sie ohne weiteres nicht erklären konnte. Warum also nicht von einem Krieg als Verursacher dieser Wunden erzählen, den sowieso kein Mensch verstanden hat, der scheinbar den Lauf der Dinge trotz der Toten, der Wahnsinnigen, der verbrannten und vergifteten Erde um keinen Deut verändert hat, der also nur für sich selber etwas bedeuten konnte?

Während er veranstaltet wurde und geschah, wurde, von den erwähnten Versuchen, den Western im Dschungel fortzusetzen und die »alte« Sentimentalität des kriegerischen Männerbundes gegen den »schmutzigen« Feind noch einmal zu mobilisieren, als wäre dieser Krieg eben doch einer wie alle anderen (aber Amerika hat nie einen »richtigen«, einen »ordentlichen« Krieg führen können), abgesehen, eher verschlüsselt von ihm gesprochen, in schmutzigen Western wie »Chatos Land« beispielsweise. Als man ihn beendet und fast schon vergessen hatte, erzählte man von der Gesellschaft als von einer, die vom Krieg gezeichnet wäre. Auf die Unfähigkeit der populären Kultur, den Krieg zu erklären, folgte ihre Fähigkeit, das Unerklärbare mit dem Krieg zu erklären. Nach der Rüstungsindustrie, nach Coca Cola, nach den Drogen-Kartellen und nach den Vätern, die ihre Söhne vor sich sterben ließen, gewann noch einmal die Sinnindustrie am Krieg. Der amerikanische Kriegskorrespondent Michael Herr schrieb, mit großer Geste, wie das Genre sie vorschreibt: »Ich muß immerfort an all die Jungs denken, die durch siebzehn Jahre Kriegsfilme kaputtgemacht wurden, ehe sie nach Vietnam kamen, um für immer kaputtgemacht zu werden.« 1972 begannen siebzehn Jahre des Vietnamkriegsfilms, der die Jungs für etwas kaputtmacht, das wir uns noch gar nicht vorstellen können.

3

Primo die Fakten. Nach meiner vorläufigen Schätzung sind in den achtziger Jahren etwa 300 Filme entstanden, deren zentrales Thema der Vietnamkrieg war; 100 davon habe ich gesehen (manche, zugegebenermaßen, mit der Hand an der Schnellauftaste meines Videorecorders), von noch einmal 100 habe ich über Inhaltsangabe, Pressetext, Verleihmitteilung, Pressenotiz etc. Kenntnis, den Rest rechne ich nach den Importquoten der Videobranche hoch. Damit sind keineswegs jene Filme erfaßt, in denen etwa der Held als »Vietnamkriegsveteran« vorgestellt wird, was sogar schon in TV-Serien wie »Magnum« dazu herhalten muß, das eine oder andere schwarze Loch in Vita und Person des Helden zu erklären. Das Genre der Vietnamfilme erreichte seinen Höhepunkt in den Jahren 1987 und 1988, in denen jede Woche mindestens einer neu auf den Markt kam. Der Boom ließ auch im letzten Jahr nicht nach, und nachdem für das kommende Premieren von weiteren »großen« Vietnamkriegsfilmen angekündigt sind, die sich als Zeichen- und Themenkatalog und als Zugpferde für die entsprechenden Trash Movies anbieten, darf eine weitere Spitze der Produktion erwartet werden.

Ausgewertet werden die Filme des Genres nur in ihren Spitzenproduktionen in den Kinos der westlichen Metropolen; ihre wahre Heimat ist die (scheinbar) marginale Filmkultur: die Kinos in den Slums der Dritten Welt (Vietnamkriegsfilme haben in den Ghettos der Großstädte von Mexico City, Bogota, Rio de Janeiro, Manila und Nairobi bis zu einem gewissen Grad die Rolle übernommen, die vordem die Kung-Fu-Filme aus Hongkong und Taiwan erfüllten), die Kino-Peripherie im goldenen Westen und vor allem die Videothek als Armengrab der Wünsche. Ein Großteil der amerikanischen Vietnamkriegsfilme entsteht auf den Philippinen. Das Land, sagt der philippinische Regisseur Lino Brocca, sieht längst schon aus, wie nach einem wirklichen Krieg. Die Filmbrände haben den Urwald zerstört, die Filmpanzer die Erde gepflügt, die Filmdetonationen Kraterlandschaften erzeugt, die Filmsoldaten haben Prostitution, Verbrechen, Drogen gefördert, das Filmgeld hat die Menschen zerstört. Der einzige Unterschied ist, daß die Menschen nicht erschossen werden, sondern ins Kino gehen. Nachdem eine Reihe der Filme in amerikanisch-philippinischer Coproduktion entstanden waren (die ganz nebenbei alle Ansätze einer regionalen Filmkultur zerstörten), besann sich die philippinische Filmindustrie, mit amerikanischem Geld aufgeheizt, darauf, eigene Vietnamkriegsfilme herzustellen, mit denen der Weltmarkt beliefert wird. Zu den amerikanischen »Originalen« verhalten sich die philippinischen (und andere) »synthetischen« Vietnamkriegsfilme ein wenig wie der italienische zum amerikanischen Western: Es wird der pure Stoff geboten: Folter, Gemetzel, Dschungelkampf, Einzelkämpfer, Vergewaltigung – der entblößte Mann in seinem Körperpanzer mit seiner Maschinenpistole. Vietnamkriegsfilme stellen unterdessen auch die Filmindustrien von Hongkong, Taiwan und Malaysia, gelegentlich in Coproduktion mit den USA oder europäischen Ländern her. Es gibt Vietnamkriegsfilme, in denen Produktionsgelder aus Ländern wie Israel oder der Schweiz stecken, in Schweden werden Vietnamfilme ebenso produziert wie in Großbritannien. Den höchsten Anteil an Filmen des Genres hat jedoch die italienische Filmindustrie.

Der Vietnamkriegsfilm wird also nicht von einer nationalen Cinematographie für einen nationalen Markt produziert (als Linderung eines »nationalen Traumas«, wie unsere lieb-doofe Filmkritik so gern schreibt), sondern beherrscht als Genre die Billigfilmmärkte der Welt, auf denen zum einen im Sinne der amerikanischen Industrie produziert wird, zum anderen aber auch, im Sinne subversiver Imitation, gegen sie. Offensichtlich geht es nicht um Aussagen eines einzelnen Films, sondern um die wiederkehrenden Bilder einerseits, die eine Restauration des Männerkörpers im Fegefeuer sein mögen, um die »Gesamterzählung« vom Verlust des Krieges andererseits. Die Anzahl und der Vertriebsweg der Vietnamkriegsfilme legen nahe, daß seine Konsumenten nach ihm süchtig sein müssen, daß sie immer wieder dasselbe sehen wollen, und daß sie es überall dort sehen wollen, wo der Markt seinen Müll produziert. Die endlosen Variationen um Grundmodelle wie »Rambo« oder »Missing in Action« verdeutlichen schließlich, daß unter der Ideologie der falsch angesehenen Geschichte eine ganz andere Ideologie, die der falsch gesehenen Körper, liegt. Etwas Verlorenes soll da immer wieder aus dem Dschungel geholt werden. Gefangene Freunde, geheime Papiere, verborgene Schätze – alles erweist sich ja doch immer wieder als Betrug. Was soll da wirklich gerettet werden?

Das Publikum des Vietnamkriegsfilms als universales Trash-Genre ist von der Distribution her einigermaßen einfach zu definieren: Es ist der (vermutlich junge) Mann im Zustand einer Marginalisierung, der Verlierer eines Modernisierungsschubs, der auf den Verlust einer möglichen Existenz und Identität innerhalb einer militärischen Kultur, mehr noch der Fähigkeit zur Produktivität in seiner Gesellschaft mit der Militarisierung seines Körpers reagiert. Der Vietnamkriegsfilm ist so etwas wie ein weltweiter Protest und Kommentar zur Privatisierung, Medialisierung und Technologisierung des Krieges, in der an die Stelle der erzählbaren Auseinandersetzung zwischen Nationen und Armeen die unübersichtliche Auseinandersetzung von mafiosen Gruppen tritt, Staaten, die so funktionieren wie Mafia-Kartelle, und Mafia-Kartelle, die wie Staaten funktionieren wollen. Die Helden des Genres kämpfen nie gegen den Feind und für die eigene Gesellschaft, sie kämpfen immer nur für sich selbst; sie schaffen im Dschungelkrieg das Double ihrer Eigenheit.

4

Der bürgerliche, religiöse und der proletarische, körperliche Vietnamkriegsfilm bilden dann doch wieder eine Einheit; Zeichen, Situationen und Gesten sind frei konvertierbar; der Titel »Platoon« und die dazugehörigen »Hundemarken« sind unendlich zu vervielfältigen; und so wie in den Schießereien das Problem, so taucht in den Problemen die Schießerei auf; der Kampfhubschrauber wertet das bürgerliche Beziehungsdrama auf, und das Beziehungsdrama den Kampfhubschrauber. »Vietnam« wird zur Erklärung von alledem, was in einem »normalen Leben«, in der »normalen Zivilisation« nicht stimmt, und umgekehrt ist das, was in Vietnam nicht stimmte (warum wir verloren haben, warum dieser Krieg nicht wirklich den Traum erfüllt hat, endlos zu sein), diesem unerträglichen »normalen Leben« und der »normalen Zivilisation« anzulasten. Vietnamkriegsfilme erzählen nichts über den Vietnamkrieg und alles über den Zustand des Kapitalismus, von unten gesehen. Und von rechts, weil es unten nichts Linkes mehr gibt; der Held ist ein rechter Anarchist, Amokläufer in einer Welt der konservativen Korruption, der linken Spießbürgerei; aus Leichen türmt er sich ein Denkmal für einen Vater, den er nicht gehabt hat und schändet im Urwald die Mutter, die gottverdammt mit anderem beschäftigt war, als ihn zu lieben. Der Vietnamkriegsfilm beschreibt einen blutigen Familienroman, die tückischen Portraits der Opfer in der Bildung des universalen Kleinbürgertums, ihre Wiedergeburt als synthetische Krieger, als synthetische Faschisten.

5

Der Vietnamkriegsfilm zerfällt einerseits in einzelne Bilder, den um sich schießenden Mann, den gefolterten Körper, die vergewaltigte Frau, den Dschungel mit seinen sinnlos kreischenden Geräuschen, die Hubschrauber, die sich vom verlassenen Mann entfernen, die sauberen Uniformen jenes Traum-Vietcong, der euch auf die Probe stellen will, die Huren, die ins Camp geflogen werden, die Gänge unter der Erde, die endliche Vereinzelung des Mannes. Und andererseits ist er Teil eines großen Epos, das der einzelne Film zugleich mit errichtet und ein wenig verleugnet.

Alle Vietnamfilme erzählen ein Stück (oder mehrere) der mythischen Endlosschleife, in der der Mann im Panzerkörper und mit der Feuerspritze in den Dschungel, den »dunklen Schoß der Erde« geht, verstoßen von einer Gesellschaft, die keinen Platz für ihn hat, die mit den Fähigkeiten seines Körpers nichts anzufangen weiß oder sie ganz und gar wertlos gemacht hat, um als autonome Kampfmaschine wiedergeboren zu werden. Kaum infiziert er sich an Frau, Gesellschaft, Zivilisation, muß er den Vorgang auch wiederholen, immer und immer wieder. Der Held versucht nicht, den Krieg zu gewinnen, sondern ihn zu retten, wenigstens für sich selbst: In seinen Missionen rekonstruiert er immer wieder die kleine militärische Einheit und verliert sich doch immer wieder. Der Krieg ist vorbei, und es gibt nirgendwo Frieden.

Im seltsamsten Subgenre des Vietnamfilms wird der Krieg als professionelles Spiel rekonstruiert; Vietnam wird immer wieder gespielt, mit Farbpatronen und für Siegprämien. Mehr und mehr finden dabei auch die Frauen Vergnügen an diesem Spiel. Aber früher oder später wird aus diesem Spiel Ernst, zum Beispiel, weil sich plötzlich die alten Feinde aus Vietnam wieder gegenüberstehen oder weil wieder einmal die Zivilisten die Regeln des Krieges zersetzen. Und dann beginnt alles wieder von vorn.

Der Vietnamfilm erzählt von der Zukunft der Arbeit, vom Verschwinden des Körpers aus Produktion und Geschichte, von der Abschaffung einer Klasse und davon, daß das alles so einfach nicht gehen wird.

Konkret 02/90, S. 95

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Als die DDR der BRD noch scharf die Zweistaatlichkeitszähne zeigte, Dienstag war das, oder Montag?, da durfte nur Eislers Melodie gespielt werden, Bechers Text war, von wegen »Deutschland einig Vaterland«, auf Index. Jetzt, nach der evangelischluth.-Jointventure-Revolution, soll der Nationalschlager der DDR wieder gesungen werden, bei so wichtigen Ereignissen wie der Beendigung des Fernsehprogramms beispielsweise:

Auferstanden aus Ruinen/Und der Zukunft zugewandt/Laß uns dir zum Guten dienen/ Deutschland, einig Vaterland/Alte Not gilt es zu zwingen/Und wir zwingen sie vereint/Denn es muß uns doch gelingen/Daß die Sonne schön wie nie/Über Deutschland scheint/Glück und Friede sei beschieden/Deutschland unsrem Vaterland/Alle Welt sehnt sich nach Frieden/Reicht den Völkern eure Hand/Wenn wir brüderlich uns einen/Schlagen wir des Volkes Feind/Laßt das Licht des Friedens scheinen/Daß nie eine Mutter mehr/Ihren Sohn beweint/Laßt uns pflügen, laßt uns bauen/Lernt und schafft wie nie zuvor/Und der eigenen Kraft vertrauend/Steigt ein frei Geschlecht empor/ Deutsche Jugend, bestes Streben/ Unsres Volks in dir vereint/ Wirst du Deutschlands neues Leben/ Und die Sonne schön wie nie/ Über Deutschland scheint.

Der Sprecher der Regierung Modrow meint, man habe den Text »trotz der Gefahr, daß rechtsextreme und nationalistische Kräfte dies als Wasser auf ihre Wiedervereinigungsmühlen betrachten könnten«, wieder zum Absingen freigegeben.

Da lügt sich einer aber ganz tapfer ein großes Loch in die Tasche. Weil die Extremis drüben, die ihre mit rostigen Scheren von Hammer, Zirkel und Getreide kastrierten DDR-Fahnen immer so fidel ins Westfernsehen schwenken, die pfeifen auf die »rote« Hymne, die haben, wenn schon »einig Vaterland« denn schon »über alles« drauf.

Also wozu dann in einer Haupt- und Staatsaktion das poetische Patchwork aus der Handarbeitsstube des Bruder Johannes wieder ausbreiten (Wir singen nun den Choral »Auferstanden aus Ruinen«)?

Weil sich nicht mehr und nicht weniger »alle Welt" nach Frieden sehnt, ja sehnt, ja sehnt?

Und weil, haben wir, ja wir, uns erst einmal brüderlich geeint, geeint, dann schlagen wir des Volkes Feind (sag an, wer ist des Volkes Feind?)?

Und dann wird auch nicht mehr seitens der Mottr um den Sohn geweint, und über Buna und Leuna schön wie nie die Sonne scheint! Etcetera du kannst mich ma...

Aber bitte, wenns dem Sozialismus auf auf hilft...

Zu den Hymne-»Vorstudien« Bechers notiert Brecht in sein »Arbeitsjournal« unterm 20.2.47:

»in einer berliner wochenzeitung SONNTAG, vom 5.1.47, schreibt BECHER einen leitartikel TOD UND AUFERSTEHUNG. beginnend mit: 'als luther am 31. oktober 1517.' dann: 'es wäre unausdenkbar, wenn diejenigen, die berufen sind, träger dieser neuen deutschlandwerdung, dieses auferstehungswillens zu sein - es wäre unausdenkbar, wenn wir und unseresgleichen versagen würden.' und: 'der abschluß der ersten hälfte des zwanzigsten jahrhunderts muß deutschlands tragödie für immer beschließen.' und: 'gedenken wir der kommenden geschlechter, die beim ausbruch des jahres zweitausend, im zeichen der jahrhundertwende, unser tun und trachten messen... werden.' und: 'eine 30jährige leidens- und sterbenszeit, das sterben deutscher jugend im ersten weltkrieg, das millionenopfer im zweiten weltkrieg werden nur dann einen sinn erhalten, wenn wir diesem unsagbaren leid, diesem namenlosen sterben einen sinn geben: in der herausgestaltung dessen, was volk und reich nottut, in der schöpfung eines neuen freiheitlichen deutschland. dann mögen die glocken auferstehung läuten. dann mögen wir singen: nun danket alle gott..!

(Brecht:)

der rattenfänger von hameln muß aber zumindest pfeifen gekonnt haben.«

Auf die aus Leserkreisen immer wieder an mich herangetragne Frage, wie man als geistiges Wesen den »Musikantenstadl« ertragen könne, teile ich mit, daß sich der vom Fernsehen aus von feige sich fügenden Kulissenschiebern mit Hoechst-Rasen, Styroporgebirge und lkebana mit einer Verrottungshalbwertzeit von 30.000 Jahren zu Durchhaltebunkern der guten Laune hochgerüsteten, von Hias, Karli, dem PVCwastl und weitern tausend Untoten belebten mittelstädtischen Mehrzweckhallen in die von nach Verkabelung mit dem Kuwait-Handab-und-Steinigungs-Live-Channel gierenden zuckerkranken Mitterechtsrechtswählern verfurzten, infolge Selbstabholung im Preise verbilligten, nach Bad Tölz, Tokio oder Ilona benannten Sitzgruppen draußen in Volksmusikdeutschland übertragene. von einem Höheren als es seine Einschaltquoten sind dereinst abgefackelt werdende Musikantenstadl über die inbrünstige Vision, daß die Ethnopop-Michaelas und Sepperls und Annamirls nicht nur Heroin spritzen, koksen und ihre Saugagen in Diktaturen

investieren, sondern auch bei geheimen schwarzen Volksmusikmessen sich vom minderjährigen Jodelnachwuchsso manchen l.....und b.....lassen, jederzeit ertragen läßt.

Wie von einer andern Welt oder von Sinnen oder wie Wer-Tücholsky-ist-bestimmen-wir, sind sie in den TV-Tagesthemen nicht traurig darüber, daß Tucholsky sich vor 55 Jahren der deutschen Scheiße wegen im schwedischen Exil umbrachte, sondern freuen sich lieber, daß er heute, am 9. Januar 1990, hundert Jahre alt geworden wäre. Dann zeigen sie eine typische Lokalität seines Schaffens, nämlich eine Kneipe im Spessart, in der der gute olle Tucho in der guten alten Zwischenkriegszeit im Stil des Paul Dahlke in den Drei Männern im Schnee aber das »Möpseln« des Weines räsonnierte. Und dann zeigen sie die Fotografie des Weinfeuilletonisten Tucholsky im Prominentenwinkel, unter der man, speziell beim Verkosten der Jahrgänge 33 bis 45, so manches Mal ein fröhliches, lautes »Prost Tucho, altes Haus, sollst leben!« ausgestoßen haben soll.

konkret 02/90, S. 98

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der häufige Umgang mit dem Heimorgelspieler Helmut Schmidt hat endlich auch den netten Leonard Bernstein aus dem Takt gebracht. Zum konzertanten Abriß des antifaschistischen Schutzwalls setzte der Musikant nicht nur Beethovens Schwerhörigen-Sinfonie – »diesen Stuß der ganzen Welt« – aufs Programm, sondern ließ den deutsch-deutschen gemischten Chor auch statt der vorgeschriebenen »Freude« zwar nicht »Einigkeit und Recht« aber doch »Freiheit, schöner Götterfunken« brüllen. Leider hielt Bernstein die Modernisierung des vierten Satzes nicht soweit durch, daß man von diesem als vom Lombard-Satz der Neunten hätte sprechen können: Das klägliche »Seid umschlungen, Millionen« blieb tausendfach hinter den Investitionserwartungen zurück.

Henscheid, Piwitt und andere, auch ich, haben dem Marcel Reich-Ranicki immer wieder unrecht getan, indem sie den Literaturredakteur der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung« literarischer Fehlurteile ziehen. Als wäre ein Literaturredakteur – und gar einer der »FAZ« – dazu angestellt, literarische Urteile abzugeben, und als hätte Reich-Ranicki je gegen die Abmachung verstoßen und dergleichen gewagt. Nie hat einer ihn dabei ertappt, daß er sich, pflichtvergessen, mit einem Wort, einer Zeile, einem Satz, mit Sprache beschäftigt hätte, stets hat er sich darauf beschränkt, die Dichter und ihr Werk auf ihre politische Bekömmlichkeit zu prüfen: Autor Systemtrottel – guttes Buchchch; Autor Kommunist oder Kommunistenfreund – schlächtes Buchchch; Siegfried Lenz (Pseudonym: Utta Sanella) – gutt; Kurt Tucholsky - särr schlächt:

Er läßt sich bagatellisieren, doch nicht ignorieren. Denn am Beispiel Tucholskys ist mit erschreckender Schärfe die fatale Rolle der linken Intellektuellen in der Weimarer Republik wahrnehmbar und ihre Mitschuld an deren Untergang,

weil diese Pazifisten, wie wir von einem anderen, särr gutten Dichter wissen, in Auschwitz ein Lager einrichten halfen, als die Frankfurter Herausgeber und ihre Väter im Allgemeinen, Kopf und Kragen riskierend, dem Retter der Republik noch die Ermächtigung zu Deutschlands Erweckung erteilten. Womöglich wäre Tucholsky, hätte er nicht die Judenverfolgung und damit seine Emigration angezettelt, nicht einmal ein Freund von Helmut Kohl und ein Liebhaber der »Frankfurter Allgemeinen« geworden, also bis heute ein schlächterrr Dichtärrr geblieben, und kein so gutter geworden wie jetzt der Peter Schütt, der im Ranicki-Reich der Literatur gar nicht existierte, solange er Vorstandsmitglied der Deutschen Kommunistischen Partei war, und sich deshalb die Abfuhr seines Oeuvres damals bei mir abholen mußte (»Ganghofer im Wunderland«), der aber nun, nach seiner Abkehr von der Revolution (und leider nicht von der Literatur, die unter ihm mehr gelitten hat als Biermann unter Honecker) mit seinen Gedichten in die »FAZ« aufgenommen ist:

Der Fall der Mauer

Das Stück Beton,/das mir von der Mauer/eingewachsen war bis ins Hirn/war plötzlich weg. / Doch der Kopfschmerz/blieb. Und ein Schwindel...

undsoweiter, was man halt so schreibt; wenn man am Ball bleiben will, vorgestern als Pater Schutt im theologischen Seminar, gestern als Pjotr Schytt »in der Empfangshalle des Weltproletariats« und heute als Peter Schütt im reichsdeutschen Feuilleton. Er glaubt so gern, er soll mirs glauben: Es ist nicht der Beton im Hirn, dessen Fehlen ihm Kopfschmerz und Schwindel bereitet – es ist das Brett davor.

Die kürzeste Fassung der jüngeren deutschen Geschichte verdankt die runderneuerte Welt dem Leitartikler der »Hamburger Morgenpost«, Wolf Heckmann:

Nachdem wir jahrzehntelang nach der Wiedervereinigung gequengelt haben, können wir ja nun schlecht sagen, wir legten das Problem vertrauensvoll in die Hände der Siegermächte, die den von Hitler verursachten Ärger des zerteilten Europa zementiert haben.

Besser hat, was alle Weizsäcker dieses Landes unter »Bewältigung der Vergangenheit« verstehen, noch keiner getroffen: Gequengel über den von Hitler verursachten Ärger.

Zwei Gaullisten, ein rechter und ein nicht ganz so rechter, greifen ihren Parteivorsitzenden Jacques Chirac von beiden Seiten an. Das ist aber nicht halb so schön wie die Überschrift der »Frankfurter Rundschau« dazu:

Beide Flügel sägen am Stuhl

Man weiß ja, daß der Parteiname »Rassemblement pour la Republique« soviel bedeutet wie »Vereinigung der fliegenden Sägefische«.

In einer Redaktion wie dieser sitzt man nicht ungestraft jahrzehntelang, denn mag auch das Sein seit dem 9. November 1989 das Bewußtsein nicht mehr bestimmen, bleibt jedenfalls bis zur Volkskammerwahl am 6. Mai noch wahr, daß schlechte Beispiele gute Sitten verderben, nämlich die fliegenden Sägefische den Wolfram Schütte:

Aber selbst, wer mit ihm diese Reserve teilt, kann nicht Ruhe geben, wenn mit einem Furz fälschenderweise aus einem Frosch ein Elefant aufgeblasen wird. Und den »Stern« zum Hochstand zu wählen, um von dort aus mit dem scheinbar hochkarätigen Zielfernrohr eines ehrfurchtgebietenden Philologenhandwerks den selbst präparierten und ins Visier zitierten Popanz abzuknallen, heißt auf die »Gutgläubigkeit« eines Publikums zu setzen, das von Tuten und Blasen der unendlichen Melodie des »Plagiats« in der modernen Literatur keine Ahnung hat, sich aber umso leichter über einen »Betrug« empören läßt, wenn man ihm einredet, es sei einem betrügerischen »Abschreiber«

ja, was nun?: vor die Flinte gelaufen? in die Tute geraten? oder, weil jede weitere Metapher das Zielfernrohr ins Visier der unendlich melodischen Froschperspektive jagen müßte, einfach: hereingefallen? nein:

auf den Leim gekrochen,

beziehungsweise ins fliegende Sägefischnetz gegangen.